

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

WOLFGANG BENZ

Bürgerliche Opposition im Ersten Weltkrieg

HERMANN GRAML

Rapallo in der westdeutschen Forschung

MARTIN BROZAT

Soziale Motivation und Führer-Bindung der NS-Bewegung

GÜNTER PLUM

SPD im Exil 1933–1939

DIETMAR PETZINA

Arbeitseinsatz im Dritten Reich

LOTHAR GRUCHMANN

Strategie der Achse im Mittelmeer 1940/41

KARL-DIETER WOLFF †

Das Unternehmen „Rösselsprung“ 1944

THILO VOGELANG

Deutsche Zentralverwaltung 1945/46

HELLMUTH AUERBACH

Die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte

PUBLIKATIONEN DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang

Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft	541
<i>Wolfgang Benz</i> Der „Fall Muehlon“	545
<i>Hermann Graml</i> Die Rapallo-Politik im Urteil der west- deutschen Forschung	566
<i>Martin Broszat</i> Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus	592
<i>Günter Plum</i> Volksfront, Konzentration und Mandats- frage	410
<i>Dietmar Petzina</i> Die Mobilisierung deutscher Arbeitskräfte vor und während des Zweiten Welt- krieges	445
<i>Lothar Gruchmann</i> Die „verpaßten strategischen Chancen“ der Achsenmächte im Mittelmeerraum 1940 bis 1941	456
<i>Karl-Dieter Wolff</i> † Das Unternehmen „Rösselsprung“	476
<i>Thilo Vogelsang</i> Die Bemühungen um eine deutsche Zen- tralverwaltung 1945/46	510
<i>Hellmuth Auerbach</i> Die Gründung des Instituts für Zeitge- schichte	529
Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte	555
BIBLIOGRAPHIE	149

*Diesem Heft liegen Prospekte der Verlage Nomos Baden-Baden, Rombach Freiburg,
Juventa München, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart, Institut für Zeitgeschichte München bei.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart O, Neckarstr. 121, Tel. 29 98 61.
Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 50.- = sfr. 54.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Stu-
denten DM 38.- (zuzüglich Versandkosten). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmi-
gung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wert-
marke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirsch-
graben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwi-
schen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen In-
dustrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag
auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

Jahrgang 18 (1970), Heft 4

Inhaltsverzeichnis: <http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html>

URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1970_4.pdf

VfZ-Recherche: <http://vfz.ifz-muenchen.de>

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

18. Jahrgang 1970

4. Heft/Oktober

ZU DIESEM HEFT

Als Mitherausgeber der Vierteljahrshefte und Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Institut für Zeitgeschichte möchte ich dem Oktober-Heft einige Worte des Geleits mit auf den Weg geben, da es in Aufbau und Umfang den Sondercharakter eines „Jubiläumsheftes“ trägt. Bestimmend dafür und für das dankbare Festhalten zweier Gedenktage war der übereinstimmende Wunsch der Mitarbeiter des Instituts, von denen die folgenden Beiträge ausschließlich stammen. Die Herausgeber, die auf die Gestaltung dieses Heftes keinen Einfluß nahmen, konnten nur mit Genugtuung von der darin zum Ausdruck kommenden Spontaneität Kenntnis nehmen. Durch das Entgegenkommen des Instituts war es auch möglich, ein Heft mit doppeltem Umfang zu bringen, ohne daß daraus für unsere Abonnenten unerfreuliche Konsequenzen entstehen.

Der erste Anlaß besonderen Gedenkens ergab sich aus der Tatsache, daß Helmut Krausnick in diesem Jahr seinen 65. Geburtstag feiern konnte. Der dankbaren Besinnung auf sein Wirken als Mitarbeiter und – seit 1959 – als Direktor des Instituts möchte ich mich auf das nachdrücklichste und aus der Erfahrung langjähriger Zusammenarbeit anschließen, die nie durch einen Mißklang gestört worden ist. Wieviel Krausnicks Tätigkeit für das Institut bedeutet hat, für seinen inneren Ausbau in personeller und materieller Hinsicht, vor allem auch für die Vermehrung seiner Publikationen und sonstigen Wirkungsmöglichkeiten, wie etwa durch die arbeitsgemeinschaftliche Verbindung mit der Universität München, darauf kann hier nur andeutend hingewiesen werden. Ebenso auf seine eigenen Veröffentlichungen, seine Verdienste im aufklärenden Sinne der politischen Bildung, nicht zuletzt auch auf seine Gutachtertätigkeit, durch die er und seine Mitarbeiter in Prozessen und Verwaltungsentscheidungen das Institut zu einer vielbeachteten Instanz werden ließen.

Das nunmehr zwanzigjährige Bestehen des Instituts selbst ist der zweite Anlaß des Gedenkens. Die ersten Anfänge des Instituts habe ich nicht persönlich miterlebt, es wird über sie viel Interessantes in dem am Schluß dieses Heftes stehenden Aufsatz berichtet. Aber der Würdigung der besonderen Rolle, die in diesem Beitrag dem Institut angesichts der Erfahrungen der Weimarer Zeit und anderer überkommener

Spannungen zugebilligt wird, kann ich aus den seit 1951 im Beirat und auf Grund sonstiger Formen der Zusammenarbeit gewonnenen Eindrücken nur lebhaft zustimmen. Ich tue das in dem Bewußtsein, daß es auf dem Arbeitsgebiet des Instituts immer wieder um die Bewältigung von Aufgaben ging und geht, denen wir uns nicht entziehen können und für die nur eine grundsätzlich gegen nichtwissenschaftliche Beeinflussung von außen gesicherte autonome Forschung Maßstäbe setzen kann.

Das Institut für Zeitgeschichte ist unter seinen Leitern Hermann Mau (1951–1952), Paul Kluge (1953–1959) und Helmut Krausnick nach großen Anlaufschwierigkeiten und unter mancherlei Hemmnissen zu einer Forschungseinrichtung herangewachsen, die mit ihren besonderen Aufgaben und Leistungen in der deutschen und in der internationalen Geschichtswissenschaft einen festen Platz gewonnen hat. Der Natur der Sache gemäß haben sich dabei der Begriff und der Aufgabenbereich der Zeitgeschichte erweitert, so daß die Arbeit des Instituts in zunehmendem Maße sich auch Problemen der deutschen und internationalen Geschichte der Jahre nach 1945 zugewandt hat. In den Heften dieser Zeitschrift hat das bereits seinen Niederschlag gefunden.

Es ist hier nicht der Ort, die derzeitige Forschungsplanung des Instituts näher darzustellen, auch die folgenden Beiträge sollen dafür nicht als repräsentativ gelten, vermögen aber wohl etwas von den vielfältigen Perspektiven und Forschungsrichtungen seiner Mitarbeiter sichtbar zu machen.

Hans Rothfels

WOLFGANG BENZ

DER „FALL MUEHLON“
BÜRGERLICHE OPPOSITION IM OBRIGKEITSSTAAT
WÄHREND DES ERSTEN WELTKRIEGS

I

Der bürgerliche Widerstand gegen den nationalsozialistischen Staat war lange Zeit bevorzugter Gegenstand der Forschung und wurde Mittelpunkt einer kaum mehr überschaubaren Literatur. Die Darstellung des – quellenmäßig schwerer in den Griff zu bekommenden – Widerstands von sozialistischer Seite steht demgegenüber erst in den Anfängen. Für die Zeit des Ersten Weltkriegs ist es dagegen eher umgekehrt. Zumindest wurde die bürgerliche Opposition, die sich nach dem August 1914 gegen das spätwilhelminische System richtete, bislang kaum beachtet. Die Literatur der Zwischenkriegszeit übernahm ganz selbstverständlich dieselben termini – „Landesverrat“, „Dolchstoß“, „im Sold der Entente stehend“ usw. – wie sie während des Weltkriegs von der offiziellen Sprachregelung, der Tagespresse und der nationalistischen Durchhaltepropaganda benutzt worden waren, um jene zu klassifizieren, die im Krieg ihre Kritik am Regime dadurch artikuliert hatten, daß sie anstelle von autoritärem Kaisertum und Militärdiktatur Demokratie und Parlamentarismus, statt Annexionsdiktaten einen Verständigungsfrieden und zudem soziale Reformen, ja sogar die Republik anstrebten. Die zwar verfassungsrechtlich, aber kaum strukturell wirksame Umwälzung von Staat und Gesellschaft 1918/19 führte in der Publizistik und in der politischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik fast zwangsläufig dazu, daß sich die Bewertung der bürgerlichen Opposition in der Feststellung eines vermeintlich angerichteten Schadens an der „deutschen Sache“ erschöpfte. Der Individualismus und Nonkonformismus der bürgerlichen Gegner des wilhelminischen Regimes erleichterte ihre Einstufung als „staatsfeindlich“. Sie besteht teilweise heute noch¹.

Der Wunsch nach inneren Reformen konnte in der Anfangszeit des Krieges durch den Appell zur nationalen Disziplin unterdrückt werden². Die Oppositions-

¹ Vgl. Gustav Fuchs, *Der deutsche Pazifismus im Weltkrieg*, Stuttgart 1928; Hans Thimme, *Weltkrieg ohne Waffen*, Stuttgart-Berlin, 1932; s. a. Karl Ludwig Ay, *Die Entstehung einer Revolution, Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkriegs*, Berlin 1968. Ganz unbefangen wird dort aus dem Behördenschriftgut die Klassifizierung der Äußerungen der Friedens- und der Frauenemanzipationsbewegung als „staatsfeindliche Propaganda“ übernommen.

² Der Belagerungszustand, der die Exekutive im Innern weitgehend den stellvertretenden Generalkommandos übertrug, gab den Militärs mit der Zensur das wichtigste Instrument zur Beeinflussung der Öffentlichkeit in die Hand. Der aktiven Presselenkung dienten die bald nach Kriegsausbruch ins Leben gerufenen regelmäßigen Pressekonferenzen, die ziemlich schnell zur reinen Befehlsausgabestelle für die Journalisten wurde. S. Kurt Koszyk, *Deutsche*

parteien waren am 4. August 1914 im Reichstag begeistert diesem Appell gefolgt. In der Ablehnung der Kriegszielpolitik profilierte sich lediglich der linke Flügel der Sozialdemokratie, aus dem 1916 die Gruppe Spartakus unter Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft – seit dem Gothaer Parteitag Ostern 1917 als eigene Partei unter dem Namen USPD – hervorgingen.

Noch früher als die linke Sozialdemokratie sammelte sich die bürgerliche Opposition unter Führung der Pazifisten. Im Kaiserreich, dessen Gesellschaft den Titel eines Reserveoffiziers zum Kriterium aller Qualifikation machte, galten die Anhänger des organisierten Pazifismus – die Deutsche Friedensgesellschaft war erst 1892 gegründet worden – als *Parias*. Dabei waren sie keineswegs Befürworter der Kriegsdienstverweigerung³. Das pazifistische Programm erstrebte Rüstungsbeschränkungen, einen internationalen Schiedsgerichtshof, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik und die Abschaffung der „Geheimdiplomatie“.

Ebenso wie die Sozialdemokratie, die unter dem Eindruck des kaiserlich verordneten Burgfriedens bescheiden ins Glied zurücktrat, legte sich auch die Deutsche Friedensgesellschaft nach Kriegsausbruch große Zurückhaltung auf. Die Anhänger beider Bewegungen, in deren Programmen der Völkerfriede so großen Raum einnahm, waren in ihrer Mehrzahl von der nationalen Aufwallung des August 1914 mitgerissen worden. Dafür trat im Herbst 1914 eine neue Gruppe in Erscheinung.

Am 14. November 1914 wurde der „Bund Neues Vaterland“ gegründet. Der Name war Tarnung und Programm zugleich⁴. Den Vorsitz hatte der bekannte

Pressepolitiker im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968; vgl. auch Kurt Mühsam, *Wie wir belogen wurden*, München 1918; W. Nicolai, *Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg*, Berlin 1920.

³ „Der Pazifismus will eine neue Welt aufbauen, erfüllt von der Idee des Rechtes, getragen von den solidarischen Interessen der Menschheit. Das ist etwas viel Größeres, viel Weitgehenderes als die Verhinderung des Krieges durch Heeresdienstverweigerung.“ Ludwig Quidde, *Die Geschichte des Pazifismus*, in: *Die Friedensbewegung, Ein Handbuch der Weltfriedensströmungen der Gegenwart*, hrsg. v. Kurt Lenz und Walter Fabian, Berlin 1922, S. 27.

⁴ Vgl. § 1 der Satzung: „Der Bund ist eine Arbeitsgemeinschaft deutscher Männer und Frauen, die sich unbeschadet ihrer sonstigen politischen und religiösen Stellungnahme zusammenschließen, um an den Aufgaben, die dem deutschen Volke aus dem europäischen Kriege erwachsen, mitzuarbeiten. Daher beabsichtigt der Bund: 1. die direkte und indirekte Förderung aller Bestrebungen, die geeignet sind, die Politik und Diplomatie der europäischen Staaten mit dem Gedanken des friedlichen Wettbewerbs und des überstaatlichen Zusammenschlusses zu erfüllen, um eine politische und wirtschaftliche Verständigung zwischen den Kulturvölkern herbeizuführen. Dieses ist nur möglich, wenn mit dem seitherigen System gebrochen wird, wonach einige Wenige über Wohl und Wehe von hunderten Millionen Menschen zu entscheiden haben. 2. Insofern sich bei der Arbeit für dieses Ziel ein Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik der Staaten ergibt, darauf hinzuwirken, beide in volle Übereinstimmung zu bringen – zum besten des deutschen Volkes und der gesamten Kulturwelt.“ S. Otto Lehmann-Russbuehdt, *Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914–1927*, Berlin 1927, S. 17.

Herrenreiter Kurt von Tepper-Laski übernommen, in dessen Freundeskreis schon früher die Idee der deutsch-französischen Verständigung gepflegt worden war. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Albert Einstein, Lilli Jannasch und Otto Lehmann-Russbuehdt. Stellvertretender Vorsitzender war Graf Arco, Direktor bei der Berliner Telefunken. Der Bund Neues Vaterland wollte keine Massenorganisation werden, sondern eine Arbeitsgruppe aus einflußreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zustande bringen. Bis zum Herbst 1915 war das einigermaßen gelungen. 135 Mitglieder bekannten sich ein Jahr nach der Gründung zu den Zielen des Bundes, darunter prominente Hochschullehrer, Diplomaten, Schriftsteller und sozialdemokratische Parlamentarier⁵.

Innenpolitisch verfocht der Bund Neues Vaterland entschieden eine Wahlrechtsreform – vor allem in Preußen – und die Demokratisierung Deutschlands. In der Kriegsschuldfrage hatten die Mitglieder von Anfang an „keinen Zweifel, daß man von einem ‚Überfall‘ auf Deutschland nicht reden könne“⁶. Der Neutralitätsbruch gegenüber Belgien und das Deutsche Weißbuch vom 5. August 1914 über die Kriegsursachen hatten die Skepsis verstärkt. Maßgeblichen Einfluß gewannen um die Jahreswende 1914/15 dann die Diplomaten Graf von der Gröben (ehemals Botschaftsrat in Paris), Graf von Leyden (früher Gesandter in Stockholm), der frühere deutsche Konsul in Belgrad, Schlieben, und die beiden ehemaligen Botschafter Fürst Lichnowsky (London) und Graf Monts (Rom). Eine Denkschrift, die Ernst Reuter nach Angaben Schliebens und Gröbens verfaßt hatte, wurde im März 1915 vom Bund Neues Vaterland anonym verbreitet. Darin wurde die imperialistische Außenpolitik Deutschlands und die Unfähigkeit seiner Diplomatie vor dem Krieg heftig kritisiert⁷. Ungefähr gleichzeitig mit dem Bund Neues Vaterland waren in England die „Union of Democratic Control“ und in Holland der „Nederland'sche Anti-Oorlog-Raad“ mit gleichartiger Zielsetzung gegründet worden. Im April 1915 fand in Den Haag auf Einladung des Anti-Oorlog-Raad ein internationaler Pazifistenkongreß statt, an dem als Vertreter des Bundes Neues Vaterland Tepper-Laski und Lehmann-Russbuehdt, für die Deutsche Friedensgesellschaft außerdem Quidde und Walther Schücking teilnahmen. Außerhalb der Tagesordnung, auf der die bekannten Forderungen des theoretischen Pazifismus standen, wurde auch über die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens gesprochen. Der Vorsitzende des Anti-Oorlog-Raad, Dresselhuys⁸, bot seine Dienste zur Vorbereitung einer Vermittlungsaktion zwischen Berlin und London an. Schücking faßte den Inhalt der Haager Gespräche in einem Memorandum zusammen, das dem

⁵ Z. B. Ludwig Quidde, Otfried Nippold, Walther Schücking, Helene Stöcker, Ernst Reuter, Gustav Landauer, Kurt Eisner, René Schickele, Eduard Bernstein, Rudolf Breitscheid; ohne förmliche Mitgliedschaft sympathisierten u. a. Hans Delbrück, Fürst Lichnowsky, Karl Liebknecht und Friedrich Wilhelm Foerster mit dem Bund Neues Vaterland.

⁶ Lehmann-Russbuehdt, *Der Kampf*, S. 19.

⁷ „Über die Bülow'sche Weltpolitik“, abgedr. ebenda, S. 143 ff.

⁸ Dresselhuys war Generalsekretär des holländischen Justizministeriums; seine Stellung entsprach etwa der eines deutschen Unterstaatssekretärs.

Auswärtigen Amt vorgelegt wurde⁹. Unterstaatssekretär Zimmermann und Graf Wedel (der spätere Botschafter in Wien), hatten den Vertretern des Bundes Neues Vaterland wiederholt zu verstehen gegeben, daß man in der Wilhelmstraße dem Bund wohlwollend gegenüberstehe, soweit er Intellektuelle zur Dämpfung der alldeutschen Propaganda formiere. Private Friedensbemühungen jedoch, wie sie in der Denkschrift Schückings zum Ausdruck kamen, waren durchaus unerwünscht. Die Herausgabe einer Korrespondenz, die Nachrichten und Artikel an Tageszeitungen liefern sollte, war dem Bund Neues Vaterland von der zuständigen Zensurbehörde, dem Oberkommando in den Marken, von Anfang an verboten worden. Die Verbreitung von Flugschriften¹⁰ wurde durch die Zensur zunehmend erschwert. Vernehmungen und Verhaftungen der Funktionäre folgten.

Am 7. Februar 1916 verbot das Oberkommando in den Marken dem Bund auf Kriegsdauer jede Betätigung. Einzelne Mitglieder wurden unter Polizeiaufsicht oder Postkontrolle gestellt, die Geschäftsführerin Jannasch kam für 14 Wochen in „Schutzhaft“. Bis zum Herbst 1918 verschwand der Bund Neues Vaterland, formell nicht verboten, durch die Zensur aber praktisch erdrosselt, in der Illegalität¹¹.

Trotz ihrer recht geringen Aktivität nach Kriegsausbruch wurde auch die Deutsche Friedensgesellschaft durch Zensurmaßnahmen und behördliche Schikanen gegen einzelne Ortsvereine und Organisationen bald völlig lahmgelegt. Prominente Mitglieder der Friedensgesellschaft gehörten ja auch dem Bund Neues Vaterland an, der bei der Obrigkeit als ebenso gefährlich galt wie die Spartakusgruppe¹². Ende 1916 entstand als Ersatzorganisation die „Zentralstelle Völkerrecht“, die, zur Tarnung mit wissenschaftlichem Anstrich versehen, in Eingaben und Petitionen an den Reichstag die Linie des Bundes Neues Vaterland und der Deutschen Friedensgesellschaft fortführte, gegen Annexionen und für einen Verständigungsfrieden kämpfte¹³. Diese Aktivitäten waren freilich bescheiden und praktisch wirkungslos. Eine Darstellung der Geschichte der bürgerlichen Opposition im Weltkrieg muß sich daher weitgehend auf Einzelschicksale konzentrieren¹⁴.

Nur einige Namen sollen hier erwähnt werden: Arnold Rechberg, der Bildhauer und Industrielle, mußte die Konsequenzen privater Friedensfühler im Herbst 1914 auf Veranlassung der Obersten Heeresleitung im Irrenhaus überdenken¹⁵. Großes

⁹ Vgl. Lehmann-Russbuedt, *Der Kampf*, S. 153 ff.

¹⁰ Als Verfasser zeichneten u. a. Walther Schücking, Kurt Eisner und Lujo Brentano.

¹¹ Er lebte unmittelbar vor der Novemberrevolution wieder auf. Nach einer heftigen Grundsatzdiskussion näherte sich der Bund politisch der USPD. An der Jahreswende 1921/22 wurde die Namensänderung in Deutsche Liga für Menschenrechte beschlossen.

¹² S. Die Bürgerlichen Parteien in Deutschland, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1968, Bd. 1, S. 181.

¹³ Heinrich Rössler und Hellmuth von Gerlach, beide Mitglieder des Bundes Neues Vaterland, übernahmen die Leitung. Maßgeblichen Einfluß hatte Ludwig Quidde. Die Zentralstelle Völkerrecht ging 1919 in der Deutschen Friedensgesellschaft auf.

¹⁴ Vgl. A. H. Fried, *Zum Verhalten der deutschen Pazifisten während des Weltkriegs*, in: *Die Friedenswarte* 21 (1919), S. 36 f.; Hans Wehberg, *Helden des Pazifismus*, ebd., S. 62 f.; ders., *Als Pazifist im Weltkrieg*, Leipzig o.J. (1919).

¹⁵ Vgl. Arnold Rechberg, *Reichsniedergang*, München 1919.

Aufsehen erregte der Fall des Mediziners Nicolai, weil dieser sich den Drangsalierungen beim Militärdienst – als Universitätsprofessor wegen demokratisch-pazifistischer Haltung vom Lazarettchef zum gemeinen Sanitäter degradiert – durch die Flucht per Flugzeug nach Dänemark entzogen hatte¹⁶. Als schärfster Verfechter der deutschen Schuld am Krieg exponierte sich Richard Grelling. Einst Mitgründer der Deutschen Friedensgesellschaft und Syndikus des deutschen Schriftstellerverbandes hatte er 1915 in der Schweiz sein Buch „J'accuse“ anonym erscheinen lassen. Dies kostete seinen Verfasser – Grelling war leidenschaftlicher Republikaner – zunächst sein Vermögen in Deutschland und trug ihm auf Lebenszeit den Titel „Hochverräter“ ein¹⁷.

II

Im Hauptausschuß des Reichstags wurden am 16. März 1918 in vertraulicher Sitzung „Fragen der auswärtigen Politik“ behandelt. Hauptgegenstand der Debatte waren zwei Publikationen, die in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt und in den amtlichen Kreisen tiefste Beunruhigung ausgelöst hatten: Die „Denkschrift“ des Fürsten Lichnowsky und das „Memorandum“ des ehemaligen Kruppdirektors Muehlon¹⁸. Lichnowsky hatte im Sommer 1916 ein Manuskript verfaßt, in dem er zu privatem Gebrauch die Summe aus seiner Tätigkeit als deutscher Botschafter in London (von 1912 bis zum Kriegsausbruch) zog. Seine Reflexionen über die deutsche Außenpolitik seit der Jahrhundertwende ergaben eine vernichtende, aber zutreffende Kritik am deutschen diplomatischen Betrieb der Zeit kurz vor Ausbruch des Weltkrieges. Sie mündete in die Feststellung, daß es nicht zu verwundern sei, wenn Deutschland von der gesamten Welt die alleinige Schuld am Weltkrieg beigemessen werde¹⁹. Das „Memorandum“ Muehlons enthielt – wesentlich knapper

¹⁶ Vgl. Georg Friedrich Nicolai, *Warum ich aus Deutschland ging*, Bern 1918.

¹⁷ S. Thimme, *Weltkrieg ohne Waffen*, S. 68 ff.

¹⁸ Beide Schriftstücke sind abgedruckt in: Fürst Lichnowsky, *Meine Londoner Mission 1912–1914*, Zürich 1918, und in: S. Grumbach (Hrsg.), *Die Schuldfrage*, Lausanne 1918 (Republikanische Bibliothek).

¹⁹ Die Verbreitung der Lichnowsky-Denkschrift erfolgte gegen den Willen des Verfassers. Er erhob 1919 Klage gegen den Züricher Verlag Orell Füßli wegen der Veröffentlichung. S. Nachlaß F. Thimme, Bundesarchiv Koblenz. Für die Verbreitung von Abschriften in Deutschland hatte vor allem der Hauptmann Beerfelde gesorgt. Er wurde daraufhin wegen Landesverrats verhaftet. Eine Abschrift des „Muehlon-Briefs“ (identisch mit dem „Memorandum“) sandte er am 15. 3. 1918 an Wilhelm II, s. Nachlaß Delbrück, Nr. 45, ebenda. Vgl. auch Beerfelde, *Michel wach auf!*, Berlin 1919 (Flugschriften des Bundes Neues Vaterland Nr. 1). Der bayer. Landtagsabgeordnete Osel berichtete am 12. 8. 1917 dem Grafen Hertling, daß eine Abschrift der Lichnowsky-Denkschrift in bürgerlichen Kreisen Münchens von Hand zu Hand ging. Am 31. 1. 1918 meldete Reichsrat von Buhl, ein prominentes Mitglied der Vaterlandspartei, dem Münchner Ministerium des Äußern, daß bei Zusammenkünften unter dem Vorsitz Kurt Eisners das „Lichnowsky-Tagebuch“ gelesen würde. S. Geheimes Staatsarchiv München, MA 97700.

im Umfang als die Aufzeichnungen Lichnowskys – einige persönliche Feststellungen zur Juli-Krise. Muehlon berichtete über zwei Unterredungen, die er Mitte Juli als Direktor der Kruppwerke mit Helfferich, damals Chef der Deutschen Bank, gehabt hatte. Helfferich hatte dabei die Zurückhaltung der Deutschen Bank gegenüber größeren Transaktionen mit seiner Kenntnis vom bevorstehenden österreichischen Ultimatum an Serbien motiviert.

Muehlon erfuhr, daß „die Österreicher“ in Berlin gewesen seien und vom Kaiser ermuntert worden waren, scharf vorzugehen. Krupp von Bohlen und Halbach bestätigte Muehlon gegenüber die Richtigkeit der Angaben Helfferichs: Er sei selbst dieser Tage beim Kaiser gewesen. Der Kaiser habe auch ihm von der Besprechung mit den Österreichern und deren Ergebnis gesprochen, jedoch die Sache als so geheim bezeichnet, daß er nicht einmal gewagt haben würde, seinem Direktorium davon Mitteilung zu machen . . . Der Kaiser habe ihm persönlich gesagt, er werde sofort den Krieg erklären, wenn Rußland mobil mache.²⁰ Muehlon registrierte die Unterstützung des österreichischen Vorgehens durch Deutschland mit Bestürzung. Das leichtfertig kalkulierte Risiko machte für ihn den Weltkrieg zur Gewißheit. Als an dem von Helfferich genannten Termin das Ultimatum gestellt wurde und die deutsche Regierung jede Mitwirkung daran dementierte, zog Muehlon weitere Erkundigungen ein: „Herr Krupp von Bohlen, mit dem ich über diese wenigstens der Wirkung nach lügnerischen deutschen Erklärungen sprach, war davon gleichfalls wenig erbaut, weil in einer so schwerwiegenden Angelegenheit Deutschland doch keine Blankovollmacht an einen Staat wie Österreich-Ungarn hätte ausstellen dürfen.“ Krupp forschte beim Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, seinem persönlichen Freund Jagow, weiter nach und teilte Muehlon das Ergebnis dieser Recherchen mit: Deutschland habe an der Formulierung des Ultimatus nicht mitgewirkt, weil sich der deutsche Kaiser zu dem Zeitpunkt, als Jagow mit der Angelegenheit befaßt wurde, bereits so festgelegt hatte, „daß es für ein Vorgehen nach diplomatischem Brauch schon zu spät und nichts mehr zu machen gewesen sei“. Immerhin, meinte Jagow damals, hätten die so eingetretenen Ereignisse auch ein Gutes gehabt; sie hätten es ermöglicht, in Petersburg und Paris eine deutsche Mitwirkung am Ultimatum zu dementieren.

Unter Berufung auf Angaben des USPD-Abgeordneten Cohn im Hauptausschuß des Reichstags hatte die Entente die Geschichte vom Kronrat in Potsdam verbreitet, bei dem am 5. Juli 1914 der Plan zur Entfesselung des Weltkriegs entworfen worden sein sollte. Das deutsche Dementi auf eine dementsprechende Veröffentlichung der „Times“ veranlaßte dann im August 1917 die Aufzeichnung Muehlons²¹. Muehlons Niederschrift war ausschließlich für die deutschen Parlamentarier bestimmt; er wollte ihnen damit Material zur Überprüfung des Regierungsdementis an die Hand geben²². Dabei hatte er weder eine propagandistische

²⁰ Bei Grumbach, *Schuldfrage*, S. 32f.

²¹ Vgl. *Europäischer Geschichtskalender 1917*, Teil I, S. 755; W. Muehlon, *Zur Wahrheit*, in: *Wissen und Leben* (Zürich), 11 (1918), S. 80–87.

²² Vgl. Brief Adolf Müllers an Muehlon vom 6. 11. 1917: „Die besprochenen Aufzeich-

Auswertung seines Memorandums durch das Ausland im Sinn, noch war er der Urheber der „Legende vom Potsdamer Kronrat“. Muehlon hat lediglich seine persönlichen Beobachtungen während der Julikrise aufgezeichnet, so wie er sie vielen Gesprächspartnern gegenüber schon mündlich geäußert hatte.

Im Auswärtigen Amt wurde viel Mühe darauf verwendet, die Fama vom „Kronrat“ zu widerlegen; formal war das auch ohne Schwierigkeit möglich. Der historische Kern der Sache, nämlich die Absprachen beim Besuch des Grafen Hoyos im Auswärtigen Amt am Vormittag des 5. Juli 1914 und bei der kurz danach stattgehabten Audienz des österreichisch-ungarischen Botschafters beim deutschen Kaiser, ist heute samt seinen Konsequenzen unbestritten²³. Während des Krieges gebot jedoch die Staatsräson die Verschleierung des Tatbestandes.

Die Feststellungen Muehlons zirkulierten seit Ende des Jahres 1917 in Abschriften und auf Flugblättern. Stresemann sandte im Februar 1918 ein Exemplar an das Auswärtige Amt, das unter dem Titel „Am Pranger der Weltgeschichte“ in Berlin verbreitet worden war²⁴. Unter der Überschrift „Die Schuld der deutschen Regierung am Kriege“ tauchte die Aufzeichnung Muehlons im Juli 1918 in Rotterdam auf²⁵. Zusammen mit der Lichnowsky-Denkschrift wurde das Muehlon-Memorandum auch als Broschüre verbreitet und über deutschen Stellungen abgeworfen²⁶. Aus der Flut des gegnerischen Propagandamaterials ragten die beiden Schriftstücke schon deshalb hervor, weil ihre Autoren wichtige Stellungen bekleidet hatten, die ihren Darlegungen und Argumenten naturgemäß besonderes Gewicht verleihen mußten. Mit den gewöhnlichen Gegenmaßnahmen der Zensur waren Lichnowskys und Muehlons Äußerungen daher auch nicht abzutun. Eine Debatte im Hauptausschuß des Reichstags versprach größeren Erfolg. In der Sitzung am 16. März 1918 konzentrierte man sich vor allem auf den bekannteren „Fall Lichnowsky“. Der Diplomat hatte durch seine amtliche Stellung mehr im Licht der Öffentlichkeit gestanden als der Krupp-Direktor Muehlon, hatte sich auch stärker exponiert und war infolge seiner engagierten persönlichen Stellungnahme gegen die deutsche Politik angreifbarer. Nicht zuletzt konnte ihn der Vorwurf, er habe aus verletzter Eitelkeit seine „Enthüllungen“ geschrieben, mehr treffen als Muehlon, dessen knappe und präzise Ausführungen weniger Angriffsflächen zur Interpretation boten.

Vizekanzler Payer beschränkte sich im Hauptausschuß im wesentlichen darauf, Muehlon als nervenkranken Phantasten darzustellen. Er berief sich dabei auf Stellungnahmen der beiden in Muehlons Memorandum genannten Gesprächspartner,

nungen habe ich seinerzeit Scheidemann ausgehändigt; er ist bereit, sie im gegebenen Momente zur Dämpfung der Knalldeutschen (!) zu verwenden.“ Nachlaß Muehlon.

²³ Die beste Übersicht, auch über die Literatur und Akteneditionen, bietet Imanuel Geiss, *Julikrise und Kriegsausbruch 1914, Eine Dokumentensammlung*, 2 Bde., Hannover 1963/64.

²⁴ Stresemann an von dem Busche, 18. 2. 1918, Auswärtiges Amt/Politisches Archiv, Weltkrieg adh. 4, Bd. 9 (künftig zit.: AA/PA).

²⁵ Mitteilung K. Dt. Konsulat Rotterdam an Reichskanzler v. 16. 7. 1918: „Das Flugblatt wird im Rahmen einer offenbar weit organisierten Propaganda von Haus zu Haus in Rotterdam in die Briefkästen gesteckt.“ AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 11.

²⁶ Thimme, *Weltkrieg ohne Waffen*, S. 126f.

Helfferrich und Krupp²⁷, die die Niederschrift als „pathologisch“ bezeichnet hatten. Da sie mit den Tatsachen in unlösbarem Widerspruch stünden, so folgerte Payer, könnten die Bemerkungen Helfferrichs und Bohlen-Halbachs auch nicht gefallen sein. „Fast unvereinbar mit den Behauptungen des Briefes sei auch die Tatsache, daß Dr. Muehlon, ein ausgesprochener Vertreter pazifistischer Ideen, von Kriegsausbruch ab noch längere Zeit dem Auswärtigen Amte im Ausland Dienste geleistet habe, obwohl er, wie er jetzt behauptet, schon im Jahre 1914 gewußt haben wolle, daß das Deutsche Reich damals mit zum Krieg getrieben habe. Er habe auch im Mai 1917 seine fernere Tätigkeit im Interesse des Reiches nicht etwa mit Rücksicht auf die damalige Stellung der deutschen Regierung gekündigt, sondern weil er seit 1917 jede Hoffnung aufgegeben habe, daß es den derzeitigen Leitern des Deutschen Reiches ernstlich um den Frieden zu tun sei. Nach dieser ganzen Sachlage könne den Erzählungen des Dr. Muehlon kein weiteres Gewicht beigegeben werden . . .“²⁸

Die Folgerungen Payers waren bemerkenswert, aber unlogisch. Seine Argumentation war ganz darauf angelegt, die Persönlichkeit Muehlons abzuqualifizieren, um seine Feststellungen zu entkräften. Außerdem konnte man Payers Rede entnehmen, daß Muehlon tatsächlich bis zum Frühjahr 1917 im Interesse des Deutschen Reiches tätig gewesen sein muß. Der scheinbare Widerspruch zwischen pazifistischem Engagement und amtlicher Tätigkeit im Kriege konnte sich nach der herrschenden Meinung, die die Pazifisten als gefährliche Staatsfeinde einstufte, nur durch eine Gemütskrankheit erklären. Payer hatte sich aber nicht damit begnügt, die Lösung dergestalt anzubieten, als sei Muehlon während des Krieges gemütskrank geworden; er hatte vielmehr, gestützt auf Helfferrichs und Krupps Aussagen, angedeutet, daß der ehemalige Krupp-Direktor schon während seiner Tätigkeit in Essen nervenkrank gewesen sei. Wie erklärt sich dann aber die Tatsache, daß dieser Mann bis 1917 im Auftrag des Auswärtigen Amtes tätig sein konnte?

Payer stützte sich im Hauptausschuß auf Material, das im Auswärtigen Amt in Eile zusammengetragen worden war. Insbesondere hatte man sich bemüht, von Helfferrich und Bohlen-Halbach Dementis zu erlangen. Helfferrich hatte am 26. Februar 1918 gleich zwei Gegendarstellungen zum Muehlon-Brief geliefert. In der ersten wurde die Echtheit von Muehlons Aufzeichnungen bezweifelt; in diesem Schriftstück, das in erster Linie für den internen Gebrauch der Wilhelmstraße gedacht war, rückte Helfferrich vom Wortlaut seiner Äußerungen vom Juli 1914 ab, wie ihn Muehlon überlieferte. Helfferrich bot statt dessen eine ganze Reihe von Gründen an, die ihn zu der damaligen Beurteilung der politischen Lage bewogen haben könnten – er bestritt also die Grundtendenz des Gesprächs nicht –, verwahrte sich aber dagegen, daß er von der Konferenz mit den Österreichern in Potsdam, von dem Ultimatum und von den damit zusammenhängenden Arrangements bei der kaiserlichen Nordlandreise gesprochen haben solle. Diese Darstellung Helfferrichs

²⁷ Im Hauptausschuß waren sie nicht namentlich genannt worden.

²⁸ Protokoll, nach: *Europäischer Geschichtskalender 1918*, Teil I, S. 121 ff.

hat ganz offensichtlich apologetischen Charakter. Die andere Stellungnahme jedoch – mehr für die Öffentlichkeit bestimmt – bezeichnete die Angaben Muehlons lakonisch als „Ausgeburt einer kranken Phantasie“²⁹.

Am 8. März 1918 war der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Stumm, nach Essen gefahren, um den „Fall Muehlon“ mit dem Chef der Firma Krupp zu besprechen. Bohlen-Halbach sandte am 9. März eine Niederschrift über diese Unterredung nach Berlin, die er allerdings am nächsten Tag telegraphisch wieder zurückforderte und durch eine abgeänderte Fassung ersetzte³⁰. Darin verwahrte sich Krupp entschieden dagegen, mit Muehlon über die Forcierung des deutschen Vorgehens durch den Kaiser gesprochen zu haben. Die Gespräche im Juli 1914 und auch die Sondierungen bei Jagow, von denen Muehlon berichtete, wurden nicht dementiert. Bemerkenswert ist auch an Bohlen-Halbachs Darstellung der apologetische Zug: „Im Ganzen möchte ich betonen, daß ich weder damals noch späterhin den Eindruck haben konnte, daß irgendwelche Kreise in Deutschland bereits im Juli mit dem Kriege als mit einem sicher bevorstehenden Ereignis gerechnet hätten oder denselben sogar herbeizuführen bestrebt gewesen wären.“³¹ Krupp gab zu Protokoll, er habe zu Muehlon großes Vertrauen gehabt und könne nicht annehmen, daß dessen Darstellung bewußt tendenziös gefärbt sei. Mit der Erklärung, er müsse sie als pathologisch betrachten, wollte Bohlen-Halbach seinen ehemaligen Direktor offenbar in Schutz nehmen. Krupp untermauerte diese Schutzbehauptung noch dadurch, daß er Muehlon nervliche Überlastung schon zur Zeit seines Ausscheidens aus der Firma unterstellte. Gleichzeitig hatte er so die Möglichkeit, über die Äußerungen in Muehlons Memorandum hinwegzugehen, indem er dessen Persönlichkeit als pathologisch bezeichnete.

Diese Methode war im Frühjahr 1918 allerdings nicht mehr besonders originell. Als im August 1917 die ersten Abschriften der Denkschrift des Fürsten Lichnowsky in Umlauf waren, hatte man im Auswärtigen Amt schon an die gleichen Abwehrmaßnahmen gedacht. Der bayerische Geschäftsträger in Berlin, Schoen, berichtete nach einem Besuch beim Staatssekretär in der Wilhelmstraße nach München: „Vertraulich äußerte sich Herr von Kühlmann, daß ihm der ehemalige Botschafter den Eindruck eines, gelinde ausgedrückt, stark nervösen Menschen mache. Fürst Lichnowsky habe sich offenbar von seinem ‚Zusammenbruch‘ in London im August 1914 nicht erholt und leide an Monomanie.“³² Am folgenden Tag konnte Schoen

²⁹ AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 9. – Am 25. 2. 1918 hatte Helfferich auch an den Abgeordneten Cohn-Nordhausen (USPD) geschrieben, der den Muehlon-Brief im Reichstag verlesen wollte: „Als eine der Persönlichkeiten, auf deren angebliche Mitteilungen sich der Brief bezieht, verfehle ich nicht, Ihnen zu erklären, daß der Brief nur eine Fälschung oder das Produkt einer kranken Phantasie sein kann.“ Ebenda. – Vgl. auch K. Helfferich, *Der Weltkrieg*, München 1919, Bd. 1, S. 176f.

³⁰ Zwei Briefe Bohlen-Halbachs an Stumm vom 10. 3. 1918, AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 9.

³¹ Ebenda.

³² Bericht Legationsrat von Schoen an den Vorsitzenden im Bayerischen Ministerrat vom 12. 8. 1917, Geh. Staatsarchiv München, MA 97700.

seinem Bericht noch folgendes hinzufügen: „Nachträglich habe ich vertraulich von anderer Seite erfahren, daß der Reichskanzler beabsichtigt, vom dem Fürsten Lichnowsky eine Aufklärung zu verlangen. Man würde es als beste Lösung betrachten, wenn dies den völligen Nervenzusammenbruch des Fürsten herbeiführen würde und sich dadurch seine Unterbringung in einem Sanatorium ermöglichen ließe; man wäre dann in der Lage darauf hinzuweisen, daß es sich um die Äußerungen eines geistig Kranken handelt.“³³

Die Presse übernahm in der Berichterstattung über die Hauptausschußsitzung des Reichstags die vom Wolffschen Telegraphenbüro verbreitete offizielle Lesart³⁴. Lediglich Maximilian Harden, der Muehlon im Spätherbst 1913 persönlich kennengelernt hatte, war mißtrauisch und kritisierte diese der Staatsräson entspringende amtliche Stimmungsmache³⁵. Auch in der Vaterlandspartei, dem Sammelbecken der äußersten Rechten wollte man sich mit der Pathologisierung Muehlons nicht zufrieden geben. Dort wurde allerdings die Ansicht vertreten, der ehemalige Krupp-Direktor sei kein im Krieg „gemütskrank gewordener Schwärmer, sondern ein im Dienste der Entente stehender Überläufer“³⁶.

III

In der öffentlichen Meinung wurde Muehlon seit der Sitzung des Hauptausschusses im März 1918 diskreditiert; sein Persönlichkeitsbild war durch Eigenschaften bestimmt, die als Widersprüche aufgefaßt wurden: Krupp-Direktor und Pazifist, Beauftragter des Auswärtigen Amtes und Verfasser eines durch die Feindpropaganda verbreiteten Flugblatts. Die Frage nach seinen Motiven wurde nicht gestellt. Zu ihrer Beantwortung und der Klärung der Widersprüche soll eine Skizze des Werdegangs Muehlons beitragen³⁷.

³³ Nachschrift vom 15. 8. 1918 zum Bericht von Schoens, ebenda. Aufgrund des Gesetzes über den Belagerungszustand verbot das Oberkommando in den Marken Lichnowsky am 20. 3. 1918 „jede weitere Tätigkeit, die unmittelbar oder mittelbar politischen Bestrebungen dient“. Das bayerische Kriegsministerium schloß sich dem Verbot am 29. 4. 1918 an. Geh. Staatsarchiv München, MA 97700. Im Sommer 1918 wurde Lichnowsky aus dem preuß. Herrenhaus ausgestoßen.

³⁴ S. Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 144 vom 19. 3. 1918 und Nr. 150 vom 22. 3. 1918; differenziertere Stellungnahmen finden sich in der Frankfurter Zeitung Nr. 79 vom 20. 3. 1918 und in der Münchener Post; beginnend am 26. 3. 1918 druckte letztere die Lichnowsky-Denkschrift im Wortlaut ab. Die Vorrede Theodor Wolfs war dem Berliner Tageblatt entnommen, vgl. Nr. 154 vom 25. 3. 1918. Die übrigen Zeitungen rechneten vor allem mit Lichnowsky ab, der unisono als eitler Tor bezeichnet wurde. Vereinzelt wurde auch gefordert, ihn in „Schutzhaft“ zu nehmen.

³⁵ Vgl. Die Zukunft vom 30. 3. 1918, S. 480f.

³⁶ „Der gemütskranke Herr Muehlon“, in: Mitteilungen der Deutschen Vaterlandspartei Nr. 14 vom 16. 5. 1918. Abschließend heißt es dort: „Wir brauchen uns mit der Psychologie des Herrn Muehlon nicht mehr zu befassen: er ist kein pathologisches, sondern ganz einfach ein minderwertiges Subjekt.“

³⁷ Herzlicher Dank gilt dem großzügigen Entgegenkommen, mit dem Frau Irene Muehlon

Johann Wilhelm Muehlon wurde am 31. Oktober 1878 in Karlstadt am Main geboren und wuchs in Würzburg auf, wo sein Vater ein kleines Gut besaß. In München, Berlin und Würzburg studierte Muehlon Rechts- und Staatswissenschaften. Den anschließenden Vorbereitungsdienst leistete er in München ab, soweit er nicht die vorgeschriebene dreijährige Untätigkeit als Rechtspraktikant zu Reisen ins Ausland benützte – etwa einem zweimonatigen Studium an der Sorbonne oder 1905 einem halbjährigen Aufenthalt in Amerika. Nach kurzer Tätigkeit als Rechtsanwalt bewarb sich Muehlon beim Auswärtigen Amt, „weil aus ihm Wege in die Welt und dort zu einem freien großzügigen Wirkungskreis führen mußten“³⁸.

In Berlin wurde Muehlon nicht gerade mit offenen Armen empfangen. Bei der Vorstellung in der Wilhelmstraße hatte er es an Begeisterung für den Kurs der Reichspolitik und für den Kaiser fehlen lassen und nicht verborgen, daß er als Süddeutscher mit demokratischen und liberalen Neigungen ein „schlichtes, geräuschloses, volkstümliches Oberhaupt einem selbtherrlichen, unruhigen, angriffigen vorziehe“³⁹. Examensnoten und Qualifikation gaben jedoch den Ausschlag dafür, daß Muehlon zum 1. Juli 1907 als Anwärter für den konsularischen Dienst eingestellt wurde.

Zwischen dem Auswärtigen Amt und der Firma Krupp gab es zahlreiche Querverbindungen. Nach Möglichkeit versuchte der Essener Konzern, Spitzenpositionen mit Beamten der Wilhelmstraße zu besetzen. So erhielt Muehlon ohne sein Zutun im Frühjahr 1908 Gelegenheit, als Direktionsassistent auf ein halbes Jahr bei Krupp einzuspringen. Diese befristete Tätigkeit war nicht zuletzt auch als Ausbildungsgelegenheit für einen befähigten jungen Beamten gedacht⁴⁰. Nach dem vereinbarten halben Jahr wollte man in Essen Muehlon nicht mehr gehen lassen, er stand damit am Anfang einer im damaligen Industriemanagement beispiellos steilen Karriere. Im März 1909 erhielt er Prokura, zwei Jahre später wurde er stellvertretender Direktor. Im Juli 1913 berief Bohlen-Halbach den knapp 35jährigen ins Direktorium als kaufmännischen Chef der Abteilung für Kriegsmaterial⁴¹. Das Gehalt und das damit verbundene Anrecht auf Gewinnbeteiligung brachten Muehlon in kurzer Zeit ein Vermögen ein.

Zum Firmenchef stand Muehlon in enger und beiderseits vertrauensvoller Be-

und Herr Dr. med. R. Muehlon die Benutzung des Nachlasses ihres Vaters in Hünibach (Schweiz) gestattet. Es ist beabsichtigt, den Nachlaß für eine größere Studie auszuwerten. Für einige Mitteilungen ist der Verfasser auch Herrn Joseph Breitenbach, New York, zu Dank verpflichtet.

³⁸ Lebenserinnerungen, S. 6. Es handelt sich um ein 96seitiges autobiographisches Fragment, das die Zeit bis etwa 1913/14 umfaßt, Nachlaß Muehlon.

³⁹ Ebenda.

⁴⁰ Brief Krupp von Bohlen und Halbach an Staatssekretär von Schoen vom 16. 3. 1908, Nachlaß Muehlon.

⁴¹ Telegramm Bohlen-Halbachs an Muehlon vom 25. 9. 1913, Nachlaß Muehlon. – Das Archiv der Firma Krupp teilte auf Anfrage mit, daß dort keinerlei Unterlagen über Muehlon vorhanden seien.

ziehung, er hatte bei Bohlen-Halbach durchaus Verständnis für sozialreformerische Ideen gefunden, die er als Zukunftspläne nährte. Die Gründung einer Zeitung in Form einer Stiftung, die vollkommene Objektivität garantieren sollte, gehörte zu diesen Vorstellungen. Die Kruppschen Wohlfahrtseinrichtungen, für die die Firma so viel Reklame machte, erkannte Muehlon als recht unzulänglich: „Wenn man unter Tausenden von Arbeitern, die beim Schichtwechsel den Toren entquellen, nie einen einzigen lachen sieht, muß doch etwas nicht stimmen“.⁴² Auf der Suche nach neuen Wegen, die Arbeitnehmer am Unternehmen in irgendeiner Weise – aber nicht in patriarchalisch-bevormundender Form – zu beteiligen, glaubte Muehlon sich mit Bohlen-Halbach einig.

Seine sozialen Neigungen einerseits und die Ablehnung der Praktiken im Waffenhandel andererseits – Muehlons Vorgänger hatte ein weitverzweigtes Netz von Agenten installiert, in dem teilweise mit zweifelhaften Methoden gearbeitet wurde, um Aufträge für Krupp zu sichern – führten ihn zu der Erkenntnis, daß in Essen nicht der rechte Platz für ihn sei. Im Frühjahr 1914 bat er Bohlen-Halbach erstmals, die Geschäfte allmählich in andere Hände überleiten zu dürfen, um aus dem Konzern ausscheiden zu können⁴³. Der Firmenchef verhielt sich jedoch ablehnend. Nach Kriegsausbruch drängte Muehlon dann entschieden darauf, möglichst bald von Essen loszukommen. Er erhielt daraufhin Urlaub, es wurde aber alles versucht, ihn zu halten. Sein Vertrag wurde erst gelöst, als Muehlon im März 1915 gesundheitliche Gründe vorschob, die ihm angeblich die Fortführung der Geschäfte unmöglich machten. Nach außen hin blieb auch jetzt noch der Form halber die Beurlaubung bestehen, da man während des Krieges das Ausscheiden eines der fünf Männer an der Spitze des Konzerns nicht gerne bekanntgeben wollte⁴⁴.

Die späteren Veröffentlichungen aus Muehlons Feder – zum Teil gegen seinen Willen erfolgt – konnten nur zu leicht den Eindruck erwecken, als habe Muehlon angesichts der patriotischen Raserei im Juli und August 1914 ein Damaskus erlebt und sei unter spektakulären Umständen vom Posten des Direktors der Kruppschen Rüstungsabteilung zurückgetreten, nachdem er plötzlich kriegsvorbereitende Machenschaften durchschaut habe. Muehlon wehrte sich oft, meist aber vergeblich, gegen solche Interpretationen, die je nachdem der Verdammung oder Verklärung seiner Person dienen mußten. In Deutschland wurde ihm vorgeworfen, er habe in

⁴² Lebenserinnerungen, S. 39, Nachlaß Muehlon.

⁴³ Brief Muehlons an Bohlen-Halbach vom 9. 5. 1914, Nachlaß Muehlon; eine mündliche Unterredung war vorausgegangen.

⁴⁴ Am 25. 9. 1914 hatte Muehlon seine Bitte um die Lösung des Vertrags erneuert. Nach verschiedener Korrespondenz zeigte sich Bohlen-Halbach in einem Brief an Muehlon vom 12. 3. 1915 „sehr überrascht“ durch das Verlangen, aus der Firma endgültig auszuschneiden. Nachdem juristische Argumente und der Appell, „Burgfrieden“ zu halten, wirkungslos geblieben waren, schrieb Bohlen-Halbach am 27. 3. 1915 an Muehlon: „Nachdem Sie mir erklärt haben, daß Ihnen aus Gründen der Gesundheit die Weiterführung der Arbeit hier nicht möglich erscheint, erkläre ich mich namens des Aufsichtsrates der Firma Krupp damit einverstanden, daß Ihr Dienstvertrag zum 31. d.M. aufgelöst wird und mit diesem Tage die beiderseitigen Verpflichtungen aus diesem Verträge aufhören.“ Nachlaß Muehlon.

schwerster Stunde Firma und Vaterland im Stich gelassen. Nach Anspruch, Auftreten und Bedeutung hatte die Firma Krupp in der öffentlichen Meinung ja einen besonderen Stellenwert. Dementsprechend wurde das Ausscheiden eines Direktors nach Kriegsausbruch beurteilt. Die Opposition in Deutschland und die Entente erhoben Muehlon dagegen zum Kronzeugen der deutschen Schuld am Krieg. Wurde er auf der einen Seite als Vaterlandsverräter gebrandmarkt, so pries ihn die andere als Entdecker des Zusammenspiels von Wirtschaft, Militär und Politik bei der Entfesselung des Weltkriegs. Der wahre Sachverhalt ist jedoch wesentlich vielschichtiger.

Nach dem Ausscheiden bei Krupp blieb Muehlon zum Privatisieren kaum Zeit. Er verfügte über zahlreiche in- und ausländische Verbindungen; insbesondere bei der rumänischen Regierung war er „persona gratissima“⁴⁵. Im Frühjahr 1915 reiste er im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach Bukarest, um die politische Lage zu sondieren. Der Bericht, den Muehlon über seine Mission erstattete, stand im Gegensatz zur Berliner Linie, die alles darauf anlegte, Rumänien zur Aufgabe der Neutralität zugunsten der Mittelmächte zu bewegen⁴⁶. Muehlon hatte aus rumänischer Sicht die Fehler und Versäumnisse Berlins unmißverständlich aufgezeigt und vor jeglichen Pressionen gewarnt. Unterstaatssekretär Zimmermann war empört, sein Vorgesetzter Jagow erschrocken. Die freundschaftlichen Beziehungen Muehlons zum rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu machten ihn jedoch unentbehrlich⁴⁷. Zwischen Frühjahr 1915 und Sommer 1916 reiste Muehlon, ausgestattet mit dem Titel eines „besonderen Kommissars der Reichsverwaltung für die Balkanstaaten“ und bevollmächtigt von der amtlichen Zentraleinkaufsgesellschaft, wiederholt nach dem Südosten. In zahlreichen Verhandlungen in Bukarest, Wien, Budapest und Sofia gelang es ihm, Wirtschaftsverträge unter Dach und Fach zu bringen, die hauptsächlich Getreide- und Erdöllieferungen aus Rumänien für Deutschland sicherten.

Aufgefordert, sich auch in Wien und Budapest als Kenner und unabhängiger Beurteiler der rumänischen Politik zu äußern, traf Muehlon mehrere Male mit dem k. u. k. Außenminister Czernin und dem ungarischen Ministerpräsidenten Tisza zusammen. Angesichts der Leichtfertigkeit, die man in Wien, und der Überheblichkeit, die man in Budapest gegenüber Rumänien an den Tag legte, waren Muehlons Warnungen vergeblich. Im August 1916 erklärte Rumänien den Mittelmächten den Krieg. Im Oktober, als der Fall Bukarests bevorstand, wurde Muehlon im Großen Hauptquartier dazu ausersehen, der rumänischen Regierung die deutschen Friedensvorschläge zu überbringen. Er fürchtete jedoch, sich dadurch bei seinen rumänischen Freunden zu kompromittieren, vor allem, da er für die Einhaltung der deutschen Versprechungen nicht garantieren konnte. So lehnte er diesen Auf-

⁴⁵ Aufzeichnungen M. Warburg für Unterstaatssekretär Zimmermann, 4. 6. 1916 (Muehlon zur Kenntnisnahme von Warburg mitgeteilt), Nachlaß Muehlon.

⁴⁶ Bericht Muehlon an das Auswärtige Amt vom 15. 4. 1915, Abschrift im Nachlaß Muehlon.

⁴⁷ Tagebuchaufzeichnungen, mitgeteilt von Dr. R. Muehlon, Biel.

trag ab, wie er sich auch seinerzeit geweigert hatte, sich der Deutschen Gesandtschaft attachieren zu lassen oder gar den Gesandtenposten in Bukarest zu übernehmen⁴⁸.

Spätestens 1916 kam Muehlon in engeren Kontakt zu den Kreisen, die sich vom amtlichen Propagandagetöse und von den chauvinistischen Parolen und Annexionsgelüsten des nationalen Bürgertums abgestoßen fühlten. In der skeptischen Beobachtung der innerdeutschen Szenerie und im Willen zur Überwindung des unrealistischen alldeutschen Draufgängertums fand sich die „Vereinigung Gleichgesinnter“ zusammen. Auf Einladung des Berliner Privatdozenten Weisbach wurde im Juni 1916 die erste Sitzung dieses Zirkels abgehalten. Geheimrat Friedrich Curtius (Heidelberg) hatte den Vorsitz übernommen. Die dreizehn Anwesenden waren sämtlich bürgerlich-liberale Intellektuelle mit pazifistischen Neigungen. Friedrich Wilhelm Foerster⁴⁹ hatte Muehlon in diesen Kreis eingeführt⁵⁰. Resonanz in der Öffentlichkeit fand die „Vereinigung Gleichgesinnter“ nicht, konnte sie bei ihrem elitären Charakter auch schwerlich erhoffen. Im Hauptpunkt des Programms waren sich die Mitglieder einig: die alldeutsche Propaganda sollte paralytisiert werden. Im übrigen waren die Ziele aber eher kultureller und ethischer Natur und vor allem darauf gerichtet, nach dem Krieg wieder internationale Beziehungen anzuknüpfen und ein „europäisches Bewußtsein“ zu pflegen. Geradezu unpolitisch – im Gegensatz zum „Bund Neues Vaterland“ – und kämpferischem Einsatz abhold, hatten die „Gleichgesinnten“ keine Zukunft⁵¹.

Muehlon stand auch in lockerer Verbindung zur „Zentralstelle Völkerrecht“. Unter deren Friedensdenkschrift, die im Herbst 1916 dem Reichstag präsentiert wurde, findet sich auch die Unterschrift des ehemaligen Kruppdirektors; die Annahme der Wahl zum Ausschußmitglied der Zentralstelle hat er jedoch abgelehnt⁵².

⁴⁸ Die Schilderung der Balkanmission Muehlons basiert auf seiner Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt, dem Reichsamt des Innern und der Zentraleinkaufsgesellschaft aus den Jahren 1915/16, Nachlaß Muehlon.

⁴⁹ Muehlon und Foerster hatten sich nach Kriegsausbruch kennengelernt und standen dann in enger Verbindung. Die Darstellung über das erste Zusammentreffen bei F. W. Foerster, *Erlebte Weltgeschichte, Nürnberg 1953*, S. 322–324, ist stark dramatisiert und etwas verzerrt. Festzuhalten ist jedoch, daß Foerstlers Haltung ganz wesentlich von Muehlon beeinflusst wurde. S. auch F. W. Foerster, *Deutsche Geschichte und politische Ethik, Nürnberg 1961*, S. 117 und 152.

⁵⁰ Protokoll der „Aussprache über gemeinsame Ziele“ am 14. 6. 1916, Nachlaß Muehlon. Teilnehmer waren Graf Arco (Berlin), Prof. v. Aster (München), Privatdozent Carl Brinkmann (Freiburg), Geheimrat F. Curtius (Heidelberg), Prof. F. W. Foerster (München), Prof. W. Foerster (Berlin), Prof. Heldmann (Halle), Dr. J. Lepsius (Potsdam), Dr. Muehlon (München), Privatdozent Rausch v. Traubenberg (Göttingen), Prof. S. Saenger (Redakteur der Neuen Rundschau, Berlin), Liz. Siegmund-Schultze (Berlin), Dr. Weisbach (Berlin).

⁵¹ Auf einer Sitzung im preuß. Kriegsministerium über Maßnahmen gegen Pazifisten wurde im September 1917 die „Vereinigung Gleichgesinnter“ als „hessische Pazifisten-gruppe“ immerhin erwähnt. AA/PA, *Weltkrieg 2 d Nr. 1, Bd. 1*.

⁵² Brief L. Quiddes an Muehlon vom 26. 1. 1917, Nachlaß Muehlon.

Der Plan zur Gründung einer in jeder Beziehung unabhängigen Zeitung war von Muehlon weiter verfolgt worden. Der Erwerb der „Münchener Neuesten Nachrichten“ stand im Herbst 1916 zur Debatte; ein Jahr später war die Übernahme des Berliner „Börsenkuriers“ im Gespräch. Max Warburg, der Hamburger Bankier und Freund Muehlons, gehörte zu den Interessenten an dem Projekt und mit ihm andere, die in dem von der Schwerindustrie offen oder heimlich beherrschten deutschen Blätterwald einen selbständigen Baum pflanzen wollten⁵³.

Im Spätherbst 1916, unmittelbar nach seiner Weigerung, das deutsche Friedensangebot an Rumänien zu überbringen, war Muehlon in die Schweiz übersiedelt. Immer noch war er bereit, seine Kräfte in den Dienst der deutschen Politik zu stellen, solange er auf die Verständigungsbereitschaft der Mittelmächte hoffte und an die Chancen der Wilsonschen Vermittlung glaubte. Nach dem 1. Februar 1917, dem Tag der Ankündigung des uneingeschränkten U-Bootkriegs, stellte Muehlon seine freiwillige Mitarbeit bei der deutschen Gesandtschaft in Bern ein und brach den Verkehr mit allen amtlich tätigen Landsleuten in der Schweiz ab⁵⁴. Muehlon sah durch das unzulängliche Friedensangebot vom Dezember 1916, dessen Begleiterscheinungen⁵⁵ und durch die sich anschließende Ausweitung des Krieges die letzte „Gelegenheit für Deutschland, glimpflich davonzukommen“⁵⁶, vertan. In einem sorgfältig formulierten Brief an Bethmann-Hollweg motivierte Muehlon Anfang Mai 1917 seine Verurteilung der deutschen militärischen und politischen Kriegführung und sagte sich förmlich und „endgültig von den Männern des heutigen deutschen Regimes“ los⁵⁷. „So zahlreich und schwer auch die Irrtümer und Verfehlungen auf deutscher Seite von Kriegsbeginn an waren, so glaubte ich doch lange Zeit hoffen zu können, daß eine bessere Einsicht und Gesinnung bei unsern maßgebenden Persönlichkeiten allmählich durchdringen werde. In dieser Hoffnung hatte ich während des Krieges meine Mitarbeit in Rumänien in gewissem Maße zur Verfügung gestellt, und war ich bereit, auch in meinem jetzigen Aufenthaltslande, der Schweiz, mitzuhelfen, soweit das Ziel der Bemühungen Annäherung der feindlichen Parteien sein sollte . . . Seit Anfang dieses Jahres ist mir jede Hoffnung hinsichtlich der heutigen Leiter Deutschlands geschwunden. Das Friedensangebot ohne Angabe der Kriegsziele, der verschärfte Unterseebootkrieg, die Deportationen der Belgier, die Verwüstungen in Frankreich, die Ver-

⁵³ Briefe Carl Melchior's an Muehlon vom 1. 9. 1916 und 21. 10. 1917, Nachlaß Muehlon.

⁵⁴ Inzwischen war auch der Leiter des Auswärtigen Amtes, Jagow, auf Betreiben der OHL durch den bisherigen Unterstaatssekretär Zimmermann ersetzt worden: Teil der Wendung des deutschen Kurses zum „totalen Krieg“. Jagow hatte Muehlon seinerzeit angedeutet, er halte ihn für den geeigneten Mann, Sondierungen bei Vertretern der Entente vorzunehmen. Das mag auch ein Grund für die Übersiedlung Muehlons in die Schweiz gewesen sein.

⁵⁵ Z. B. das Hilfsdienstgesetz und die Polenproklamation, die die Rekrutierung der Polen zum Wehrdienst zur Folge hatte.

⁵⁶ Handschr. Aufzeichnung, o. D., Nachlaß Muehlon.

⁵⁷ Entwürfe und Kopie der vom 7. 5. datierten und am 8. 5. 1917 abgesandten endgültigen Fassung im Nachlaß; der Brief wurde auch gedruckt, u. a. in: Die Freie Zeitung, 2. Jg., Nr. 36, 4. 5. 1918.

senkung englischer Hospitalschiffe sind Beispiele der Handlungen, die immer wieder von neuem unsere verantwortlichen Persönlichkeiten derartig disqualifiziert haben, daß sie nach meiner Überzeugung für eine gutwillige, gerechte Verständigung überhaupt nicht mehr in Betracht kommen.“⁵⁸

Bezeichnend ist in Muehlons Brief an den Reichskanzler seine Argumentation nach ethischen und moralischen Kategorien. In der absoluten Ablehnung einer Politik, deren Normen er nur von Machtfragen bestimmt sah, zeigt sich Muehlon als engagierter Idealist. Trotzdem markierten nicht abstrakte Postulate seine politische Ethik; seine Wertordnung basierte auf einfachen Tugenden, die er nicht nur im privaten Bereich, sondern auch im Staats- und Völkerleben praktiziert sehen wollte. Muehlons hartes Urteil über die deutsche Politik ist das eines rigorosen Moralisten: „Das deutsche Volk kann die geschehenen schweren Versündigungen an seiner, Europas und der Menschheit Gegenwart und Zukunft erst dann wieder gutzumachen beginnen, wenn es sich durch andere Männer von anderer Art vertreten läßt. Es ist keine Ungerechtigkeit, daß es heute dem Odium der ganzen Welt verfallen ist, so fehlerhaft und unvollkommen diese auch sein und bleiben möge ...“⁵⁹ Die feierliche Ausdrucksweise der Kundgebung an Bethmann-Hollweg könnte den Schluß nahelegen, naive Eitelkeit hätte Muehlon die Feder geführt. Er war sich jedoch über die Konsequenzen seines Rigorismus vollständig im klaren.

Seit dem Herbst 1916 stand Muehlon mit dem Holländer De Jong van Beek en Donk in Verbindung, der als Generalsekretär der „Zentralorganisation für einen dauernden Frieden“ fungierte. Diese Organisation hatte ihren Sitz in Den Haag und stellte eine internationale Erweiterung des Anti-Oorlog-Raads zur Propagierung des Völkerbundgedankens dar⁶⁰. De Jong hielt sich 1917/18 überwiegend in der Schweiz auf. Ende 1917 brachte er die Verbindung zwischen der österreichischen „Meinl-Gruppe“⁶¹, dem amerikanischen Geschäftsträger in Bern und dem Propagandisten der Ideen Wilsons in Europa, dem in Genf lebenden Amerikaner George D. Herron, zustande. In Übereinstimmung mit der „Zentralorganisation“ mühte sich die Meinl-Gruppe um Friedensgespräche zwischen Wien und Washington. Sie konnte sich dabei auf Kaiser Karl, nicht aber auf den Leiter der österreichischen Außenpolitik, Czernin, stützen. Kurz vor Weihnachten 1917 hatte in Genf ein erstes Gespräch stattgefunden, an dem Julius Meinl, Herron, De Jong,

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Bericht Dt. Gesandtschaft Den Haag vom 11. 8. 1917, AA/PA, Weltkrieg 2 d Nr. 1, Bd. 1.

⁶¹ Julius Meinl, der Wiener Kaffeeimporteur und Lebensmittelindustrielle, hatte im Dezember 1915 die „Österreichische Politische Gesellschaft“ als Organ der Friedensbewegung gegründet. Die Meinl-Gruppe kristallisierte sich um Meinl, Heinrich Lammasch und Josef Redlich. F. W. Foerster gehörte ebenfalls zu diesem Kreis, den Kaiser Karl im Juli 1917 als Friedensministerium berufen wollte. S. Heinrich Benedikt, Die Friedensaktion der Meinlgruppe 1917/18, Graz-Köln 1962. S. a. die Berichte der Dt. Botschaft Wien vom 18. und 20. 7. 1917, Geh. Staatsarchiv München, MA 952.

einige Engländer und von deutscher Seite der Parlamentarier Conrad Haußmann teilnahmen. Die dabei geknüpften Fäden zwischen Wien und Washington waren von Czernin, der auf Brest-Litowsk größere Hoffnungen setzte und überdies für die Bemühungen nebenberuflicher Politiker wie Meinl wenig Sympathie aufbrachte, wieder zerrissen worden.

Die Rede Czernins am 24. Januar 1918, bei der er sich zu Wilsons 14-Punkte-Programm positiv geäußert hatte⁶², bildete den Anlaß für einen zweiten Vermittlungsversuch. Muehlon wußte durch Foerster von den Friedensbemühungen des Meinl-Kreises. Für ein Gespräch zwischen Heinrich Lammasch und Herron stellte er, um die Geheimhaltung gegenüber der Entente wie gegenüber den Mittelmächten zu gewährleisten, am 3. und 4. Februar 1918 sein Haus zur Verfügung⁶³. Auch diese Friedensgespräche hatten keine praktische Wirkung, weil Kaiser Karl unter dem Druck Berlins keine Möglichkeit hatte, auf der von der Meinl-Gruppe verfolgten Linie der nationalen Autonomie für die Völker des Habsburgerreiches, weiter zu verhandeln⁶⁴.

IV

Unter dem Eindruck der gegen ihn gerichteten Diffamierungskampagne in Deutschland im Anschluß an die Sitzung des Reichstagshauptausschusses im März 1918 entschloß sich Muehlon, seine Tagebuchaufzeichnungen aus den ersten Kriegsmonaten zu veröffentlichen. Sie erschienen im Frühjahr 1918 unter dem Titel „Die Verheerung Europas“ in Zürich bei Orell Füßli. Muehlon wollte sich damit nicht nur rechtfertigen: „Ich wollte gegenüber den erwähnten Verunglimpfungen dem deutschen Volk meine wirkliche Denkweise vorführen, wie sie einmal war, wodurch ich ihm zu nutzen hoffte, und ich entschloß mich erst dazu, als mir der damalige Leiter des Verlags versicherte, eine große Zahl von Exemplaren nach Deutschland bringen zu können, bevor sie der Beschlagnahme verfielen. Übrigens habe nicht ich den Verlag aufgesucht, sondern sein Leiter mich, veranlaßt durch Zürcher Freunde, welche es auch im deutschen Interesse für entschieden erwünscht hielten, daß ich mich zu dieser Veröffentlichung entschlösse.“⁶⁵ Muehlon bereute bald die Veröffentlichung seiner Reflexionen über die politische Moral Deutschlands. Nur zu schnell stellte es sich heraus, daß das Buch in Deutschland so gut wie

⁶² Europäischer Geschichtskalender 1918, Teil II, S. 6–10.

⁶³ Einzelheiten über diese Besprechungen bei H. Lammasch, Friedensversuche mit Präsident Wilson, in: Heinrich Lammasch, Seine Aufzeichnungen, sein Wirken und seine Politik, hrsg. von Marga Lammasch und Hans Sperl, Wien–Leipzig 1922, S. 96–102, und: Prof. Herron, Heinrich Lammasch's Suggestion for Peace in Bern 1918, ebenda, S. 186–197; s. a. Mitchell Pirie Briggs, George D. Herron and the European Settlement, Stanford 1932.

⁶⁴ S. Benedikt, Die Friedensaktion, S. 230 ff.

⁶⁵ Schriftsatz Muehlons für die eidgenöss. Fremdenpolizei, o. D., Nachlaß. Muehlons Einbürgerungsversuch war mehrere Male abgelehnt worden, weil phantastische Gerüchte über seine Tätigkeit im Weltkrieg kursierten.

keine Verbreitung fand, umso stärker aber im neutralen und feindlichen Ausland beachtet wurde. Muehlon kaufte den Rest der deutschen Auflage auf; die unautorisierten Übersetzungen konnte er jedoch ebensowenig verhindern wie die zahlreichen Artikel in der Auslandspresse, die ihn als Kronzeugen der deutschen Schuld am Kriege feierten⁶⁶.

Schwerwiegender war der Irrtum, dem Muehlon unterlegen war, als er glaubte, durch die Veröffentlichung seiner herben Kritik am deutschen Regime und an der Manipulation der öffentlichen Meinung im Herbst 1914 Verständnis für seine Motive und eine Gesinnungsänderung seiner Landsleute erreichen zu können. In der „Verheerung Europas“ stellte Muehlon seine intellektuelle Integrität ebenso unter Beweis wie die ethische Motivierung seiner Handlungsweise. Die Erwartung jedoch, durch die offene Darlegung seiner Denkart eine positive Wirkung in der Breite zu erzielen⁶⁷, war entweder naiv oder zu anspruchsvoll, weil damit das Differenzierungsvermögen des einfachen Lesers überfordert wurde.

In Berlin wurde man im Sommer 1918 auf Muehlons Buch aufmerksam⁶⁸. Sehr besorgt erkundigte sich Hindenburg in der Wilhelmstraße, „wie es möglich war, daß ein Mann von solcher Gesinnung in das Auswärtige Amt und später in das Kruppsche Direktorium gelangen und dann mit geheimen, große Zuverlässigkeit voraussetzenden Aufträgen betraut werden konnte“⁶⁹. Hindenburg war über Muehlons „Machwerk“ nicht wenig empört: „Die schamloseste Verleumdung deutschen Wesens ist auf Seite 67 enthalten, wo Muehlon unter dem Eindruck der deutschen Siege, die in jenen Tagen die vaterländische Begeisterung entfachten, sich ausmalt, was die Vorherrschaft Deutschlands in Europa zur Folge haben würde.“⁷⁰ Es ist bezeichnend, daß sich Hindenburg nicht nur darüber aufregte, daß man „derart

⁶⁶ Muehlon hatte in der Folge mancherlei Ärger mit Journalisten, die ihn aufsuchten und anschließend nicht autorisierte Interviews veröffentlichten. Eine umfangreiche Korrespondenz mit bekannten Journalisten, wie Devitte (Associated Press), Sefton Delmer sen. (Daily Mail, London), Guttman (Frankfurter Zeitung) und anderen befindet sich im Nachlaß.

⁶⁷ „Es kommt dem Verfasser hauptsächlich darauf an, an den deutschen Leser die Frage zu stellen: Denkst Du nicht längst so? Denkst Du nicht auch so, weil alle Menschen so denken müssen, die ohne List und Gewalt nach Wahrheit und Gerechtigkeit streben?“, aus dem Vorwort zur „Verheerung Europas“.

⁶⁸ Am 29. 6. 1918 berichtete die Berner Gesandtschaft, man habe erfahren, daß Muehlon eine Veröffentlichung plane und „überhaupt ungeheuer viel Material angeblich zur Verfügung haben soll“, das er über F. W. Foerster der USPD zur Verfügung stellen wolle. Das Auswärtige Amt erkundigte sich daraufhin wieder bei Bohlen-Halbach, der am 10. 7. 1918 mitteilte, daß es sich bei der geplanten Veröffentlichung um die bereits erschienene „Verheerung Europas“ handle. AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 11.

⁶⁹ Schreiben des Chefs des Generalstabs des Feldheeres vom 6. 8. 1918, AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 12.

⁷⁰ Ebenda, der Satz bezog sich auf eine Tagebucheintragung Muehlons vom 25. August 1914, in der es hieß: „Und wenn es keinen Fleck mehr in Europa geben sollte, den die Deutschen nicht verwalten, so wird eine wahre Völkerwanderung nach den Ländern über See eintreten, wer weiß wohin, jedenfalls an Orte, die vor den Deutschen sicher sind.“ Muehlon, Die Verheerung Europas, S. 67.

Ungeheuerliches in einer Zeit höchster nationaler Begeisterung und Aufschwungs fühlen und niederschreiben konnte“, sondern daß er in naiver Fehleinschätzung der verfassungsmäßigen Möglichkeiten forderte, der Reichsregierung müsse gesetzlich entsprechender Einfluß gesichert werden, daß nur noch Persönlichkeiten mit zuverlässiger vaterländischer Gesinnung im Auswärtigen Amt und in wichtigen Betrieben der Privatwirtschaft, wie z. B. bei Krupp oder bei den Großbanken, beschäftigt werden könnten.

Das Auswärtige Amt wies nicht nur die Forderungen Hindenburgs zurück, sondern würdigte ausdrücklich die Leistungen Muehlons im amtlichen Auftrag⁷¹. Trotzdem sann man in der Wilhelmstraße auf Mittel und Wege, Muehlon unschädlich zu machen. Verschiedene Möglichkeiten standen zur Wahl, angefangen beim Gestellungsbefehl über das Ausweisungersuchen an die Schweizer Behörden bis hin zur Ausbürgerung aus Deutschland. Aus politischen Gründen verzichtete man aber auf alle derartigen Maßnahmen, um Muehlon nicht zu weiteren Veröffentlichungen, die zu fürchten man offenbar einigen Grund hatte, zu provozieren⁷².

Eine Konsequenz aus seiner Absage an das offizielle Deutschland bestand für Muehlon im Verzicht auf öffentliche Wirksamkeit und in der selbstgewählten Isolation. Auf der anderen Seite übte er aber starke Anziehungskraft auf diejenigen aus, die als Republikaner, Pazifisten oder Demokraten Deutschland ebenfalls den Rücken gekehrt hatten und in der Schweiz, den Ausgang des Krieges abwartend, in der Hoffnung auf einen Systemwechsel lebten. Prinz Alexander Hohenlohe, der bayerische General Graf Maximilian Montgelas, der publizistisch für die Integrität Belgiens focht, Hermann Staudinger, der Begründer der makromolekularen Chemie, damals Professor in Zürich, sowie Friedrich Wilhelm Foerster gehörten zum engeren Kreis um Muehlon. A. H. Fried, der mit der „Friedenswarte“ 1915 in die Schweiz emigriert war, der Sozialdemokrat Adolf Müller, Chefredakteur der Münchener Post, der sich während des Krieges öfters in der Schweiz aufhielt – er war von 1919 bis 1933 deutscher Gesandter in Bern –, Eduard Bernstein und Ludwig Quidde standen mit Muehlon in Verbindung; über diese Männer liefen auch Verbindungen nach Deutschland und Österreich.

⁷¹ Entwurf eines Schreibens an den Chef des Generalstabs des Feldheeres vom 5. 10. 1918, AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 12.

⁷² Die Einberufung hatte das bayer. Kriegsministerium abgelehnt mit der Begründung, Muehlon würde sich durch eine Weigerung zwar straffällig machen, man habe jedoch keine Handhabe gegen ihn, solange er in der Schweiz lebe; Schreiben Bayer. Gesandtschaft Berlin an das AA vom 5. 8. 1918, AA/PA, Weltkrieg adh. 4, Bd. 12. Der deutsche Gesandte in Bern riet am 31. 8. 1918 vom Versuch ab, die Ausweisung Muehlons aus der Schweiz zu betreiben und empfahl statt dessen, über einen Essener Arzt die Beeinflussung Muehlons zu versuchen. Als militärische Stellen Muehlons Ausbürgerung aus Deutschland forderten, ersuchte der Berner Gesandte den Reichskanzler am 18. 10. 1918, davon Abstand zu nehmen. Die Gesandtschaft hatte Angst, daß Muehlon im Fall des Vorgehens gegen ihn seine Kenntnisse wichtiger Interna (Propagandamethoden und Nachrichtendienst der deutschen Stellen in der Schweiz) verwenden würde. Ebenda.

Viele Literaten suchten das Gespräch mit Muehlon und oft auch finanzielle Unterstützung⁷³. Wie groß der Einfluß Muehlons war, läßt sich seiner umfangreichen Korrespondenz entnehmen. Die Rolle des „Führers der deutschen Emigranten“, die man Muehlon nach dem Krieg – natürlich in negativem Sinn – unterstellte, hatte er aber schon deshalb nicht spielen können, weil der Kreis zu heterogen war.

Im Juli 1918 bemühte sich Muehlon um die Gründung eines „Bundes der Intellektuellen“⁷⁴. Die Differenzen unter den deutschen Emigranten in grundsätzlichen und taktischen Fragen waren jedoch zu groß. Die Gruppierungen waren in sich vielfach gespalten, ihre Übereinstimmung bestand lediglich in der oppositionellen Haltung gegenüber dem Deutschland Wilhelms II. und Ludendorffs. Sie seien hier nur im groben Umriß und in zwei Hauptströmungen skizziert.

Die eine gruppierte sich um die „Freie Zeitung“ unter Führung Hans Schliebens, des ehemaligen deutschen Konsuls in Belgrad, der nach Kriegsausbruch beim Bund Neues Vaterland eine Rolle gespielt hatte. Diese Gruppe, der u.a. Hugo Ball, Ernst Bloch, Hermann Rösemeier, Edward Stilgebauer angehörten, war ihrem Selbstverständnis nach der Vortrupp der „radikalen Demokraten“. Nach ihren politischen Vorstellungen war Deutschland nach dem Kriege nur als Republik denkbar; die Niederlage der Mittelmächte galt der Schlieben-Gruppe nicht nur als sicher, sondern auch als wünschenswert. Das propagandistische Sprachrohr, die 1917 gegründete „Freie Zeitung“, stand deshalb auch im dringenden Verdacht, von der Entente finanziert zu sein. Dieser Verdacht, zumindest aber die eindeutig Entente-freundliche Haltung des Blattes, war der Hauptgrund für das Mißtrauen der anderen Emigrantengruppe, die erheblich individualistischer und vor allem programmatisch und propagandistisch nicht so eindeutig fixiert war.

Der Pazifismus in seinen differenzierten Spielarten und der Wunsch nach einem demokratisierten Nachkriegsdeutschland sind als Generalnenner dieser zweiten Gruppe anzuführen. Zu ihren Vertretern gehörten vor allem Fried, Hohenlohe, Leonhard Frank und Fernau. Muehlons Sympathien lagen eindeutig bei diesem Kreis, jedoch hatte er in gewissem Sinne eine Schlüsselstellung zwischen den beiden Gruppen. Aufgrund seiner Veröffentlichungen, seiner früheren Stellung und seines persönlichen Prestiges war Muehlon viel umworben und zur Vermittlerrolle zwischen den Aktivisten der „Freien Zeitung“ und den pazifistisch-liberalen Demokraten, deren politische Linie in der „Friedenswarte“ zum Ausdruck kam, prädestiniert.

Die Angriffe der Schlieben-Gruppe auf Fried, die weder auf Polemik verzichte-

⁷³ Unter ihnen Annette Kolb, Leonhard Frank, Hermann Hesse, René Schickele und Rainer Maria Rilke.

⁷⁴ Handschr. Entwurf Muehlons zu einer Einladung, o. D., im Nachlaß: „Gestützt auf mehrfache Anregungen erlaube ich mir eine Einladung zu einer gemeinschaftlichen Aussprache in einem kleinen Kreis ergehen zu lassen, der sich aus etwa 20 Männern deutscher Zunge zusammensetzen soll, die, in der Schweiz lebend, gegen das heutige Regime ihres Heimatlandes eine unabhängige und ablehnende Stellung einnehmen.“

ten noch vor Intrigen Halt machten⁷⁶, nahmen Muehlon jedoch die Lust an der Vermittlung. Über eine Vorbesprechung im Hause Muehlons am 13. Juli 1918, an der Fried, Schlieben, Ball, Bloch, Fernau, Frank und Romane teilnahmen⁷⁶, gedieh der Versuch der Sammlung nicht hinaus. Ebenso wie der „Konvent der deutschen Emigranten“ in Luzern scheiterte auch der „Bund der Intellektuellen“ schon im frühesten Stadium⁷⁷.

So sehr Muehlon auch das deutsche Festhalten am annexionistischen Gewaltfrieden, wie es sich in Brest-Litowsk äußerte, verurteilte, wünschte er doch keinen Siegfrieden der Entente. Muehlons Kontakte mit Ententevertretern in der Schweiz waren deshalb auch in der Hoffnung angeknüpft worden, auf alliierter Seite günstige Bedingungen für einen Verständigungsfrieden zu schaffen. Ohne die These von der deutschen Alleinschuld zu vertreten, appellierte Muehlon an Deutschland, den ersten Schritt zur Aussöhnung durch freiwillige und selbstkritische Erörterung der Schuldfrage zu tun⁷⁸.

Resonanz fand Muehlon jedoch erst nach der militärischen Niederlage, aber auch dann nur bei einer Minderheit. Zu dieser Minorität gehörte Kurt Eisner, der sich als Chef der bayerischen Revolutionsregierung Muehlons Einfluß in Bern zunutze zu machen hoffte. Gemeinsam mit Friedrich Wilhelm Foerster, den Eisner zum bayerischen Gesandten in der Schweiz bestellt hatte, reiste Muehlon in der letzten Novemberwoche des Jahres 1918 nach München. In der Folgezeit unterstützte er Foersters Bemühungen, durch Verhandlungen mit alliierten Diplomaten in der Schweiz Lebensmittellieferungen für Bayern zu ermöglichen⁷⁹.

Nach Eisners Ermordung im Februar 1919 erhielt Muehlon aus München das Angebot, das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten zu übernehmen⁸⁰. Muehlon fuhr umgehend nach München. Am 25. Februar besprach er mit den Ministern des bayerischen Rumpfkabinetts die Möglichkeit zur Überwindung der Krise in

⁷⁵ Vgl. Muehlons Korrespondenz mit L. Frank, Schickele, Fried und Hermann Fernau. Vor allem letzterer drängte auf einen Zusammenschluß ohne die Leute von der „Freien Zeitung“ unter Führung Muehlons.

⁷⁶ S. Tagebucheintragung Muehlons vom 13. Juli 1918, Nachlaß.

⁷⁷ Vgl. Otto Flake, Die Aufgaben der deutschen Intellektuellen, in: Die Friedenswarte 20 (1918), S. 153–156 und E. de Fiori, Für ein Konvent der Intellektuellen, ebenda, S. 184; bei Thimme, Weltkrieg ohne Waffen, S. 80 ist auch eine 1916 von Schlieben gegründete „Vereinigung der deutschen Republikaner in der Schweiz“ erwähnt.

⁷⁸ S. W. Muehlon, Die versöhnende Kraft ehrlicher Selbstanklage, in: Wissen und Leben, 11. Jg., 21. Heft vom 1. 8. 1918, S. 268–269 (Nachdruck aus: Stimmen der Vernunft, vom 26./27. 6. 1918) und W. Muehlon, Das Schuldbekenntnis, in: Die Friedenswarte 20 (1918), S. 203–204.

⁷⁹ Einzelheiten bei Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik, Berlin 1970, S. 546.

⁸⁰ Telegramm an Muehlon vom 23. 2. 1919: „Zentralrat der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte beschloß heute gemeinsam mit dem bestehenden Rumpfministerium Sie zu bitten, das Ministerium des Äußern zu übernehmen. Wir bitten Sie, uns raschest Mitteilung zukommen zu lassen, umsomehr als die gegenwärtige Lage zur endgültigen Klärung drängt, die wir gerade von Ihrer Persönlichkeit erhoffen.“ Nachlaß Muehlon.

Bayern⁸¹. Das Zustandekommen einer Regierung Muehlon scheiterte schließlich nicht an der Frage, ob sie vom Landtag oder vom Rätekongreß autorisiert sein würde, sondern an den Bedenken Muehlons. Er war mit dem Vorbehalt nach München gekommen, nur dann ein Amt zu übernehmen, wenn sich eine demokratische Regierung bilden ließe, die auf diktatorische Gewaltmaßnahmen im Innern verzichten und bei der Entente eine gewisse Vertrauensbasis gewinnen könnte. Nach dem Ministerrat besuchte Muehlon eine Sitzung des Zentralrats; er gewann dabei den Eindruck, daß die Voraussetzungen für ein Amt, mit dem er sich identifizieren konnte, fehlten. Am nächsten Tag reiste er in die Schweiz zurück. Als Mitte April 1919 das Ende der Münchener Räterepublik schon abzusehen war, sandte Ernst Toller einen letzten – freilich wieder vergeblichen – Hilferuf an Muehlon⁸².

Entgegen den Hoffnungen und Erwartungen seiner Freunde hat Muehlon die politische Bühne nach dem November 1918 nicht wieder betreten. Seine Enttäuschung über den unzulänglichen Systemwechsel in Deutschland war ebenso ein Grund dafür wie seine heftige Ablehnung des Versailler Vertrags⁸³.

Der Hauptgrund dafür, daß er aus dem Privatleben nicht mehr heraustrat, lag aber in seiner Persönlichkeit begründet. Einerseits Pragmatiker mit ausgeprägtem Sinn für die Realität – und aus diesem Grund für Doktrinen jeder Richtung unzugänglich –, andererseits Verfechter einer absoluten politischen Ethik – und deshalb zur zögernden Skepsis verurteilt –, fand Muehlon keinen gangbaren Weg in die praktische Politik.

Seine „Wahrheitsoffensive“⁸⁴ hatte er im Weltkrieg von einer so unabhängigen Position aus geführt, daß sie von der bürgerlich-demokratischen wie von der sozialistischen oppositionellen Minderheit gleichermaßen respektiert wurde.

Niederlage und Revolution im November 1918 hatten keine Änderung der Gesellschaftsstruktur in Deutschland zur Folge. Das bekamen vor allem diejenigen zu spüren, die während des Krieges in Opposition zum wilhelminischen Obrigkeits-

⁸¹ Ministerratsprotokoll vom 25. 2. 1919, Geh. Staatsarchiv München, MA 99 512.

⁸² Telegramme Tollers an Muehlon vom 12. 4. 1919 und Entwurf Muehlons, o.D. an Toller: „Jedenfalls kann ich bei jetziger Lage angebotene Stellung nicht annehmen“, Nachlaß Muehlon.

⁸³ Vgl. Interview und Korrespondenz mit dem Berner Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros, veröffentlicht in der Züricher Post, Nr. 229 vom 20. 5. 1919 („Stimmen der Enttäuschten“): „Diese Friedensbedingungen sind unannehmbar. Sie nicht unterzeichnen hieße, den Weg zur Verständigung offen zu lassen. Man müsse imstande sein, noch Schlimmeres zu erdulden, als was der Gewaltfrieden mit sich bringe . . . Das Schwergewicht der Verhandlungen – nur um ehrliche Verhandlungen kann es sich handeln – liegt auf dem Wiederaufbau des künftigen Europa, und es muß auf eine Ausgleichung auf allen Gebieten in gerechter Weise Rücksicht nehmen. Im übrigen würden durch die Unterzeichnung des jetzigen Friedens alle Völker demoralisiert.“ S. a. Münchner Neueste Nachrichten Nr. 191 vom 17. 5. 1919 („Kronzeugen“).

⁸⁴ Der Ausdruck stammt von Muehlon, er findet sich in einem Brief des Grafen Montgelas an Muehlon vom 31. 1. 1918, Nachlaß Muehlon.

staat gestanden hatten. Obgleich Muehlon es immer ablehnte, sich unter die „Pazifisten“ rechnen zu lassen – die Abwertung des Begriffs zum negativen Schlagwort der Tagespolitik mag ein Grund gewesen sein –, wirkte die diffamierende amtliche Sprachregelung vom Frühjahr 1918 so gründlich nach, daß ihm bis zu seinem Tod im Schweizer Exil 1944 das Odium des Psychopathen und Landesverrätters anhaftete.

Nach ihrer Machtübernahme taten die Nationalsozialisten ein übriges, indem sie den „Fall Muehlon“ wieder hochspielten und die haßerfüllten Anschuldigungen, die in der Weimarer Zeit von den Anhängern der Dolchstoßlegende erhoben wurden, erneuerten⁸⁵.

⁸⁵ Vgl. den Artikel im *Völkischen Beobachter* Nr. 539 vom 5. 12. 1933: „Wer war Muehlon? Ein Schurke, der sein Volk verriet“.

HERMANN GRAML

DIE RAPALLO-POLITIK IM URTEIL DER WESTDEUTSCHEN FORSCHUNG

Wenn wir von der Auseinandersetzung um Stresemann und Locarno absehen, so hat sich die westdeutsche Geschichtswissenschaft bislang eigentlich nur mit einem der zahlreichen und vielfältigen Probleme Weimarer Außenpolitik gründlicher beschäftigt: mit dem Vertrag von Rapallo. Das Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, das die Außenminister Rathenau und Tschitscherin am 16. April 1922 in jenem kleinen Ort bei Genua unterzeichneten, übte offenbar schon deshalb eine starke Anziehungskraft aus, weil die Weimarer Republik mit ihrer damals manifestierten Annäherung an Rußland erstmals eine kräftigere außenpolitische Eigenwilligkeit verriet. Die Erhellung der Wurzeln, der näheren Umstände und der Ziele solcher Anfänge außenpolitischer Aktivität mußte der Forschung naturgemäß reizvoll scheinen, jedenfalls reizvoller als etwa eine Untersuchung der hilflos-passiven und lediglich durch verschiedene Grade der Widerwilligkeit leicht schattierten Exekution einzelner Bestimmungen des Friedensvertrags von Versailles, in der sich die Außenpolitik des jungen Staates zwischen dem Sturz der Monarchie und dem 16. April 1922 anscheinend erschöpft hatte. Während der Periode hilfloser Passivität war Außenpolitik im übrigen praktisch mit Reparationspolitik identisch gewesen und daher vorwiegend mit finanztheoretischen oder finanzpolitischen Argumenten bestritten worden; dieses dornige Gestrüpp hat die Historiker dem Anschein nach und begrifflicherweise nicht weniger entmutigt als seinerzeit die Politiker. In Rapallo hingegen schien Deutschland den Ausbruch aus dem reparationspolitischen Dickicht und die Rückkehr auf das freie Feld der klassischen Außenpolitik zu versuchen; auch die an Bismarck oder der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“ geschulten Wissenschaftler konnten damit wieder den Boden vertrauter Kategorien betreten. Außerdem wurde den deutsch-russischen Beziehungen eine erhebliche Bedeutung für die außenpolitische Lage der Weimarer Republik zugeschrieben, und an der Geschichte von Rapallo ließ sich die Eigenart dieser Beziehungen ebenso demonstrieren wie an der Geschichte von Locarno die Charakteristika des Verhältnisses zwischen Deutschland und den Westmächten. Als stärkster Anreiz hat aber wohl die „Rapallo-Legende“ gewirkt, d. h. die gelegentlich in der angelsächsischen und französischen Literatur verfochtene Behauptung, der Vertrag von Rapallo sei Ausdruck einer nicht einfach gegen Versailles, sondern zugleich gegen den Völkerbund und den Westen schlechthin gerichteten Tendenz gewesen, die den Geist wilhelminischer Machtpolitik geatmet und in der Tat die Restauration einer an imperialen Ambitionen orientierten Außenpolitik oder doch die Vorbereitung einer solchen Restauration angestrebt habe; deshalb und auf Grund der spezifisch antipolnischen Elemente, die zur engeren Zielsetzung der 1922 fixierten Verbindung zwischen deutschen Konservativen und russischen Kommunisten gehört hätten, sei es durchaus

erlaubt, Rapallo mit jenem Pakt zu vergleichen, der im August 1939 zwischen Hitler und Stalin abgeschlossen wurde, eine abermalige Teilung Polens besiegelte und den Zweiten Weltkrieg unvermeidlich machte. Daß derartige Thesen bürgerlich-nationale deutsche Außenpolitik in eine bedenkliche Nachbarschaft zur Außenpolitik Hitlers rückten und eine nahezu ungebrochene Kontinuität expansiver oder doch gleichgewichtsfeindlicher und mithin unruhestiftender Intentionen vom wilhelminischen Deutschland über die Weimarer Republik bis zum Dritten Reich mindestens implizierten, ist nach 1945 an den Universitäten der Bundesrepublik offensichtlich als Herausforderung empfunden worden.

Jedenfalls erweisen sich die Studien, die der Rapallo-Politik gewidmet sind, ausnahmslos als Defensivschriften, die gegen die Rapallo-Legende argumentieren. Bereits 1951 hat Paul Kluge, als er in einer knappen Übersicht über die deutsch-russischen Beziehungen zwischen den Weltkriegen und auf unvermeidlich noch schmaler Quellen- und Faktenbasis eine erste Skizze der Rapallo-Politik wagte, die Feststellung getroffen, daß die zwischen 1920 und 1922 vollzogene deutsch-sowjetische Annäherung trotz der ideologischen Gegensätze „etwas von der Folgerichtigkeit eines Naturvorgangs an sich“ gehabt habe, da Deutschland wie Rußland von den Westmächten als *Parias* der internationalen Staatengesellschaft behandelt und vor allem auch durch die „elementaren Notwendigkeiten der Selbstverteidigung“ gegen den damals „expansionslüsternen Polenstaat“ zusammengeführt worden seien. Der Vertrag von Rapallo habe dementsprechend der gemeinsamen Lösung einer gemeinsamen Aufgabe dienen sollen, nämlich der „Neubildung von Macht“ und der „Rückführung des darniederliegenden Heimatlandes in den Kreis der großen Mächte“; was die deutsche Seite angehe, so habe es sich im übrigen auf der Konferenz von Genua, die ja den Rahmen für die Endphase der deutsch-sowjetischen Verhandlungen und für die Unterzeichnung des Vertrags abgab, „um einen schnellen Zugriff aus der Besorgnis heraus“ gehandelt, „sich andernfalls einer westmächttlich-russischen Einheitsfront gegenüberzusehen“ – ein „Aufbegehren . . . gegen die Westmächte“ sei jedoch „nach Lage der Dinge unmöglich und auch nicht entfernt beabsichtigt“ gewesen¹.

Seither ist die Quellen- und Faktenbasis unvergleichlich breiter und unsere Kenntnis der Zusammenhänge wesentlich bereichert worden. Theodor Schieder hat 1956 eine Untersuchung vorgelegt, die nicht allein die Problematik des Rapallo-Vertrags in allen ihren Aspekten beleuchtete, sondern auch schon ein recht genaues Bild seiner Genesis bot². Zwei Jahre später folgte Herbert Helbig mit einer – in Teilen bereits früher erschienenen und insoweit von Schieder benutzten – Arbeit, in der jene auf der politischen Bühne Deutschlands agierenden Gruppen und Individuen, die als Träger der Rapallo-Politik anzusehen sind, exakt porträtiert wurden und in der ebenfalls eine weitgehend vollständige Darstellung der Vor-

¹ Paul Kluge, Deutschland und Rußland zwischen den Weltkriegen, in: HZ 171 (1951), S. 522.

² Theodor Schieder, Die Probleme des Rapallo-Vertrags, Köln 1956.

gänge um Rapallo gelang³. Um eine fundierte Antwort auf die Frage zu finden, ob und wie Rapallo das Verhältnis Deutschlands zu den Westmächten beeinflusste, hat dann 1963 Karl Dietrich Erdmann den Verlauf der finanz- und reparationspolitischen Debatten auf der Konferenz von Genua – vor und nach dem Abschluß des Vertrags von Rapallo – in einer brillanten Studie analysiert, die gleich zu einer partiellen Geschichte der Konferenz selbst geriet⁴. Schließlich kam Theodor Schieder 1967 auf sein altes Thema zurück und schrieb eine Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags, mit der er, alle bis dahin erreichten Ergebnisse der Forschung ordnend und durch neue Quellen wie neue Überlegungen ergänzend, die noch vorhandenen Lücken fast sämtlich schließen konnte⁵.

So wissen wir heute, wie sich von 1920 bis zur Jahreswende 1921/22 die zunächst vor allem wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion entwickelten, die schon am 6. Mai 1921 zu einer vertraglichen Regelung und zur Erhebung der beiderseitigen Handelsmissionen in den Rang diplomatischer „Vertretungen“ geführt hatten. Wir wissen, daß die Ostabteilung des Auswärtigen Amtes im Sommer und dann zielbewußt seit Ende Oktober 1921 an einer politischen Ausgestaltung der wirtschaftlichen Verbindung arbeitete, daß gleichzeitig und parallel zu diesen mehr oder weniger sichtbaren Hauptsträngen die Leitung der Reichswehr einen Sonderfaden nach Moskau spann, um – unterstützt von Reichskanzler Wirth, aber ohne Kenntnis des Reichspräsidenten, der meisten Kabinettsmitglieder und der Öffentlichkeit – eine enge rüstungswirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit der Roten Armee anzubahnen. Wir kennen die Protagonisten der aktiven Rußlandpolitik und ihre jeweiligen Absichten: Moritz Schlesinger, den stellvertretenden Leiter der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene, der energisch die Intensivierung des deutsch-sowjetischen Handels betrieb, Reichskanzler Wirth und Freiherrn Ago v. Maltzan, Chef der Ostabteilung im AA, die als Anwälte der politischen Annäherung auftraten, General v. Seeckt, Chef der Heeresleitung, und Oberst Hasse, Leiter des Truppenamtes, die sich mit ihren Gehilfen um die militärische Kooperation bemühten. Wir kennen die eigenartige Zwischenstellung Walter Rathenaus, der dem ersten

³ Herbert Helbig, *Die Träger der Rapallo-Politik*, Göttingen 1958.

⁴ Karl Dietrich Erdmann, *Deutschland, Rapallo und der Westen*, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 105–165.

⁵ Theodor Schieder, *Die Entstehungsgeschichte des Rapallo-Vertrags*, in: HZ 204 (1967), S. 545–609. – Andere Arbeiten zur Außenpolitik der Weimarer Republik oder zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen zwischen den Weltkriegen, in denen das Rapallo-Problem ebenfalls eine Rolle spielt, können unberücksichtigt bleiben, da sie, wie etwa F. A. Krummacker/H. Lange, *Krieg und Frieden. Von Brest-Litowsk zum Unternehmen Barbarossa*, München 1970, in dieser speziellen Frage auf den Forschungsergebnissen der hier behandelten Studien beruhen. Eine Ausnahme macht – leider erst während der Arbeit an diesem Forschungsbericht zugänglich geworden – Horst Günther Linke, *Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo*, Köln 1970, ein Werk, das einen ausgezeichneten und, auf zusätzliche Quellen gestützt, umfassenden Überblick über das deutsch-sowjetische Verhältnis vor und bis Rapallo bietet, hinsichtlich der Interpretation von Rapallo selbst aber weitgehend in den Grenzen bleibt, die von den Spezialuntersuchungen gezogen wurden.

Kabinett Wirth (Mai–Oktober 1921) als Wiederaufbauminister angehört hatte, am 31. Januar 1922 das Außenministerium im zweiten Kabinett Wirth übernahm und den Vertrag von Rapallo unterzeichnet hat, der jedoch von seinem Amtsantritt bis zur Konferenz von Genua stets zwischen dem Kurs Maltzans und einer politischen Alternative schwankte, über die wir inzwischen ebenfalls informiert sind. Es handelte sich um Deutschlands Beteiligung an einer vom damaligen britischen Premier Lloyd George vorgeschlagenen internationalen Aktion zur wirtschaftlichen Kräftigung Rußlands, um eine von Lloyd George gewünschte und von Rathenau im Januar 1922 zugesagte Beteiligung, die auf der Linie der von Rathenau selbst eingeleiteten „Erfüllungspolitik“ lag; die Konferenz von Genua war vor allem zur Beratung und Konkretisierung jener Aktion gedacht. Wir sind über die deutsch-sowjetischen Verhandlungen ausreichend unterrichtet, die um die Jahreswende 1921/22 begannen, bis zum Vorabend der Konferenz von Genua tatsächlich zu einer praktisch unterschriftsreifen Vereinbarung zwischen Maltzan und seinen sowjetischen Gesprächspartnern gediehen waren und nach dem Willen Maltzans noch vor Genua zu einem Vertragsabschluß geführt hätten, wenn sich Rathenau über seine Haltung schon klar gewesen wäre. Schließlich sind wir noch besser über die Vorgänge auf der Konferenz selbst unterrichtet, die Maltzan endlich die Chance gaben, seinen Außenminister vom Westkurs wegzulotsen und für den Separatvertrag mit der Sowjetunion zu gewinnen.

Das Urteil über die Motive der deutschen Akteure wie über den Charakter und den politischen Zweck der deutsch-sowjetischen Verständigung ist jedoch praktisch unverändert geblieben. Die in der Tat imponierende Detailforschung hat im Grunde nur eine – in den Einzelfragen naturgemäß nuancierende – Perfektionierung der von Kluge gezeichneten Skizze ergeben. So konstatieren die genannten Autoren übereinstimmend eine politische Großwetterlage, die Deutschland zur Annäherung an Rußland gezwungen habe, wobei Kluges Formel von den „Parias“ der internationalen Staatengesellschaft für Deutschland konkreter gefaßt wird und als eine im Laufe des Jahres 1921 „zunehmende Versteifung . . . des Verhältnisses des Reiches zu den Westmächten“ erscheint⁶. Unter dem „schweren Druck der zu neuen Schlägen ausholenden westlichen Politik“⁷ – Sanktionen vom März, Londoner Ultimatum vom 5. Mai, Beschluß der Botschafterkonferenz zur Teilung Oberschlesiens vom Oktober 1921 – sei Deutschlands außenpolitische Situation „fast verzweifelt“⁸ und eine Verbindung mit Moskau immer verlockender geworden, zumal im Januar 1922 Poincaré die Leitung der französischen Regierung übernommen und Frankreich unter ihm „immer stärker den Weg der Repressalien und Gewalt gegen Deutschland“ eingeschlagen habe⁹. Auch das ebenfalls bereits von Kluge erwähnte taktische Element wird nachdrücklich betont. Die deutschen Politiker hätten unter dem Eindruck gestanden, daß Frankreich um die Sowjets

⁶ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 552.

⁷ Schieder, Probleme, S. 33.

⁸ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 558.

⁹ Schieder, Probleme, S. 36.

werbe und daß eine französisch-sowjetische Annäherung auf Kosten Deutschlands zu erwarten sei, wenn sie nicht selbst „die Hand Rußlands“ ergriffen¹⁰; schließlich habe die französische Regierung den Sowjets ein überaus wirksames Lockmittel hingehalten, nämlich den Artikel 116 des Versailler Vertrags, der einer – zur Zeit der Pariser Friedenskonferenz nicht existierenden – handlungsfähigen russischen Regierung das Recht vorbehalten hatte, von Deutschland Reparationen zu fordern. Auf der Konferenz von Genua habe sich – jedenfalls in den Augen der deutschen Delegation – diese seit dem Sommer 1921 über Deutschland hängende Drohung zur akuten Gefahr verdichtet, die „kaum anders“ als durch eine separate Vereinbarung mit den Sowjets abzuwenden gewesen sei¹¹. Helbig stilisiert auch solche taktischen Elemente als Faktoren der großen Politik, wenn er in einer französisch-sowjetischen Einigung die Vervollständigung der „Kette des Versailler Vertrags“ und die Vollendung einer abermaligen „Einkreisung“ Deutschlands sieht¹². Resümee: ein der Zeit und der Lage „angepaßtes gleichgewichtspolitisches Denken“¹³ habe Wirth und Maltzan zu dem Versuch inspiriert, die „Versailler Klammer durch einen Ausbruch nach Osten“¹⁴ zu sprengen und dem Reich wieder eine größere außenpolitische Bewegungsfreiheit zu erkämpfen. Seeckt wird das gleiche Motiv zuerkannt, jedoch in der schärfer geschliffenen Form, daß der Vertreter eines „fast abstrakten“ und „aus den konkreten politischen Verhältnissen gelösten Machtgedankens“ bei der Rußlandpolitik in erster Linie die Restaurierung der Bündnisfähigkeit Deutschlands im Blick gehabt habe¹⁵. Der Militär habe allerdings auch – und der Erfüllungspolitiker Wirth sei in diesem Punkt der gleichen Meinung gewesen – an Polen und an das gemeinsame deutsch-russische Interesse an der Wiederherstellung der Grenzen von 1914 gedacht. Indes hätten derartige revisionspolitische Aspekte vor Rapallo noch keine nennenswerte Rolle gespielt, und „gewichtige Gründe“ sprächen ferner dagegen, daß Wirth und Maltzan, die ja „weniger auf militärische Kooperation oder gar Abenteuer ausgingen“, bei ihren diplomatisch-politischen Kontakten zu Moskau von Seeckts Verbindung zur Roten Armee beeinflusst gewesen seien¹⁶. Das gleichgewichtspolitische Motiv gilt – zusammen mit der in Artikel 116 steckenden Gefährdung – als ausreichende Erklärung. Lediglich dem Wunsch nach einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen wird noch große Bedeutung beigemessen. Helbig läßt in seiner Darstellung das besondere politische Verhältnis zwischen Berlin und Moskau wie eine breite Krone aus dem festen Stamm der Wirtschaftsinteressen wachsen, und Schieder schreibt der Notwendigkeit, den Osthandel politisch zu sichern, gleichfalls eine wichtige Funktion zu¹⁷; er sagt sogar, es sei „unbestreitbar, daß es die Einzel-

¹⁰ Schieder, Probleme, S. 36.

¹¹ Schieder, Probleme, S. 557.

¹² Helbig, Träger, S. 101.

¹³ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 551.

¹⁴ Helbig, Träger, S. 57.

¹⁵ Schieder, Probleme, S. 23.

¹⁶ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 554.

¹⁷ Schieder, Probleme, S. 15ff.

fragen vor allem der Wirtschaftspolitik waren, die Deutschland auf den Weg nach Rapallo führten¹⁸. Es leuchtet ein, daß in solchem Rahmen die von Rathenau ins Auge gefaßte Beteiligung Deutschlands am Rußlandprojekt Lloyd Georges nicht als diskutabile Alternative zum Kurs Wirths und Maltzans gewertet werden kann. Schieder weist sie mit der Feststellung ab, daß seit „Poincarés verschärfte Rheinpolitik“ nicht allein Rathenaus „Kontinentalpolitik“, d. h. der in seiner Erfüllungspolitik steckende Ansatz zur Verständigung mit Frankreich, „in der Luft“ gehangen habe, sondern „auch der Versuch, durch ein Zusammenwirken mit Lloyd George einen Ausgleich dafür zu schaffen“, „im letzten“ fehlgeschlagen sei¹⁹. Wenn man folglich die aktive Ostpolitik als unabwendbare Notwendigkeit erkennt, muß der vielleicht doch noch mögliche Beitritt Deutschlands zu Lloyd Georges internationalem Syndikat sogar als gefährlich erscheinen. Helbig meint denn auch, eine Realisierung der von Rathenau gegebenen Zusage wäre von den Sowjets als „Tätigkeit im Auftrag der Entente“ verstanden worden und hätte nur einen „Keil zwischen eine deutsch-russische Verständigung“ getrieben²⁰.

Wenn der Charakter und der politische Zweck des Vertrags selbst gedeutet werden, treten die in Deutschlands gespanntem Verhältnis zu den Westmächten und zu Polen gesehenen Motive aktiver deutscher Rußlandpolitik freilich weit in den Hintergrund, und die Interpretation stützt sich fast ausschließlich auf bestimmte bilaterale Elemente im deutsch-sowjetischen Verhältnis. Rapallo sei kein „Streich gegen den Westen“ gewesen, versichert Erdmann²¹, und Helbig wehrt sich geradezu leidenschaftlich gegen die Behauptung, der Vertrag habe ein deutsch-sowjetisches Bündnis „zur gewaltsamen Sprengung der Fessel von Versailles“ oder zur Korrektur des „Unrechts der Grenzziehung im Osten“ begründet; „zu keiner Zeit“ habe zwischen der Weimarer Republik und der Sowjetunion eine Allianz bestanden, und nie hätten die beiden Vertragspartner als Verbündete gehandelt²². Schieder spricht dem Vertrag eine gewisse Ähnlichkeit mit der britisch-französischen Entente Cordiale von 1904 zu und lehnt mithin ebenfalls die „Vorstellung einer revisionistischen Verschwörung“ als „irreführend“ ab; Rapallo könne nur dann als antiwestliche und antipolnische „Angriffswaffe“ der deutschen Politik begriffen werden, „wenn man von vornherein jeden Versuch Deutschlands, seine Lebensbedingungen gegenüber dem Versailler Vertrag mit diplomatischen Mitteln zu verbessern, als einen Angriffsakt bezeichnete“²³. Nicht daß die antipolnischen Tendenzen gänzlich ausgeklammert würden; aber sie sind, noch anders als bei Kluge, der den Antipolonismus als selbstverständlichen Grundzug damaliger deutscher Außenpolitik behandelt und lediglich als defensiv gekennzeichnet hatte, an den äußersten Rand der politischen Entscheidungsebene verbannt, fast zu politisch irrelevanten Privatansichten Wirths und Seeckts reduziert und jedenfalls nicht

¹⁸ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 600.

¹⁹ Schieder, Probleme, S. 36.

²⁰ Helbig, Träger, S. 63.

²¹ Erdmann, Deutschland, S. 164.

²² Helbig, Träger, S. 5 ff.

²³ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 558, 601.

als konstitutive Elemente der deutsch-sowjetischen Vertragsbeziehung anerkannt. Im übrigen habe ja nicht einmal Seeckt, dessen Kooperation mit der Roten Armee „rein technischer“ Natur und ebenfalls ohne direkten Zusammenhang mit dem Vertrag gewesen sei, an eine „unmittelbare Revisionspolitik mit militärischen Mitteln“ gedacht²⁴. In strenger Beschränkung auf den Text des Vertrags, der neben der sofortigen Aufnahme normaler diplomatischer Beziehungen tatsächlich allein Fragen scheinbar rein wirtschaftlicher Natur regelte (beiderseitiger Verzicht auf jeden Ersatz für Kriegsschäden, deutscher Verzicht auf Ersatz für Sozialisierungsschäden, deutsche Verpflichtung zur wirtschaftlichen Unterstützung Rußlands, deutsche Verpflichtung, in das internationale Syndikat nur mit Billigung der Sowjetunion einzutreten), wird Rapallo als bloße „Liquidation“ der noch unbewältigten deutsch-russischen Vergangenheit bezeichnet, als „nachgeholter Friedensvertrag“, der eigentlich kaum politische Obligationen für die Zukunft und kein „Programm einer weitreichenden Politik“ enthalten habe²⁵. Daß Hitlers und Stalins „Kriegsbund von 1939“ nichts mehr mit Rapallo-Politik zu tun hatte, ist danach evident²⁶. Für Berlin habe der wahre Nutzen des Rapallo-Vertrags vielmehr „in der Rückendeckung“ gelegen, „die er einer auf den Ausgleich mit dem Westen gerichteten Politik geben konnte“²⁷.

Auch beim Blick auf die Folgen des Vertrags werden zwei verschiedene Grundlagen der Interpretation benützt. Geht es um die unmittelbare Reaktion der Westmächte, so scheinen lediglich jene bilateralen Elemente im deutsch-sowjetischen Verhältnis eine gewisse Wirkung ausgeübt zu haben, die es erlaubten, Rapallo als „nachgeholten Friedensvertrag“ zu charakterisieren. Allerdings ist die Verwendung des Begriffs „Westmächte“ hier eigentlich nicht angängig, da Frankreich in diesem Zusammenhang kaum eine Rolle spielt und praktisch nur der Reaktion Englands Bedeutung zugebilligt wird. Zwar ist am Rande auch von Frankreich die Rede, doch nach der lapidaren Feststellung, daß Frankreichs und vor allem Poincarés feindselige Deutschlandpolitik eine von der Haltung Berlins völlig unbeeinflussbare Tatsache und – so wird impliziert – die Entwicklung bis zum Einmarsch ins Ruhrgebiet eben unabwendbar wie ein Wirbelsturm gewesen sei, verschwindet Frankreich wieder aus dem Gesichtskreis und die Aufmerksamkeit gilt erneut ausschließlich England, jener Macht, die Frankreich zügeln konnte, aufgrund ihres wirtschaftlich begründeten Interesses an einem politisch stabilisierten Kontinent auch zügeln wollte und daher nicht verärgert werden durfte; die Abstimmung der deutschen „Rußlandpolitik auf das Verhältnis zu England“ sei „die zentrale Frage der deutschen Nachkriegspolitik“ gewesen²⁸. In beiden seiner Studien vertritt Schieder die Ansicht, daß die Lösung dieser zentralen Frage durchaus gelungen sei, was man gerade am Verlauf der Konferenz von Genua und an der

²⁴ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 597.

²⁵ Schieder, Probleme, S. 40.

²⁶ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 601.

²⁷ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 600.

²⁸ Schieder, Probleme, S. 32.

britischen Reaktion auf Rapallo deutlich erkennen könne. Daß Poincaré den deutsch-sowjetischen Vertrag „sofort und spontan“ als gegen Frankreich und die Ordnung von 1919 gerichteten machtpolitischen Akt empfand, wird wohl erwähnt, aber als erwartungsgemäße Reaktion behandelt und offenbar deshalb im weiteren Verlauf der Darstellung als unwichtig nicht mehr beachtet. Daß sich hingegen Lloyd George nach anfänglicher Verärgerung über Art und Zeitpunkt des deutschen Vorgehens rasch beruhigte, daß er jede nicht harmlose Deutung des Vertrags als falsch zurückwies und zur deutschen Delegation auch nach Rapallo gute Kontakte unterhielt, wird als Beweis für die erfolgreiche Abstimmung der deutschen Rußlandpolitik auf London, sogar als Beweis für eine ausreichende Absicherung gegen den Westen schlechthin betrachtet und daher entsprechend kräftig unterstrichen. Erdmann verfolgt mit seiner Studie in erster Linie den Zweck, dieser These Substanz zu geben; er legt dar, daß die finanz- und reparationspolitischen Debatten in Genua durch Rapallo nur vorübergehend gestört wurden, ja daß sich trotz Rapallo schließlich die deutsche Auffassung von der Ursache der Inflation in Deutschland (passive Zahlungsbilanz des Reiches) und von der Lösung des Reparationsproblems (Finanzierung der Zahlungen mit Hilfe internationaler Anleihen) mindestens teilweise durchgesetzt habe.

Indes kehren Helbig, Schieder und Erdmann, wenn sie endlich übereinstimmend betonen, daß die langfristige Wirkung des Rapallo-Vertrags nicht einfach unschädlich, sondern wohltätig gewesen sei, zum ersten und ursprünglichen Motiv der deutschen Rußlandpolitik zurück, nämlich zum Wunsch, aus der Versailler Klammer nach Osten auszubrechen. Obwohl dem Vertrag nur die Funktion der politischen Fundierung einer bilateralen Wirtschaftsbeziehung oder allenfalls, was den beiderseitigen Verzicht auf finanzielle Ansprüche betrifft, der Charakter eines nachgeholtens Friedensvertrags zugesprochen, eindeutig aber jede machtpolitische Tendenz oder jedes Merkmal einer gegen das System von Versailles gerichteten Allianz abgesprochen und eben damit die berechtigt gelassene Reaktion Lloyd Georges erklärt wird, soll Rapallo doch die politische Großwetterlage nachhaltig im deutschen Sinne verbessert und die von Wirth und Maltzan an die aktive Ostpolitik geknüpfte gleichgewichtspolitische Hoffnung weitgehend erfüllt haben. Anscheinend wird unterstellt, daß allein schon die mit Rapallo immerhin angedeutete Möglichkeit eines deutsch-sowjetischen Bündnisses England und auch Frankreich besorgt und zur Verständigung mit Deutschland geneigt gemacht habe. So sagt Schieder, Rapallo habe der Außenpolitik Stresemanns „in der Ära von Locarno größere Beweglichkeit“ gegeben²⁹, und auch Erdmann meint, der deutsch-sowjetische Vertrag habe Locarno erleichtert; er zieht außerdem eine gerade Linie von den deutschen Teilerfolgen in den Genueser Diskussionen zum Dawesplan³⁰. Helbig schließlich konstatiert bündig, „daß ohne Rapallo der Weg nicht oder zumindest nicht so schnell nach Locarno geführt hätte“³¹.

²⁹ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 601.

³⁰ Erdmann, Deutschland, S. 164, 142.

³¹ Helbig, Träger, S. 149.

Es liegt danach auf der Hand, daß der Vertrag von Rapallo, sofern ihm überhaupt symptomatischer Charakter beigemessen wird, allein als symptomatisch für die mit dem Begriff Versailles umschriebene außenpolitische Situation der Weimarer Republik gilt, nicht aber als symptomatisch für eine eigenständige und von Versailles unabhängige oder mit Versailles nur mittelbar zusammenhängende Grundrichtung damaliger deutscher Außenpolitik. Die Frage, ob zwischen Rapallo und etwa tradierten machtpolitischen und imperialen Tendenzen ein Zusammenhang bestand, die Frage nach der Kontinuität nationalistischer deutscher Außenpolitik, wird daher für beantwortet oder eigentlich für überflüssig gehalten. Eine gewisse Problematik wird lediglich im deutsch-sowjetischen Verhältnis selbst gesehen, weil sich Deutschland auf engere Beziehungen zu Kommunisten eingelassen habe, die noch keineswegs auf Versuche zur Revolutionierung der deutschen Gesellschaft verzichtet gehabt hätten – Spannung zwischen „äußerer und innerer Staatsräson“ –, und das Reich Partner eines Staates geworden sei, der nach seiner Erholung von Krieg und Bürgerkrieg unvergleichlich mächtiger zu werden drohte als Deutschland.

Nun mußte schon an der Skizze Klukes eine innere Unstimmigkeit auffallen, eine deutliche Diskrepanz zwischen dem behaupteten Motiv aktiver deutscher Rußlandpolitik und dem behaupteten Charakter des Vertrags von Rapallo. Wenn die aktive Rußlandpolitik unmittelbar aus der elenden außenpolitischen Situation des Reiches folgte, aus einer Situation, für die ausdrücklich die Westmächte verantwortlich gemacht werden, so ist ein Vertrag, der als Teil aktiver Rußlandpolitik verstanden wird – einer Politik, die ja nicht auf direkte Verständigung mit dem Westen, sondern auf die Stärkung der deutschen Position gegenüber dem Westen abzielte –, selbstverständlich nur als „Aufbegehren gegen die Westmächte“ zu verstehen. Wenn Politik und Vertrag zudem noch antipolnische Elemente enthalten, so waren sie, angesichts der Protektorenrolle, die Frankreich in Warschau übernommen hatte, erst recht gegen den Westen gerichtet; zwar ist England an Polen nicht sonderlich interessiert gewesen, aber Frankreich gehört auch zu den Westmächten und es hat überdies in der Europapolitik des Westens zunächst den Ton angegeben. Man wird nicht sagen können, daß solche inneren Widersprüche in den späteren Studien zu Rapallo kleiner geworden seien, und es ist nicht zu verkennen, daß der defensive Grundzug der Studien als Quelle weiterer Widersprüche wirkte: vor allem geht die verstehende Erklärung der deutschen Rußlandpolitik von einer außenpolitischen Situation des Reiches aus, wie sie damals weder tatsächlich noch in den Augen der Träger dieser Politik gegeben war, worunter naturgemäß das Urteil über die Motive der deutschen Partner von Rapallo leidet; ferner ist eine Diskrepanz zwischen den Fakten, die von den Autoren selbst ermittelt wurden, und der Gesamt- wie der Detailinterpretation zu bemerken.

So bedarf etwa die als Voraussetzung der ganzen Argumentationskette dienende These, gegen Ende des Jahres 1921 sei die außenpolitische Situation des Reiches fast verzweifelt gewesen, einer erheblichen Korrektur. Bis zum Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1921 war die äußere Lage Deutschlands in der Tat überaus prekär, teils aufgrund der von einem vernunftblinden Sicherheitsbedürfnis diktierten

französischen Neigung, die Reparationen als politisches Instrument zur Niederhaltung des Reiches zu benutzen, teils aufgrund der reparationspolitischen Fehler des Kabinetts Fehrenbach, das den Versuch riskierte, jeglichen Barzahlungen auszuweichen, und damit der französischen Politik direkt in die Hände arbeitete. Zwischen dem Sommer 1921 und der Jahreswende 1921/22 lag jedoch eine Entwicklung, die eine fühlbare Entspannung auf dem europäischen Kontinent bewirkt hatte; auch und gerade die Stellung Deutschlands wurde von ihr beeinflusst. Die drei Faktoren, die diese Entwicklung in Gang setzten und in Gang hielten, seien hier nur genannt: als erster und fraglos sehr wichtiger Faktor ist die als Folge des Londoner Ultimatums eingeleitete Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth anzusehen, die mit barem Gelde und mit der erklärten Absicht, eine allgemeine Verständigung mit den Westmächten anzustreben, allen überspannten Zielen Frankreichs eine kaum zu nehmende Bastion entgegenstellte, britische Versuche zur Zügelung Frankreichs wesentlich erleichterte und das allgemeine politische Klima spürbar verbesserte. Ferner wurde in London allmählich verstanden, daß die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten wahnwitzige französische Reparationspolitik in Wahrheit eine politische Instrumentalisierung der Reparationen wollte und daß das Motiv solcher Tendenzen ein zumindest im Kern nicht unberechtigtes Sicherheitsbedürfnis war. Gegen Jahresende ließ die britische Regierung – nicht zuletzt unter dem Einfluß Churchills – erkennen, daß sie bereit sei, Frankreich einen Ersatz für die 1919 aufgrund des amerikanischen Rückzugs aus Europa hinfällig gewordene Sicherheitsgarantie zu geben, und wiewohl die im Dezember 1921 aufgenommenen Verhandlungen zunächst Meinungsverschiedenheiten aufdeckten und keine konkreten Resultate zeitigten, hat allein schon die britische Bereitschaft zu einem festeren Engagement auf dem Kontinent einen beruhigenden Effekt in Paris gehabt. Schließlich hat auch die – von der deutschen Forschung in bezeichnender Konzentration auf deutsche oder allenfalls kontinentale Probleme und Vorgänge praktisch ignorierte – Konferenz von Washington erhebliche Bedeutung besessen. Schon nach einem Monat zeichneten sich auf der Mitte November 1921 eröffneten Konferenz große abrüstungspolitische Erfolge – im Hinblick auf die Flotten der großen Seemächte – und nicht geringere Erfolge hinsichtlich der Sicherung des pazifischen Status quo ab. Das Beispiel von Washington strahlte auf Europa aus, und allenthalben erhielt die Hoffnung, daß auch eine halbwegs vernünftige Ordnung der europäischen Zustände möglich sein könne, gewaltigen Auftrieb. Im übrigen hatte Frankreich – und dies war kein Imponderabile – auf der Konferenz erfahren müssen, daß es durch Widerstand gegen kostensparende und wirtschaftsfördernde Entspannung nur in die Rolle des isolierten und gelegentlich bereits mit dem wilhelminischen Deutschland verglichenen Störenfrieds geraten würde. Auf der Basis dieser drei Faktoren ruhte das große britische Projekt zur wirtschaftlichen und politischen Sanierung des europäischen Kontinents, das seit Herbst 1921 diskutiert wurde und gegen Ende des Jahres festere Gestalt gewann. Und auf solcher Basis erreichte dann Lloyd George, der bei seinem Projekt vor allem die Erholung des britischen Handels, die Öffnung eines Rückwegs zur

ungestörten Beschäftigung mit den überseeischen Interessen wie den Entwicklungsschmerzen des Empire und die Festigung seiner angeschlagenen persönlichen Stellung im Auge hatte³², die Zustimmung Briands nicht allein zur französischen, sondern auch zur deutschen und russischen Beteiligung; als die Konferenz von Genua Anfang Januar 1922 beschlossen wurde, stand die gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands und der Sowjetunion fest. Die Parias waren gewiß noch nicht in die Staatengesellschaft zurückgekehrt, aber sie waren im Begriff, zurückzukehren.

Sicherlich hat die von der Botschafterkonferenz auf Vorschlag einer Völkerbundskommission im Oktober 1921 beschlossene Teilung Oberschlesiens in Deutschland antiwestliche und völkerbundsfeindliche Emotionen mobilisiert. Was die außenpolitische Situation Deutschlands angeht, lag die Bedeutung dieses Beschlusses jedoch darin, daß er, den ja auch Warschau – nicht weniger widerwillig – zu akzeptieren hatte, der Zeit polnischer Aufstände ein Ende machte und den Druck von der deutschen Ostgrenze nahm. Es war mehr als unwahrscheinlich, daß Polen einen Spruch gewaltsam zu korrigieren versuchen würde, hinter dem die Autorität Englands und Frankreichs stand. Hatte man zuvor in Berlin noch von „elementaren Notwendigkeiten der Selbstverteidigung“ gegen Polen reden können, so mußte eine deutsche Politik, die jetzt noch antipolnische Spitzen zeigte, unter allen Umständen offensiv – weil auf territoriale Revision gerichtet – sein und auch als offensiv erscheinen. Vor allem aber hat die Erregung in Deutschland keineswegs eine breitere Bewegung in der Öffentlichkeit entstehen lassen, die nun eine aktive Rußlandpolitik gefordert hätte, und wer in den Ministerien oder den Parteien für eine westliche Orientierung der deutschen Politik eintrat, ist durch den Teilungsbeschluß offensichtlich nicht irritiert worden. Nach wie vor blieben die Anwälte der Rußlandpolitik, die das oberschlesische Problem lediglich als Argument benutzten – Wirth hat den Abschluß seiner ostpolitischen Allianz mit Maltzan auf den Sommer 1921 datiert und unter seinen Motiven Oberschlesien überhaupt nicht genannt –, in der Minderzahl, und Deutschlands Annäherung an die Westmächte ging denn auch bis zur Jahreswende 1921/22, als Rathenau die Beteiligung Berlins am britischen Rußlandprojekt zusagte, ungestört weiter. Daß am 13. Januar 1922 Poincaré die französische Regierung übernahm, ein französischer Revisionist, da er Frankreichs Grenze an den Rhein vorschieben und in diesem Sinne den Vertrag von Versailles revidieren wollte, hat die Entwicklung zweifellos negativer beeinflußt als die oberschlesische Frage. Indes konnte auch Poincaré den Entspannungsprozeß nicht einfach rückgängig machen. Zwar suchte er sowohl die für seine Zwecke unbequemen französisch-britischen Bündnisgespräche wie das britische Rußlandprojekt indirekt zu sabotieren, indem er die französischen Ansprüche an London und Moskau entsprechend erhöhte, und die Konferenz von Genua suchte er zu torpedieren, indem er verlangte, auf ihr dürfe weder über die deutschen Reparationen noch über eine allgemeine Abrüstung diskutiert werden. Mit ande-

³² Die Motive der damaligen britischen Politik finden eine ausgezeichnete Analyse und Darstellung bei Gisela Bertram, Aspekte der britischen Deutschlandpolitik 1919–1922, Phil. Diss. Tübingen 1970 (noch ungedruckt).

ren Worten: ein europäisches Gegenstück zur Konferenz von Washington sollte es nicht geben. Dennoch gelang es ihm nicht, einen Abbruch der französisch-britischen oder der westlich-sowjetischen Verhandlungen zu erreichen, und Lloyd Georges taktisches Geschick rang ihm das Zugeständnis ab, daß die Reparationsfrage doch in Genua erörtert werden solle. Schon gar nicht vermochte Poincaré die gleichberechtigte Teilnahme Deutschlands und Rußlands zu verhindern. Bei Beginn der Konferenz stand also der Entspannungsprozeß wohl in großer Gefahr, gebremst oder sogar gestoppt zu werden, doch war über den weiteren Verlauf der Dinge noch nicht endgültig entschieden. Angesichts der allgemeinen Lage war Poincaré auch nicht fähig, das französisch-deutsche Verhältnis jäh zu verschlechtern. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er die Friedensverträge und die auf ihnen basierenden Beschlüsse der Konferenzen des Jahres 1921 als das öffentliche Recht Europas betrachte, daß also Deutschland zahlen müsse. Ob er aber tatsächlich imstande war, „den Weg der Repressalien und der Gewalt“ einzuschlagen, blieb zunächst noch völlig offen. In der Konferenzfrage wie in der Deutschlandfrage hatte er bestimmte Intentionen verraten. Ob er tun konnte, was er tun wollte, hing jedoch nicht von ihm allein, sondern zu einem guten Teil von der Politik Deutschlands ab. Im übrigen bewies die Haltung der deutschen Regierung nach dem Pariser Revirement und nach den ersten Erklärungen Poincarés, daß man in Berlin keineswegs eine bedenkliche Zunahme westlichen Drucks registrierte. Im vollen Bewußtsein der eingetretenen Entspannung erwog die Reichsregierung vielmehr, wenn sie im März und April 1922 das Reparationsproblem erörterte, „wie weit das Eis tragfähig“ sei, ob nicht die Erfolge der Erfüllungspolitik eine allmähliche Abkehr von dieser Politik erlaubten. Mit Sicherheit sind aber die Verfechter der Rußlandpolitik nicht von Poincarés Regierungsübernahme beeinflußt worden. Als Maltzan und Wirth ihre im Sommer 1921 geschlossene „Waffenbrüderschaft“ aktivierten, als nämlich der Chef der Ostabteilung Ende Dezember 1921 Karl Radek einlud, zu Verhandlungen nach Berlin zu kommen, und damit den eigentlichen Weg nach Rapallo betrat, vereinigten sich gerade alle Entspannungsmomente zur höchsten Wirkung und amtierte in Paris noch Briand.

Wenn wir das von sämtlichen Autoren hervorgehobene taktische Element näher betrachten, zeigt sich ebenfalls, daß den Argumenten allzuviel Glauben geschenkt wurde, mit denen Wirth und namentlich Maltzan ihre Politik vor und nach Rapallo zu propagieren oder zu rechtfertigen suchten, etwa gegenüber Lord d'Abernon, dem britischen Botschafter, oder gegenüber ängstlichen Kritikern und eindeutigen Gegnern im deutschen Lager. Maltzan hat freilich schon damals etliche Leute erschrecken können, wenn er das Gespenst der französisch-sowjetischen Annäherung durch Berliner Korridore huschen ließ oder sogar das Gerücht nährte, Frankreich habe den Sowjets die „Opferung“ Polens angeboten. Der französische Flirt mit Moskau war im wesentlichen eine Erfindung Radeks, und daß Berliner Politiker selbst jenes Gerücht ernsthaft diskutierten, läßt ihre politische Urteilskraft wie ihre Vorstellungen von Vertragstreue in einem eigentümlichen Licht erscheinen. Erst ein Jahr war vergangen, seit Polen mit französischer Unterstützung

gegen die Sowjetunion Krieg geführt hatte; Warschau kam im kontinentalen Bündnissystem Frankreichs eine entscheidende Funktion zu, die in Paris schon deshalb niemand der Sowjetunion übertragen wollte, weil dieses Land offensichtlich noch geraume Zeit kein außenpolitischer Machtfaktor sein konnte; Frankreichs Defensivbündnis mit Polen war noch keine zwölf Monate alt, Paris bemühte sich gerade um eine britische Garantie für die polnischen Grenzen, und die ebenfalls mit Warschau verbundene Kleine Entente hätte zu einer „Opferung“ Polens auch etwas zu bemerken gehabt. Nach 1933, als Deutschland zur akuten Gefahr für Europa wurde, verwandelte sich das Gespenst wenigstens in einen deutlicher sichtbaren Schemen; doch erst 1941 erhielt eine bündnisähnliche Verbindung zwischen Moskau und dem Westen Fleisch und Blut.

Weniger erstaunlich sind Maltzans Erfolge mit der Behauptung, daß Frankreich und England, um die Bolschewiki zur Anerkennung der russischen Kriegs- und Vorkriegsschulden bzw. der Entschädigungspflicht für sozialisiertes ausländisches Eigentum zu bewegen, Moskau verführen wollten, den Artikel 116 des Versailler Vertrags in Anspruch zu nehmen, und daß die Sowjets Neigung zeigten, sich verführen zu lassen. Aber auch wenn man die Frage ausklammert, ob eine russische Annahme der westlichen Offerte die Lage Deutschlands tatsächlich konkret verschlechtert hätte, muß doch – weil damals klar erkennbar – gesagt werden, daß diese Revolutionäre, die den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zu einem Kernpunkt ihres öffentlich verkündeten Programms gemacht hatten und im übrigen Reparationen für eine typisch kapitalistisch-imperialistische Erfindung hielten, noch nicht lange genug an der Macht waren, um sich ohne äußerste Notlage einen ideologisch nicht begründbaren Verrat an ihren Prinzipien zu leisten, zumal der fiktive Anspruch, den der Verrat eingebracht hätte, gar nicht als Verlockung wirkte; daß Deutschland schon die Rechnung der Entente nicht bezahlen konnte, von zusätzlichen Posten ganz zu schweigen, war in Moskau ebenso bekannt wie in Berlin. Auch lag es auf der Hand, daß sich die neuen Herren des Kreml in den Augen der deutschen Arbeiterklasse hoffnungslos diskreditiert hätten, wenn sie sich Arm in Arm mit der französischen und britischen Bourgeoisie als Reparationsgläubiger und folglich Ausbeuter präsentierten³³. Solange noch die Chance bestand, daß Moskau finanzielle Verpflichtungen gegenüber den Westmächten anerkannte, wären im übrigen auch die westlichen Politiker ungewöhnlich schlechte Geschäftsleute gewesen, hätten sie ernstlich daran gedacht, mit der Sowjetunion derartige Tauschgeschäfte zu machen und die Realisierung russischer Schulden mit den deutschen Reparationen zu verquicken, ob sie nun die Eintreibung des Stapels nie einlösbarer deutscher Wechsel, den sie auf den bereits vorhandenen Berg gleicher und gleich wertvoller Papiere geschichtet hätten, selbst versuchen oder den Russen zuschieben wollten; sie hätten sich damit von vornherein die einzige Möglichkeit genommen,

³³ Solche Gesichtspunkte sind mit Recht schon von Hermann Joachim, Vom Bündnisprojekt Moskaus zur neutralen Ausgestaltung des Rapallo-Verhältnisses unter Stresemann, Phil. Diss. Mainz 1964, insb. S. 42 ff., gegen Schieder und Erdmann geltend gemacht worden.

aus einer sowjetischen Schuldenanerkennung tatsächlich Geld zu schlagen, nämlich die direkte und nicht von höchst ungewissen dritten Faktoren abhängige russische Leistung. Maltzans Haltung gegenüber seinen sowjetischen Gesprächspartnern beweist eindeutig, daß er ihre Tiraden über das französische Werben um Moskau als bloßes Verhandlungsmanöver durchschaute, und er, der Ideologie und Denkweise der Bolschewiki genauer kannte und weniger voreingenommen beurteilte als fast alle anderen Angehörigen des deutschen Establishment, wußte auch die sowjetische Einstellung zur Reparationsfrage richtig einzuschätzen. Sollte er aber im Januar 1922 doch noch Zweifel an der französischen Rußlandpolitik gehabt haben, so konnte er im Februar dem Verhalten Poincarés entnehmen, daß der französische Regierungschef sogar die Wirtschaftshilfe für Rußland zu hintertreiben versuchte und daher erst recht von einer politischen Einigung mit Moskau weit entfernt war. Sollte Maltzan außerdem je daran gezweifelt haben, daß die Bolschewiki gegenüber der Lockung mit dem Artikel 116 standfest bleiben würden, so mußte ihn die Bereitwilligkeit, mit der seine sowjetischen Partner – nach seiner scharfen Reaktion – auf diesen Punkt selbst als taktisches Druckmittel verzichteten, endgültig beruhigen, und gerade auf der Konferenz von Genua durfte er aus den Unterredungen, die er am Tage vor Rapallo mit sowjetischen Sprechern führte, die Gewißheit schöpfen, daß keine Gefahr bestand. Das Urteil über die Motive der deutschen Rapallo-Politik kann sich aber nicht auf die Argumente stützen, die von den Vertragsmachern lediglich benutzt wurden, um eine offensichtlich gefährliche Politik als unabwendbar erscheinen zu lassen, es muß vielmehr auf die tatsächlichen Kenntnisse und die wahren Ziele der Vertragsmacher selbst gegründet werden.

Daher ist es auch mehr als problematisch, die deutschen Wirtschaftsinteressen zur Erklärung der Rapallo-Politik heranzuziehen. In Wahrheit ist das Interesse an Geschäften mit Rußland auf eine allzu kleine Gruppe von Industriellen beschränkt gewesen, als daß es einen neuen und überdies riskanten außenpolitischen Kurs hätte erzwingen können. Der damalige deutsch-sowjetische Handel bedurfte im übrigen gar keiner besonderen politischen Fundierung, jedenfalls hatte es damit keine Eile. Gerade der verdienstvollste Förderer deutsch-sowjetischer Wirtschaftsbeziehungen, Moritz Schlesinger, hat, nachdem im Januar 1922 die Verhandlungen mit Radek, Krassin und Rakowsky begonnen hatten, ausdrücklich vor dem Abschluß eines politischen Vertrages gewarnt, der wirtschaftlich unnötig und politisch – zu diesem Zeitpunkt – gefährlich sei. Das trägt Schlesinger eine Rüge Helbig ein, zeigt aber deutlich genug, daß vom wirtschaftlichen Verhältnis kein sonderlicher Impuls zur Herstellung einer engeren politischen Verbindung ausging³⁴. Es ist denn auch sehr aufschlußreich, daß Schlesinger der deutschen Delegation, die nach Genua fuhr, nicht angehören durfte, und zwar aufgrund einer energischen Intervention Maltzans. Davon abgesehen, konnten die an Rußlandkontakten interessierten Industriellen auch im Rahmen eines internationalen Syndikats auf ihre Rechnung kommen; einige aus diesem ohnehin kleinen Kreis

³⁴ Helbig, Träger, S. 63, 72.

verrieten in der Tat, wie sich Maltzan in einem Brief an Radek ausdrückte, „eine atavistische Neigung zur Syndikatsbildung“³⁵.

Wenn man sich die tatsächliche und von den Verfechtern des Ostkurses auch durchaus in ihren wahren Umrissen gesehene außenpolitische Lage vergegenwärtigt, wenn man dann die politische Vorstellungswelt der deutschen Akteure mit dieser Lage konfrontiert, scheint eine andere Motivation der Rapallo-Politik doch überzeugender zu sein. Den revisions- und restaurationspolitischen Kräften im deutschen Lager, d.h. den Kräften, die mit der Revision von Versailles zumindest die 1914 gegebene Stellung des Reiches restaurieren wollten, wurde die Erfüllungspolitik in der Tat zunehmend unbehaglich, allerdings nicht etwa deshalb, weil die außenpolitische Lage „fast verzweifelt“ geworden wäre, sondern gerade deshalb, weil der Kurs Rathenaus unerwünschte Erfolge zu zeitigen begann. Die um Seeckt oder im Auswärtigen Amt um Maltzan gruppierten Revisions- und Restaurationspolitiker, zu denen im Reichstag die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, außerdem auch Mitglieder der demokratischen und der Zentrumsfraktion, z.B. Reichskanzler Wirth, gehörten, hatten sich zwar damit abfinden können, daß Deutschland, um an seiner Westgrenze eine gewisse Entlastung zu erreichen, in etwas besserer Haltung einige Reparationszahlungen leistete; sie suchten aber sofort nach einem Gegenmittel, als die Erfüllungspolitik im Herbst 1921 und erst recht um die Jahreswende 1921/22 über eine leichte Entspannung hinaus sogar in die Anfänge einer Annäherung an Frankreich zu münden schien. Mußte eine solche Annäherung nicht mit der Eingliederung in das System von Versailles und folglich mit der freiwilligen Anerkennung des Vertrags von Versailles enden? Und mußten Eingliederung wie freiwillige Anerkennung der neuen deutschen Grenzen, namentlich der im Osten, nicht den für die Zukunft unbeirrt im Auge zu behaltenden Übergang zur praktischen Revisionspolitik unmöglich machen oder doch erheblich erschweren? Nicht gleichgewichtspolitisches Denken beherrschte die Vorstellungen Seeckts und Maltzans, wenn sie sich gegen eine westliche Orientierung Deutschlands sträubten. Das europäische Gleichgewicht war ihr Feind, und es kam ihnen auch nicht darauf an, Deutschland lediglich eine selbständige Position zwischen Ost und West wiederzugewinnen. So wichtig es ihnen sein mußte, nach Gegengewichten gegen die temporäre Hegemonie Frankreichs zu suchen, ging es ihnen doch ebensowohl darum, dem Reich für den Augenblick, da die Ketten von Versailles gefallen sein würden, die außenpolitische Handlungsfreiheit zur Realisierung revisionspolitischer Ambitionen zu retten. Daher lag es, wie sie glaubten, nicht im nationalen Interesse, daß sich Berlin, wenn sich jene Ketten lockerten, sogleich Fesseln falscher politischer Freundschaften überstreifen ließ, die womöglich noch fester banden. Es ist überaus aufschlußreich, daß gerade jetzt immer häufiger die Forderung zu hören war, Deutschland müsse endlich wieder „aktive“ Außenpolitik treiben. Die von Seeckt und Maltzan repräsentierten Kreise haben eine Verständigung mit den Westmächten

³⁵ Schieder, *Entstehungsgeschichte*, S. 567.

offensichtlich nicht als „aktive“ Politik angesehen; als aktiv galt ihnen deutsche Außenpolitik nur dann, wenn sie zur Korrektur der Kriegsergebnisse führte oder wenigstens, da daran noch nicht zu denken war, die Möglichkeit zu einer solchen Korrektur offenhielt. Eine Gleichberechtigung, die mit dem Verzicht auf den revisionistischen Anspruch oder mit dem Verzicht auf die für diesen Anspruch aufzuparende Bewegungs- und Bündnisfreiheit erkaufte werden mußte, schien ihnen – wie dann 1925/26 der Streit um die Locarno-Politik abermals eindringlich demonstrierte – schlimmer als wertlos, nämlich gefährlich zu sein. Bezeichnenderweise ist im Reichstag gerade das erste konkrete positive Ergebnis der Erfüllungspolitik, die zwischen Lloyd George und Rathenau getroffene Absprache über eine deutsche Beteiligung am internationalen Syndikat, auf Kritik der Rechten gestoßen. Stresemann, noch nicht der „nationale Realist“ späterer Jahre, erklärte, Rußland dürfe „nicht etwa die Anschauung haben, daß es von uns mit als eine Ausbeutungskolonie des internationalen Kapitals angesehen würde“, und Abgeordnete wie Journalisten hatten bereits eine deutsch-russische „Schicksalsgemeinschaft“ entdeckt³⁶.

Wenn diese Schicksalsgemeinschaft von Parlamentariern beschworen wurde, die eng mit der Industrie oder dem Großgrundbesitz verbundene Parteien vertraten, wenn auch hohe Beamte und Soldaten, die aus der Führungsschicht des kaiserlichen Deutschland kamen, plötzlich Interesse an der Zusammenarbeit mit einem kommunistischen Moskau bekundeten, so konnte das seinen Grund natürlich nicht in ideologischen Gemeinsamkeiten haben, aber ebensowenig in einem Gefühl, das jener balladesken Formel entsprochen hätte. Daß mit einem derartigen Schlagwort – das in die Tradition früherer preußisch-russischer Allianzen gestellt werden durfte – jetzt praktische Außenpolitik gemacht werden sollte, ist angesichts der damaligen Lage vielmehr wesentlich aus der Überzeugung zu erklären, eine aktive Rußlandpolitik sei das einzig wirksame Rezept gegen die bedenklichen Folgen der Erfüllungspolitik. Eine separate Verständigung mit Moskau mochte geeignet sein, den abschüssigen Weg zu blockieren, auf dem Deutschland in das System von Versailles zu gleiten drohte: als erster Schritt zur Sammlung unzufriedener und revisionistischer Staaten setzte eine solche Verständigung den Beginn der restaurationspolitischen Alternative zu Versailles und Völkerbund, und sie stellte zugleich, als erster Schritt zu einem gegen Polen gerichteten deutsch-sowjetischen Bündnis, die Ouvertüre zu konkreter Revisionspolitik dar. Die Pause zwischen der Ouvertüre und dem ersten Akt mußte freilich, angesichts der außenpolitischen Impotenz beider Länder, sehr lange dauern, so lange, daß sich die Frage aufdrängte, ob es klug und opportun sei, mit der Ouvertüre auch schon das Stück zu verraten, das man zu spielen gedachte, ein Stück, das schließlich noch immer verboten werden konnte. Wurde die Intervention Frankreichs, das ohnehin Neigung zum Vorstoß an Rhein und Ruhr zeigte, nicht geradezu provoziert, wenn Berlin seine Absicht zu erkennen gab, eines Tages den wichtigsten Pfeiler des französischen Bündnissystems, Polen, umzustürzen? Setzte man nicht die seit Jahren so wertvolle Unterstützung Londons gegen die sicherheitspolitischen Argumente Frankreichs aufs Spiel, wenn ein Akt

³⁶ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 567.

des Berliner Kabinetts die Berechtigung jener Argumente augenfällig demonstrierte?

Bis Ende 1921 waren die Anhänger einer aktiven Rußlandpolitik selbst der Meinung, daß es noch zu früh sei, die Karten aufzudecken. Klug, fähig und keineswegs der Typ des konventionellen Diplomaten, aber doch der Gefangene einer außenpolitischen Tradition, die ihn nun zum Denken in restaurationspolitischen Kategorien zwang, hat sich Maltzan zwischen Sommer und Herbst 1921 zwar gleichsam zum Stabschef dieser Gruppe entwickelt und an der politischen Ausgestaltung des im Mai mit Rußland geschlossenen Handelsvertrags gearbeitet, jedoch keine sonderliche Eile an den Tag gelegt und sich außerdem bemüht, so lange wie möglich im Kielwasser der britischen Rußlandpolitik zu bleiben. Auch stieß er auf den Widerstand des Außenministers im ersten Kabinett Wirth, Rosen, der für eine westliche Orientierung der deutschen Außenpolitik eintrat und Maltzan schließlich von der Leitung der Ostabteilung entband, um ihn als Gesandten nach Athen abzuschicken. Die Kontakte zwischen Reichswehr und Roter Armee standen zwar in einem inneren Zusammenhang mit der restaurationspolitischen Rußlandkonzeption, doch haben sie die deutsche Außenpolitik zunächst noch nicht im Sinne einer allgemeinen Ostorientierung beeinflußt. Ende Oktober 1921, als Wirth in seinem zweiten Kabinett das Außenministerium vorerst selbst übernahm, setzte der Kanzler aber Maltzan erneut an die Spitze der Ostabteilung, und der Regierungschef betrachtete diese Ernennung durchaus als Vorentscheidung über den grundsätzlichen Kurs der deutschen Außenpolitik. Gegen Jahresende sah sich dann Maltzan, der sogleich wieder zur Zentralfigur der russophilen Gruppierung wurde, einfach gezwungen, eine rasche und sichtbare Vereinbarung mit Moskau anzustreben.

Daß sich Deutschlands Eintritt in Lloyd Georges internationales Syndikat abzeichnete, stellte nämlich Berlin in der Tat schon jetzt vor die Notwendigkeit, die künftige Außenpolitik prinzipiell festzulegen und vor der eigenen wie vor der europäischen Öffentlichkeit zu dekuvirieren. Akzeptierte Berlin das Londoner Angebot, so trieb es zwar Realpolitik im einzig vernünftigen Sinn des Wortes, d. h. Politik aufgrund der gegebenen Realitäten, ließ sich jedoch auf die Anfänge einer Interessenverflechtung mit den Westmächten ein, die Deutschland in logischer Entwicklung in den Völkerbund und in das System von Versailles ziehen mußte. Außerdem hätte das Reich den Anschluß an eine Mächtekombination vollzogen, die ausdrücklich für eine gemeinschaftliche Rußlandpolitik bestimmt war; das hätte nicht eine deutsch-russische Verständigung, wohl aber ein besonderes deutsch-russisches Verhältnis als Basis einer späteren antipolnischen Allianz auf lange Zeit unmöglich gemacht. Der Traum, das Kriegsergebnis zu korrigieren und zu jener kontinental- wie weltpolitischen Bewegungsfreiheit zurückzukehren, die das Kaiserreich zum Teil bereits besessen und in vollem Umfange angestrebt hatte, hätte begraben werden müssen. Sollte hingegen der Traum gerettet und die Kontinuität deutscher Großmachtpolitik gewahrt werden, so war es nun unumgänglich geworden, zumindest die nicht rein reparationspolitischen Tendenzen der Erfül-

lungspolitik zu desavouieren und die Entente in wohl dosiertem Maße zu brüskieren, in der Praxis also das Projekt Lloyd Georges, und zwar durch einen deutschen Separatvertrag mit Moskau, schleunigst zu Fall zu bringen. Ein anderer, doch in den Zusammenhang solcher Überlegungen gehörender Gesichtspunkt muß ebenfalls eine erhebliche Rolle gespielt haben. Eine Realisierung des Syndikatsplans hätte ohne Zweifel die Geheimhaltung der gerade anlaufenden rüstungswirtschaftlichen und sonstigen militärischen Aktivität Deutschlands auf russischem Territorium und damit die Aktivität selbst unmöglich gemacht. Es ist einfach nicht vorstellbar, daß Seeckt und Wirth, der ja ebenso wie Maltzan über die Rußlandprojekte der Reichswehr laufend informiert wurde und gerade 150 Millionen Mark für den Bau einer Junkersfabrik in der Sowjetunion locker gemacht hatte, über diesen Aspekt der Politik Rathenau nicht gesprochen haben sollen. Wirth hat in den letzten Tagen des Jahres 1921 Rathenau und Seeckt empfangen. Ist es wahrscheinlich, daß der Chef der Heeresleitung den designierten und in manchen Fragen praktisch schon amtierenden Außenminister zum Reichskanzler begleitete, nur um unverbindlich über die allgemeine politische Lage zu plaudern? Ist es nicht wahrscheinlicher, daß sich Seeckt und Wirth angesichts der für ihre militärischen Vorhaben gefährlichen Entwicklung genötigt sahen, nun auch Rathenau zu informieren und ihn auf diese Gefahren hinzuweisen? Die beiden Biographen Seeckts, Rabenau und Meier-Welcker, teilen uns mit, Rathenau habe in jener Unterredung den Standpunkt der Wehrmacht akzeptiert³⁷. Muß das nicht so verstanden werden, daß Rathenau seinen Partnern beruhigende Zusicherungen gab? Die Folgerung, daß die Berliner Außenpolitik jetzt doch unter die Pression militärischer Interessen geriet, scheint einiges für sich zu haben, sicherlich mehr als die These vom Druck wirtschaftlicher Interessen. Schlesinger durfte nicht mit nach Genua, wohl aber Hasse, der engste und für Rußlandprobleme zuständige Mitarbeiter Seeckts, und Hasse hat in Genua überdies häufig mit Wirth konferiert, ehe der Abschluß des Rapallo-Vertrags seine Anwesenheit offenbar überflüssig machte und er von Rathenau zu Seeckt geschickt wurde, der den Rechtsparteien den Sinn des Vertrags verdeutlichen sollte. Daß ausgerechnet Seeckt mit einer derartigen Aufgabe betraut wurde, zeigt, wie sehr sich Maltzan, Wirth und Rathenau bewußt waren, auch im Interesse der Reichswehr gehandelt zu haben.

Wirth und Maltzan haben jedenfalls – wie es der Chef der Ostabteilung in seinem bereits zitierten Brief an Radek eindeutig definierte – eine klare Alternative „Syndikatsplan oder aktive Ostpolitik“ gesehen, in der sie die Wahl zwischen Unterwerfungs- bzw. Verzichtspolitik und wahrer Realpolitik – nicht etwa die Entscheidung zwischen einem realpolitischen Neuanfang und der Kontinuität tradierter Utopien – erkannten. Und Maltzan, der seine politischen Lehrjahre nicht umsonst unter Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter absolviert hatte, dem Leiter des Auswärtigen Amtes zur Zeit der zweiten Marokkokrise, war auch aufgrund seiner diplomatischen Schulung und seines Charakters der rechte Mann, entsprechend zu

³⁷ Friedrich v. Rabenau, Seeckt, Aus seinem Leben 1918–1936, Leipzig 1940, S. 310f. – Hans Meier-Welcker, Seeckt, Frankfurt 1961, S. 321.

handeln. Allerdings scheint er in der Situation zwei Elemente gesehen zu haben, die das antiwestliche und prosowjetische Manöver jetzt möglich machten. So muß er angenommen haben, die Erfüllungspolitik habe die Spannung zwischen Deutschland und der Entente bereits so weit herabgesetzt, daß die Liquidierung der unerwünschten politischen Erfolge der Erfüllung nicht mehr den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet provozieren werde. Außerdem baute er mit Recht darauf, daß die einerseits vor der wirtschaftlichen Katastrophe stehenden Bolschewiki andererseits ein alle übrigen Gesichtspunkte verdrängendes Interesse hatten, die mit dem Syndikatsplan drohende Einbuße an ideologischer und politischer Eigenständigkeit zu vermeiden, daß sie also, um die westliche Einheitsfront zu sprengen, vor der sie womöglich kapitulieren mußten, jede Gelegenheit zu bilateralen Abkommen mit politisch konzessionsbereiten Staaten wahrnehmen würden und als sichere Partner gelten durften.

Das beste Mittel zur Realisierung der sowjetischen Wünsche wie der Ziele Maltzans wäre zweifellos ein vor Beginn der Konferenz von Genua abgeschlossener deutsch-sowjetischer Separatvertrag gewesen, und Maltzan hat sich denn auch mit seinen sowjetischen Gesprächspartnern zwischen Mitte Januar und Mitte April 1922 redlich bemüht, dieses Ziel zu erreichen; Schieder und Erdmann stellen übereinstimmend fest – jedoch ohne daraus Schlüsse für ihre Interpretation zu ziehen –, daß nach einem so dramatischen Akt die Konferenz von Genua wahrscheinlich gar nicht mehr stattgefunden hätte⁸⁸. Indes war Berlin noch kein geeigneter Boden. Antikommunistisch und die angebahnte Verständigung mit dem Westen begrüßend, widersetzten sich Reichspräsident Ebert und die Sozialdemokratie zwar nicht dem Ausbau des deutsch-sowjetischen Handels, wohl aber der Politik Maltzans; die militärischen Rußlandprojekte Seeckts hätten sie, wären sie ihnen bekannt gewesen, nicht geduldet. (Daß deshalb eine der wichtigsten und außenpolitisch gefährlichsten Aktivitäten der Republik ohne Wissen der zuständigen verfassungsmäßigen Organe, des Reichspräsidenten, des Gesamtkabinetts, des Parlaments und der Öffentlichkeit, von wenigen Angehörigen der Exekutive gleichsam konspirativ betrieben wurde, findet übrigens in der Rapallo-Literatur nie ein Wort des Tadels.) Andere hielten eine Annäherung an Rußland grundsätzlich für richtig, meinten jedoch, das Reich könne sich eine solche Politik noch nicht leisten. Zunächst war allerdings der Widerstand Rathenaus, der am 31. Januar 1922 das Außenministerium übernahm, noch nicht zu überwinden. Wie einige Äußerungen aus dem Jahre 1919 beweisen, war Rathenau der Gedanke, Deutschland müsse zur Förderung revisions- und restaurationspolitischer Ambitionen auf die Sammlung aller Feinde des Status quo hinarbeiten, weder fremd noch unsympathisch. Auch mochte es ihm angebracht scheinen, einen zweiten Pfeil im Köcher zu haben, wenn seine an London und Paris orientierte Politik scheitern sollte. Daher hat er, der zudem vermutlich noch unter dem Druck der Militärs stand, Maltzan gewähren lassen und ruhig zugesehen, wie ein Torpedo in ein gegen seine eigene Politik gerichtetes Rohr geschoben wurde. Nur er selbst konnte ja

⁸⁸ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 597; Erdmann, Deutschland, S. 163.

den Feuerbefehl geben, und damit ließ er sich Zeit. Offensichtlich sah er, zumindest in der gegebenen Situation, die Verständigung mit der Entente für den im Grunde richtigeren Kurs an. Außerdem hatte er dem britischen Premier die deutsche Beteiligung am Syndikatsprojekt bereits zugesagt, und wenngleich er noch nicht formell gebunden war, fühlte er sich mit Recht moralisch verpflichtet. So wollte er Deutschland den Beitritt zum Syndikat vorbehalten und hielt damit die deutsch-sowjetischen Separatgespräche auf Sparflamme; weder Maltzan noch die Sowjets waren an einem Abschluß auf solcher Basis interessiert. Im März und April brachte es Maltzan mit seinen bekannten Argumenten immerhin fertig, den Widerstand seines Ministers zu ermüden. Im Reichstag beantwortete der Außenminister die Kritik am Syndikatsplan schließlich mit Formulierungen, die ein Abrücken anzukündigen schienen, und im Ministerrat sagte er am 5. April, „wir ständen de facto und de jure zu Rußland anders als die anderen Mächte“; eine Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich und England sei für Deutschland nicht angenehm³⁹. Und als die Sowjets Anfang April auf einen deutschen Vertragsentwurf mit einem eigenen Vorschlag reagierten, der – anders als das deutsche Dokument, aber wahrscheinlich auf Maltzans Empfehlung – einen Artikel enthielt, in dem Deutschlands Beteiligung am internationalen Syndikat von der sowjetischen Zustimmung abhängig gemacht wurde, konnte Maltzan, ohne von Rathenau desavouiert oder wenigstens intern kritisiert zu werden, Tschitscherin mitteilen, daß die deutsche Regierung diesen Artikel unbedenklich finde⁴⁰.

Vor der endgültigen Entscheidung und ihren Folgen scheute der Minister jedoch noch immer zurück, und Maltzan mußte seine sowjetischen Partner auf die Konferenz von Genua selbst vertrösten; er glaube, so sagte er zu ihnen, „daß die italienische Sonne uns vielleicht neue Eingebungen für eine neue Formulierung, die beiden akzeptabel sei, geben würde“⁴¹. Tatsächlich kam Maltzans Stunde schon wenige Tage nach dem Beginn der Konferenz, und er konnte endlich zeigen, daß er der deutschen Republik nicht allein den Geist und die Ziele, sondern zugleich den Stil und die Gestik der wilhelminischen Außenpolitik zu vermitteln bereit war: hatte Kiderlen 1911 den „Panthersprung nach Agadir“ inszeniert, so ließ 1922 sein Schüler die Gelegenheit zu einem ähnlichen Coup nicht ungenützt. Selbst Maltzans eigener Bericht über die Genueser Geschehnisse – der in seiner raffinierten Mischung von Fakten und Fiktionen wiederum an Kiderlen erinnert, etwa an dessen Rechtfertigung des „Panthersprungs“ in der Budgetkommission des Reichstags (17. 11. 1911) – läßt erkennen, wie geschickt, aber auch wie skrupellos er die in der deutschen Delegation ausgebrochene und Rathenau ebenfalls erfassende Furcht vor einer Restaurierung des Dreiverbands ausbeutete und wider besseres Wissen am Leben hielt, um seinen Außenminister – fern von störenden Berliner Einflüssen – schließlich doch für die jetzt vielleicht noch dramatischer wirkende Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Separatvertrags zu gewinnen.

³⁹ Erdmann, Deutschland, S. 115.

⁴⁰ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 571.

⁴¹ Schieder, Entstehungsgeschichte, S. 573.

Mit dem unmittelbaren Effekt des Rapallo-Vertrags konnten die Vertragsmacher beider Seiten denn auch zufrieden sein. Zwar ist die Konferenz von Genua nicht, wie es einige Tage immerhin den Anschein hatte, gesprengt, doch ist sie sterilisiert worden. Bis zum 19. Mai wurde noch über Probleme der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik, der Rußlandhilfe und sogar der Reparationen debattiert. Aber diese Debatten produzierten nicht ein einziges Ergebnis, das politisch verwertbar gewesen und politisch verwertet worden wäre. Deutschlands Ausbruch aus der nichtkommunistischen Einheitsfront hatte den Syndikatsplan, den einzigen offiziellen und wirklich wichtigsten Punkt der Genueser Tagesordnung, erledigt und sogar jede engere Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Sowjetunion vorerst unmöglich gemacht, da die Sowjets nun in der Lage waren, jenen harten Bedingungen auszuweichen, die von den französischen und britischen Politikern gestellt werden mußten, wenn sie vor ihren Kollegen und Wählern eine Kooperation mit den Bolschewiki rechtfertigen wollten. Das Syndikat war aber zugleich das Vehikel der umfassenden kontinentalen Entspannungspolitik Lloyd Georges gewesen, und da es Maltzan gelungen war, das Vehikel entgleisen zu lassen, stand der britische Premier nun vor den Trümmern seiner Gesamtkonzeption. Möglicherweise hätte sich Poincaré noch etwas einfallen lassen, um bei einem anderen Verlauf der Konferenz für ein ähnliches Ergebnis zu sorgen. Die dramatische Aktion der deutschen Delegation hat ihn jedoch jeder eigenen Mühe enthoben. Das Scheitern des Syndikatsplans hat aber nicht allein Rußland die kapitalistische Durchdringung und Deutschland die wirtschaftlich-politische Interessenverflechtung mit den Westmächten erspart, sondern den Partnern von Rapallo auch noch die beiden anderen Gewinne eingebracht, die sie von ihrer Separatverständigung erhofft hatten. Einmal ist die deutsch-sowjetische Militärallianz – und es sollte eigentlich keiner Erwähnung bedürfen, daß eine militärische Kooperation, die aufgrund der Schwäche der beteiligten Staaten zwar noch nicht den eventuellen gemeinsamen Einsatz der Armeen vorsehen kann, sondern zunächst einmal die Wiedergewinnung der militärischen Schlagkraft bezwecken muß, ebenso als Militärallianz zu charakterisieren ist wie die sozusagen normalen Formen solcher Bündnisse –, einmal ist also die gerade vereinbarte und im Ausbau begriffene Militärallianz gerettet worden. Zweitens haben die Vertragspartner ihre besondere politische Beziehung retten können, und zwar als – freilich erst später verwertbare – Basis antipolnischer Revisionspolitik. Daß es gerade auch darum ging, kann nicht abgeschwächt oder gar bestritten werden: Deutsche wie Sowjets haben vor und nach Rapallo zu oft zu erkennen gegeben und sogar nachdrücklich betont, daß die Essenz ihrer besonderen politischen Verbindung das gemeinsame Interesse nicht etwa an der Verteidigung gegen Polen, sondern an der Restaurierung der Grenzen von 1914 – klarer gesagt: an einer neuen Teilung Polens – sei, daß ohne diese Essenz das besondere politische Verhältnis überflüssig und hinfällig werde; die entsprechenden Sätze Seeckts und Wirths – die natürlich repräsentativen Charakter haben – wie der Schriftverkehr des Auswärtigen Amts bestätigen eindeutig das Urteil des aus eigener Erfahrung vielleicht besten Kenners der damaligen

deutsch-sowjetischen Beziehungen, das Urteil Gustav Hilgers, der schrieb, zwischen den Kriegen sei das Ziel der deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit „eine weitere Teilung Polens“ gewesen, was man gewöhnlich mit der Formel umschrieben habe, Polen müsse „auf seine ethnographischen Grenzen“ zurückgedrängt werden⁴². Danach ist aber auch unschwer zu erkennen, daß in Rapallo tatsächlich kein deutsch-sowjetisches Bündnis begründet wurde und auch nicht begründet zu werden brauchte, weil die beiden Vertragspartner in Rapallo bereits als Verbündete gehandelt haben. Wenn wir die Definition von Rapallo nicht auf den Text des Vertrags stützen, sondern – wie bei jeder politischen Vereinbarung geboten – auf die erkennbaren Motive der Partner und auf die vorhersehbaren und von den Partnern gewünschten Wirkungen, erweist sich der Abschluß des Vertrags als gemeinschaftlicher Akt einer schon bestehenden Interessengemeinschaft zwischen Moskau und der deutschen Rechten, erweist sich der Vertrag selbst als Instrument einer lediglich ungeschriebenen Allianz zur Rettung dieser Allianz.

Daß die deutsche Rechte das Bündnis als Instrument antipolnischer und anti-französischer Politik betrachtete, daß für die deutsche Seite – und partiell auch für die sowjetische Seite – das Bündnis überhaupt nur als Mittel zur Offenhaltung revisions- und restaurationspolitischer Möglichkeiten einen politischen Sinn haben konnte, ist aber damals evident gewesen, so evident, daß die sichtbare Spitze der Allianz, eben der Rapallo-Vertrag, die in der Rapallo-Literatur behauptete positive Wirkung für Deutschland und für Europa nicht hatte. Entgegen der Meinung, die Kernfrage damaliger Berliner Außenpolitik sei ihre Abstimmung auf England gewesen, ist nämlich nachdrücklich zu betonen, daß angesichts der hegemonialen Stellung Frankreichs auf dem Kontinent die Kernfrage damaliger deutscher Außenpolitik das Verhältnis zu Frankreich und die Abstimmung eines jeden außenpolitischen Akts auf Paris war; die politische Genialität Stresemanns – und in seinem Milieu darf Realismus als Genialität gelten – bestand eben darin, daß er dies erkannte und entsprechend handelte. Im Frühjahr 1922 war die kontinentale Hegemonie Frankreichs noch unerschüttert; daß deshalb die Herausforderung von Rapallo, weit davon entfernt, die politische Bewegungsfreiheit Deutschlands zu erhöhen, nur Frankreich in Bewegung bringen und Paris auch mehr Freiheit für jede antideutsche Bewegung bescheren mußte, hätte schon damals auf der Hand liegen können, sollte aber zumindest im Rückblick gesehen werden. Das gilt vor allem im Hinblick auf die Intentionen Poincarés. Der Vertrag von Rapallo lieferte ihm zwei Voraussetzungen, ohne die ihm praktische Versuche zur Realisierung seiner auf das Ruhrgebiet und die Rheingrenze gerichteten Absichten sehr viel schwerer, wenn nicht gar unmöglich geworden wären. In ganz Frankreich ist der Vertrag mit Recht als vordatierte Kriegserklärung an den Status quo aufgefaßt worden, und wenngleich es sich offensichtlich erst um Träume des deutschen Nationalismus handelte, war es doch, nachdem die deutschen Nationalisten ihre Träume gleichsam auf den europäischen Marktplätzen erzählt hatten, unvermeid-

⁴² Gustav Hilger, *Wir und der Kreml, Deutsch-sowjetische Beziehungen 1918–1941, Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*, Frankfurt 1955, S. 154.

lich, daß das Ende 1921 schon etwas beruhigte französische Sicherheitsfieber abermals zu steigen und die Stimmung im Sinne Poincarés zu beeinflussen begann. Selbst französische Pazifisten schrieben, man hätte Rathenau sofort verhaften müssen⁴³, und als Poincaré am 24. April 1922 in Bar le Duc, nachdem er den deutsch-sowjetischen Vertrag als Zeichen deutscher Unverbesserlichkeit in schärfsten Worten verurteilt hatte, drohend erklärte, Frankreich habe das Recht, die Mittel und den Willen zur militärischen Intervention, falls Deutschland seine Versailler Verpflichtungen nicht erfülle, da fand er, von wenigen Ausnahmen abgesehen, den lauten Beifall der gesamten französischen Presse. Maltzan, Wirth und Rathenau hatten ihm also für die gewünschte politische Instrumentalisierung der Reparationen die bislang höchst ungewisse Zustimmung der öffentlichen Meinung verschafft.

Natürlich mußte es Poincaré, obwohl er seine Gleichgültigkeit gegenüber Londoner Auffassungen bei jeder Gelegenheit betonte, ebenso willkommen sein, daß Maltzans Akt – nicht anders als die Marokkopolitik seines Lehrmeisters Kiderlen – auch die französisch-britische Entente wieder fester kittete. Das britische Urteil über Rapallo war ebenfalls hart. Gewiß hat Lloyd George noch in Genua die Folgen der deutsch-sowjetischen Aktion zu ignorieren oder zu bagatellisieren versucht und nach einer gewissen Frist sogar wieder relativ freundschaftliche Beziehungen zur deutschen Delegation angeknüpft. Er wußte nur allzu gut, was Genua für seine politische Zukunft bedeutete. Veteran zahlloser politischer Konflikte und Enttäuschungen, überdies – bei größter taktischer Wendigkeit – in der Sache starrsinnig wie ein Maulesel, stürzte er sich sogleich ins Gefecht, um die Katastrophe seiner Politik wenigstens in eine ordinäre Niederlage umzufälschen. Der britische Außenminister Lord Curzon, der Lloyd Georges Nachfolger zu werden hoffte, beobachtete aber, wie Harold Nicolson sagt, von seinem Landsitz Hackwood aus mit grimmiger Genugtuung das „Débacle von Genua“, das den Anfang vom politischen Ende des „kleinen Walisers“ ankündigte⁴⁴. Tatsächlich wurde Lloyd George ein halbes Jahr später von seinen konservativen Kritikern gestürzt, und wenn sie auch zu diesem Zeitpunkt die verfehlte Politik des Premiers in Kleinasien benutzten, so hätte er ihren Angriff mühelos abwehren können, wäre ihm nicht von Maltzan sein kontinentalpolitischer Erfolg aus der Hand geschlagen worden. Daß ihm in Genua von den Deutschen – und nicht von Poincaré – eine wahrscheinlich folgenreiche Niederlage eingebrockt worden war, ist ihm durchaus bewußt gewesen, und Lord Curzon hat seine Einschätzung der deutschen Politik nicht von seiner Freude über Lloyd Georges Niederlage beeinflussen lassen. Zur Haltung des britischen Botschafters in Berlin, der den Argumenten Maltzans allzu wohlwollend zugehört hatte und daher für Rapallo allzuviel Verständnis aufbrachte, schrieb Lord Curzon am 24. April: „I do not know whether I am more surprised at the levity with which Lord d'Abernon treats the matter or at the cynical duplicity of the German Government. I think a letter should be written to Lord d'Aber-

⁴³ H. Graf Kessler, *Tagebücher 1918–1937*, Frankfurt 1961, S. 307.

⁴⁴ Harold Nicolson, *Nachkriegsdiplomatie*, Berlin 1934, S. 240f.

non indicating our view of the whole case and pointing out that such conduct must inevitably affect our relations, and ought to influence his, with the German Government who shamelessly deceived him."⁴⁵ Sicherlich war London nach wie vor gegen französische Abenteuer an Rhein und Ruhr; Poincarés Rede vom 24. April stieß bei Lloyd George und bei den meisten britischen Zeitungen auf Kritik. Aber wenn gleich der französische Regierungschef nicht mit der Billigung seiner britischen Kollegen rechnen durfte, sollte er sich zu drastischen Aktionen entschließen, so war ihm jetzt doch ihre Passivität sicher – und das genügte ihm. Im übrigen war man in London ebenfalls von der antipolnischen Tendenz des deutsch-sowjetischen Vertrags überzeugt, und auch deshalb konnten die britischen Politiker, die keine Möglichkeit sehen wollten, Frankreichs Wunsch nach einer britischen Garantie für die polnischen Grenzen zu erfüllen, ihrem Verbündeten nicht in den Arm fallen, wenn er sein Sicherheitsbedürfnis auf andere Weise befriedigte. London ist an sich auf Appeasement-Kurs geblieben, aber schon im August 1922 sagte der britische Vertreter in der Reparationskommission, Bradbury, seinen deutschen Gesprächspartnern, daß England bei einer französischen Ruhraktion eine „surly neutrality“ beobachten werde⁴⁶. Poincarés innenpolitische Gegner, die eine Politik der Sanktionen nicht zuletzt mit dem Hinweis auf eine Gefährdung der Entente abgelehnt hatten, waren zunächst entwaffnet. Und schon damals war ohne besonderen politischen Weitblick zu sehen, daß Deutschland im Falle französischer Gewalt bestenfalls auf propagandistische Schützenhilfe Moskaus rechnen durfte. Seeckt notierte im April 1922 befriedigt, Rapallo bedeute eine „sehr wesentliche Stärkung des deutschen Ansehens in der Welt“⁴⁷. In Wahrheit warf die deutsche Selbstisolierung, nachdem Maltzan die bereits von Poincaré so erfolgreich bekämpfte europäische Entspannung endgültig liquidiert hatte, Europa auf jene Lage zurück, die vor dem Londoner Ultimatum bestanden hatte, und da jetzt in Paris ein Mann amtierte, den die Bedenken seines Vorgängers Briand nicht plagten und dank Rapallo auch nicht mehr zu plagen brauchten, war Frankreichs Griff nach totaler Sicherheit nur noch eine Frage der Zeit und der Gelegenheit. In diesem Sinne hatte Lloyd George durchaus recht, als er 1929 einmal sagte: „If there had been no Rapallo there would have been no Ruhr.“⁴⁸

Der These, Rapallo habe Locarno erleichtert, wird man ebenfalls nicht zustimmen können. Zunächst ist zu sagen, daß die reparationspolitische Voraussetzung von Locarno, der Dawesplan, mit der Konferenz von Genua nichts zu tun hatte. Die finanzpolitischen Theorien Berlins, deren Erfolg in Genua Erdmann beschreibt, waren unhaltbar und politisch illusionär. Das Reich konnte und mußte seine Währung stabilisieren, ehe der Dawesplan die Reparationsfrage entschärfte und Berlin eine internationale Anleihe erhielt. Dann ist festzuhalten, daß die westliche und vor allem die französische Bereitschaft zur Verständigung mit Deutschland vom

⁴⁵ Bertram, Aspekte, S. 175.

⁴⁶ Viscount d'Abernon, Memoiren, Leipzig o. D., Bd. II, S. 114.

⁴⁷ F. L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln 1965, S. 144f.

⁴⁸ Graf Kessler, Tagebücher, S. 606.

deutsch-sowjetischen Verhältnis weder verursacht noch auch nur spürbar beeinflußt wurde, wenngleich schon Lloyd George gerne mit der deutsch-russischen Allianz argumentiert hatte, wenn er Frankreich von einer harten antideutschen Sanktionspolitik abhalten wollte. England war im Grunde stets und ohne jeden Seitenblick nach Moskau zu einer Politik bereit, wie sie dann in Locarno Wirklichkeit wurde, und Frankreichs Bereitschaft zur Verständigung folgte aus der simplen Tatsache, daß Poincarés Ruhraktion – nicht zuletzt aufgrund seiner Unterstützung der Separatistenbewegung – politisch scheiterte, daß die innen- und außenpolitischen Konsequenzen des Fehlschlages gar keine andere Alternative als die Verständigung mehr ließen. Die deutsche Locarno-Politik hingegen – die aus der Tatsache folgte, daß im Ruhrkonflikt auch Deutschland eine schwere Niederlage erlitt – ist durch das in Rapallo gerettete deutsch-sowjetische Verhältnis nicht etwa erleichtert, sondern bis an die Grenze der Undurchführbarkeit erschwert worden. Nachdem in Rapallo das revisions- und restaurationspolitische Denken gesiegt und eine im Hinblick auf konkrete antipolnische Revisionspolitik so vielversprechende Verbindung befestigt hatte, wollte und konnte kein nationaler Weimarer Politiker den Draht nach Moskau wieder abreißen lassen. Schon ein flüchtiger Blick auf die deutsch-sowjetischen Verhandlungen in der Locarno-Periode zeigt aber, daß der Entschluß, das besondere Verhältnis zwischen Berlin und Moskau zu erhalten, die Bewegungsfreiheit Berlins aufs äußerste einengte und Stresemann zwang, seinem Moskauer Botschafter und den Sowjets die Erlaubnis zur Reise nach Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund förmlich abzubetteln; sowohl Graf Brockdorff-Rantzau wie seine Moskauer Partner waren mit Recht der Meinung, daß beides eine Sünde wider den Geist von Rapallo sei, und Stresemann mußte sein ganzes taktisches Geschick aufbieten, um seine Westpolitik an der Moskauer Klippe vorbeizusteuern. Da freilich betteln und Taktik allein nicht genügten, war er andererseits genötigt, den Westmächten und dem Völkerbund Bedingungen zu stellen, die den Sowjets Deutschlands Treue zu Rapallo beweisen und auch tatsächlich Berlins revisionspolitische Möglichkeiten in Osteuropa retten sollten. An solchen Bedingungen wäre wiederum die Verständigung mit den Westmächten beinahe gescheitert, sogar, was Paris und Genf angeht, sicher gescheitert – im Hinblick auf die gegen Polen gerichtete Drohung –, wenn man dort noch eine Alternative zur Verständigung gesehen hätte. Gewiß sind Logik und Realität, zumal in politischen Zusammenhängen, gelegentlich Feinde; deshalb darf die Vorstellung, ein zur Veränderung des Status quo bestimmtes politisches Verhältnis habe auf der anderen Seite Verständigungspolitik begünstigen können, nicht a priori verworfen werden. Was aber die Relation zwischen Rapallo und Locarno betrifft, so ist diese Vorstellung ohne Beziehung zum wahren Ablauf der Dinge.

Wichtiger ist allerdings, daß die deutsch-sowjetische Verbindung Locarno nicht allein erschwert, sondern überdies weitgehend entwertet hat. Daß es Stresemanns Taktik tatsächlich gelang, Locarno-Politik zu machen, ohne die Rapallo-Politik aufzugeben, hat die revisionistischen Ansprüche Deutschlands zwar halbiert, aber den Willen zum Umsturz des osteuropäischen Status quo im Grunde nur um so

schärfer betont. Osteuropa blieb mithin ganz außerhalb der in Locarno angestrebten Entspannung, und da deshalb Frankreichs Furcht vor einer deutschen Machterweiterung – über ein „polnisches Sadowa“ zu einem „neuen Sedan“ – nicht beruhigt wurde, stellte Locarno auch für das deutsch-französische Verhältnis keinen Friedensschluß dar, sondern lediglich einen Waffenstillstand. Nach wie vor warf also der territoriale Revisionismus des potentiell stärksten europäischen Staates seinen Schatten über die politische Landschaft Europas, und ohne die Bedeutung anderer Faktoren bagatellisieren zu wollen, muß doch gesagt werden, daß schon daran alle neben und nach Locarno unternommenen Versuche zur Errichtung eines funktionsfähigen Systems kollektiver Sicherheit und zur Abrüstung gescheitert sind. In Deutschland haben die beiden Siege der revisionspolitischen Verbindung mit Moskau – der in Rapallo und der zur Zeit Locarnos – eine außenpolitische Tradition bewahrt und sogar zum Grundzug der amtlichen Außenpolitik erhoben, der kollektive Sicherheit und Abrüstung völlig gleichgültig und nur die Machterweiterung des eigenen Staates wie seine konkreten Revisionsziele wichtig waren. Daß aber alle zwei Folgen der in Rapallo erstmals sichtbar gewordenen Anstrengung zur Überlieferung wilhelminischer Außenpolitik als Voraussetzungen nationalsozialistischer Außenpolitik gelten müssen, ist wohl evident. Das Denken allein in machtpolitischen und revisionistischen Kategorien darf auch zu den Faktoren gerechnet werden, die Hitlers Aktivität unmittelbar gefördert haben: das rein machtpolitische Denken stützte seine Gesamtkonzeption, die Fixierung auf revisionistische Ziele erleichterte ihm den Weg durch die ersten Stationen der Vorbereitung und Durchführung seiner expansionistischen Politik; man braucht nur die 1939 während der Polenkrise niedergeschriebenen Aufzeichnungen des Generalquartiermeisters Wagner zu lesen, um zu sehen, daß die national-konservativen Gruppen zwar die britische und französische Intervention fürchteten, das Vorgehen gegen Polen aber durchaus nicht mißbilligten. In diesem Sinne kann Rapallo sehr wohl als frühes Symptom der Kontinuität gleichgewichtsfeindlicher Tendenzen verstanden werden. Natürlich war die national-konservative Konzeption nicht mit der nationalsozialistischen Konzeption identisch; die Quell- und Nebenflüsse sind nicht der Hauptstrom – doch gibt es den Hauptstrom nicht ohne Quell- und Nebenflüsse.

Analogien mit außenpolitischen Entwicklungen unseres Jahrzehnts sind allerdings nicht zulässig. Es wäre absurd, den Moskauer Vertrag von 1970 mit dem Rapallo-Vertrag von 1922 zu vergleichen. Das Europa der Zwischenkriegszeit gibt es nicht mehr, und die Positionen wie die Intentionen der am Moskauer Vertrag beteiligten Staaten haben sich grundlegend gewandelt. Die ostpolitischen Absichten der Bundesrepublik sind andere als die der aktiven deutschen Ostpolitik zwischen 1920 und 1933, sie sind auch notwendigerweise anders, da das jetzige sowjetisch-polnische Verhältnis nichts mehr mit dem damaligen sowjetisch-polnischen Verhältnis gemein hat und sich die Sowjetunion gegenüber der Bundesrepublik heute eher in der Lage befindet, in der sich gegenüber der Weimarer Republik Frankreich befand.

MARTIN BROSZAT

SOZIALE MOTIVATION UND FÜHRER-BINDUNG DES NATIONALSOZIALISMUS

In der neueren zeitgeschichtlichen Literatur über den Nationalsozialismus zeichnet sich deutlich ein Schwerpunkt von Untersuchungen ab, die sich als Beiträge zur Aufhellung der inneren Struktur und Funktionsweise des Hitler-Regimes verstehen und sich dadurch von Dokumentationen und Darstellungen des rein faktischen Geschehens abheben¹. Den Anstoß dazu gaben oft Befunde der Quellenforschung, die von bisher geläufigen Vorstellungen über das NS-Regime abweichen und es nahelegen, bestimmte Leitbegriffe neu zu durchdenken, neu zu interpretieren oder gänzlich zu revidieren.

Spezialuntersuchungen dieser Art, die auch in dieser Zeitschrift und den sonstigen Publikationen des Instituts für Zeitgeschichte vertreten sind, können naturgemäß in der Regel nur vom Aspekt des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes her Ansätze einer Deutung der allgemeinen Verfassung des NS-Regimes vortragen. Es scheint deshalb, anlässlich dieser Sondernummer zum 20jährigen Bestehen des Instituts, der Versuch angebracht, wenigstens einige zentrale Probleme der Interpretation der inneren Verfassung und Funktionalität des NS-Regimes herauszustellen. Ich recurriere dabei in mancher Hinsicht auf mein vor Jahresfrist erschienenes Buch über den „Staat Hitlers“². Die folgenden Überlegungen sollen jedoch Problembereichen gelten, die in dieser vor allem auf die institutionelle Verfassung der NS-Herrschaft bezogenen Buchveröffentlichung nur andeutungsweise und wenig systematisch behandelt wurden. Im Mittelpunkt steht dabei das Problem, wie, abgesehen von der – freilich hinzuzudenkenden – macht- und verfassungspolitischen Entwicklung des Regimes, seine gesellschaftliche Motivation und Verankerung zu verstehen und wie diese mit dem absoluten Führertum Hitlers und dem weltanschaulichen Bestimmungsgrund des Nationalsozialismus zu vereinbaren ist.

¹ Das gilt, wenn man die wichtigsten zeitgeschichtlichen Neuerscheinungen seit 1966 berücksichtigt, in besonderem Maße für H. Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966. – H. S. Milward, *Die deutsche Kriegswirtschaft 1939–1945*, Stuttgart 1966. – H. Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf*, Gütersloh 1967. – D. Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*, Stuttgart 1968. – H. A. Jacobsen, *Die nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt und Berlin 1968. – D. Schoenbaum, *Die braune Revolution*, Köln und Berlin 1968. – P. Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich*, München 1969. – P. Hüttenberger, *Die Gauleiter*, Stuttgart 1969. – R. Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner*, Stuttgart 1970.

² Martin Broszat, *Der Staat Hitlers*, München 1969.

1. Die soziale Motivation des Nationalsozialismus

Angesichts der Massenbasis, die der Nationalsozialismus schon vor der Übernahme staatlicher Macht besonders bei den Mittelschichten der deutschen Gesellschaft erlangte, stellt sich nicht nur die Frage nach der ideologischen Disponiertheit dieser Schichten für den Nationalsozialismus oder nach der manipulatorischen Kraft nationalsozialistischer Propaganda. Ebenso wichtig ist die Frage nach der realen sozialen Motivation des Nationalsozialismus. Hitler und seine Partei konnten bei aller Geschicklichkeit und Suggestivität ihrer Propaganda die Bedingungen ihrer Massenwirksamkeit nicht freischöpferisch erzeugen. Und angesichts der Panikwirkung der Wirtschaftskrise genügte nicht die traditionelle antidemokratische Ideologie und Propaganda der deutsch-nationalen Opposition zum Entstehen einer radikalen nationalen Massenbewegung. Wenn die Wirtschaftskrise, die objektiv Verelendung und Proletarisierung breiter Schichten bedeutete, in Deutschland zur Überraschung vieler Zeitgenossen nicht oder nur in geringem Maße dem marxistischen Sozialismus zugute kam und nicht zwangsläufig Klassenkämpfer und Kommunisten, sondern weit mehr Nationalsozialisten erzeugte, so lag das offenbar daran, daß die Hitlerbewegung dem gleichzeitigen Verlangen nach Kontinuität *und* Veränderung, das breite Schichten der Bevölkerung erfüllte, am meisten entsprach.

Die marxistische Theorie, die den Nationalsozialismus als letzte Zuflucht des sterbenden Kapitalismus vor der drohenden proletarischen Revolution, mithin nur als eine Kraft im Dienste der gesellschaftlichen Reaktion diagnostizierte, ist in dieser Zuspitzung von der nichtmarxistischen Geschichtswissenschaft nicht übernommen worden. Aber über den gesellschaftlich reaktionären Grundcharakter des Nationalsozialismus besteht doch im allgemeinen so weitgehend Übereinstimmung, daß die reale soziale Veränderungsdynamik, die (verquickt mit ebenso utopischem Restaurationsverlangen) hinter dem Nationalsozialismus stand und ihm wesentlich erst zur Massenwirkung verhalf, selten gebührend berücksichtigt wurde. Der illusionäre und widersprüchliche Charakter der gesellschaftspolitischen Propaganda und Ideologie der NSDAP, vor allem aber die Tatsache, daß weder das Programm des sozialistischen Straßer-Flügels, noch das der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO), weder die Reagrarisierungsvorstellungen Darrés und Himmels, noch die Ziele der nationalsozialistischen Mittelstandspolitiker erfüllt wurden, sondern nach der Machtergreifung das opportunistische Arrangement mit der Großindustrie und den konservativen Kräften in Reichswehr und Bürokratie durchaus im Vordergrund stand, scheinen die These vom gesellschaftspolitisch reaktionären Charakter des Nationalsozialismus zu bestätigen. Aber die mangelnde Schlüssigkeit und die Verlogenheit der sozialen Versprechungen der NSDAP entwerfen nicht die Bedeutung der sozialen Dynamik, die dem Massenerfolg der Partei tatsächlich zugrundelag und von dem NS-Regime in Bewegung gehalten wurde. Und die Nichtverwirklichung der vor 1933 propagierten sozialistischen Programmpunkte der NSDAP besagt nicht, daß dieses Regime nicht gleichwohl starke soziale Wirkungen gehabt und hinterlassen hat.

Daß die Massenbasis, die der Nationalsozialismus in der Zeit der Wirtschaftskrise erlangte, sich nicht nur als Zulauf abenteuerlustigen „Lumpenproletariats“ erklären lasse, räumten auch kritische Marxisten ein, so der Wiener Psychologe Wilhelm Reich, der 1933 in seiner „Massenpsychologie des Faschismus“ dem deutschen „revoltierenden Kleinbürgertum“ attestierte, daß es „nicht nur die rückwärtstreibenden, sondern auch ganz energisch vorwärtstreibende Kräfte“ enthalte. Und den proletarischen Elementen in der SA und anderen Gliederungen der Hitler-Bewegung galt nicht nur der *Kampf* der Kommunisten, sondern auch ihre *Hoffnung*, daß die nationalsozialistische Rebellion bald in die proletarische Revolution umschlagen werde.

Der Massenerfolg der Nationalsozialisten, insbesondere beim unteren Mittelstand, dem Kleinbauerntum und den Studenten, war bei diesen Schichten gewiß nicht motiviert von dem subjektiven Wunsch nach Konservierung oder Verteidigung des bestehenden sozialen Systems. Der Wille zur Veränderung, der sich in der Hinwendung zum Nationalsozialismus ausdrückte, bezog sich auch auf die bestehende Gesellschaft, und schon die eruptive Form dieses Zulaufs läßt auf die starke ihm innewohnende soziale Dynamik schließen. Der nationalsozialistische Massenerfolg machte evident, daß die marxistische Verengung der Perspektive der sozialen Wirklichkeit auf das Ökonomische die ebenso realen Faktoren sozialer Mentalität, die sich aus Erziehung, Bildungseinfluß, aus familiärer und berufsbedingter Arbeits- und Sozialwelt und daraus resultierender Selbsteinschätzung ergeben, vernachlässigt hatte. Wenn „die Mystik der Nationalsozialisten in tiefster Not und Verelendung über den wissenschaftlichen Sozialismus“ gesiegt habe, so schrieb Reich, dann lasse das auf starke „Mängel in der marxistischen Erfassung der politischen Wirklichkeit“ schließen³. Der Antimarxismus des Mittelstandes war mitverursacht dadurch, daß die revolutionären Marxisten das allgemeine Ziel sozialer Emanzipation weitgehend nur als Diktatur des Proletariats, als proletarische Egalisierung oder in anderen Formen schichtspezifischer Lohnarbeitermentalität auszudrücken wußten. Von diesem Versagen profitierten die Nationalsozialisten, die sich wie die Marxisten an Bevölkerungsmassen wandten, die auf radikale Veränderung warteten, dabei aber gerade diejenigen Bedürfnisse zu befriedigen suchten, die sich in weiten Bereichen des Mittelstandes aus der Verquickung von proletarischer Lage und bürgerlicher Mentalität ergaben.

Stimmabgabe für die NSDAP bedeutete für die Millionen neuer Hitlerwähler in den Jahren 1930–1932, die aus psychologischen mehr als aus Interessengründen mit den marxistischen Parteien nichts zu tun haben wollten, meist nicht bewußtes Bekenntnis zu einzelnen Sätzen der NS-Weltanschauung, sondern vor allem Verneinung der bestehenden Verhältnisse, bei gleichzeitiger Ablehnung der von den sozialistischen Parteien repräsentierten Mentalität und Zielsetzung, und Bejahung der Hitler-Bewegung als der einzigen erfolversprechenden nichtmarxistischen Kraft, die zur Veränderung der Verhältnisse entschlossen schien. Sie bedeutete

³ Wilhelm Reich, *Massenpsychologie des Faschismus*, Kopenhagen 1933, S. 16.

nicht zuletzt auch das Verlangen nach kraftvoller politischer Vertretung seitens derjenigen Schichten und Gruppen der Bevölkerung (Bauern, neuer Mittelstand, Jugend), die sich von den bestehenden bürgerlichen Interessenparteien nicht oder nicht mehr adäquat bzw. nicht genügend erfolgreich vertreten, sondern vernachlässigt und isoliert fühlten. Wenn Eugen Weber für den rumänischen Faschismus der Eisernen Garde feststellte, seine Massenbasis habe vor allem bei Volksschichten in isolierten ländlichen Gegenden gelegen, die im bisherigen politischen System nicht oder kaum vertreten waren⁴, so gilt dies mutatis mutandis auch für den Erfolg des Nationalsozialismus in Deutschland vor 1933, prägte seinen populistischen Agitationsstil, der sich gegen ein als nicht mehr repräsentativ geltendes politisches „System“ richtete, und erklärt die starke Mobilisierung bisheriger Nichtwähler durch den Nationalsozialismus.

Der schon von den zeitgenössischen Kritikern kommentierte Mangel einer rationalen Analyse der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse durch die NSDAP, ihre programmatische Unklarheit und Vieldeutigkeit wurden von den meisten Hitlerwählern kaum als Nachteil empfunden, sie erschien vielen im Gegenteil als Flexibilität und Lebendigkeit, unterstützte die Hoffnung des einzelnen und bestimmter Gruppen, daß der Nationalsozialismus in ihrem Sinne beeinflussbar sei und in ihrem Sinne revolutionierend wirken werde. Die irrationale Glaubenshaltung, die darin zum Ausdruck kam, läßt sich gewiß als hysterische Verirrung, als unverantwortliche Selbstpreisgabe oder unpolitische Heilserwartung charakterisieren, aber die hinter diesem Massenvorgang stehende Schubkraft sozialer Dynamik kann damit nicht wegerklärt werden. Gerade die Irrationalität und Blindheit des Veränderungswillens spricht für den aufgestauten Druck sozialer Spannungen, der sich in der Hitler-Bewegung Bahn brach und ist ein Indiz dafür, daß der Abbau obrigkeitlicher, bürokratischer, feudaler, großbürgerlicher Strukturen und Schranken auch von der Masse der dem Marxismus feindlichen mittelständischen Bevölkerung als überfällig erstrebt wurde.

Charakteristisch für den Nationalsozialismus war gerade, daß er nicht eindeutig sozialreaktionär auftrat und nicht einfach die Konservierung oder Restauration alter Sozialordnungen und Werte propagierte, sondern die Wiederherstellung von verlorenem Prestige und Status auf neuem Wege, durch „revolutionäre Erneuerung“ versprach. Wie dem „nationalen Sozialismus“ eignete den meisten ideologisch-propagandistischen Leitmotiven der Hitler-Bewegung dieses zwitterhafte, zugleich revolutionäre und restaurative Verhältnis zur überkommenen Gesellschaft und Wertetradition. Der Nationalsozialismus befand sich insofern im grundsätzlichen Einklang mit jenen zeittypischen Ideologien, die seit dem ersten Weltkrieg in der Gegenwendung zur bolschewistischen Revolution unter anscheinend widersprüchlichen Leitbegriffen („konservative Revolution“, „Revolution von rechts“) die Restauration elitärer, ständischer und autoritärer Ordnungsbegriffe auf dem Wege einer totalitären nationalen Revolution propagierten. Romantische Bilder und

⁴ Eugen Weber, Die Männer des Erzengels Michael, in: Internationaler Faschismus, Hrsg. v. W. Laqueur und G. L. Mosse, München 1966, insbes. S. 164f.

Werte der Vergangenheit wurden zu Kampfbegriffen einer jungen, avantgardistischen, populistischen Erneuerungsbewegung umstilisiert. Der Rückgriff auf vorgesellschaftliche Natürlichkeit und familiäre Gemeinschaft wurde umgesetzt zum Sozialideal einer disziplinierten und egalitären Leistungs-Volksgemeinschaft. Statt subalterner Untertänigkeit forderte man engagierte „nationale Gefolgschaft“. Die exklusive Elite aristokratischen Herrentums wurde ersetzt durch den jedermann zugänglichen „völkischen Blutadel“ der germanischen Herrenrasse. Der charismatische Volksführer, mit dem man sich identifizieren konnte, bedeutete Überwindung der Distanz, die gegenüber dem fürstlichen Monarchen bestanden hatte. Die neuen Formeln, die sämtlich um den vagen Inbegriff der nationalen und sozialen Erneuerung kreisten, waren Widerspiegelung der Richtung und Motivierung der sozialen Dynamik der Mittelschichten, die die soziale Massenbasis der NSDAP bildeten. Sie schienen den alten Widerspruch zwischen der obrigkeitlichen deutschen Staats- und Gesellschaftsverfassung und der im Zuge fortschreitender industrieller Entwicklung geforderten Emanzipation und Egalisierung zu versöhnen und aufzuheben.

Die durch die Eigenart und geschichtliche Entwicklung der deutschen Verhältnisse besonders geförderte, bis in die Arbeiterschaft hineinreichende Beharrungskraft provinzieller ständisch-bürgerlicher Mentalität und Sozialmoral auf der einen Seite und die aus Status-Inferiorität, sozialer Abhängigkeit und ökonomischer Ohnmacht herausstrebende Dynamik der breiten mittelständischen Schichten andererseits verband sich zu dem überaus durchschlagskräftigen deutschen „Extremismus der Mitte“, der sich in Gestalt des Nationalsozialismus als Nation und nationale Norm setzte⁵. Das bedeutete nicht weniger als: verspätete, in faschistischer Form, d.h. unter Aufopferung seiner politischen Autonomie nachgeholte soziale Freisetzung des Mittelstandes, und war mit der außerordentlichen Dynamik solcher „Befreiung“ verbunden.

Die soziale Schubkraft, die der NSDAP zugute kam, äußerte sich bereits in der „Kampfzeit“ in der unerhörten Betriebsamkeit, Improvisationsfähigkeit, Aufopferung und Energie ihrer Mitglieder und Anhänger. Sie erklärt aber vor allem die außerordentliche Leistungs- und Einsatzbereitschaft großer Teile der Nation während des Hitler-Regimes. Schon der erste Weltkrieg hatte gezeigt, daß unter den Bedingungen eines volksgemeinschaftlichen Burgfriedens und der egalisierenden Wirkung nationalen Kampfes die bürgerliche Gesellschaft ihre höchste, ihre sozusagen totalitäre Leistungsstufe erreichte. Das Hitler-Regime machte diese Ausnahmesituation zum System. Die Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die Gliederungen der Partei, ihre Ausrichtung auf die von der plebiszitären Führung gesetzten großen nationalen Ziele, auf die von ihr erwarteten Einsätze und Anstrengungen, ließ die horizontale Schichtung und Klassentrennung der Gesell-

⁵ Vgl. dazu S. M. Lipset, *Der „Faschismus“, die Linke, die Rechte und die Mitte*, in: *Kölner Zschr. f. Soziologie und Sozialpsychologie*, N. F. 11 (1959), S. 401–444, sowie Rainer Lepsius, *Extremer Nationalismus, Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Macht-ergreifung*, Stuttgart 1966.

schaft weniger in Erscheinung treten. Die durch die Reglementierung *aller* Sozialschichten bewirkte psychologische Egalisierung verringerte den Abstand der Unteren zu den Oberschichten. Vor allem aber wurde durch das Millionen von Menschen umfassende vielgliedrige System der Partei, ihrer angeschlossenen Verbände und die vielfältigen neuen gesellschaftlichen Hilfs- und Selbstverwaltungsorgane des Regimes (vom Reichsnährstand bis zur DAF) neben der alten Sozialschichtung eine neue politische Gesellschaft aufgebaut, die mit ihren andersgearteten Einfluß- und Karrieremöglichkeiten sich mit der alten Gesellschaft zum Teil überschneidet, zum Teil in Konkurrenz zu ihr trat, jedenfalls neue Wege des Aufstiegs und der Elitebildung, weitgehend unabhängig von sozialer Herkunft und materieller Lage schuf. Nicht der revolutionäre Umsturz der alten Gesellschaftsordnung, aber die Verringerung ihrer Funktionsmöglichkeit im Machtsystem des Dritten Reiches und die ihr in Gestalt bestimmter Weltanschauungsziele, konkreter Amtsträger und Organe des Regimes gegenüberstehende permanente Revolutionsdrohung⁶ schwächte und zersetzte die Stützen der alten konservativen Gesellschaftsordnung, in der Familie wie der Schule, in der Verwaltung und Wirtschaft, in der Wehrmacht wie in der Universität⁷. Egalisierung und stärkere horizontale und vertikale Mobilität, aber auch die psychologische Emanzipation bisher unpolitischer Volksschichten waren unverkennbare soziale Wirkungen des Hitler-Regimes und ließen dieses trotz geistiger und politischer Unfreiheit für viele als eine sozial offenere Gesellschaft erscheinen als es sie vordem in Deutschland gegeben hatte.

Ralf Dahrendorf hat in diesem Sinne den Nationalsozialismus als „die deutsche Revolution“ bezeichnet. Ohne Berücksichtigung der dynamischen sozialen Schubkraft des Nationalsozialismus wird man in der Tat weder den Bewegungscharakter des Regimes voll verstehen können, noch die durch das Regime mobilisierte außerordentliche Leistungsenergie, die es dem „Staat Hitlers“ auch ermöglichte, den unerhörten Kräfteverschleiß zu kompensieren, der sich aus der chaotischen Macht- und Kompetenz-Konkurrenz seiner Herrschaftsorganisation ergab.

Die Freisetzung gesellschaftlicher Energien geschah jedoch um den Preis chaotischer Zersplitterung und Entpolitisierung. Die soziale „Revolution“ des Nationalsozialismus stand nicht im Zeichen irgendeiner Neuordnung, sondern im Zeichen bloßer Kräfteentfesselung, bei gleichzeitiger universaler Auflösung von politischer Verantwortung und Mitwirkung. Unter diesem Aspekt wird man auch die schließliche Funktion des Kapitalismus und der Großindustrie im Dritten Reich zu sehen haben. Nicht der – von marxistischer Seite konstruierte – übermächtige politische Einfluß des Monopolkapitalismus als vielmehr die Abdrängung kapitalistischer und großindustrieller Interessen auf den nur-ökonomischen Machtzuwachs und auf die technische Organisation der Wirtschaft war kennzeichnend für das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im nationalsozialistischen Regime⁸. Die Resignation Schachts

⁶ Vgl. dazu D. Schoenbaum, *Die braune Revolution*, Köln/Berlin 1968.

⁷ Vgl. dazu R. Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

⁸ Vgl. dazu Tim Mason, *Der Primat der Politik, Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus*, in: *Argument*, Jg. 8 (1966), S. 473–494.

als Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident in den Jahren 1937–1939 signalisierte im Grunde das Ende direkter politischer Einflußnahme der kapitalistischen Großwirtschaft und ihrer gemeinsamen Interessen und Konzeptionen auf die auch für die Wirtschaft entscheidenden grundlegenden politischen Entschlüsse des Regimes. Die mit dem Vierjahresplan begonnene und während des Krieges verschärfte Abhängigmachung der autarkie- und rüstungswirtschaftlich benötigten Großindustrie vom System der Devisen-, Rohstoff-, Arbeitskraftkontingentierung bei gleichzeitiger Expansion ihrer Profitmöglichkeiten, zersetzte das alte Verbandswesen der Industrie, löste mit der weitgehenden Aufhebung marktwirtschaftlicher Verhältnisse die gemeinsame gesellschaftliche Interessenfront der Industrie mehr und mehr auf und produzierte einen hemmungslosen Wettstreit von Firmen und Wirtschaftszweigen um den besseren Platz an der Sonne der staatlichen Auftrags-, Subventions- und Kontingentierungsbörse.

Die Wirtschaft wurde unfähig, ihre gemeinsamen Interessen zu vertreten, die korrumpierende Wirkung des Führerregimes machte vor der Wirtschaft nicht halt, ließ sie zum bloßen Nutznießer oder Handlanger werden, aber nicht zur politisch bestimmenden Potenz. Und umgekehrt verstärkte die Loslösung der politischen Entschlüsse und Zielsetzungen von den vergleichsweise pragmatischen und rationalen Interessenabmessungen der kapitalistischen Großwirtschaft den Irrationalismus und Wirklichkeitsverlust der politischen Führung.

Das Regime war vorzüglich imstande, die soziale Schubkraft der aus alten Bindungen und Begrenzungen herausstrebenden gesellschaftlichen Kräfte als Motor der Arbeitsleistung in Gang zu halten und auf höchste Touren zu bringen, es vermochte, die gesamtgesellschaftliche Mobilität durch den Abbau und die Liquidierung ständisch-konservativer Resistenzkräfte zu steigern, die gesellschaftlichen Interessen zu entpolitisieren und auf diese Weise ihren Antagonismus optisch und psychologisch zu verschleiern. Es war aber außerstande, die Basis einer dauerhaften und rationalen sozialen Neuordnung zu schaffen, sondern mußte mit innerer Notwendigkeit die unvereinbarlichen utopischen sozialen Erwartungen, die es genutzt und mobilisiert hatte, auf immer höher geschraubte Fernziele hinlenken und damit die Politik auf einen Kurs selbstzerstörerischer Überdehnung des Kräftepotentials bringen.

2. Hitlers Führertum und die nationalsozialistische Weltanschauung

Die meisten zeitgeschichtlichen Darstellungen der NS-Zeit sind sich darin einig, daß die Geschichte der NSDAP und des Dritten Reiches in der Person Hitlers ihren Angelpunkt hat. Nirgends scheint sich die Unzulänglichkeit marxistischer Geschichtsauffassung und zumal der Theorie vom Faschismus als dem Agenten des Monopolkapitalismus deutlicher zu erweisen als im Falle Hitlers, der gemäß dieser Geschichtsauffassung nur „Strohmann“ anderer Kräfte gewesen sein müßte. Die Verlegenheit, in die die Geschichtswissenschaft der DDR bei der Erforschung

und Darstellung der NS-Zeit gerät, indem sie mit peinlicher Mühe Hitler fast ganz ausklammert, trägt nicht dazu bei, ihre Überzeugungskraft zu stärken. Es wäre jedoch eine Selbsttäuschung, zu verkennen, daß die nicht-marxistische Geschichtswissenschaft selbst auch zu keiner theoretisch befriedigenden Interpretation der Stellung Hitlers im Gefüge nationalsozialistischer Bewegung und Herrschaft gelangt ist. Über Hitler ist zwar immens viel geschrieben worden, aber der Reflexion über die theoretischen Prämissen oder Konsequenzen bestimmter Hitler-Bewertungen ist man eher ausgewichen.

Das Dilemma äußert sich z. B. bei der Bestimmung des Verhältnisses von Weltanschauung und Führertum. Zur Unterscheidung der Hitlerbewegung von anderen Ideologien ist mit guten Gründen betont worden, daß der Nationalsozialismus nicht primär eine ideologische und programmatische, sondern eine charismatische Bewegung gewesen sei, deren Weltanschauung durch den Führer Hitler verkörpert wurde und ohne ihn alle Integrationskraft verloren hätte⁹. Hitler war, so gesehen, nicht der Sprecher einer Idee, die auch ohne ihn ähnliche Bedeutung gehabt hätte, sondern die utopische NS-Weltanschauung erhielt überhaupt erst Realität und Bestimmtheit durch die Person Hitlers. Deshalb habe es in der NSDAP (anders als bei den marxistischen Parteien) im Namen der Weltanschauung keine wirksame Opposition gegen den Führer geben können. Tatsächlich ließ Hitler der Partei zwar in weltanschaulichen Fragen (ähnlich wie in solchen der Organisation) großen Spielraum zu Initiative und Experiment, schritt aber stets ein, wenn unter Berufung auf Weltanschauungs- und Programmfragen seine absolute Führerstellung in Frage gestellt schien, so auf dem Bamberger Parteiführertreffen 1926 oder im Falle Otto Strassers 1930. Und später wurde es zur Regel, daß sich bei innerparteilichen Frontbildungen und Auseinandersetzungen in Programm- und Weltanschauungsfragen keine der streitenden Gruppen oder Personen gegen Hitler wandte, sondern jede Hitler für ihre Auslegung zu gewinnen suchte, d. h. ihn als Vermittler der „richtigen“ Idee grundsätzlich anerkannte. Vor allem aber hing es nach 1933 offenbar in allen wichtigen Fällen von Hitlers Entscheidung ab, welche von den vielerlei Vorstellungen im weltanschaulichen Gepäck der NSDAP Gegenstand und Ziel praktischer Politik und welche von ihnen fallengelassen oder „vertagt“ wurden.

Von dieser Perspektive aus gesehen, spricht alles dafür, daß man sich bei der Analyse des weltanschaulichen Bestimmungsgrundes der Politik des Dritten Reiches und bei der Untersuchung der Beschaffenheit dieser Weltanschauung allein auf „Hitlers Weltanschauung“ beschränken kann¹⁰. Dabei läßt sich dann unschwer aufzeigen, daß ein fanatischer Antisemitismus und Antibolschewismus sowie das außenpolitische Ziel der Gewinnung neuen Lebensraumes im Osten, eingebettet in ein darwinistisch-heroisches Geschichtsbild mit der Leitvorstellung ewigen

⁹ Besonders eindringlich ist diese These vertreten worden von J. Nyomarkay, *Charisma and Factionalism in the Nazi Party*, Minneapolis 1967.

¹⁰ So neuerdings E. Jäckel, *Hitlers Weltanschauung, Entwurf einer Herrschaft*, Tübingen 1969.

Kampfes und der Auslese des Stärkeren, die einzigen stabilen Weltanschauungs-Inhalte darstellen, an denen Hitler konsequent festgehalten hat. Demnach wären diese Inhalte allein der feste, in sich relativ geschlossene Kern der NS-Weltanschauung, alles andere unverbindliche Phraseologie.

Dabei stellt sich nun freilich die Frage, was eine solche Feststellung besagen und was aus ihr gefolgert werden soll. Zunächst einmal besagt der Befund nichts über die weltanschaulichen Motive der Massenwirkung des Nationalsozialismus. Der Antisemitismus und die Gewinnung eines Großraums im Osten haben in der Propaganda der NSDAP in den für ihren Massenerfolg entscheidenden Jahren (1930–1932) eine nur untergeordnete Rolle gespielt. Im Vordergrund standen damals vielmehr die Bekämpfung des Marxismus, des demokratischen Parteienstaates, die Parole sozialer und nationaler Wiedergeburt u.ä. Der aus Hitlers Schriften und internen Äußerungen herauszufilternde weltanschauliche Kern war nicht bzw. nur in begrenztem Maße oder nur in verschleierte Form Gegenstand offener NS-Propaganda. Er könnte eher als die Geheimvision Hitlers, als das Arkanum der Führerherrschaft bezeichnet werden, das sich gerade nicht zur vollen Offenlegung eignete (deshalb die *geheime* Judenvernichtung), also auch nicht primärer Bestimmungsgrund nationalsozialistischer Massenerfolges sein konnte.

Um so mehr drängt die Herausstellung der von Hitler verkörperten Kern-Ideen der NS-Weltanschauung auf die Folgerung zu, daß die Geschichte des Dritten Reiches letzten Endes allein von der Person Hitlers, von seiner, gesellschaftlich nicht oder nicht erkennbar motivierten, ganz persönlichen Weltanschauung diktiert worden sei. Denn die sich aus der Analyse Hitlerschen Denkens herauschälenden Primär-Inhalte seiner Weltanschauung, der fanatische Antisemitismus und das Fernziel der kolonialen Großraumgewinnung im Osten, unterscheiden sich von anderen Elementen der NS-Weltanschauung und -Propaganda gerade dadurch, daß sie kaum Bezug zu realen und rational darstellbaren Interessen konkreter gesellschaftlicher Kräfte hatten. Der Nachweis, daß Hitler diese Kern-Elemente seiner Weltanschauung mit fanatischer Konsequenz festgehalten und verfolgt hat, würde mithin bedeuten, daß einige abstrakte Ideen, die sich im Gehirn Hitlers als beherrschende Wahn- oder Heilsvorstellungen eingenistet hatten, der eigentliche Motor nationalsozialistischer Politik waren. Die Wirklichkeit des Nationalsozialismus wäre auf die Willkür eines einzigen Mannes und seiner Wahngebilde reduziert.

Eine solche Folgerung, die von den Biographen Hitlers und den Interpreten seiner Weltanschauung nicht *expressis verbis* ausgesprochen wird, aber unausgesprochen als Prämisse oder Konsequenz im Hintergrund steht, wird nicht als überzeugend gelten können. Der angeführte Problemkreis von Weltanschauung und Führertum zeigt vielmehr, daß die zeitgeschichtliche Forschung gerade bei der Ortsbestimmung Hitlers im Gefüge des politischen und sozialen Systems der NS-Herrschaft vor einem besonders schwierigen Dilemma steht. Versuche zur Lösung dieses Problems werden sich von der Frage leiten lassen müssen, inwieweit Hitler, wengleich nicht bloß Agent bestimmter Interessen, so doch Exponent von in sich

antagonistischen Kräften und Tendenzen gewesen ist, die auf dem von ihm verkörperten fanatischen Ausweg drängten.

Wunsch und Wille nach völkischer und sozialer Regeneration – in dieser am häufigsten gebrauchten, allgemeinsten Formel läßt sich die primäre Motivation der nationalsozialistischen Weltanschauung und Utopie ausdrücken. Diese Formel war naturgemäß sehr verschiedenartig deutbar, aber jede Konkretisierung mußte zwangsläufig ideologisches Sektierertum und organisatorische Zersplitterung bedeuten. Als Hitler, selbst geleitet von bestimmten aus Österreich mitgebrachten Wahrheiten völkisch-antisemitischer „Welterkenntnis“, 1919 in München zur völkisch-nationalsozialistischen Bewegung stieß, war er derjenige, der diese fatalen organisatorischen und politischen Konsequenzen der „Völkischen“ am klarsten erkannte und ihnen am entschiedensten entgegenwirkte. Sein späteres Führertum hatte zwei eng zusammenhängende primäre Grundlagen: Er war das überzeugendste Sprachrohr der völkisch-nationalsozialistischen Gefühle und Wünsche, zugleich aber die herausragende politische Willenspotenz, ganz darauf konzentriert, die Utopie zur politischen Wirkung zu bringen, sie in Organisation und politischen Erfolg umzusetzen. Beides bedingte sich gegenseitig. Hitler konnte nur deshalb disziplinierende Integrationsfigur der NS-Bewegung werden, weil er ihr überlegener Missionar und Propagandist war. Und seine überlegene agitatorische Kraft beruhte wesentlich auf der fanatischen politischen Entschlossenheit, die seine ganze Rhetorik durchdrang und ihr zwingende Kraft verlieh.

Charismatisches Führertum, die „revolutionäre Kraft in traditionell gebundenen Epochen“ (Max Weber), war im deutschen Bürgertum schon vor 1914 angesichts der enttäuschenden Schwächlichkeit des Kaisertums Wilhelms II. als Erwartung nationaler und sozialer Erneuerung vorgeformt worden, z. B. durch das „Kaiserbuch“ des Führers der Alldeutschen¹¹. Die nationalpsychologisch vorgeformte Bereitschaft für einen charismatischen Volksführer und „Erneuerer“ lieferte die Rolle, die Hitler nur aufzunehmen brauchte. Er konnte sie jedoch nur überzeugend und erfolgreich spielen infolge der völligen Selbstidentifizierung seiner Person, seiner Rede- und Willenskräfte mit dieser Rolle.

Mit dem Bild der Entschlossenheit, das er darbot, wußte Hitler zu artikulieren und zu zelebrieren, was die Zuhörer halb unbewußt wünschten und fühlten. Er sprach aus, was sie insgeheim dachten und wollten, bekräftigte ihre noch unsicheren Sehnsüchte und Vorurteile, verschaffte ihnen dadurch eine tief befriedigende Selbstbestätigung, das Gefühl, einer neuen Wahrheit teilhaftig zu werden, weckte ihre ebenso selbstlose wie selbstvergessene Gefolgschafts- und Einsatzbereitschaft. Solcherart mitreißendes Führer-Rednertum war gerade nicht von einer in sich ruhenden, reifen Individualität und Persönlichkeit zu leisten, sondern bedurfte – ähnlich wie bei den Führern anderer faschistischer oder sonstiger Erweckungsbewegungen – einer psychisch-geistigen Verfassung, die in extremer Weise selbst

¹¹ Daniel Frymann (Pseud. für Heinrich Claß), Wenn ich der Kaiser wär, Leipzig 1912 (schon bis 1914 drei weitere Auflagen, 1925 kam es zur 7. Auflage: 31.–35. Tausend).

so tief von der Krisen- und Panikstimmung ihrer Zeit und Gesellschaftsschicht gezeichnet war, daß sie ihren Ton instinktiv traf, einer Person wie Hitler, die mit dem zunehmenden Selbstbewußtsein des erfolgreichen Massenagitators immer mehr die eigene Mission und die bisher auf absonderliche Weise vergeblich gesuchte Großartigkeit persönlicher Existenzerfüllung fand.

Hitlers plötzlicher Aufstieg aus geistiger und sozialer Mediokrität und Anonymität auf die Rampe des politischen Geschehens bestätigt, daß sein Führertum sich nur im Fluidum einer bestimmten Krisenatmosphäre und Kollektiv-Psychologie entfalten konnte. Die ungewöhnliche Leidenschaft, mit der Hitler der allgemeinen Pathologie verfiel, und die Unbedingtheit, mit der er sich darauf konzentrierte, sie zum Ausdruck zu bringen und in Aktion umzusetzen, ließen ihn zum „Führer“ werden. Auf dem Hintergrund der allgemeinen Exaltation vermochte er die eigene Neurose als allgemeine Wahrheit zu erleben und die kollektive Neurose zum Resonanzboden der eigenen Besessenheit zu machen. Hitlers Führertum stand mithin von vornherein im Schnittpunkt paradoxer Deutung: einerseits nur Exponent einer breiten nationalistischen Psychose, andererseits Integrationsfigur dieser „Bewegung“, die ohne solche Integration nicht zum politischen Durchbruch kommen konnte.

Von daher wird deutlich, daß die Individualität Hitlers nicht aus der Geschichte des Nationalsozialismus ausgeklammert werden kann, aber ebenso: daß Hitlers geschichtliche Wirkungsmöglichkeit weit mehr als die anderer Politiker und Staatsmänner, bis in die Psychologie hinein, von ganz bestimmten, vorgegebenen Bedingungen abhängig war. Deshalb ist auch im Hinblick auf die weltanschaulichen Fixpunkte Hitlers zu fragen, welche objektiven Gründe es hatte, daß gerade diese Elemente sich im Denken Hitlers verfestigten und als einzige konsequent in der Praxis verfolgt wurden.

Zur objektiven Funktion des Führers Hitler gehörte es, wie bereits angedeutet, daß er die vage, zur sektiererischen Aufsplitterung tendierende Weltanschauung zusammenhielt. Das bedeutete, daß der Führer über der Weltanschauung stand und nicht auf konkrete, praktische Programmpunkte festgelegt war. Eine dynamische, engagierte Massengefolschaft war aber undenkbar ohne beherrschende „Idee“, d. h. ohne eine, wie vage auch immer ausgedrückte, richtungsorientierte Zielsetzung, in der sich gesellschaftliche Bedürfnisse und Erwartungen widerspiegelten; und sie war nicht möglich ohne die Benennung von unversöhnlichen Feinden, die fanatisch bekämpft werden mußten. Es entsprach der politischen Räson der von ihm geführten Partei, wenn Hitler konkreten Programmfestlegungen immer wieder auswich und so die Bewegung offen und flexibel hielt. Es entsprach andererseits der psychologischen Notwendigkeit, daß er bestimmte fanatisch geglaubte positive und negative Weltanschauungsziele leidenschaftlich propagierte. Der Führer der NS-Bewegung mußte einige unverrückbare „Ideen“ vorweisen können, die in positiver und negativer Richtung die Utopie der nationalen und sozialen Erneuerung, das Ziel der Selbstbefreiung von inneren und äußeren Abhängigkeiten und Feinden ausdrückten, diese mußten aber so geartet sein, daß

dadurch die Verschiedenheit objektiver Interessen unter den Anhängern und Partnern des Nationalsozialismus nicht aufgerissen und eine entsprechende Zersplitterung vermieden wurde.

Diese Bedingungen erfüllten die Fixpunkte der persönlichen Weltanschauung Hitlers. Antisemitismus – Antibolschewismus und das Ziel der völkischen Lebensraumgewinnung im Osten als der negative und positive Pol der Hitlerschen Geschichtsmetaphysik vom ehernen Kampf der Rassen und Völker hatten für Hitler persönlich die Funktion letzter Glaubenswahrheiten, ohne die sich seine ganze Agitation und Politik als nihilistischer Kampf um des Kampfes willen erweisen mußte. Sie fungierten aber objektiv zugleich als Beziehungspunkt des vagen Dranges nach sozialer und nationaler Erneuerung und als Ablenkung dieses Dranges von realen und konkreten Neuordnungsprogrammen: Antisemitismus und Antibolschewismus mobilisierten die sozialen und nationalen Ressentiments der mittelständischen Schichten gegen vermeintliche Verschwörer oder Ausbeuter und gegen die gefürchtete kulturell-soziale Proletarisierung; und die Lebensraum-Utopie figurierte als Heilsvorstellung völkisch-sozialer Regeneration, als Zukunftsprojektion einer völlig unabhängigen, autarken Land-Großmacht, die eine Rückkehr zu gesundem, vitalem völkischen Leben und sozialen Elitestatus für die ganze Nation versprach. Diese Weltanschauungsziele (genauer Aktionsrichtungen) hatten aber andererseits so wenig mit der unmittelbaren sozialen Wirklichkeit zu tun, daß sie kaum der Korrektur durch reale Zwänge und gegenläufige Interessen ausgesetzt waren. Deshalb konnte an ihnen konsequent festgehalten werden, und deshalb war Hitler um so mehr gezwungen, auf sie immer wieder zurückzukommen und die Bewegung in Gang zu halten, je mehr sich andere Neuordnungsvorstellungen der Partei als illusorisch erwiesen.

Die Konfrontation der NS-Ideologie mit der Wirklichkeit, der Übergang von der Propagandabewegung zur Herrschaftsorganisation, die sich im Prozeß der sogenannten Machtergreifung und Gleichschaltung vollzog und die zahlreiche konservative Machtträger in Staat und Gesellschaft mit der NS-Bewegung verklammerte, bewirkte sehr bald nach 1933 in den praktischen Fragen der Staats- und Gesellschaftspolitik eine Filterung der meisten Intentionen der NS-Weltanschauung und ihre Reduzierung auf solche Maßnahmen, die den Umständen nach praktikabel waren. Dabei zeigte sich die Irrealität fast aller auf die allgemeine Verfassung von Staat und Gesellschaft bezogenen nationalsozialistischen Neuordnungsvorstellungen. Die Ablösung der Reichswehr durch eine „Braune Armee“ oder der „Ständische Aufbau“ waren ebensowenig durchzusetzen wie die nationalsozialistischen Reichsreformpläne, die Dekretierung germanischen Rechts oder der Erlaß einer neuen Staatsverfassung.

Die Kraft und das Vermögen der NS-Bewegung vermochten fast überall nur die alten Zustände in Frage zu stellen und zu untergraben. Bei nahezu jedem Versuch, auf einem bestimmten Gebiet der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation nationalsozialistische Neuordnung einzuleiten, wurde evident, daß die NS-Vorstellungen selbst kontrovers waren und deshalb innerhalb der NS-Bewegung selbst

und bei denjenigen Kräften, auf deren Kollaboration und Unterstützung das NS-Regime angewiesen war, auf erfolgreichen Widerstand stießen. Je weniger aber nationalsozialistische Weltanschauungspolitik auf dem Felde konstruktiver Neuordnung zum Zuge kam, um so mehr verlagerte sie sich auf bestimmte Negativ-Maßnahmen, die einzelne rechtliche und humanitäre Grundsätze tangierten, ohne verfassungs- und gesellschaftspolitisch einen grundlegend neuen Zustand zu setzen.

Dabei hingen Art und Ausmaß der Durchsetzung dieser nationalsozialistischen Weltanschauungssätze in ähnlicher Weise von dem jeweiligen Verfassungszustand und der Machtverteilung im Hitler-Staat ab wie die primäre Richtung nationalsozialistischer Propaganda vor 1933 von dem Interessen- und Krisenzustand der am ehesten mobilisierbaren Bevölkerungsschichten. So ergab sich z. B. die Entmachtung der SA und anderer sozialrevolutionärer Kräfte in der NSDAP (NSBO, NS-Hago) im Jahre 1934 nicht nur aus Hitlers Interesse am Ausbau seiner absoluten Führerstellung, die durch den Machtanspruch dieser Kräfte in Frage gestellt wurde, sondern nicht zuletzt aus den Interessen von Reichswehr, Wirtschaft und Bürokratie, deren Unterstützung Hitler zur Konsolidierung der Macht und des Prestiges des NS-Staates im Innern und nach außen damals brauchte. Da andererseits mit dem Stop der revolutionären NS-Bewegung von unten (1933/34) diejenigen Kräfte gestärkt wurden, die eine Überleitung des Regimes in einen geregelten autoritären Verwaltungsstaat anstrebten, der sowohl die Stellung des charismatischen Führers wie die der Partei schmälern, die Dynamik der bisherigen Entwicklung beenden und die hinter ihr stehenden gesellschaftlichen Erwartungen breiter Schichten enttäuschen mußte, kam es wesentlich darauf an, eine Festschreibung des 1934 erreichten verfassungs- und gesellschaftspolitischen Zustandes zu verhindern und die „Bewegung“ auf andere Weise fortzusetzen. Dies geschah nach 1934 vor allem dadurch, daß die Partei mit ihren Ämtern und Gliederungen auf dem Wege umfassender Menschenerfassung, Propaganda und Schulung, aber auch auf dem Wege konkurrierender Aktivität wenn schon nicht mehr als revolutionäre Potenz, so doch als Quelle permanenten Drucks, weltanschaulichen Führungsanspruchs und unbefriedigten Kompetenzhungers in Staat, Gesellschaft und Öffentlichkeit wirksam wurde. Dabei war es für das Machtbewußtsein der Partei und die grundsätzliche Aufrechterhaltung ihres weltanschaulichen Führungs- und Kontrollanspruches entscheidend, daß wenigstens in einigen Fällen Weltanschauungsvorstellungen auch in die Wirklichkeit umgesetzt wurden. Das war aber am einfachsten, d. h. ohne gefährliche Herausforderung der konservativen Partner und Machträger in Staat und Gesellschaft, möglich durch Maßnahmen zur Bekämpfung von bestimmten ohnehin machtlosen Minderheiten: Erbkranken, Geistesgestörten, Asozialen, Bibelforschern und Juden durch die von der SS monopolisierte Staats- und Kriminalpolizei oder durch diskriminierende Sondergesetze (Gesetze über die Verhütung erbkranken Nachwuchses, Nürnberger Judengesetze).

Wenn Hitler selbst immer wieder auf diese negativen Zielrichtungen der völkischen Weltanschauungspolitik hinwirkte und entsprechende Aktivitäten der Partei ermunterte, so ist dies nicht einfach als Folge der Einwirkung seiner persönlichen

Ideen zu verstehen. Hitler repräsentierte dabei vielmehr zugleich die innere Logik und radikale Konsequenz eines Systems, das ohne den stabilisierenden Rückhalt der alten, konservativen Machtträger in Staat und Gesellschaft nicht auskommen konnte, selbst aber von der propagandistisch und organisatorisch benutzten Dynamik der breiten unteren und mittelständischen Schichten lebte.

Die stereotypen Negationen waren seit jeher das einzig Konkrete gewesen, auf das sich der nationalsozialistische „Extremismus der Mitte“ einigen konnte, das ihm die Vortäuschung einer Aktionsgemeinschaft erlaubte: Die Hypertrophie des eigenen nationalen Wertes, positiv dargestellt in der Rassetheorie, und die Hypertrophie der eigenen sozialen Geltung und Leistung, positiv dargestellt im Begriff der exklusiven arteigenen Volksgemeinschaft germanischer Herrenmenschen, ließen sich in der politischen Praxis konfliktlos nicht in positiver, sondern nur in negativer Form konkretisieren und verwirklichen: durch die Abstoßung und Diffamierung alles „Fremden“ und „Unnormalen“, aller „unerwünschten Elemente“, die sich dem Diktat der mittelständisch-nationalen Ordnungs- und Leistungswerte nicht fügten. Gerade weil die hinter dem Nationalsozialismus stehenden mittelständischen Schichten keine übereinstimmenden sozialen Interessen hatten und zu erfolgreicher selbständiger politischer Interessenvertretung außerstande waren, verquickten sie ihre Interessen mit denen von Staat und Nation und überließen ihr Heil und ihre Vertretung der aus Elementen mittelständischer Sozialmoral und exklusiver Nationsauffassung zusammengesetzten NS-Weltanschauung bzw. der Bewegung und dem Führer, die vorgaben, im Namen dieser Weltanschauung zu handeln.

Die während des Prozesses der Machtergreifung und im Laufe der späteren Entwicklung des Dritten Reiches stattfindende Selektion der negativen Weltanschauungselemente (nur sie wurden Gegenstand praktischer Durchführung, die positiven Utopien blieben weiter nur Fernziele und Gegenstand der propagandistischen Erbauung) bedeutete aber zugleich eine zunehmende Radikalisierung, Perfektionierung und Institutionalisierung der Inhumanität und Verfolgung. Wenn die praktische, nicht nur propagandistische Fortsetzung der Weltanschauungsbewegung, die nach der Machtergreifung nicht Erfüllung fand in einer revolutionären Neuorganisation von Staat und Gesellschaft, statt dessen immer mehr und ausschließlicher auf die negativen Gegnerziele angewiesen war, dann bedeutete weitere Bewegung zwangsläufig fortgesetzte Verschärfung der gegen Juden, Geistesranke, Asoziale etc. gerichteten Maßnahmen. In der Diskriminierung konnte es jedoch keinen unendlichen Progressus geben. Infolgedessen mußte hier die „Bewegung“ schließlich in der „Endlösung“ enden. Darin lag die von Hitler repräsentierte Konsequenz des Nationalsozialismus. Aber in der Judenpolitik wie in der Verfolgung der irrationalen Lebensraum-Utopie war die NS-Führung außerstande, die Konsequenzen ihrer eigenen Dynamik zu reflektieren. Deshalb hatte die „Konsequenz“ Hitlers nichts mit planvollem Handeln zu tun.

Es gibt kein Indiz dafür, daß der 1941/42 begonnene Massenmord an den Juden schon Jahre vorher als Fernziel insgeheim fest geplant und beschlossen gewesen

wäre. Die bis 1939 forcierte Auswanderung der deutschen Juden und der 1940 ventilerte Madagaskar-Plan waren nicht auf die physische Liquidierung der Juden abgestellt. Sie hätten mithin nur die Entfernung der Juden aus dem deutschen Machtbereich, nicht ihre universale Ausrottung bedeutet, d. h., nicht zur Verwirklichung jener radikalsten Form des Antisemitismus geführt, die seit 1941/42 die Politik und das Denken Hitlers tatsächlich bestimmten. Bei der Judenpolitik des Dritten Reiches wie auf anderen Gebieten kommt man ohne die Annahme einer Radikalisierung nicht aus, was nicht bedeuten muß, daß die radikalste Lösung im Gehirn Hitlers und einiger seiner Gefolgsleute nicht schon vorher als Möglichkeit vorgezeichnet war, aber eben nur als *Möglichkeit*, die erst später, aufgrund späterer Bedingungen, wirklich durchzuführen beschlossen wurde.

Die Zielvorstellung der Gewinnung großen „Lebensraumes“ im Osten, die in „Mein Kampf“, im „Zweiten Buch“ Hitlers, in seinen Äußerungen gegenüber der Generalität unmittelbar nach seiner Ernennung zum Kanzler, in seiner Vierjahresplan-Denkschrift vom Sommer 1936 und später noch häufiger nachzuweisen ist¹², erscheint demgegenüber in weit höherem Maße als eine auch inhaltliche Festlegung Hitlerschen Weltanschauungsdenkens. Und sie wird immer wieder angeführt als das überzeugendste Beispiel der fanatischen Konsequenz, mit der Hitler das ideologische Fernziel in seiner praktischen Politik verfolgte. Auch hierbei bleibt aber zu fragen, wie diese Konsequenz Hitlers zu verstehen ist und welche objektive Funktion die stereotyp festgehaltene Zielsetzung hatte.

Entsprang die Idee der kolonialen Ostraumeroberung rationalem machtpolitischen Kalkül, wie es Hitler bei der Planung konkreter außenpolitischer Aktionen oft bewies? Hatte Hitler die besonderen machtpolitischen Möglichkeiten, die sich in Osteuropa für Deutschland ergaben, nachdem die übernationalen Imperien des Zarenreiches und der Donaumonarchie verschwunden waren und ein Machtvakuum hinterlassen hatten, instinktsicher erkannt? Hatte er darüber hinaus die ideologische und außenpolitische Isolierung, in die Rußland durch die Sowjetherrschaft geraten war, wodurch eine deutsche Ostexpansion den kleinen osteuropäischen Staaten und auch den Westmächten gegenüber antibolschewistisch legitimiert werden und so auf Duldung oder Unterstützung rechnen konnte, bewußt zum Angelpunkt seiner Überlegungen gemacht? In der praktischen anti-sowjetischen Politik Hitlers in den Jahren nach 1933 kamen ihm diese objektiven Umstände tatsächlich zugute. Aber in den genannten klassischen Äußerungen Hitlers zur Begründung der Ostexpansion sind sie bezeichnenderweise nicht aufgeführt. Statt dessen wird die antisowjetische Ostraumexpansion rein weltanschaulich begründet als eine *Notwendigkeit* zur völkischen Wiedergesundung Deutschlands (wehrhafte Siedlungspolitik und Landnahme statt bürgerlicher Handels- und Kolonialpolitik) und als eine *Möglichkeit* infolge der durch das Sowjetsystem angeblich eingeleiteten jüdisch-marxistischen Selbstzersetzung der russischen Staats-

¹² Vgl. dazu H. R. Trevor-Roper, Hitlers Kriegsziele, in dieser Zeitschrift 8 (1960), S. 121–135.

macht und Nation. Schon diese vorherrschenden Gesichtspunkte, die sich beide als illusionär erwiesen (eine völkische Reagrarisierung und Ostsiedlung großen Ausmaßes verstieß gegen die Logik der auch vom Dritten Reich geförderten Industrialisierung, und die Annahme sowjetischer Schwäche sollte sich als Hitlers folgenschwerster Irrtum erweisen), zeigen den Realitätsmangel der Hitlerschen Ostraum-Idee. Auch läßt sich in den Jahren vor 1939 eine gedankliche Konkretisierung der stereotyp festgehaltenen Idee auffälligerweise nicht feststellen.

Der unklare Stellenwert Polens in diesem Konzept ist dafür ein Beispiel. Die Absicht zur Raumbewinnung im Osten, wie sie in „Mein Kampf“ und in Hitlers „Zweitem Buch“ dargestellt war, richtete sich klar gegen die Sowjetunion, war aber, da diese nicht direkt an Deutschland angrenzte, ohne Einverleibung, Verlagerung oder völlige hegemoniale Unterwerfung Polens nicht möglich. Für die politische Verwirklichung der antisowjetischen Ostraumkonzeption mußte die Frage, was mit Polen zu geschehen habe, von zentraler Bedeutung sein. Und dennoch ist dieses polnische Problem in keiner der genannten „klassischen“ Äußerungen Hitlers zur Politik der Lebensraumbewinnung behandelt. Und auch in den außenpolitischen Papieren vor dem Frühjahr 1939 gibt es keinen eindeutigen Anhaltspunkt dafür, wie Hitler sich die Erledigung dieser Voraussetzung dachte, von der schließlich Art, Umfang und geographische Richtung der Ostexpansion abhingen.

Auch in diesem Falle läßt sich planvolle Überlegung und Vorbereitung des Handelns auf das Endziel hin in der praktischen Politik nicht recht feststellen.

Die gleichwohl nicht zu bestreitende Konsequenz Hitlers bei der Verfolgung des Lebensraumzieles im Osten ist nicht zu verstehen als rationaler Handlungsplan auf ein konkret vorgestelltes begrenztes Objekt hin, sondern – ähnlich wie der Antisemitismus – als fanatisches Festhalten an einer inganggesetzten dynamischen Bewegung. In der Außenpolitik hieß das für Hitler: Gewinnung völliger machtpolitischer Handlungsfreiheit, zunächst durch Aufhebung und Durchbrechung aller völkerrechtlichen und multilateralen Bindungen und Paktsysteme, schließlich durch offene Aggression, territoriale Annexion und Etablierung einer großräumigen Machtbasis und Hegemonie. Die Hitlersche Vorstellung von einem künftigen deutschen oder germanischen Großreich, einer großräumigen deutschen Interessenzzone war radikale Verneinung jeglicher Abhängigkeit von internationalen Verträgen, Bindungen und Rücksichten. Im Festhalten an dieser Negation, die 1933 mit dem Austritt aus dem Völkerbund begann und im März 1939 mit der brüskten Verneinung der von den Westmächten angebotenen Partnerschaft im Rahmen eines europäischen Viermächte-Konzerts die Schwelle zur offenen Aggression überschritt, war Hitler in der Tat konsequent. Die Vorstellung von der großräumigen kolonialen Herrschaft im Osten war letzten Endes nur Metapher und utopische Umschreibung dieses kontinuierlichen Strebens nach immer mehr machtpolitischer Handlungsfreiheit, einem Streben, das seinem Wesen nach zeitlich und räumlich unbegrenzt war. Wenn dennoch der Osten die vorfixierte Richtung dieses Expansivdranges darstellte, so vor allem deshalb, weil nur im Osten eine schier unbegrenzte Weite des Landes gegeben war und nur dort, in Anknüpfung an historische Remi-

nissen deutscher Ostkolonisation und durch Wiederaufnahme und Vergrößerung der schon im Ersten Weltkrieg verfolgten Kriegsziele einer weitgesteckten deutschen Hegemonial- und Siedlungspolitik im Osten, das Ideal der Wirtschaftsautarkie und jene Utopien der Reagrarisierung und Herrenrassenelite zu verwirklichen schienen, die als Sozialutopien untrennbar mit der Lebensraum-Zielsetzung verbunden waren.

Das Ziel der Lebensraumgewinnung im Osten hatte bis 1939/40 weitgehend die Funktion einer ideologischen Metapher, eines Symbols zur Begründung immer neuer außenpolitischer Aktivität, um den „Endzustand“ perfekter nationaler Freiheit zu erreichen (als Voraussetzung auch der Verwirklichung der sozialen Utopie der elitären Herrenrassen-Vorstellung). Und es ist bezeichnend, daß Hitler in dieser Zeit, wenn er in öffentlichen Reden, in diplomatischen Gesprächen oder im Kreis der Wehrmachtsführer von dem Lebensraum im Osten sprach, nicht die radikale Herrenrassenutopie, sondern sehr viel rationaler und überzeugender klingende Aspekte (Raumgewinnung für Bevölkerungsüberschuß, Verbesserung der heimischen Rohstoff- und Ernährungsbasis etc.) in den Vordergrund rückte, d.h. anscheinend konkrete Interessen ansprach. Wie die „Judenfrage“ primäres Symbol für den unablässigen Kampf im Innern darstellte, war der „Lebensraum im Osten“ symbolische Begründung der fortgesetzten Aktivität und Expansion nach außen. Als solche symbolische Endvorstellung für eine in Wahrheit auf unendlichen Progressus gerichtete Bewegung und Machtakkumulation war diese Idee für Hitler eine psychologisch notwendige fanatische Glaubenswahrheit, bedurfte aber bis 1939/40 keiner rationalen politischen Planung.

Je mehr Hitler aber gezwungen war, auf diese Symbole immer wieder zurückzukommen, weil er anders die „Bewegung“ nicht befriedigen konnte, um so mehr wurde aus den symbolischen Schemen Wirklichkeit. Die Phraseologie mußte sich schließlich selbst „beim Wort nehmen“, es mußte wörtlich ausgeführt werden, was objektiv nur als Weltanschauungs-Instrument zur Mobilisierung von Kampfbereitschaft und Zukunftsgläubigkeit einen Sinn gehabt hatte. Damit trat aber jene letzte Sinnwidrigkeit des NS-Regimes ein, durch die sich die Bewegung buchstäblich selbst ein Ende setzte. Die geheime Judenvernichtung, mit der logischerweise auch der Antisemitismus als propagandistisches Instrumentarium zu Grabe getragen wurde, verdeutlicht die wahnhafte Vertauschung von Kampfsymbol und Endziel. Aber auch die Kriegs- und Besatzungspolitik im Osten stand unter diesem Zeichen. Noch der im Herbst 1940 gefaßte Entschluß Hitlers, die Sowjetunion anzugreifen, war nicht kalkulierter Plan zur Verwirklichung der Ostraum-Idee, sondern Zugzwang, um aus dem Abwartekrieg des Sommers 1940 herauszukommen und zu einem kriegsentscheidenden Abschluß zu gelangen. Erst als, aus militärischen Gründen, der Entschluß zum Kampf gegen die Sowjetunion gefallen war, wurde die weltanschauliche Motivation eingebracht und beim Wort genommen und spielte dann für die Art der Besatzungspolitik eine ähnlich selbstvernichtende Rolle wie die Endlösung der Judenfrage und bedeutete objektiv das Ende weiterer Bewegung und Expansion.

Das NS-Regime konnte die „Bewegung“, die sein Gesetz war, nicht anhalten, wenn es die in Gang gesetzte plebiszitäre soziale Dynamik nicht entbehren und damit sich selbst überflüssig machen wollte. Nur die weitere Aktion verbürgte Integration und Ablenkung der antagonistischen Kräfte der entfesselten Gesellschaft des Dritten Reiches. Diese mußte sich aber rationaler Bändigung und Kalkulation mehr und mehr entziehen und in selbsterstörerischen Wahn umschlagen. Auch hierbei war Hitler die unerläßliche Integrationsfigur und Drehscheibe des Geschehens, aber nicht Agens im Sinne gesellschaftlich unmotivierter, rein persönlicher Willkür.

GÜNTER PLUM

VOLKSFRONT, KONZENTRATION UND MANDATSFRAGE

Ein Beitrag zur Geschichte der SPD im Exil 1933–1939

Dem nationalsozialistischen Regime war mit dem Exil¹ ein quantitativ durchaus bedeutender Gegner erwachsen, dessen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Nationalsozialismus jedoch relativiert wurden durch die Verschiedenartigkeit und Widersprüchlichkeit der hier vertretenen politischen Grundsätze und Ziele; denn die politischen Kämpfe der Weimarer Zeit wurden auch innerhalb des Exils – vielfach verschärft – weiter ausgefochten. Überdies förderte die Tatsache, daß in den Gruppen der Zwang wegfiel, um der propagandistischen Wirkung willen geschlossen aufzutreten, zentrifugale Tendenzen und sektiererische Verhärtung. Das Exil war einig nur in der Negation der nationalsozialistischen Herrschaft, und Formeln für Übereinstimmung oder das Selbstverständnis der Exilierten lauteten notwendig auf allgemeinste Nenner. Von der politischen Stellung der Herausgeber und potentiellen Mitarbeiter der „Sammlung“ etwa schrieb Klaus Mann in seinem programmatischen Aufsatz, daß von Anfang an klar sein werde, „wo wir hassen und wo wir hoffen lieben zu dürfen sammeln wollen wir, was den Willen zur menschenwürdigen Zukunft hat, statt dem Willen zur Katastrophe, den Willen zum Geist, statt dem Willen zur Barbarei . . .“². Heinrich Mann gründet darauf das Selbstverständnis des Exils, das „menschliche Werte von höherem Lebenswert [enthalte] als alles, was in dem niedergeworfenen Land sich breit machen darf. . . . Die Emigration wird darauf bestehen, daß mit ihr die größten Deutschen waren und sind, und das heißt zugleich: das beste Deutschland.“³ Dieser nicht nur im literarischen Lager verbreitete Trend, hinter die Formel vom besseren Deutschland die Fehler zu kehren, blieb allerdings nicht unwidersprochen. „Nun ist mit eiserner Energie Selbsteinkehr am Platze“, schrieb Kurt Tucholsky in der „Neuen

¹ Dem Exil seien hier diejenigen Emigranten aus dem 3. Reich zugerechnet, die in irgendeiner Form aktiv politisch (nicht nur im engen Sinne von Parteipolitik) gegen den Nationalsozialismus tätig wurden (literarisch, publizistisch; Betätigung in, sympathisieren mit einer politischen Gruppe, einer Parteigruppe im Exil, einer politischen Sammelbewegung) und diese Tätigkeit mit dem Willen verbanden, nach dem Sturz des Regimes nach Deutschland zurückzukehren. Kriterium soll das Verhalten im Ausland sein, nicht der Grund für die Emigration. Die Tatsache, daß die Grenzen des so umschriebenen Teils der Gesamtmigration fließen, kann hier ebenso außer Betracht bleiben wie der Einstellungswandel, den viele Emigranten im Laufe der Zeit vollzogen und der sie in das Exil hinein oder aus ihm herausführte.

² Die Sammlung, Heft 1, 1933.

³ Heinrich Mann und ein junger Deutscher, Der Sinn dieser Emigration, Streitschriften des Europäischen Merkur, Paris (1934), S. 28 ff.

Weltbühne“⁴, und Rudolf Hilferding folgte im Blick auf die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung dieser Forderung, wenn er in der ersten Nummer der von ihm redigierten „Zeitschrift für Sozialismus“ schrieb, daß sie ein „revolutionäres Organ“ sein werde, nicht nur bei der Bekämpfung des Gegners, „sondern revolutionär auch in der Rücksichtslosigkeit gegen die eigene Bewegung, ihre Mängel und Rückständigkeit“⁵.

Die KPD und zumindest der Apparat der SPD waren zunächst ihrem Selbstverständnis nach – und das ist ein spezieller Aspekt der Zersplitterung – nicht eigentlich emigriert. Die KPD wie die Sopade⁶ gingen von illusionären Einschätzungen hinsichtlich Dauer und Konsolidierungsfähigkeit des nationalsozialistischen Regimes aus; während die KPD – sich in einer vom Faschismus zunehmend verschärften vorrevolutionären Situation wählend – die Einheit der Schauplätze im antifaschistischen Widerstandskampf postulierte, verstand sich die Sopade – auf ökonomische Schwierigkeiten, die Politik des Auslands, die Arbeiterschaft, dann den Mittelstand und die Reichswehr als Umsturfaktoren hoffend⁷ – als dienender Teil des Widerstands im Reich.

Die Forderung, das Exil müsse seine Zersplitterung überwinden, seine Meinungsverschiedenheiten zurückstellen, um zu einer gemeinsamen Front gegen den Nationalsozialismus zu kommen, wurde wohl zuerst von den nicht Organisierten artikuliert. Heinrich Mann hatte 1934 in „Der Sinn dieser Emigration“ empfohlen, stolz zu sein; hoffend, daß aus gemeinsamem Stolz gemeinsames Handeln sich entwickeln könne⁸. Schärfer und politischer hieß es ein Jahr später in einem Büchlein „Führer durch die deutsche Emigration“, die politische Emigration werde eine Einheit sein oder sie werde nicht sein; sie bleibe hinter den Widerstandskämpfern zurück, weil sie nicht in Deutschland kämpfen kann. „Aber sie hat vor ihnen auch das eine voraus, ihre Kräfte frei und offen vor aller Welt sammeln zu können.“

⁴ Neue Weltbühne, Nr. 6, 1936. „Nun muß auf die lächerliche Gefahr hin, daß das ausgebeutet wird, eine Selbstkritik vorgenommen werden, gegen die Schwefellauge Seifenwasser ist. Nun muß – ich auch! ich auch! – gesagt werden: Das haben wir falsch gemacht, und das und das . . . Was geschieht statt dessen? . . . Statt einer Selbstkritik und Selbsteinkehr sehe ich da etwas von ‚Wir sind das bessere Deutschland‘ und ‚Das ist gar nicht Deutschland‘. . . Aber ein Land ist nicht nur das, was es tut – es ist auch das, was es verträgt, was es duldet.“

⁵ Zeitschrift für Sozialismus (ZfS), 1, 1933.

⁶ Vgl. unten Anm. 32.

⁷ Vgl. den bitter ironischen Brief Hilferdings an Stampfer v. 28. 8. 36. „Wenn Hitler in Wladiwostok stehen sollte – was er aber nicht beabsichtigt und nicht tun wird –, dann werde ich zwar gewiß nicht mehr schreiben, aber ich erwarte dann Ihren Brief, in dem Sie mir auseinandersetzen, daß wir den Hitler nicht überschätzen sollen: Was hat er denn schon, wenn er die Eiswüsten Sibiriens hat? In Wirklichkeit, Hitler hat *nichts*! Mit besten Grüßen . . .“ Mit dem Gesicht nach Deutschland, Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration, Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, Hrsg. v. Erich Matthias, Düsseldorf 1970 (zit. MGD), Dok. 28, S. 282 ff.

⁸ Der Sinn dieser Emigration, a.a.O.; in einem Artikel zum Prager Manifest (s. u. S. 420) im Neuen Vorwärts (18. 2. 1934, zit. NV): „Revolution und Einigkeit“, forderte Mann die Einigung der Arbeiterparteien als Grundlage für eine Sammlung des Exils.

Was dem innerdeutschen Widerstand unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sei, habe sie zu vollziehen: die Sammlung der Kräfte gegen den Faschismus⁹.

Im gleichen Jahr, 1935, schwenkte die Kommunistische Internationale auf ihrem VII. Weltkongreß von der Taktik der „Einheitsfront von unten“ über zur Taktik der „Einheitsfront von oben“, die der Kern einer „Volksfront“ aller Gegner des Faschismus und speziell des Nationalsozialismus werden sollte. Die KPD, die auf dem Weltkongreß wegen ihrer Politik vor 1933 gerügt worden war, hielt im Oktober 1935 bei Moskau eine „Reichsparteikonferenz“ – die sogenannte „Brüsseler Konferenz“ – ab, auf der Wilhelm Pieck selbstkritisch feststellte, daß die KPD aufgrund falscher Einschätzung der faschistischen Gefahr versäumt habe, ihren „Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus“ zu bringen. Ausgehend von einer Äußerung Hitlers, daß sich die Gegner des nationalsozialistischen Regimes nur „im Negativen“ einig seien und keine „gemeinsame Idee hätten“, folgerte Pieck:

„Darin hat Hitler vorläufig recht. Aber hier ist gerade der Punkt, an dem wir Kommunisten mit unserer neuen taktischen Orientierung zur Schaffung der Einheits- und Volksfront einsetzen müssen. Wir müssen diese positive gemeinsame Idee, die politische Plattform für die Sammlung aller Gegner der Hitlerdiktatur schaffen.“¹⁰

Wenngleich nicht alle Exilgruppen einhellig diesen Richtungswechsel der KPD und die damit sich eröffnende begründete Aussicht auf die Sammlung des Exils in einer Volksfront begrüßten, wurde dieses Problem der Sammlung zu einem beherrschenden Faktor der nächsten Jahre. Daß alle Ansätze dazu letztendlich gescheitert und schließlich vom Kriegsausbruch überrollt worden sind, wurde in besonderem Maße von der Haltung der KPD und der Sopade verursacht.

Die Sopade hat sich allen Aufforderungen zur Mitarbeit bei Sammlungsversuchen des Exils versagt. Zwar wäre die Frage berechtigt, warum diese Versuche nicht ohne die Sopade verwirklicht wurden; zahlreiche Exilierte und nicht zuletzt Sozialdemokraten dachten vom Vorstand der Sopade, was Rudolf Breitscheid über ihn 1936 an Wilhelm Hoegner schrieb, daß es „für die weitere Entwicklung der Dinge . . . ja auch so gleichgültig [sei], was er denkt und tut“¹¹. Dieses resignative Urteil charakterisierte den von der sozialdemokratischen Partei im Exil durchlaufenen Auflösungsprozeß, dessen Ursachen in die Zeit vor 1933 zurückreichen. In den Auseinandersetzungen um die Reaktion auf die Niederlage, die politische Richtung der Partei, um Organisations- und Führungsfragen, insbesondere um die Haltung gegenüber Einheits- und Volksfrontbestrebungen, löste sich der Zusammenhalt zwischen Parteiführung und emigrierten Mitgliedern – und damit

⁹ Wolf Franck, *Führer durch die Emigration*, Phoenix Bücher 4, Paris 1935, S. 50 ff.

¹⁰ Der neue Weg zum gemeinsamen Kampfe für den Sturz der Hitlerdiktatur, Referat und Schlußwort auf der Brüsseler Parteikonferenz der KPD, Oktober 1935, Moskau 1936, S. 127.

¹¹ Rudolf Breitscheid an Wilhelm Hoegner, 1. 12. 1936; Briefwechsel zwischen Rudolf Breitscheid und Wilhelm Hoegner 1934–1941, IfZ-Archiv F 205.

auch unter den Mitgliedern selbst – auf. Ein Vorgang, der auf die organisatorischen Strukturen des Exils erheblich zurückwirkte.

Die Reaktion der führenden Sozialdemokraten auf den „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932¹² machte eine Krise sichtbar, in der sich die Sozialdemokratische Partei befand. In teilweise von Resignation getragener, vordergründigen Legalitätsdenken befangen, fanden Parteiführung und sozialdemokratische Minister in Preußen nicht die Kraft, sich gegen die Entwicklung zur autoritären Staatsführung mehr als verbal aufzulehnen. Die sozialdemokratische Parteiführung lag in den Händen von Funktionären, die ihre Aktivität vornehmlich an der Parteiorganisation orientierten und die Politik lediglich verwalteten. Passivität – schrieb Julius Leber 1933 – sei wesentliches Merkmal der sozialdemokratischen Politik gewesen; die Führung habe am Rande der Geschehnisse gestanden und sich nur bemühen können, der Parteiorganisation den Ablauf der politischen Ereignisse zu erklären¹³. Hatte sich schon nach der Niederlage in den Reichstagswahlen im September 1930 Ärger und Empörung in den Reihen der Mitglieder und Funktionäre bemerkbar gemacht, die Passivität gegenüber den Ereignissen des 20. Julirief „Enttäuschung“ wach, „der Glaube und das Vertrauen in die Führung bekam den ersten tödlichen Stoß“¹⁴.

Noch einmal – nach der Ernennung Hitlers – machte sich der Wille zum Handeln in der Parteiorganisation in spontanen Demonstrationen, zu denen in mehreren Großstädten die Arbeiter zusammenströmten, Luft. Unter ihrem Eindruck fielen in der gemeinsamen Sitzung von Parteiausschuß, Reichstagsfraktion und Vertretern der Eisernen Front am 31. Januar Worte, die auf baldiges Handeln schließen ließen, worauf man in der Parteiorganisation mit fieberhaften Vorbereitungen reagierte. Wer jedoch das Referat, das Rudolf Breitscheid in dieser Sitzung hielt, aufmerksam las, mußte an der Realisierung des „Signals“ zweifeln. Breitscheid forderte die Bereitschaft zum Handeln für den Augenblick entweder des – in der Realität des schon vollzogenen Verfassungswandels schwer bestimmbar – Verfassungsbruchs, oder für den Zeitpunkt, da offensichtlich sei, daß die „letzte Karte“ der Reaktion nicht gestochen hat. Schon hier war die Bereitschaft zum Handeln auf die Linie „Gewehr bei Fuß“ zurückgenommen¹⁵. Auch in einer Sitzung des Parteivorstandes mit Vertretern des ADGB, an der auch Friedrich Adler teilnahm, fielen – wie Breitscheid später schrieb¹⁶ – stolze Worte. „Wir

¹² Zum Folgenden insbesondere Erich Matthias, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Das Ende der Parteien 1933, Hrsg. Erich Matthias u. Rudolf Morsey, Düsseldorf 1960 (zit. Matthias, Ende der SPD). Vgl. auch MGD und Friedrich Stampfer, Die dritte Emigration, in: MGD (zit. Stampfer, Emigration).

¹³ Gedanken zum Verbot der deutschen Sozialdemokratie Juni 1933, S. 238, in: Ein Mann geht seinen Weg, Schriften, Reden u. Briefe v. Julius Leber, Berlin 1952.

¹⁴ Leber, a.a.O., S. 242.

¹⁵ Breitscheids Referat wurde unter dem Titel „Bereit sein ist alles“ veröffentlicht.

¹⁶ Breitscheid an Hoegner, 23. 7. 35. B. interpretierte hier seine eigene Haltung nachträglich als Resignation: „Ob das Drücken übrigens in jenem Augenblick noch den gewünschten Erfolg gehabt hätte, ist mir zweifelhaft.“

brauchen nur auf den Knopf zu drücken“, hatte der 2. Vorsitzende des ADGB, Peter Grassmann, gesagt, „dann steht alles still“. Doch im gleichen Atemzug hatten die Vertreter des ADGB den „politischen Streik in Lübeck, der ohne Mitwirkung von Berlin außerordentlich gut geklappt hatte“, weil Einzelaktion, „für verwerflich“ befunden.

Den Entscheidungen des Parteivorstandes in jenen Wochen lagen Verhaltensnormen zugrunde, die zur Tatenlosigkeit ebenso verurteilten, wie sie diese durch Rationalisierung rechtfertigten. Die Führung der Partei klammerte sich – wie bereits am 20. Juli 1932 – in zweifacher Weise an das Prinzip der Legalität. Nicht nur, daß proklamiert wurde, Partei und Eiserne Front würden nicht als erste den Boden der Verfassung verlassen, man glaubte auch die neuen Machthaber durch eignes legales Verhalten zur Legalität verpflichtet zu können. So schrieb Friedrich Stampfer noch nach dem 5. März – bereits um die Erfahrung der Tage nach dem Reichstagsbrand reicher –, daß die „nationale Regierung“ mit ihren Mehrheiten im Reich und in Preußen nur eine legale Regierung zu sein brauche, dann sei die SPD „ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition“¹⁷. Im gleichen Sinne mahnte Otto Wels in seiner mutigen Rede vor dem Reichstag am 23. 5. die Regierung beschwörend daran, daß die Pflicht zur Legalität bestehe, wo die Möglichkeit gegeben sei. Allerdings vermochten sich die führenden Sozialdemokraten nicht vorzustellen, daß staatliche Willkür grenzenlos sein könne, wie überhaupt ihre Entscheidungen von einem Bündel von Illusionen, von „verzweifelter Hoffnung auf andere oder auf das Wunder“¹⁸ beeinflußt waren: sei es zunächst die Hoffnung auf einen günstigen Wahlausgang, dann auf ein Eingreifen der Reichswehr, sei es auch nur der so allgemeine Glaube, daß strenge Herren nicht lange regieren¹⁹.

Eine tragende Rolle im politischen Kalkül spielte die Parteiorganisation: als Wert an sich sowohl wie als Machtfaktor. Die ursprüngliche Überzeugung, daß die machtvolle Organisation der Sozialdemokratischen Partei vom „zuchtlosen Haufen“ der NSDAP nicht überwunden werden könne, wurde abgelöst von der Forderung, daß die Organisation erhalten und gestärkt werden müsse. Erhaltung der Organisation hieß Stillhalten, um den Machthabern keinen Vorwand für Maßnahmen gegen die Partei zu liefern, hieß besonnene Entschlossenheit und Bereitschaft für einen immer mehr in die Ferne rückenden Tag X, hieß auch absolute Unterordnung unter die Organisation. Von diesen Voraussetzungen her war es nur konsequent, wenn sich die Parteiführung – auf die Tradition der Partei, das Überleben der Parteiorganisation in der Zeit der Sozialistengesetze sich besinnend – dafür entschied, der Partei eine von den Machthabern tolerierte halblegale Fortexistenz in einem Winkel der Politik zu sichern. Überlegungen, unter dem Mantel äußerer Legalität eine illegale Organisation aufzubauen, wurden ebenso abgewiesen wie der Gedanke an Emigration und Kampf gegen den Nationalsozialismus von außen. Ansätze zur Vorbereitung auf eine mögliche Phase der Illegalität, die im

¹⁷ Internationale Information 1933/1.

¹⁸ Leber, a.a.O., S. 191.

¹⁹ Nach Hans Rothfels, Die deutsche Opposition gegen Hitler, Frankfurt a.M. 1958, S. 51.

Frühjahr 1932 gemacht worden waren, hatte man längst auf sich beruhen lassen. Und als die Sozialistische Arbeiter-Jugend in Berlin, in der man weniger illusionäre Vorstellungen über die politische Entwicklung nährte, sich auf die Illegalität umzustellen begann, griff der Parteivorstand mit aller Härte ein und suchte diesen Schritt – jedoch weitgehend erfolglos – zu verhindern²⁰. Allerdings fand diese Haltung unter den Mitgliedern der Partei nur begrenzt Verständnis. Das Eindämmen der zur Gegenwehr angespannten Kräfte durch die Parteiführung löste Frustrationen aus, die in resignierte Abwendung und allmähliches Zerbröckeln der Organisation umschlugen. Auf der Reichskonferenz in Berlin am 26. 4. 1933 mußte man zur Kenntnis nehmen, daß die Organisation – wenn auch in den verschiedenen Landschaften unterschiedlich schnell – allmählich zerfiel, während daneben kleine Gruppen zu illegaler Arbeit sich zusammenfanden²¹.

Diese Reichskonferenz, die sich aus je drei der für den nächsten Parteitag schon gewählten Delegierten jedes Bezirks zusammensetzte²², sollte den Parteivorstand neu wählen und über die weitere Arbeit der Partei befinden. Zwar traten Befürworter eines illegalen Kurses auf, doch sie blieben deutlich in der Minderheit, was in der weitgehenden Bestätigung des alten Vorstandes im Amt seinen Niederschlag fand; daß nur die Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden, die im Lande geblieben waren, signalisierte die Einschätzung der Emigration in der Konferenz²³, deren Mehrheit sich für ideologischen Widerstand im Rahmen eines legalen Kurses, aber gegen Anpassungsversuche aussprach, wie sie gerade von den Gewerkschaften vorexerziert wurden.

Unter dem Eindruck der am 2. Mai erfolgten Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Verhaftung führender Gewerkschaftsfunktionäre beschloß der Parteivorstand in seiner letzten Gesamtsitzung am 4. Mai, daß einige seiner Mit-

²⁰ Matthias, Ende der SPD, Dok. 51, S. 242. Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neu Beginnen“, phil. Diss. Marburg 1957 (zit. Kliem), S. 43 ff.

²¹ Matthias, Ende der SPD, S. 188 ff., und Dok. 33, S. 252.

²² Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Ihre Organisation und ihre Tätigkeit unter der Hitler-Diktatur. Bericht des Parteivorstandes, Sitz Prag (Sopade), S. 1; IfZ-Archiv Fb 208, Bl. 107 ff. Veröffentlicht in: Deutschlandbericht der Sopade, August/September 1934, Prag 29. 9. 1934, Anhang: A-65 ff. (zit. Bericht 1934).

²³ Zur Zusammensetzung des Vorstandes siehe: Lewis J. Edinger, Sozialdemokratie und Nationalsozialismus, Der Parteivorstand der SPD im Exil 1933–1945, Hannover 1960, S. 22, und Franz Osterroth, Dieter Schuster, Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 377, dort auch (S. 348) die Zusammensetzung des 1931 in Leipzig gewählten Vorstandes. Wiedergewählt wurden als Vorsitzende: Wels, Vogel (1931: Vorsitzende); Juchacz, Stelling, Westphal (1931: Sekretäre); Litke, Nemitz, Ryneck, Stahl, Stampfer (1931: Beisitzer); aus den Kontrolleuren v. 1931: Crummenerl als Kassierer, Löbe. Neugewählt wurden: Sollmann, Dietrich, Künstler; zur Verbreiterung der Repräsentanz (MGD S. 27 f.): Ollenhauer, Rinner (als Vertr. d. jungen Generation); Aufhäuser, Böchel, Hertz (als Vertr. d. linken Opposition). Gegen die Wahl Böchels scheint sich Wels gewehrt zu haben (Brief Dietrichs, s. Anm. 45). Wegen schon erfolgter Emigration wurden nicht wiedergewählt: Breitscheid, Crispian, Dittmann, Hilferding (vgl. MGD S. 26). Weitere 6 PV-Mitglieder v. 1931 wurden ebenfalls nicht mehr gewählt.

glieder zur Errichtung einer Auslandsstelle Deutschland verlassen sollten, daß jedoch Berlin weiterhin Sitz des Parteivorstandes bleibe; sofern andere Mitglieder des Parteivorstandes in Gefahr gerieten, sollten auch sie sich ins Ausland in Sicherheit bringen. Von den Beauftragten verließen Siegfried Crummenerl und Stampfer Deutschland sofort; Wels, Hans Vogel, Erich Ollenhauer und Paul Hertz folgten, nachdem am 10. Mai das Parteivermögen beschlagnahmt worden war²⁴. Auch mit diesem Beschluß fühlte man sich zunächst nur in Übereinstimmung mit der Parteitradition, denn wie Eduard Bernstein und Georg von Vollmar die Sozialdemokratie zur Zeit der Sozialistengesetze von der Schweiz her publizistisch unterstützt hatten, so wollte man auch diesen Auftrag als Errichtung eines Stützpunktes verstanden wissen. Dazu waren sich alle Vorstandsmitglieder darin einig, daß von „außen“ nichts unternommen werden dürfe, was den Legalitätskurs der Partei in Deutschland gefährden könnte.

Erst über die Frage, ob die Fraktion der SPD der Einberufung des Reichstags für den 17. Mai Folge leisten sollte, kam es zum Konflikt zwischen den emigrierten und den Berliner Vorstandsmitgliedern. Während den im Ausland befindlichen aus der veränderten Perspektive die Grenze zur Anpassung mit einer Teilnahme an der Sitzung zu deutlich überschritten und der Beweis erbracht schien, daß der Legalitätskurs nun ohne Aufgabe unverzichtbarer Grundpositionen nicht mehr durchgehalten werden könne, glaubten Vorstand und Fraktion in Berlin, die Politik der Legalität fortsetzen zu können, und entschlossen sich zur Teilnahme an der Reichstagsitzung²⁵. Zur Beilegung des Konflikts²⁶ trafen am 21. Mai zehn Mitglieder des Parteivorstandes – darunter Erich Rinner und Max Westphal als Abgesandte der Berliner – in Saarbrücken zusammen. Sie beschlossen, den Legalitäts-

²⁴ Die Angaben über diese Delegation sind widersprüchlich. Aus den Formulierungen Stampfers (Emigration S. 73) kann geschlossen werden, daß der Auftrag an die sechs Genannten am 4. 5. in zwei aufeinanderfolgenden Abstimmungen gegeben wurde. In einem Rundschreiben des PV (Prag) v. 3. 6. 33 (MGD, Dok. 2, S. 177 ff.) ist nur von einem Auftrag an Wels, Crummenerl, Stampfer die Rede; nach Westphal (Bericht über den Konflikt auf der Sitzung der Reichstagsfraktion, 10. 6. 33, Matthias, Ende der SPD, Dok. 35, S. 255 ff.) wurden darüber hinaus lediglich Ollenhauer und möglicherweise Vogel (Formulierung nicht eindeutig) „nachgesandt“. Auch hinsichtlich der Zeitpunkte des Grenzübertritts sind die Angaben widersprüchlich. – Etwa zur gleichen Zeit flohen Marie Juchacz, Siegfried Aufhäuser, Emil Stahl und etwas später Georg Dietrich. Wilhelm Sollmann und Karl Böchel befanden sich bereits im Ausland; sie waren nach Mißhandlungen durch Nationalsozialisten schwer verletzt in Sicherheit gebracht worden (vgl. Reichstagsfraktion 10. 6. 33).

²⁵ Ausführlich dargestellt bei Matthias, Ende der SPD, S. 180 ff.

²⁶ Dazu Rundschreiben des PV (Prag) v. 3. 6. 33 (s. Anm. 24). Bei der Besprechung in Saarbrücken waren anwesend: Wels, Aufhäuser, Crummenerl, Hertz, Juchacz, Ollenhauer, Sollmann, Vogel, Rinner, Westphal; in Prag: Wels, Vogel, Stampfer, Ollenhauer, Rinner, Stelling, Künstler. Laut Stampfer (Emigration, S. 74 ff.) und PV-Rundschr. v. 3. 6. 33 wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt. Ob Westphal, Künstler, Stelling allerdings uneingeschränkt zugestimmt haben, erscheint etwas zweifelhaft angesichts ihrer Ausführungen in der Sitzung der Reichstagsfraktion v. 10. 6. 33 (s. Anm. 24). Laut Westphal soll auch Litke an einer der Besprechungen teilgenommen haben. S. auch Einleitung zu MGD S. 29.

kurs zu beenden und den Kampf gegen den Nationalsozialismus aufzunehmen; während im Reich der Aufbau einer illegalen Organisation vorangetrieben würde, sollte der Parteivorstand den Nationalsozialismus von außen publizistisch angreifen und zugleich die politische Arbeit der illegalen Gruppen unterstützen. „Der Sitz des Parteivorstandes“, so wurde beschlossen, „ist Prag“. Da die Vorstandsmitglieder in Berlin sowie die Vorstände der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion die Saarbrücker Beschlüsse ablehnten, kam es am 28. Mai in Prag zu einer weiteren Konferenz, an der aus Berlin diesmal Franz Künstler, Rinner und Johannes Stelling teilnahmen. Hier wurden die Ergebnisse von Saarbrücken in der Substanz bestätigt, teilweise noch konkretisiert; jedoch geriet die Formulierung über den Parteivorstand: „Die politische Führung der Partei befindet sich im Ausland“ weniger präzise. Dreizehn der zwanzig Mitglieder des Parteivorstandes hatten damit – ob alle vorbehaltlos bleibt jedoch fraglich – der Wendung des politischen Kurses und der Verlegung des Parteivorstandes ins Ausland zugestimmt. Da auch dieses Sitzungsergebnis in Berlin abgelehnt wurde und weitere Versuche, Übereinstimmung zu erzielen, scheiterten, trieb der Konflikt auf die Spitze, als am 19. 6. eine – kaum legitimierte – Reichskonferenz mit der Wahl eines Fünfer-Direktoriums und einer ausdrücklichen Distanzierung vom Parteivorstand in Prag die Trennung vollzog²⁷. Die Absicht, den „Faden der Legalität weiterzuspinnen“²⁸, wurde jedoch drei Tage später durch das Verbot der Partei zunichte gemacht²⁹.

Schon während des Konflikts begannen die mit der Parteiarbeit im Ausland Beauftragten im Mai 1933 von Prag aus mit der publizistischen und organisatorischen Widerstandstätigkeit³⁰. Es mag dahingestellt bleiben, ob es sinnvoll war, den Kampf publizistisch schon aufzunehmen, bevor eine gewisse Anlaufzeit zum Aufbau einer illegalen Organisation im Reich verstrichen war, und ob nicht der nationalsozialistischen Polizei Gegenmaßnahmen dadurch erleichtert wurden, daß man Existenz und Standort der Auslandszentrale nicht geheim hielt. Bedeutsam ist auch die Tatsache, daß Zusammensetzung und Kompetenzen des Vorstandes im Exil nicht eindeutig geklärt waren, ein Problem, das in den Auseinandersetzungen der Folgezeit eine wesentliche Rolle spielte. Einerseits hatte ja der Parteivorstand am 4. 5. und in den folgenden Tagen sechs seiner Mitglieder³¹ ins Ausland gesandt und – da die Fiktion der Halblegalität aufrechterhalten wurde – mit wenig präzisen Aufträgen versehen; er hatte aber zugleich Berlin als Sitz des Parteivorstandes bestimmt. Andererseits wurde in Sitzungen, welche allerdings die Rechtsform

²⁷ Niederschrift über die Reichskonferenz v. 19. 6. 33, MGD Dok. 4, S. 182 ff.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Im Runderl. d. RMI v. 21. 6. 33 wurden die Landesregierungen um Verbotsmaßnahmen ersucht mit der Begründung, daß sich die Konferenz am 19. 6. „lediglich nach außen hin“ vom landesverräterischen PV im Ausland distanziert habe, ohne ihn „grundsätzlich abzuschütteln“. IfZ-Archiv Fb 201. Dsgl. Begründung d. Verbotserl. f. d. Reich durch RMI v. 22. 6. 33, MGD Dok. 5, Anm. 1.

³⁰ Dazu insgesamt: Erich Matthias, Sozialdemokratie und Nation, Stuttgart 1952; Edinger, Sozialdemokratie und NS; MGD.

³¹ Diese unsichere Version sei als richtig unterstellt.

ordentlicher Vorstandssitzungen nicht ohne weiteres beanspruchen konnten, über eine veränderte Politik der Partei entschieden und der Sitz des Parteivorstandes ins Ausland verlegt. Selbst wenn man davon ausgeht, daß die am 4. 5. erteilten Aufträge aufrechterhalten wurden, relativierten diese Beschlüsse die Position der Beauftragten zumindest insoweit, als sie nun nicht mehr außerhalb, sondern am Sitzort und damit eigentlich im Rahmen des Parteivorstandes zu operieren hatten, der sich aus allen im Ausland befindlichen – wie sie selbst mit dem Mandat vom 26. April 1933 ausgestatteteten – Vorstandsmitgliedern zusammensetzte.

Unbeschadet dieser Unklarheiten und zunächst auch unbehelligt richteten die sechs Beauftragten in Prag ein Büro ein und firmierten als „Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Büro Sopade“⁸². Ihnen standen beträchtliche finanzielle Mittel – ein bis zwei Millionen Reichsmark konnten rechtzeitig ins Ausland gebracht werden – und damit technische Möglichkeiten zur vielfältigen Unterstützung einer illegalen Organisation im Reich zur Verfügung, doch zeigte sich bald, daß sie angesichts des Zusammenbruchs der Partei und des zu lange erzwungenen Legalitätskurses kaum organisatorische Verbindungen und noch weniger Autorität besaßen, ein Widerstandsnetz aufzubauen.

Unabhängig von der Parteiführung und im Gegensatz zu ihrem Legalitätskurs hatten Bezirksfunktionäre in Sachsen, einer Basis des linken Parteiflügels, bereits seit März den Aufbau einer illegalen Organisation und zu ihrer Unterstützung eines Grenzsekretariats in Karlsbad vorangetrieben. Zu den Initiatoren gehörte der Bezirksvorsitzende von Sachsen, Karl Böchel, dem es dazu gelungen war, Geldmittel des Parteibezirks ins Ausland zu bringen. Daneben hatte die seit ihrer Grün-

⁸² Sopade, Abkürzung für Sozialdemokratische Partei Deutschlands, meinte im weiteren Sinne die Sozialdemokratie im Exil, d. h. die meist in Gruppen zusammengeschlossenen emigrierten Genossen in den verschiedenen Ländern und Orten, zu deren Betreuung Vertrauensleute vom Vorstand der Sopade ernannt wurden. Im engeren Sinne wurden unter der Sopade der Vorstand und die von ihm ernannten Vertrauensleute und Grenzsekretäre verstanden. Die sechs PV-Mitglieder im Büro, der Kern des Sopade-Vorstandes, waren besoldet, dgl. ein Teil der Vertrauensleute und der Grenzsekretäre; im Büro waren darüber hinaus noch einige Angestellte tätig. Im Nov. 1933 kamen Rinner und Curt Geyer (Redakt. des „Vorwärts“) nach illegaler Tätigkeit im Reich nach Prag. Beide wurden besoldete Angehörige des Büros und Mitglieder des Sopade-Vorstandes (Geyer als Chefredakteur des NV ex officio). 1933 kamen auch die PV-Mitglieder Aufhäuser und Böchel in den Vorstand der Sopade, waren jedoch nicht im Büro tätig und wurden nicht besoldet.

Hinsichtlich des Vorstandes der Sopade sind drei Stadien zu unterscheiden: 1. Zusammensetzung aus PV-Mitgliedern im Büro und Aufhäuser/Böchel. 2. Nur Mitglieder des Büros. 3. Mitglieder des Büros und aus dem Büro Ausgeschiedene.

Da den lokalen Gruppen wie den Vertrauensleuten und Grenzsekretären (soweit sie nicht ohnehin abspalterten) das Recht der Delegation wie der repräsentativen Meinungsbildung grundsätzlich verweigert wurde, der Vorstand der Sopade also auch keinem Repräsentativorgan verantwortlich war, können „Vorstand der Sopade“ und „die Sopade“ gelegentlich synonym verwandt werden. Seitens der Exilierten waren Sopade, PV oder Prager PV nebeneinander gebräuchlich.

Als Parteivorstand wird im Folgenden das am 26. 4. 33 in Berlin gewählte Gremium bezeichnet.

dung konspirativ arbeitende Miles-Gruppe eine Kontaktstelle im Ausland eingerichtet³³.

Insbesondere die Miles-Gruppe war bereits international bekannt, als sich die SPD-Führung zur Änderung ihrer Politik entschloß. Beide Gruppen bestritten – unterstützt von anderen sozialdemokratischen Widerstandsgruppen im Reich, die sich gegen den Legalitätskurs gebildet hatten – dem Vorstand der Sopade das Mandat, den Widerstand der Sozialdemokraten anzuführen. Da einmal das Ansehen der gesamten Parteiführung in der internationalen Arbeiterbewegung erheblich ramponiert war und die Sozialistische Arbeiter Internationale (SAI) den Standpunkt der Kritiker teilte, da zum anderen der Vorstand die Hilfe der sächsischen Sozialdemokraten wie der Miles-Gruppe, die eine Reihe von Sozialdemokraten unter ihren Mitgliedern hatte, zur Herstellung von Kontakten ins Reich benötigte, gab er dem vielfachen Druck nach und erklärte sich bereit, die Broschüre „Neu Beginnen“ der Miles-Gruppe, die scharfe Angriffe auf die Parteiführung enthielt, in seinem Verlag „Graphia“ herauszubringen³⁴, die Gruppe finanziell zu unterstützen sowie die linken Mitglieder des Parteivorstandes, Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser an der Vorstandsarbeit zu beteiligen.

Dieser – im Sinne der Saarbrücker und Prager Beschlüsse – selbstverständliche Vorgang wurde später sehr prononciert als selbstverständlich deklariert, während im Zusammenhang dieser Beteuerung benutzte Formulierungen: man habe „herangezogen“, „hinzugezogen“, „beauftragt“ andere Tendenzen ahnen lassen³⁵. Sie werden durch die Tatsache bestätigt, daß die Gleichberechtigung der Aufhäuser und Böchel im Vorstand der Sopade von den Mitgliedern des Büros schon in ersten Besprechungen im Juni 1933 in Zweifel gezogen wurde, daß man sich weiter nicht gerade darum bemühte, die emigrierten PV-Mitglieder nach Prag zu holen und daß schließlich regelmäßige Sitzungen unter Einschluß der Ehrenamtlichen auf deren scharfen Protest hin erst im Dezember 1933 eingeführt wurden³⁶. In den Berichten von 1934 und 1936 verwiesen die Mitglieder des Büros denn auch bei der Begründung ihres Mandats neben der Reichskonferenz vom 26. April

³³ Vgl. Kliem; Gruppen wie ISK und SAP arbeiteten ebenfalls bereits illegal (vgl. Werner Link, Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim/Glan 1964; Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik, Meisenheim/Glan 1965); diese Gruppen können in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben.

³⁴ Dazu wurde die Sopade vom Sekretär der SAI, Friedrich Adler, und vom Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Edo Fimmen, der einen Druckkostenzuschuß gab, energisch gedrängt; Kliem S. 60f.

³⁵ Materialzusammenstellung der Sopade über organisatorische Sonderbestrebungen in der Partei, Januar 1935. MGD Dok. 13, S. 229ff. (zit. Materialzusammenstellung).

³⁶ Denkschrift der Parteivorstandsminderheit über die dauernde Verletzung der Parteidemokratie durch das Büro der Sopade in Prag. Laut Anschreiben von den Verfassern, Aufhäuser und Böchel, im Mai 1935 den Mitgliedern der Exekutive der SAI überreicht; IFZ-Archiv Fb 207, Bl. 53ff. (zit. Denkschrift).

immer auf die Parteivorstandssitzung vom 4. 5. 1933³⁷. Und in der Denkschrift der Sopade von 1938 – aus Anlaß der Übersiedlung nach Paris – hieß es später sehr offen:

„Unter diesen Umständen beauftragte der Parteivorstand am 4. Mai einige seiner Mitglieder, ihren Aufenthalt im Ausland zu nehmen und von dort aus den Kampf weiter zu führen. Als bald erfolgte auch das Verbot der Partei, der Terror verschärfte sich. Für die im Inland verbliebenen Mitglieder des Parteivorstandes wurde jede Tätigkeit unmöglich, sie schieden gezwungenermaßen aus dem politischen Leben aus. Es lag im Sinne des Auftrags, den sie am 4. Mai erhalten hatten, wenn die nach dem Ausland entsandten Vorstandsmitglieder nun die *Gesamtfunktion des Vorstandes an sich nahmen und sich selber als Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bezeichneten.*“³⁸

Dieses Selbstverständnis war 1933 im Büro der Sopade zweifellos schon latent vorhanden, wurde jedoch vom Schock des Zusammenbruchs der Partei und einer daraus entspringenden begrenzten Bereitschaft zur Selbstkritik überlagert³⁹ und mußte angesichts der Schwierigkeiten und dem vielfältigen äußeren Druck hinter die taktische Anpassung zurücktreten. So arbeitete das Büro nicht nur mit der alten und der neuen Linken halbwegs zusammen und erkannte sie als eine Art Arbeitskreise innerhalb der Sozialdemokratie an⁴⁰, es veröffentlichte darüber hinaus Anfang 1934 ein programmatisches Manifest, das die Politik des Reformismus in Deutschland faktisch als falsch verwarf, den Sturz des faschistischen Regimes durch eine Revolution proklamierte und die revolutionär-sozialistische Veränderung der Gesellschaft in Deutschland zum Ziel der sozialdemokratischen Politik erklärte. In diesem Manifest, dessen antireformistische und revolutionär-sozialistische Passagen allerdings nicht vom Prager Büro, sondern aus der Feder Rudolf Hilferdings stammten⁴¹, wurden Stellung und Aufgabe der Sopade widersprüchlich formuliert. Anspruchsvoll ist von der „Leitung der deutschen Sozialdemokratie im Ausland“ die Rede, die sich aber – bescheiden – in den „Dienst der Förderung der revolutionären Organisation“ stelle und in voller Toleranz gegenüber unterschiedlichen politischen Auffassungen alle Gruppen unterstützen werde, die „im Rahmen der Einigkeit der Arbeiterklasse“ am „Sturz der nationalsozialistischen Diktatur“ arbeiten. „Die Führung“, heißt es dann wenig eindeutig, bedürfe „der ständigen Mitwirkung und Beratung der Leiter der illegalen Gruppen“.

³⁷ Bericht 1934; Drei Jahre Sopadearbeit, IfZ-Archiv Fb 208, Bl. 85 ff. (zit. Bericht 1936).

³⁸ MGD Dok. 37, S. 310 ff. Hervorhebung von mir.

³⁹ Die ZfS war Produkt dieser Bereitschaft. Die Sopade habe „weitgehende Diskussionsfreiheit gewährt“ (Bericht 1936 S. 19; Hervorhebung von mir). Vgl. oben S. 411 und Anm. 5. Nicht ganz von ungefähr wurde die ZfS allerdings 1936 gegen den Willen Hilferdings eingestellt.

⁴⁰ Alte Linke = die aus der früheren antireformistischen innerparteilichen Opposition hervorgegangene Gruppe um Aufhäuser/Böchel, die sich als „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ (RS) zusammenschloß. Neue Linke = Miles-Gruppe oder (nach der erwähnten Kampfschrift) „Neu Beginnen“ (NB).

⁴¹ Zur Entstehung des Manifests vgl. MGD Dok. 8–10. Text: Dok. 10, S. 215 ff. Siehe auch: Materialzusammenstellung.

Gegen den Grundsatz der Mitwirkung und Beratung war aber schon während der Diskussion des Manifestes, das mit „Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ gezeichnet war, sowohl gegenüber Mitgliedern des Sopade-Vorstandes wie des Parteivorstandes erheblich verstoßen worden. So wurde der Text Aufhäuser und Böchel bis zur Beschlußfassung in der Sitzung am 20. 1. 1954 vor-enthalten⁴². Georg Dietrich lernte das Manifest erst aus der Presse kennen und protestierte in einem bösen Brief gegen diese „unfaire“ Methode⁴³. Anderen Parteivorstands-Mitgliedern – wie Juchacz und Sollmann – ist es wahrscheinlich nicht anders ergangen.

Aufhäuser und Böchel haben für den „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ das Manifest bereits bei der Abstimmung am 20. 1. abgelehnt, einmal – und darin stimmte Hilferding mit ihnen überein – weil die Sozialdemokratie in diesem Zeitpunkt kein fertiges Programm, sondern die Diskussion ihrer politischen Grundlagen brauche, und zum anderen, weil die Mitglieder des Büros „dieses bescheidene Programm ja doch nicht durchzuführen bereit seien“⁴⁴. In einer öffentlich geführten Diskussion wurden die Standpunkte weiter gegeneinander abgegrenzt. Aufhäuser prangerte das Manifest als Produkt einer Clique an und bestritt der Sopade die darin „selbst erteilte Legitimation zur Führung der revolutionären Bewegung“; man hätte sich mit einer „Plattform“ begnügen müssen, um eine Diskussion über die politischen Ziele des revolutionären Sozialismus auszulösen. Insbesondere stieß sich Aufhäuser an der Festlegung auf die „formale Parlamentsdemokratie“, statt die „Konstruktion einer demokratischen Räteverfassung“ zur Debatte zu stellen⁴⁵. Der nach Böchel „beste PV-Boxer Geyer“⁴⁶ suchte mit teilweise verschleiern den Argumenten die formalen Einwände zu entkräften, so, wenn er dem Vorwurf der Cliquesproduktion entgegenhielt, daß dem Manifest eine Meinungsbildung auf breiter Basis zugrunde liege, da die von Geyer und Rinner in Deutschland in Erfahrung gebrachten Stimmungen und Bedürfnisse der Parteimitglieder in den Text eingeflossen seien. Seine Aufforderung, die Kritiker sollten „hic rhodus-hic salta“ ihre Vorstellungen zur Diskussion stellen, beantwortete

⁴² Denkschrift S. 9. „Man gab ein programmatisches Manifest heraus, dessen Inhalt den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern bis zur Eröffnung der beschlußfassenden Sitzung geheimgehalten worden war.“ Dsgl. K. B. Neuendorf (wahrscheinlich Karl Böchel), Kritik einer Antikritik, NV v. 11. 3. 1954.

⁴³ Denkschrift S. 9. Nach der Feststellung, daß er weder von der Absicht gewußt, noch einen Entwurf gesehen habe, schrieb D. weiter: „Habt doch den Mut, wenn ich Euch nicht passe, mich durch Beschluß auszuscheiden. Aber unterlaßt doch endlich die unfaire Erledigung durch den Apparat, von dem Ihr in Eurem Aufruf sagt, er sei tot, was Ihr ebensowenig glaubt, wie ich es glaube.“ (Febr. 1954.)

⁴⁴ Hilferding an Geyer, 10. 1. 54, MGD Dok. 9, S. 212f.; Böchel an Kurt Glaser, 10. 8. 54 in: Materialzusammenstellung.

⁴⁵ NV v. 18. 2. 1954.

⁴⁶ Böchel an Glaser (Anm. 44); der erste Entwurf des Manifests stammte v. Stampfer, Geyer, Rinner; Geyer schrieb die Entgegnung unter seinem Pseudonym Max Klinger, Der Weg zur revolutionären Politik, NV v. 25. 2. 54.

(wahrscheinlich) Böchel⁴⁷ mit der Ankündigung, daß der „Arbeitskreis Revolutionärer Sozialisten“ einen eignen Programmentwurf ausarbeiten werde⁴⁸, und Geyers Ausweichmanöver hinsichtlich der Ausarbeitung des Manifest-Entwurfs konterte er mit dem deutlichen Hinweis auf die Ausschaltung der linken Mitglieder des Sopade-Vorstandes von den Vorberatungen. Im Zentrum seiner inhaltlichen Kritik stand die Frage nach der Verbindlichkeit des sozial-revolutionären Programms; denn das Manifest leite die „Berechtigung zum revolutionären Kampf nur“ von der Tatsache ab, daß „der totale Staat des braunen Faschismus dem Reformismus jeden Lebensraum nimmt“; Böchel zweifelte, ob die Initiatoren des Manifests im Falle einer „irgendgearteten politischen Entspannung“ weiter zu ihren revolutionären Postulaten stehen würden.

Ebensowenig ist es gelungen, die neue Linke durch das Manifest dazu zu bewegen, die Sopade als Unterstützungsorganisation des revolutionären Widerstandes anzuerkennen. Die Miles-Gruppe griff gleichermaßen das vom Vorstand der Sopade beanspruchte Führungsmandat wie die in der gesamten Arbeiterbewegung weithin gehegten Illusionen über eine baldige Systemänderung im Reich an. Die Männer, welche ihre reformistische Politik bis zur faktischen Tolerierung Hitlers getrieben hätten, könnten „nicht plötzlich zu revolutionären Kämpfern gegen den faschistischen Staat bekehrt werden und mit einem Schlag aus dem Nichts Fähigkeiten“ für einen illegalen Kampf „produzieren“, den sie dazu mit der Illusion betrieben, daß die faschistische Herrschaft an inneren Widersprüchen und dem „Freiheitswillen der Massen rasch zerbrechen“ werde. Die Gruppe sah sich als zur Führung berufene Elite revolutionärer Marxisten und wandte sich gegen die Ansprüche der Revolutionären Sozialisten wie der Sopade oder der KPD.

Bemerkenswert noch die Kritik am Manifest der Sopade in einem Manuskript: „Um die neue Führung der Sozialdemokratie“, das eine Position zwischen den Fronten einnimmt⁴⁹. Der Autor des Manuskripts vermerkt positiv die Liquidation des Reformismus, wobei „gewissermaßen einen wohltuenden Akt der politischen Selbstliquidierung des deutschen Reformismus“ darstelle, daß „dieser Schlußstrich von der alten Parteiführung“ gezogen werde. Doch vermißt der Autor die organisatorischen Konsequenzen. Bislang habe sich der Prager PV, der weder „von der Reichskonferenz [ein] Mandat zur illegalen Arbeit“ erhalten noch es sich durch Leistung erworben habe, „nicht unberechtigt“ auf „Treuhanderschaft“⁵⁰ beschränkt, obgleich sich das Fehlen einer politischen Führung beim Aufbau der illegalen Organisation katastrophal auswirke. Die Auffassung von der Treuhanderschaft im Manifest erzeuge aber den Verdacht, daß hier versucht werde, „die alte

⁴⁷ Siehe Anm. 42.

⁴⁸ Dieser Entwurf wurde erst nach heftigen Auseinandersetzungen im Vorstand der Sopade in der ZfS 12/13, 1934 veröffentlicht. Vgl. Materialzusammenstellung und Denkschrift.

⁴⁹ Maschinenschr., Datumstempel: 16. 2. 1934; IfZ-Archiv Fb 208, Bl. 67 ff.

⁵⁰ Der wichtige Begriff „Treuhanderschaft“ findet sich im Manifest nicht. Mir ist nicht bekannt, worauf sich der Autor bezieht, oder ob er den Begriff hier – im Rahmen kritischer Interpretation – erstmalig verwendet.

Führung zu konservieren“. Daß aber „ein Splitter des alten Parteiapparates“ sich von der allgemeinen Umschichtung der Parteikader, wie sie im Reich vor sich gehe, ausnehme und Führungsrechte beanspruche, sei „Usurpatorentum reinsten Wassers“. Die Sozialdemokratie benötige – gerade wenn sie den Gruppenföderalismus überwinden und gegen die KPD bestehen wolle – eine neue, mit Autorität ausgestattete politische Führung, welche die „durch Illegalität bedingte organisatorische Dezentralisation . . . korrigiert“. Bemühe sich der Prager PV nicht um die „Herausbildung einer solchen Führung“, werde die Sozialdemokratie „über ihn zur Tagesordnung übergehen“.

Der Verdacht war berechtigt, daß der Vorstand der Sopade aus der Treuhänderschaft seine eigene Unabsetzbarkeit ableiten und versuchen könnte, seinen im Manifest als Kollegial-Institut interpretierten und zum Dienst am Widerstand relativierten Führungsanspruch voll durchzusetzen.

Im Herbst 1934 veröffentlichte der Sopade-Vorstand (de facto jedoch das Büro), der inzwischen in der von ihm aufgebauten illegalen Organisation eine eigene politische Basis besaß, in einem Tätigkeitsbericht und einer gesonderten Denkschrift seine Auffassung von den Aufgaben, die ihm aus den Mandaten vom 26. 4. und 4. 5. 1933 erwachsen seien⁵¹. Durch den Beschluß des Parteivorstandes, seinen Sitz nach Prag zu verlegen, heißt es in diesen Ausführungen, habe er zum Ausdruck gebracht, „daß er allein berechtigt ist, die deutsche Sozialdemokratie organisatorisch und politisch zu vertreten . . . Seit diesem Tag“ gebe es „außer dem Parteivorstand in Prag keine Körperschaft, die sich . . . auf ein so umfassendes Mandat berufen kann wie der auf der Reichskonferenz in Berlin gewählte Vorstand . . .“⁵². Jedoch grenze die „besondere Situation der deutschen sozialdemokratischen Bewegung in der Illegalität“ die Funktionen des Parteivorstandes ein.

„Die Unmöglichkeit, die politische Linie der Partei im ständigen engen Meinungsaustausch mit den in Deutschland tätigen Gruppen und Mitarbeitern und der in Deutschland lebenden großen Masse der Mitgliedschaft festzulegen, die Unmöglichkeit, die Führung der Partei in den in normalen Zeiten üblichen Zeitabständen und Formen der Kontrolle und der Entscheidung der Gesamtpartei zu unterstellen, . . . alle diese Umstände zwingen jede verantwortungsbewußte Parteiführung zur stärksten Zurückhaltung in allen Fragen, die für die Zukunft der Bewegung von entscheidender Bedeutung sein können.“⁵³

Diese Treuhänderschaft erstreckte sich „auf die Verwaltung des geretteten Parteivermögens, die Erhaltung der organisatorischen Reste der Partei, den Wieder-

⁵¹ Bericht 1934. Die nach Angaben eines V-Mannes der Gestapo den Vertrauensleuten im Okt. 1934 gesondert zugesandte Denkschrift ist ein unwesentlich gekürzter und veränderter Ausschnitt aus dem Tätigkeitsbericht, IfZ-Archiv Fb 207, Bl. 35 ff.

⁵² Vom Parteivorstand kann hier allerdings nur im Hinblick auf den Verlegungsbeschluß die Rede sein; darüber hinaus meinen die Verfasser nur das Büro der Sopade, denn Aufhäuser und Böchel waren zu diesem Zeitpunkt praktisch schon aus der Vorstandstätigkeit ausgeschaltet (s. u. S. 425). Ebenso waren die übrigen Parteivorstandsmitglieder nicht beteiligt.

⁵³ Vgl. dazu MGD, Einleitung, S. 32.

aufbau der Bewegung“; sie umfasse aber auch „die Vertretung der sozialdemokratischen Auffassungen der Grundsätze eines freiheitlich-demokratischen Sozialismus“. Abgesehen davon, daß der Vorstand der Sopade damit schon nach wenigen Monaten von den sozial-revolutionären Positionen des Manifests abrückte, hob diese inhaltliche Bestimmung die Treuhänder über die rein organisatorische Funktion hinaus. Zwar sprach er sich die „Machtvollkommenheit“ ab, über Änderungen der politischen Linie der Partei zu entscheiden; wenn er jedoch erklärte, daß er – „wie immer sich der Aufstieg der Arbeiterbewegung in Deutschland vollziehen“ werde – die Pflicht habe, „das ideelle und materielle Gut der deutschen Sozialdemokratie zu verwalten und darüber zu wachen, daß die große Tradition und die entscheidenden Zielsetzungen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung auch in der zukünftigen Bewegung lebendig und wirksam bleiben“, dann maß er sich damit die Funktion eines Hüters von Dogmen zu, die nicht zuletzt deshalb einem Führungsanspruch nahekam, weil er sich die Auslegung vermittels abstrakter Formulierungen selbst vorbehielt.

„Diese prinzipielle Einstellung zwingt den Parteivorstand“, Führungsansprüche einzelner Gruppen und Personen abzulehnen. Die Wahl einer neuen Führung komme „allein den Vertrauensleuten der in Deutschland wieder erstehenden sozialistischen Bewegung zu“. Daraus erwachse dem Parteivorstand die Pflicht, eine „durch die Bewegung in Deutschland autorisierte illegale Reichskonferenz“ vorzubereiten. Dem sei man durch die bisherige illegale Tätigkeit „ein gutes Stück nähergekommen“; doch ließen die „objektiven Bedingungen“ der illegalen Arbeit wie „der Stand der organisatorischen Entwicklung und die geistig-politische Situation der neuen Bewegung in Deutschland“ eine Durchführung in naher Zukunft nicht zu. Der Vorstand hielt es jedoch für nötig, hinzuzufügen, daß „die selbstgewählte Begrenzung seiner Aufgabe . . . den Verdacht“ ausschließe, daß „andere als rein sachliche Gründe“ seine Entscheidung in der Frage einer Reichskonferenz beeinflußt hätten. Seinen Anspruch, rein sachlich zu entscheiden, rückte er allerdings selbst ins Zwielficht, wenn er im Tätigkeitsbericht von 1936 schrieb, daß er „vor allem peinlich vermieden [habe], in [seinen] illegalen Veröffentlichungen für Deutschland die in Deutschland lebenden und arbeitenden Genossen mit den niederdrückenden Berichten über die Auseinandersetzungen in der deutschen Emigration zu belasten“⁵⁴. Als Belastung hatte er offenbar auch den Programmentwurf des „Arbeitskreises Revolutionärer Sozialisten“ empfunden und seine illegale Verbreitung in Deutschland zu verhindern gesucht⁵⁵. Wenn der Vorstand von sich selbst schrieb „Wir arbeiten mit dem Gesicht nach Deutschland“⁵⁶, so hatte diese Blickrichtung ihren positiven Aspekt im Anteil an der „Wahrheitsoffensive“ gegen den Faschismus. Ihr eigneten jedoch negative Aspekte, weil er sich eine – nur durch ihn selbst „sprechende“ – „Ober-Oberinstanz“⁵⁷ schuf, auf die er sich bei

⁵⁴ Bericht 1936.

⁵⁵ S. o. Anm. 48; und Denkschrift, S. 12.

⁵⁶ Bericht 1936.

⁵⁷ Brief Victor Schiffs an Stampfer v. 27. 1. 1936, MGD Dok. 13, S. 261.

seinen Handlungen und Entscheidungen berufen und die er als Instrument der „Macht“erhaltung gegen die Kritiker in der Emigration wenden konnte. Dazu mußte er durch die Weigerung, über die kritischen und selbstkritischen Diskussionen im Exil nach Deutschland zu berichten, in den Ruch kommen, eine Informationszensur über eben die Instanz verhängen zu wollen, der gegenüber er sich zur Rechenschaftslegung verpflichtet hatte.

Solchen Verdacht mußten Maßnahmen verschärfen, durch die das Büro seinen Anspruch, alleiniger Mandatsträger zu sein, faktisch durchsetzte. „Neu Beginnen“ drängte seit dem Frühjahr 1934 einmal dahin, einen Vertreter mit beratender Stimme in das Büro delegieren zu können, zum anderen in der Exekutive der SAI selbständig vertreten zu sein, und schließlich finanzielle Garantien von der Sopade zu erhalten. Zwar konnte die Gruppe ihre Forderungen weder gegenüber der Sopade unmittelbar noch über die SAI durchsetzen, doch beschloß die Exekutive im Juni 1934 immerhin, eine Kommission einzusetzen, welche die Situation in der deutschen Emigration untersuchen und der Exekutive berichten sollte⁵⁸. Kurze Zeit später griff das Büro gegenüber Aufhäuser und Böchel, mit denen es in der Vorstandssitzung am 22. Juni über die Veröffentlichung des Programmentwurfs heftig gestritten hatte, wieder zu der Taktik, keine Sitzungen mehr abzuhalten. Während Aufhäuser und Böchel mehrfach scharf dagegen protestierten, „gelangte der PV in den Besitz eines Briefes“, den Böchel am 10. 8. an einen Pariser Freund geschrieben hatte⁵⁹. Das Büro nahm diesen Brief zum Anlaß, die weitere Zusammenarbeit mit Böchel zu verweigern, bevor dieser nicht eine befriedigende Erklärung abgegeben habe. Infolgedessen nahmen Böchel und der sich mit ihm solidarisierte Aufhäuser weder an den Vorbereitungen, noch an der Sitzung der Sopade mit der Kommission der SAI teil⁶⁰. Erst nach einer Intervention Friedrich Adlers erklärte sich das Büro im Oktober bereit, wieder mit Böchel zusammenzuarbeiten. Doch schon kurze Zeit später, während oder nach der Vorstandssitzung am 18. Dezember erhielt das Büro „zufällig“⁶¹ Kenntnis von einem Briefwechsel zwischen Aufhäuser und Böchel, der – zusammen mit dem Brief Böchels vom 10. 8. – zum Grundstock jener „Materialsammlung der Sopade über organisatorische Sonderbestrebungen in der Partei“ wurde, mit der das Büro den am 30. Januar 1935 per Rundschreiben mitgeteilten Hinauswurf von Aufhäuser/Böchel aus dem

⁵⁸ Kliem, S. 127.

⁵⁹ S. o. Anm. 44. Der Brief enthielt scharfe Angriffe auf die Mitglieder des Büros, Hinweise auf eine beginnende Zusammenarbeit zwischen RS und NB und einen Bericht über Diskussionen innerhalb der RS, sich als selbständige Gruppe zu etablieren. Weiteres zu diesem Vorgang Anm. 62.

⁶⁰ Bei der Besprechung waren anwesend: die Kommission, die Mitglieder des Büros, die Auslandsleitung v. NB. Die Kommission kam zu dem Schluß, der Exekutive der SAI die Anerkennung v. NB als besondere „Inlandsrichtung“ der SPD zu empfehlen, was allerdings ohne Konsequenzen blieb, da die Sopade sie nicht zu ziehen bereit war und die Exekutive nicht darauf bestand. Mit Aufhäuser/Böchel konferierte die Kommission gesondert; Kliem, S. 128 ff.

⁶¹ Materialzusammenstellung, S. 235.

Vorstand der Sopade und die Einstellung der Zahlungen an „Neu Beginnen“ begründete⁶².

Dieser Schritt des Büros hat zahlreiche Aspekte. Betrachtet man allein die von den Kontrahenten vorgetragenen Argumente und Erwiderungen, so hatte der Vorwurf der Fraktionsbildung seine Berechtigung; denn zweifellos hatten die Revolutionären Sozialisten eine sehr eigenständige Organisation im Rahmen des sozialdemokratischen Exils ausgebildet – sie konstituierten sich jetzt auch sofort als

⁶² Zum Gesamtvorgang: Materialzusammenstellung; Denkschrift; Kliem, S. 128. Aus den Darlegungen bei Kliem und MGD, S. 231, Anm. 7, geht nicht hervor, daß das Büro zweimal in den Besitz von belastendem Material „gelangte“. Der Brief Böchels v. 10. 8. 34 geriet wahrscheinlich kurz nach dem 10. 8. in die Hände des Büros (Materialzusammenstellung, S. 231: „gelangte der PV in den Besitz eines Briefes“; Denkschrift S. 14: „durch das Büro der Sopade eigenmächtig geöffneter Privatbrief“). Ein V-Mann der Gestapo berichtete am 8. 4. 35 (IfZ-Archiv Fb 207, Bl. 41 ff.): Böchels Brief sollte mit dem regelmäßigen Kurierdienst der Sopade nach Paris befördert werden, sei aber von Wels zurückgehalten und geöffnet worden.

Der zweite Vorgang ereignete sich am 18. 12. 34. Auch aus der Materialzusammenstellung (S. 234f.) geht hervor, daß der Briefwechsel Aufhäuser/Böchel nach dem 18. Okt. – erste Vorstandssitzung nach Intervention Adlers – dem Büro „zufällig zur Kenntnis gelangte“. In der Denkschrift (S. 16) heißt es dazu: „In der Vorstandssitzung vom 18. Dezember 1934 sollte endlich die Rechnungslegung [am 18. 10. zugesagter erstmaliger Finanzbericht des Büros] vor sich gehen. Sie wurde aber wiederum vertagt und für die erste Sitzung im Januar 1935 in Aussicht gestellt. Nach Schluß dieser Vorstandssitzung ereignete sich dann der Vorgang mit der widerrechtlichen Aneignung der Akten des Genossen Böchel. Die Akten sind fünf Tage lang dem Genossen Böchel vorenthalten worden, man hat erst inzwischen Abschriften gemacht . . .“, was die Zitierung beweist. Die in MGD, S. 231, Anm. 7, zitierte Verwahrung Crummenerls v. 6. 2. 35 kann sich nur auf den letzteren Vorgang beziehen: „kann aber unmöglich von einer Verheimlichung oder von einem Diebstahl der Akten durch uns gesprochen werden“. Laut V-Mann sei der Briefwechsel Böchels Aktentasche entnommen worden; nach Kliem soll auf solchem Wege der Brief v. 10. 8. an das Büro gekommen sein.

Eine dritte Affaire in diesem Zusammenhang spielte sich im Januar 1935 ab (siehe dazu Peter Pistorius, Rudolf Breitscheid 1874–1944, Ein Beitrag zur deutschen Parteiengeschichte, phil. Diss. Köln 1968). Die Reichstagsabgeordnete Toni Sender (RS) übergab vor einer USA-Reise ihre Papiere einem Genossen zur Verwahrung, der als (geheimer) Vertrauensmann für das Büro der Sopade arbeitete. Dieser kopierte Senders Briefwechsel mit Aufhäuser/Böchel und schickte die Kopien an das Büro. (Hinweis im Brief Breitscheids an Hoegner v. 23. 7. 35 über eine Besprechung des Büros mit Hilferding: „Noch schlimmer ist, daß über andere wichtige Dinge wie den Briefdiebstahl bei Toni Sender, die angebliche Verjüngung des PV (Wels, Vogel und Stampfer scheiden mit Abfindung aus dem Büro, nicht aus der Leitung aus), die Zusammenarbeit mit den ein wenig oppositionellen Gruppen überhaupt nicht gesprochen worden ist . . .“)

Eine wohlmeinende Einschätzung dieser Vorgänge wird – abgesehen von der Triplizität und dem rechtzeitigen Sich-Einstellen der Ereignisse – erschwert durch die Annahme, daß es wohl auch im Büro der Sopade nicht üblich war, Akten anderer Personen, die man zufällig fand, eingehend zu lesen und zu kopieren.

Die Meinungen außerhalb des Büros scheinen allerdings eindeutig: „Es ist sehr amüsant: Der PV erinnert sich an meine und anderer Genossen Existerz immer nur, wenn er wieder irgendein Schriftstück ‚gefunden‘ hat und wenn es einen Krakehl gibt“. (Breitscheid an Hoegner, 24. 10. 36).

„Revolutionäre Sozialisten Deutschlands“ – und „Neu Beginnen“ stellte von vornherein eine selbständige Organisation dar, die sich erst im Exil aus taktischen Gründen der Sozialdemokratie einfügte; beide standen darüber hinaus im Begriff, sich zu einem Oppositionskartell mit deutlicher Spitze gegen den Sopade-Vorstand zusammenzuschließen. Nur – operierte dieser mit der Fiktion einer großen Parteiorganisation, die zwar freie Meinungsbildung aber keine Opposition gegen die gewählte Führung zulassen könne. Der Gegenvorwurf der Vorstands-Minderheit aber, das Büro schließe sich seinerseits ab, entziehe sich seinen Verpflichtungen gegenüber dem Parteivorstand und habe so selbst den Charakter einer Gruppe angenommen, war nicht minder berechtigt. Daß dem Büro insbesondere daran lag, einer Kontrolle seiner Finanzgebarung zu entgehen, scheint offensichtlich, sowohl im Hinblick auf die Umstände, unter denen man Aufhäuser/Böchel aus dem Vorstand der Sopade manövrierte als auch angesichts der Tatsache, daß bereits in den Monaten Mai bis Juli 1935 eine merkwürdige Reorganisation der Sopade vorgenommen wurde⁶³. Hält man sich die Tendenz vor Augen, die Rechte und Funktionen des PV auf das Büro der Sopade zu konzentrieren, dann erscheint das Problem der Finanzen als die andere Seite der gleichen Medaille, denn jene Rechte gründeten sich in der Realität vornehmlich auf der Verfügungsgewalt über das gerettete Parteivermögen und später die Unterstützungsgelder der SAI.

1935 hatte sich die Sopade von ihren Kritikern institutionell lösen können, erkaufte die Lösung jedoch mit zunehmender Isolierung, zumal die Basis der illegalen Organisation, auf die gestützt sie den Stoß gegen die Kritiker geführt hatte, unter den Schlägen der Gestapo schmälere wurde. Das sozialdemokratische Exil reagierte auf die Methoden, mit denen die Sopade gegen ihre Kritiker vorgeht, ebenso mit unverhüllter Ablehnung wie darauf, daß sie ihren Standort, voller Illusionen nach Deutschland zu blicken, mit Desinteresse und Starrheit gegenüber den politischen Erfordernissen des Exils verband. Qualifizierungen wie „Gestapo-Methoden“ oder „Byzantinismus und . . . diktatorische Halsstarrigkeit“ wurden selbst von Männern ausgesprochen, die sich – bei aller Kritik und selbständiger Handlungsweise – der Sopade gegenüber um Loyalität bemühten⁶⁴. Das Ausmaß der Unterschiede in den politischen Auffassungen innerhalb des sozial-

⁶³ Protokoll der PV-Sitzung v. 21. 5. 1935, IFZ-Archiv, Fb 207, Bl. 50 f.; Schreiben Breitscheids an Hoegner, 25. 7. 35 (s. o. Anm. 62); Schreiben Wels' an Stampfer v. 3. 7. 1938, MGD Dok. 38, S. 321.

Soweit feststellbar, traten Wels und Stampfer mit Pension und einer Abfindung aus dem Büro aus; behielten jedoch ihre Funktion im Vorstand der Sopade (s. o. Anm. 32).

⁶⁴ Breitscheid an Hoegner, 11. 3. 1935: „Sachlich hat der PV in seinem Vorgehen gegen Aufhäuser und Böchel Recht, aber seine Gestapomanieren sind zu verwerfen.“ Ders. 18. 6. 1935: „Die Illusionen, die sich gewisse Leute [in Prag] machen, nehme ich noch in Kauf, aber die Gestapo-Methoden, die sie nach wie vor im Kampf gegen Kritiker anwenden, sind unerträglich.“ Victor Schiff an Stampfer v. 27. 1. 1936, MGD Dok. 18, S. 257 ff.: „Ich habe mehr und mehr das drückende Gefühl, daß neben unbestreitbaren Qualitäten auch der Byzantinismus und die diktatorische Halsstarrigkeit den Umzug von der Lindenstraße [in Berlin] nach Karolinenthal [Sitz der Sopade in Prag] mitgemacht haben.“

demokratischen Exils und die Tatsache, daß sie nicht nur aus Kommunikationsschwierigkeiten resultierten, trat scharf zutage, als Bemühungen um eine Sammlung des Exils vielerorts erstartete politische Fronten in Bewegungen brachten.

Während die Fühlungen zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Nichtorganisierten in Paris bereits bis zu vorbereitenden Besprechungen über einen Volksfrontzusammenschluß gediehen waren, wurde die Sopade mit der Einheitsfrontfrage im November 1935 durch ein Schreiben konfrontiert, in dem das ZK der KPD eine Aussprache über Möglichkeiten der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Vorständen der beiden Parteien vorschlug⁶⁵. Die Besprechung, an der von seiten der Sopade Vogel und Stampfer, seitens der KPD Walter Ulbricht und Franz Dahlem teilnahmen, kam am 25. November zustande⁶⁶.

Die Politik der Sozialdemokratie gegenüber der KPD angesichts der faschistischen Herrschaft hatte bereits zu den Streitpunkten zwischen dem Büro der Sopade und den Revolutionären Sozialisten gehört. Während im Manifest in einer allgemeinen Wendung davon die Rede war, daß sich die Parteiführung der Mission, die „Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen“, bewußt sei, hatten die Revolutionären Sozialisten in ihrem Programmentwurf die sofortige Einigung und Zusammenarbeit mit der KPD gefordert, womit sie sich die Empfehlung einhandelten, doch gleich „zu den Kommunisten [zu] gehen“⁶⁷. Und unter den Gründen für den Hinauswurf Aufhäusers und Böchels nahm die – von den Betroffenen wohl widerlegte Behauptung – einen hervorragenden Platz ein, sie hätten hinter dem Rücken des Vorstandes mit der KPD verhandelt und gemeinsame Aktionen gegen den Vorstand geplant⁶⁸.

Ihre Einschätzung der KPD und ihre Position hatte die Sopade im Herbst 1934 öffentlich mehr oder weniger festgelegt⁶⁹. Sie wies einmal aus der grundsätzlichen Erwägung, daß die KPD nach wie vor die Bolschewisierung Deutschlands anstrebe, eine Zusammenarbeit ab und führte darüber hinaus mit Recht ins Feld, daß der KPD nur daran gelegen sei, die Masse der Sozialdemokraten für eine zentral gelenkte Arbeiterorganisation ohne innerparteiliche Demokratie zu gewinnen, während sie die SPD und ihre Führung weiterhin rücksichtslos bekämpfe. Die Sopade berief sich zum anderen darauf, daß die illegalen Gruppen die Zusammenarbeit ebenfalls ablehnten. Zwar – so räumte die Sopade ein – sei die Sehnsucht nach einer Einigung der Arbeiterschaft groß, doch halte man in Deutschland organisatorische Maßnahmen für keinesfalls geeignet, die Spaltung zu überwinden; denn die KPD erweise sich in ihrer konspirativen Arbeit und in ihren auf Massenwirkung zielenden Aktionen als so leichtfertig, daß eine Zusammenarbeit die Ge-

⁶⁵ Schreiben v. 10. 11. 1935, MGD Dok. 14.

⁶⁶ Niederschrift der Sopade-Vertreter über die Besprechung, MGD Dok. 15, S. 241 ff.

⁶⁷ Denkschrift.

⁶⁸ Vgl. Materialzusammenstellung und Denkschrift. Daß die Vorstellungen der RS über den Weg zur Einheitsfront mit den kommunistischen durchaus nicht übereinstimmten, zeigt S. Aufhäuser, Dennoch Einheitsfront, Neue Weltbühne, 1. 11. 1934.

⁶⁹ Bericht 1934.

nossen zu sehr gefährden würde. An anderer Stelle des Berichts hieß es allerdings von „Neu Beginnen“ vorwurfsvoll, daß die Gruppe „jede Massenarbeit“ ablehne und „auf die Beeinflussung breiter Volksmassen bei aktuellen Anlässen“ verzichte; und im Bericht von 1936 bekannte die Sopade – wenn auch nicht unumwunden –, daß sich die eigene Massenarbeit angesichts der Massenverhaftungen als Katastrophe erwiesen habe.

Wenn die Novemberbesprechungen in Prag scheiterten, so waren „auf beiden Seiten Ungeschicklichkeiten“⁷⁰ die Ursache, die aber tiefergehende Einstellungen reflektierten. Nicht nur, daß die kommunistischen Unterhändler gegenüber der – bekanntermaßen – mißtrauischen und abweisenden Sopade Maximalziele verfolgten, in ihrer Argumentation blieb – gewiß unbegründete – Überheblichkeit spürbar, wenn sie auf der größeren Schuld der SPD am Zusammenbruch beharrten; und ihre Unduldsamkeit in der Verfolgung des Zieles, einen Aufruf zur Zusammenarbeit zu veröffentlichen, ließ hinter dem verbalen Eintreten für die Gleichberechtigung der Partner, die Absicht ahnen, die KPD doch in eine Führungsrolle zu bringen. Von der Sopade und ihren Unterhändlern aber meinte Rudolf Breitscheid zu Recht, daß sie „aus nicht immer zu billigen Gründen nicht wollen“⁷¹. Man verfolgte in Prag wohl mehr das Ziel eines salvierenden Tests als einer auch nur begrenzten Vereinbarung. Vogel und Stampfer beharrten – und ließen damit eine schwer überwindbare psychische Barriere sichtbar werden – vor allem darauf, daß die KPD nach den 17 Jahren der diffamierenden Angriffe auf die SPD-Führung sich sozusagen die Glaubwürdigkeit erst wieder erwerben und in einen „Nichtangriffspakt“ einwilligen müsse. Ulbrichts Gegenargument, daß Loyalität gegenüber einer Vereinbarung sich eigentlich nur durch die Praxis beweisen lasse, war kaum zu widerlegen. Aber Vogel und Stampfer wollten den „Nichtangriffspakt“ an sich – vielleicht später Vereinbarungen über Zusammenarbeit, während Ulbricht und Dahlem das Junktim: erst Vereinbarungen dann „Nichtangriffspakt“ dagegen setzten. An der Wechselbeziehung zwischen „Nichtangriffspakt“ und Meinungsfreiheit spitzten sich die Gegensätze zu. Während die Sozialdemokraten die Kampfeinstellung total verstanden wissen wollten, beanspruchte Ulbricht für die KPD das Recht, Gegner der Einheitsfront auch weiterhin öffentlich anzugreifen. Vogel und Stampfer haben diesen unpräzisen und daher willkürlich interpretierbaren Anspruch zu Recht als taktisches Manöver, als eine Hintertür abgewiesen, durch die man Angriffe im alten Stil vortragen könne. Grundsätzlich wäre allerdings zu fragen, ob sich eine Einheitsfront, wäre sie zustande gekommen, unter den herrschenden Bedingungen eine volle Meinungsfreiheit in Form öffentlicher Angriffe oder gar von Gegenaktionen seitens konservativer Sozialdemokraten hätte leisten können, ohne die vielbeschworene Sicherheit der Widerstandskämpfer extrem zu gefährden⁷²; genauso, wie man der KPD die Freiheit nicht zugestehen konnte, Unliebsame etwa als Gestapo-Agenten zu denunzieren. Darüber hinaus blieben

⁷⁰ Breitscheid an Hoegner, 10. 12. 1935.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Vgl. dazu Stampfer, *Emigration*, S. 92, Anm. 106.

Vogel und Stampfer bei den Argumenten von 1934: daß der KPD demokratische Ziele nicht abgenommen werden könnten, daß die illegalen Gruppen im Reich organisatorische Zusammenarbeit aus Sicherheitsgründen ablehnten, nicht zuletzt weil sie nicht in den Verdacht kommen wollten, zum Bolschewismus übergeschwenkt zu sein. Ein Argument, hinter dem die Sopade wohl zwei ihrer eigenen Motive verbarg: einmal wünschte sie für eine bürgerliche Opposition „koalitionsfähig“ zu bleiben, und zum anderen fürchtete sie eine Isolierung von den „rechten“ Bruderparteien in England und Skandinavien⁷³.

Jene Sozialdemokraten in Frankreich und den westlichen Ländern Europas, die bereits in sehr konkrete Verhandlungen mit den kommunistischen Vertretern eingetreten waren, hatten durchaus nicht übersehen, daß Ulbricht und Dahlem dem Typus von kommunistischen Funktionären zugehörten, die mit taktischen Finessen die Einheits- oder Volksfront doch zum kommunistischen Instrument machen wollten, hatten sich aber über längere Zeit davon überzeugen können, daß ihre Partner – allen voran Willi Münzenberg – zur Verständigung ohne taktische Vorbehalte bereit waren. Andererseits ging keiner der maßgeblichen Sozialdemokraten in Paris mit naiver Begeisterung in die Besprechungen; sie hatten sich von der Notwendigkeit und – angesichts des französischen Beispiels – der Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterparteien überzeugt und setzten im übrigen Taktik gegen Taktik; fast übereinstimmend vertraten etwa Breitscheid, Kuttner und Schiff die Auffassung, daß man sich, wenn schon „die Kommunisten die demokratische Parole ausgegeben haben . . . diese Situation zunutze machen“ sollte⁷⁴. So stimmten denn auch die Vorwürfe gegenüber der Sopade im Tenor überein: nicht, daß man in Prag keine positiven Erfahrungen machen konnte, sondern daß die Sopade von positiven Erfahrungen nichts hören wollte, ja, daß sie Informationen wohl vor sich selbst und vor der Öffentlichkeit verfälschte, wenn sie die durchgängige Ablehnung einer Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD seitens der illegalen Gruppen immer wieder behauptete⁷⁵.

Wenn Victor Schiff bei Wels und Crummenerl „tief verankerte Vorurteile“ und „intellektuelle Unbeweglichkeit“ konstatierte, und Erich Kuttner aus deren Mund zwar „viele gescheite Worte von Organisationsleitern“ gehört haben wollte, „aber nicht eines, das den Politiker verraten hätte“, so haben sie damit nicht nur Einstellungen und deren Ursache im Jahre 1936 charakterisiert, vielmehr die unter

⁷³ Vgl. Schreiben Victor Schiffs an Ernst Reuter v. 7./10. 1. 1936, MGD Dok. 17, S. 254. Auch in den Besprechungen mit Ulbricht/Dahlem klingen beide Motive an.

⁷⁴ Breitscheid an Hoegner, 10. 12. 1935. Siehe auch MGD Dok. 17–20: Schiff an Reuter v. 7./10. 1. 1936; Schiff an Stampfer, 27. 1. 1936 u. 6. 2. 1936, Kuttner an Stampfer, 9. 2. 1936.

⁷⁵ Schiff ebd.; s. auch die kurze Niederschrift Breitscheids über eine Besprechung zwischen Sozialdemokraten am 3. 2. 1936, am Tage nach der konstituierenden Versammlung des „Komitee zur Schaffung der deutschen Volksfront“. Die Niederschrift umfaßt sowohl die konstituierende Versammlung wie auch eine Besprechung zwischen Vertretern der Arbeiterparteien am 1. 2. 1936. Von Breitscheid an Hoegner übersandt, undatiert; die Daten gehen u. a. aus einem Schreiben Breitscheids v. 28. 1. hervor, das die Konferenzen ankündigt und eine Einladung an Hoegner enthält, der am 29. 1. wegen Paßschwierigkeiten mit Bedauern ablehnt.

führenden SPD-Funktionären schon längst verbreitete Fixierung auf den Apparat, die sich im – vom Exil erzwungenen – weitgehenden organisatorischen Leerlauf extrem zugespitzt hatte. Daß im Organisationsdenken Befangenen die Flexibilität fehlt, sich neuen Situationen anzupassen und sie zur selbstbetrügerischen Dogmatisierung ihrer politischen Linie neigen, hat Kuttner Friedrich Stampfer indirekt zu verstehen gegeben:

„Die Einwände: Die Kommunisten wollen uns betrügen. – Wir haben Brüning toleriert, und er hat uns betrogen. Wir haben Hindenburg gewählt, – er hat uns betrogen. Da habt ihr keine hindernde Angst vor dem Betrug gehabt . . . Jedenfalls weiß ich wirklich nicht, warum ein Treviranus, der die Papenschen Schurkereien mitgemacht hat, für unsereins verkehrsfähiger sein soll als Münzenberg oder sonst ein Kommunist. Ich sehne mich keineswegs danach, von den Kommunisten hereingelegt zu werden, aber noch weit weniger danach, noch einmal der Dupe [sic] der Reichswehr, des Zentrums oder sonst irgend welcher Bürgerlicher zu sein.“⁷⁶

Es lag in der Konsequenz dieser Haltung, daß die Sopade im Januar 1936 versuchte, die ihr nicht genehmen Ansätze zur Zusammenarbeit mit der KPD zu bremsen. In einem Rundschreiben wurden die Grenzsekretäre und Vertrauensleute „verpflichtet“, alle organisatorischen Verbindungen, Abmachungen und Vereinbarungen mit den Kommunisten „abzulehnen“. Dabei berief sie sich faktisch auf eine gleichzeitig bekanntgemachte Entschließung „von Vertretern unserer illegalen Organisation in Nordwestdeutschland“, der – in Schiffs Formulierung – „Ober-Oberinstanz“, auf die gestützt die Sopade den gesprächsbereiten Sozialdemokraten offenbar „förmliche Gewissenskonflikte aufzwingen“ wolle. Bezeichnend allerdings wiederum die Widersprüchlichkeit in der Argumentation der Sopade, die – sozusagen im gleichen Atemzuge – ihre Vertrauensleute dazu anhielt, „in ihren Zusammenkünften und Besprechungen mit den in Deutschland lebenden und tätigen Parteigenossen diesen Beschluß des Parteivorstandes [zu] vertreten“⁷⁷.

Diese Aktion hatte in Paris höchstens den „Erfolg“, die beteiligten Sozialdemokraten zu verärgern. Nach einer Vorbesprechung zwischen Vertretern der Arbeiterparteien am Vorabend, trafen am 2. Februar 1936 deutsche Emigranten verschiedenster politischer Richtungen und Auffassungen im Hotel Lutetia in Paris zusammen und konstituierten sich als „Komitee zur Schaffung der Deutschen Volksfront“. Die Versammlung verabschiedete ein Manifest, in dem alle Parteien und Gruppen der Opposition gegen den Nationalsozialismus aufgerufen wurden, sich unter Wahrung ihrer programmatischen Eigenständigkeit, zur „Wiederherstellung der elementarsten Menschenrechte“ in Deutschland zusammenzuschlie-

⁷⁶ Zitate v. Schiff und Kuttner, s. Anm. 74. Wie sehr die Wels'sche Einstellung gegenüber der KPD organisationspolitisch verbrämten Emotionen entsprang, zeigt ein späterer Vorfall: In seinem Entwurf für die Denkschrift der Sopade, 1938 (s. o. Anm. 58) hatte Stampfer die Verfassungswidrigkeit der Reichstagsitzung v. 25. 5. 1933 mit der Fernhaltung aller Kommunisten und vieler Sozialdemokraten begründet. Laut Stampfer wurde die Passage „auf Wunsch von Wels gestrichen . . . , weil man jeden Anschein eines Eintretens für die KPD vermeiden wollte“. MGD Dok. 37, Anm. 4.

⁷⁷ Vgl. MGD Dok. 18, Anm. 14 u. 16.

ßen, und sie beauftragte einen Volksfrontausschuß damit, eine Plattform zur Sammlung aller Oppositionsgruppen zu erarbeiten⁷⁸. Die beteiligten Sozialdemokraten kamen am 3. Februar nochmals zu einer Besprechung zusammen, in der „vollständige Einmütigkeit“ darüber erzielt wurde, „daß unter allen Umständen die Fühlung mit den Kommunisten aufrechterhalten werden solle. Man müsse unbeschadet der eigenen programmatischen Einstellung bemüht sein, in all den Fragen, in denen man im Kampf gegen das Hitlertum übereinstimme, eine gemeinsame Plattform zu finden“. Man einigte sich darauf, die Sopade über die Auffassungen der Versammelten zu informieren und „gab sich der Hoffnung hin, daß offizielle Verhandlungen zwischen den beiden Parteizentralen wieder aufgenommen würden“⁷⁹.

Neben dem Ziel, den Kampf gegen den Nationalsozialismus gemeinsam zu führen, leitete die Exilierten, die im Komitee mitarbeiteten, einmal das Motiv, durch eine gemeinsam vertretene programmatische Plattform für den politischen Neubeginn nach einem Sturz Hitlers die Gefahr eines Vakuums zu bannen, und zum anderen sollte die politische Wirksamkeit des Exils gegenüber dem Ausland ebenso durch geschlossenes Auftreten erhöht wie die Forderung nach rechtlicher und sozialer Sicherheit nachhaltiger unterstützt werden. Zu den ersten praktischen Ergebnissen dieser Konferenzen gehörten denn auch ein gemeinsames Flüchtlingskomitee unter dem Vorsitz von Albert Grzesinski, das Emigranten beriet und bei Verhandlungen mit französischen Behörden unterstützte sowie die von Heinrich Mann, Rudolf Breitscheid, Bruno Frei und Max Braun herausgegebenen „Deutschen Informationen“. Und über ein Jahr lang war der Volksfrontausschuß eine Art repräsentativer Vertretung des Exils in Frankreich.

Die Ereignisse im spanischen Bürgerkrieg haben bei zahlreichen Emigranten die Überzeugung gefestigt oder geweckt, daß die Volksfront notwendig und realisierbar ist. Im gleichen Maße verbreitete sich die Einsicht, daß auf spanischem Boden nicht nur ein landläufiger Bürgerkrieg abrollte, daß sich hier vielmehr der Faschismus zum Kampf gestellt hatte und daß sein Sieg in Spanien das Ende der Demokratie in Europa bedeuten würde⁸⁰. Unter den Freiwilligen, die nach Spanien gingen, um in der republikanischen Armee zu kämpfen, waren so auch viele deutsche Emigranten: Kommunisten, Sozialdemokraten und etliche Liberale. Zunächst gingen sie individuell, dann übernahmen vornehmlich die kommunistischen Parteien die Rekrutierung für die Internationalen Brigaden; während sich aber die italienischen und österreichischen Sozialisten organisatorisch und personell engagierten (Pietro Nenni, Julius Deutsch), kehrte die Sopade den spanischen

⁷⁸ Einzelheiten bei Babette Gross, Willi Münzenberg, Eine politische Biographie. Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14/15, Stuttgart 1967, S. 292ff.; dort auch der Text des Manifests.

⁷⁹ Niederschrift Breitscheids (s. o. Anm. 75). S. auch Schiff an Stampfer, 6. 2. 1936 (s. o. Anm. 74).

⁸⁰ Vgl. Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, München 1959, S. 48ff.; Breitscheid an Hoegner, 17. 8. 1936.

Ereignissen sozusagen den Rücken zu. Der „Neue Vorwärts“ spiegelt eine Haltung, in der verbale Sympathie mit einer aus der Fixierung auf Deutschland resultierenden Passivität Hand in Hand ging. Anfänglich trug die Verknüpfung der eigenen Illusionen mit dem Schicksal der spanischen Republik nahezu makabre Züge; ein Artikel⁸¹, der die faschistische Methode geißelte, eigene Verbrechen als Bekämpfung des Bolschewismus zu kaschieren, endete mit einer Betrachtung über die Folgen von Sieg oder Niederlage der Republik für den Faschismus: ein Sieg wäre der Anfang vom Ende des Faschismus, aber auch im anderen Falle würde er

„der Vergeltung nicht entgehen! Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß der deutsche und der italienische Faschismus durch die direkte Unterstützung Francos den spanischen Freiheitskampf erwürgen würden, wird die Beispielwirkung dieser Verteidigung, wird die tiefe politische und moralische Erschütterung weiterwirken, die Spanien in der europäischen Demokratie hervorgerufen hat“.

Soweit der Ruf nach aktivem Engagement – sei es personell oder materiell – im „Neuen Vorwärts“ erging, erfolgte er durch den Abdruck von Resolutionen der – selbst wenig entschiedenen – Sozialistischen Arbeiter-Internationale⁸² oder von Artikeln etwa Pietro Nennis oder Louis de Brouckères⁸³, während er aus eigenem sich damit begnügte, die einseitige Nichtinterventionspolitik Frankreichs und Großbritanniens anzuklagen. Victor Schiff und Erich Kuttner, die sich als Kriegsberichterstatter zeitweilig in Spanien aufhielten, haben in Briefen an Friedrich Stampfer der Sopade wegen ihres Abseitsstehens vorgeworfen, sie versage auch gegenüber dieser Herausforderung, weil sie „vor lauter ‚Taktik‘ die großen, entscheidenden Dinge“ nicht sehe, und überlasse den Kommunisten – da der Wille „zu einem *modus vivendi*“ fehle – das Feld allein⁸⁴.

Die grundsätzliche Abstinenz gegenüber allem, was nur entfernt mit Einheits- und Volksfront zusammenhing, – sie fand im „Neuen Vorwärts“ ihren Niederschlag in mittelbaren Angriffen und ansonsten im Totschweigen der Pariser Aktio-

⁸¹ „Das bolschewistische Gespenst“ NV 23. 8. 1936.

⁸² NV 16. 8. 1936 u. 21. 3. 1937.

⁸³ NV 16. 8. 1936 u. 21. 2. 1937.

⁸⁴ Schiff, 31. 5. 1937; Kuttner, 4. 6. 1937, MGD Dok. 32 u. 33, S. 291 ff., auch Breitscheid an Hoegner, 1. 12. 1936. Schiff und Kuttner schätzten Stampfer als den in der Volksfrontfrage relativ Beweglichsten unter den Mitgliedern des Sopade-Vorstandes ein und forderten ihn auf, für ein Engagement der Sopade sich einzusetzen, zumal (nach Schiff) Möglichkeiten der Propagandaarbeit nach Deutschland durch Beteiligung an einem von den Kommunisten betriebenen Sender bei Madrid bestünden. Kuttner sollte offenbar nach Absprache mit Pariser Sozialdemokraten in dieser Richtung vorfühlen (vgl. Schiff). Im Juni 1937 reiste das Vorstandsmitglied Paul Hertz nach Spanien, „wo er mit Kuttner über eine intensivere Mitwirkung der Sopade in Spanien konferieren soll“ (Schiff an Reuter, 15. 6. 1937, MGD Dok. 53, Anm. 1). Breitscheid berichtet über einen begrenzteren Auftrag: Verhandlungen über eine Beteiligung an dem Sender zu führen, der zu diesem Zeitpunkt bereits von der Pariser Volksfront mitbenutzt wurde (Breitscheid an Hoegner, 29. 6. 1937). Zu einem möglicherweise weiteren Aspekt der Reise von Hertz vgl. Kliem, S. 204. Eine Änderung der Haltung des Sopade-Vorstandes hat die Reise nicht bewirkt.

nen⁸⁵ – ja letztlich gegenüber exilpolitischen Problemen überhaupt, hat viele Sozialdemokraten zur gleichgültigen Abkehr von der Sopade und zu der Entscheidung bewogen, in diesen Fragen den Weg zu gehen, den sie für richtig hielten⁸⁶. Allerdings konnte sich die Sopade vom Ablauf der Ereignisse bestätigt fühlen. Ganz abgesehen von der Wirkung der Moskauer Prozesse auf die Verfechter einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, scheiterten auch andere von einiger Hoffnung begleitete Ansätze an der kommunistischen Haltung. In Spanien haben – unter anderem auch deutsche – kommunistische Funktionäre versucht, sozialistische und anarcho-syndikalistische Gegner ihrer politischen Ziele rücksichtslos zu erledigen, um die Volksfront und die Internationalen Brigaden zu ihrem Instrument zu machen⁸⁷. Und die Pariser Volksfront zerfiel, als mit dem sinkenden Einfluß Münzenbergs in der KPD auch hier jenen Taktikern die Vertretung der Partei zufiel, welche die Volksfront unter kommunistische Führung bringen wollten; auf der ersten großen Konferenz am 10. April 1937 zeichnete sich das Scheitern des Experiments bereits ab. Im Herbst 1937 zogen dann die nicht-kommunistischen Mitglieder des Volksfrontausschusses die Konsequenz aus den Praktiken der kommunistischen Vertreter Merker und Ulbricht: den öffentlichen Angriffen auf nicht genehme Personen, der öffentlichen Jagd auf die sogenannten Trotzkisten und sonstigen Abweichler, und erklärten dem ZK der KPD, daß sie mit diesen nicht mehr zusammenarbeiten könnten; danach blieb von der Volksfront nur noch ein kommunistisch gesteuerter Rest⁸⁸.

⁸⁵ Der NV brachte außer einer Erklärung gegen die KPD (sie versuche mit der Behauptung, „eine sogenannte ‚reaktionäre Gruppe‘“ im sozialdemokratischen Parteivorstand verhindere die Einigung des Proletariats, „nach der alten Methode der Einheitsfrontmanöver einzelne Teile der Sozialdemokratischen Partei gegen andere auszuspielen“; NV 22. 8. 1937) am 29. 9. 1937 zum ersten Mal einen Artikel („Volksfrontdebatten“), der sich mit der Pariser Volksfront beschäftigte; durch einen Bericht des ZK der KPD angeregt wurde darin eine vor allem zwischen SAP und KPD geführte Debatte darüber behandelt, in welchem Maße die Volksfront den Sozialismus programmatisch betonen solle (vgl. Breitscheid an Stampfer, 13. 10. 1937, MGD Dok. 34, S. 295). Wohl aber benützte der NV die Moskauer Prozesse ganz offensichtlich zu mittelbaren Angriffen. Im Februar und März 1937 wurde eine Artikelserie veröffentlicht („Zum Verständnis der Moskauer Prozesse“), worin generell die Unglaubwürdigkeit von Kursänderungen in der kommunistischen Politik dargetan wurde (NV 7. 2., 7. 3., 14. 3., 21. 3. 1937).

In einem Schreiben von Wels (von Vogel u. Ollenhauer mit unterschrieben) an Stampfer v. 20. 8. 1936 hieß es im Blick auf die Prozesse: „Fürwahr, eine stärkere Ermunterung für ein Zusammengehen, fußend auf Erklärungen Stalins, Dimitroffs und Konsorten kann ich mir nicht denken.“ MGD Dok. 26, S. 279 ff.

⁸⁶ Breitscheid an Hoegner, 17. 8. 1936.

⁸⁷ Dazu Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch, S. 51 ff., ders., Spanisches Kriegstagebuch, Köln 1966, vor allem S. 7 ff. Vgl. auch Hugh Thomas, Der spanische Bürgerkrieg, Berlin 1961.

⁸⁸ Vgl. Breitscheid an Stampfer, 13. 10. 1937, MGD Dok. 34, S. 295 f. Kantorowicz (Deutsches Tagebuch, S. 48) zitiert aus einem Brief Heinrich Manns an Max Braun v. 25. 10. 1937: „Ihre Mitteilungen vom 23. Oktober zeigen mir, daß Ulbricht tatsächlich eine eigene Volksfront, die ihm unterstehen soll, ins Werk setzen möchte . . . Ich bin daher gegen eine

In all dem jedoch ausschließlich für die Haltung der Sopade sprechende Argumente sehen, kann nur, wer aus der Rückschau Fakten für unausweichlich hält. Vielleicht hätte die Sopade andere Fakten schaffen, die Entwicklung beeinflussen können. Eine größere taktische Flexibilität und die aktive Beteiligung an den Bemühungen um Einheits- und Volksfront hätte nicht nur eine integrierende Funktion innerhalb des sozialdemokratischen Exils, sondern wahrscheinlich auch eine konzentrierende Wirkung auf andere sozialistische Exil-Gruppen ausgeübt. Eine geschlossene nicht-kommunistische Gruppe innerhalb der Volksfront hätte aber nicht nur diese gestärkt, sondern auch den kommunistischen Einfluß relativiert. Die Volksfront wäre mit einer starken und einheitlichen SPD-Gruppe auch ein politischer Faktor gewesen, wenn sich die KPD hinaustaktiert hätte. Andererseits wären durch eine solche Situation – da der KPD an Beteiligung und Einfluß wohl nicht wenig lag – notwendig die Kräfte im kommunistischen Lager gestärkt worden, die den Zusammenschluß auf der Basis echter Gleichberechtigung wollten.

War für die Sozialdemokraten in Paris eine positive Einstellung der KPD zur Frage der Gleichberechtigung, deren Bereitschaft also, sich nicht in eine Führungsrolle hineinzuspielen, ein Angelpunkt für ihre zeitweilig positive Entscheidung, so dürfte die Gleichberechtigung von der Sopade – betrachtet man ihre Organisationspolitik in der Konzentrationsdebatte – im Hinblick auf die kleinen sozialistischen Gruppen negativ gewertet worden sein.

Die Bemühungen, eine Konzentration des sozialistischen Exils ohne die KPD zustandezubringen⁸⁹, liefen in zwei Phasen ab: Anfang 1938 in Prag und im Sommer 1938 in Paris. Im Ablauf dieser Ereignisse spielte Paul Hertz eine Schlüsselrolle. Das Verhältnis zwischen ihm und seinen Kollegen im Sopade-Vorstand wurde seit den Auseinandersetzungen mit Aufhäuser und Böchel, 1934, zunehmend gespannt⁹⁰. Diese Spannungen mögen Hertz seit 1935 zu einer Annäherung an die Gruppe „Neu Beginnen“ bewogen haben, wie umgekehrt der Verdacht solcher Beziehungen die Abschließungstendenzen der anderen gefördert haben dürfte⁹¹. Die Zielsetzungen „Neu Beginnens“, in die Sopade einzudringen und ihre Politik von daher durchzusetzen, korrespondierte den Absichten von Hertz, den Vorstand des Sopade wieder zu einer demokratisch legitimierten Institution umzugestalten. Der Vorstand hat – wohl um der eigenen Isolierung entgegenzuwirken – die Beziehungen von Hertz zu „Neu Beginnen“ toleriert und in Hertz so etwas wie einen befürwortenden Sprecher der Gruppe gesehen, ohne jedoch das

Zusammenberufung des Gesamtausschusses, solange U. als Hauptvertreter oder auch nur als Vertreter seiner Partei dort erscheinen darf . . .“ Ende 1937 kündigte Breitscheid auch seine Mitherausgeberschaft an den „Deutschen Informationen“ auf: (Breitscheid an Hoegner, 29. 12. 1937).

⁸⁹ Für die Einzelheiten des Ablaufs siehe Kliem, S. 228 ff.

⁹⁰ Vgl. Breitscheid an Hoegner über Klagen von P. H., 11. 3. u. 18. 6. 1935, und Feststellung von P. H. in der Vorstandssitzung der Sopade v. 10. 8. 1938, Protokoll S. 354, MGD Dok. 59, S. 523 ff.

⁹¹ Zur Beziehung Hertz – „Neu Beginnen“ und zur Zielsetzung von NB vgl. Kliem, S. 182 ff.

Ausmaß seiner Beziehungen zu „Neu Beginnen“ zu erfassen⁹². Mit seinem Vorstoß im Januar 1938, eine Konzentration insbesondere mit „Neu Beginnen“ nun zu realisieren, nützte Paul Hertz einen günstigen Zeitpunkt. Die zunehmenden außenpolitischen Spannungen und der wachsende Pessimismus, mit dem die Aussichten für eine Veränderung der Machtverhältnisse im Reich beurteilt wurden, dürfte die Bereitschaft, die Frage einer Konzentration zu diskutieren, ebenso gefördert haben, wie die Tatsache, daß sich die „Revolutionären Sozialisten Deutschlands“ im September 1937 selbst auflösten und wieder in den sozialdemokratischen Gruppen mitarbeiteten⁹³. Am 26. Februar 1938 beschloß der Vorstand eine Stellungnahme, in der er zur Zusammenfassung der sozialdemokratischen Kräfte in Deutschland und der Emigration aufrief und seine Bereitschaft erklärte, die Konzentrationsbewegung zu fördern. Friedrich Stampfer interpretierte im Juni 1938 diese EntschlieÙung dahin⁹⁴, daß der „Partei Vorstand“ der Meinung gewesen sei, „zum Begriff der Konzentration [gehöre] das Vorhandensein eines Zentrums“. Er habe daher „seine Dienste als ein solcher Mittelpunkt des Zusammenschlusses zur Verfügung“ stellen wollen. Dem hat der Gang der Dinge allerdings nicht entsprochen. Als am 10. 3. 1938 ein Konzentrationsausschuß für Prag gewählt wurde, landeten Stampfer und Vogel unter zehn Gewählten auf den Plätzen sechs und sieben⁹⁵. Schon einen Tag später fand Erich Ollenhauer, daß „der Ausschuß praktisch bereits gescheitert“ sei, und forderte, daß die Sopade „die Frage prüfen“ müsse, „ob wir *unseren* Beschluß, im Ausschuß mitzuarbeiten aufrechterhalten“⁹⁶.

Das Für und Wider der Konzentrationsdebatte wurde bald darauf durch die – von der außenpolitischen Entwicklung und ihrer Rückwirkung auf die Innenpolitik der CSR erzwungene – Übersiedlung der Sopade von Prag nach Paris unterbrochen; bereits im Januar erschien der „Neue Vorwärts“ erstmalig in Paris, und im Mai 1938 zog auch das Büro um.

Die im Juni in Paris erneut in Gang kommenden Bemühungen und Debatten standen für die Sopade allerdings unter völlig neuen Aspekten. Einmal hatten sich im Januar 1938 die deutschen Sozialdemokraten in Frankreich zu einer Landesgruppe unter dem Vorsitz von Max Braun⁹⁷ zusammengeschlossen und auf einer Landeskonzferenz im April den Beschluß ihres Vorstandes bestätigt, mit der Sopade und anderen sozialistischen Gruppen Konzentrationsverhandlungen aufzunehmen. Das Büro sah sich so „eigen“ Leuten gegenüber, die nicht einfach dem „Zentrum“ sich eingliedern, sondern Verhandlungen unter Wahrung der Gleichberechtigung wollten. Zum zweiten war mit der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozial-

⁹² Das scheint auch hinsichtlich der Grenzsekretäre Schöttle, v. Knöringen und Bögler der Fall gewesen zu sein. Vgl. Vorstandssitzung v. 10. 8. 1938.

⁹³ Matthias, Sozialdemokratie und Nation, S. 34.

⁹⁴ „Konzentrationsdebatte“, NV 19. 6. 1938.

⁹⁵ Khem, S. 251, Matthias, a.a.O., S. 291, Anm. 37. Danach: 1. Stein (43 Stimmen); 2. Hertz (36); 3. Frank von NB (33); 6. Stampfer (25); 7. Vogel (24).

⁹⁶ Ollenhauer an Vogel, 11. 5. 1938, MGD Dok. 39, Anm. 26.

⁹⁷ Ehemaliger Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei im Saargebiet; vgl. dazu NV 19. 6. 1938.

listen“ eine weitere in der Konzentrationsfrage engagierte Gruppe auf den Plan getreten⁹⁸, die nicht nur die „Operationspläne“ der Sopade störte, die Konzentration sozusagen unter ihrem Dach zu vollziehen, sondern auch die Position von „Neu Beginnen“ stärkte, da zwischen beiden Gruppen schon seit 1934 enge Beziehungen bestanden. Im Zusammenhang mit den veränderten Prozedurfragen und der daraufhin erneuten Diskussion für oder gegen eine Beteiligung der Sopade an der Konzentration, gediehen die latenten Spannungen zwischen Hertz und den übrigen Mitgliedern der Sopade zum offenen Konflikt. Sein formaler Anlaß war eine weitere, Ende Februar und Anfang März beschlossene Verkleinerung des „geschäftsführenden Vorstandes“, also der besoldeten Vorstandsmitglieder im Büro, von fünf auf vier Personen⁹⁹, von der Hertz betroffen wurde, wobei strittig bleibt, ob und inwieweit er dem zugestimmt und welche Bedingungen er hinsichtlich seiner zukünftigen Mitarbeit und seines Einflusses im Sopade-Vorstand gestellt hat. Da die Vorstandsmehrheit im März die von Hertz betreute „Sozialistische Aktion“, in der er „Neu Beginnen“ in erheblichem Ausmaß hatte zu Wort kommen lassen, einstellte und im Juni, nach der Übersiedlung nach Paris, gegenüber Hertz offenbar zur Taktik griff, ihn von den Entscheidungsvorgängen abzudrängen, nannte Hertz seine Entlassung aus dem Kreis der Besoldeten im Juli öffentlich eine Maßregelung und den Versuch, ihn aus der Konzentrationsdebatte auszuschalten¹⁰⁰.

In einer Vorstandssitzung am 10. 8. 1938 standen die Streitpunkte zur Diskussion¹⁰¹. Hinsichtlich der tatsächlichen Vorgänge beim Ausscheiden von Hertz als besoldetes Mitglied stand Meinung gegen Meinung. Während Hertz darauf pochte, daß er nur unter Vorbehalten zugestimmt habe, behaupteten die anderen Sitzungsteilnehmer, er habe sich uneingeschränkt einverstanden erklärt; sie forderten von Hertz eine Erklärung, daß er folglich nicht gemäßregelt worden sei. Inwieweit ihre Äußerungen, daß sie Hertz damit eine Brücke zur Verständigung bauen wollten, ihrer subjektiven Überzeugung entsprach, kann in diesem Zusammenhang offen bleiben¹⁰². Objektiv verlangte man seine Unterwerfung. Hertz koppelte seinen Vorwurf, er sei gemäßregelt worden, mit dem Konzentrationsproblem. Einmal, so argumentierte er, habe er seinem Ausscheiden aus dem Büro unter inzwischen

⁹⁸ In der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ waren die „Auslandsvertretung der SPÖ“ unter Otto Bauer und die Revolutionären Sozialisten Österreichs (Nachfolgerin der SPÖ in der Illegalität) unter Gustav Richter, die erst 1938 emigrierten, zusammengeschlossen. Vgl. Joseph Buttinger, *Am Beispiel Österreichs, Köln 1953*, insbes. S. 49 ff., 61 ff., 251 ff. Für die Konzentrationsfrage S. 550 ff. Die mit dem Anschluß zusammenhängenden Fragen sollen hier außer Betracht bleiben.

⁹⁹ Nach der Verkleinerung im Mai/Juli 1935 gehörten dem Büro als besoldete Mitglieder noch Vogel, Crummenerl, Hertz, Geyer und Rinner an. S. oben Anm. 32 sowie S. 427 u. Anm. 63.

¹⁰⁰ Kliem, S. 182; Edinger, S. 176 f.; MGD, Dok. 39, Anm. 2.

¹⁰¹ Protokoll der Vorstandssitzung der Sopade am 10. 8. 1938 (s. Anm. 90), Teilnehmer: Vogel, Crummenerl, Rinner, Ollenhauer, Hertz, Stampfer, Geyer und Fritz Heine. Wels war schwer erkrankt und befand sich bereits längere Zeit in Kopenhagen, er war an der Konzentrationsdebatte auch in Prag nicht beteiligt.

¹⁰² Hinsichtlich Stampfers Argumentationsweise vermag man den Verdacht nicht abzuweisen, daß rein taktische Absichten dahinterstanden.

völlig veränderten Voraussetzungen zugestimmt – womit er wohl auf die damals vorhandene Bereitschaft zur Konzentration anspielte –, und zum anderen hätte die Praxis, ihn seit der Übersiedlung nach Paris von den Verhandlungsschritten in der Konzentrationsfrage fernzuhalten, den Charakter der Maßregelung ans Licht gebracht. Weder vermögen nun die wortreichen Erklärungen Vogels und Crummen-erls, daß die bislang von Büro-Mitgliedern geführten Besprechungen mit der Landesgruppe und den Österreichern nur unverbindliche Vorgespräche gewesen seien, den Verdacht voll auszuräumen, daß dahinter Methode steckte, noch kann die Beteuerung etwa Ollenhauers, man stehe zum Beschluß vom 26. Februar, angesichts der Sachdebatte darüber hinwegtäuschen, daß für Hertz die Voraussetzungen vom Februar/März nicht mehr bestanden. Indem die Mehrheit um Vogel und Stampfer den Streit dahin verkürzte, daß Hertz seinem Ausscheiden zugestimmt und das einzugestehen habe, drangen sie faktisch auf die Preisgabe seiner politischen Argumente, damit aber auf Unterwerfung unter die eigene politische Position. Die Diskussionsbeiträge von Hertz in Konzentrationsfragen wurden moralisch aufgefangen¹⁰³.

Die unterschiedlichen Auffassungen lassen sich auf die Formel bringen, daß Hertz einen Modus der Konzentration anstrebte, der eine neue, demokratisch legitimierte Führung der sozialistischen Bewegung hervorbringen würde, während die anderen Mitglieder des Sopade-Vorstandes ihren Führungsanspruch auf der Grundlage des Mandats zu wahren wünschten. In diesem Sinne forderte Hertz – zweifellos in erheblichem Maß auch Interessenvertreter von „Neu Beginnen“ –, daß die in Frage kommenden Organisationen: Sopade, RSÖ, Landesgruppe Frankreich und „Neu Beginnen“ gemeinsam und gleichberechtigt die Probleme der Konzentration diskutieren und verhandeln sollten. Seine Kontrahenten dagegen tendierten zur Methode des *divide et impera*. Als Hertz Zweifel äußerte, ob der Beschluß vom 26. Februar noch als bindend erachtet werde, äußerte Ollenhauer im Blick auf die Besprechungen, die mit Vertretern der Landesgruppe bereits stattgefunden hatten:

„Wir sind auf die Anregungen der Landesorganisation eingegangen. Das ist doch zunächst das Wesentliche. Daß die Möglichkeit besteht, durch die Einreihung einer Gruppe einen Teil dieses Projektes, das Sie selbst angeregt haben, zur Durchführung zu bringen, ist doch ein Fortschritt. Sie haben aus der Darstellung von Vogel ersehen, wie außerordentlich vorsichtig wir gewesen sind, indem wir z. B. den Anspruch auf Stellung von 5 PV-Mitgliedern durch die Landesorganisation

¹⁰³ Hertz hat in dieser Debatte auch nicht immer taktisch klug und überzeugend argumentiert; allerdings hatte er sich gegen sieben Diskussionsteilnehmer zu behaupten. Auch hat er seine Beziehungen zu NB zu verschleiern versucht.

Problematisch bleibt die Frage, inwieweit das (nicht wörtliche) Protokoll den Diskussionsablauf unverkürzt wiedergibt. Hertz wurde am Schluß der Sitzung die „schärfste Mißbilligung“ ausgesprochen. Er wurde also nicht „Anfang August“ ausgeschlossen (so KHiem, S. 234). Einem Brief Ollenhauers an Wels v. 29. 8. 1938 zufolge hat Hertz noch am 26. 8. an einer Sitzung teilgenommen und gehörte nach Ollenhauers Worten auch am 29. 8. noch dem Sopade-Vorstand an. MGD Dok. 41. Am 9. 3. 1939 schrieb Breitscheid an Hoegner, Hertz sei „ganz aus dem PV *ausgeschieden*“ (Hervorhebung von mir).

von vornherein abgelehnt haben. Nachdem die Aussicht auf Lösung einer Teilfrage dieses Gesamtproblems besteht, fragen Sie noch, ob wir auf dem Beschluß vom 26. Februar bestehen. Selbstverständlich!“

Vogel hatte zuvor berichtet, daß er den Anspruch der Landesgruppe, fünf Vertreter in den Partei-Vorstand zu delegieren¹⁰⁴, mit dem Hinweis abgelehnt habe, daß der Sopade-Vorstand sich nicht als Vertreter der Emigration, sondern der Gesamtpartei betrachte; er habe daher ein Verfahren der Kooptation aus Vorschlägen des Landesvorstandes zur Diskussion gestellt. Darüber hinaus habe er „die eventuelle Hinzunahme“ von Marie Juchacz, Georg Dietrich, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding ins Spiel gebracht, womit er „im übrigen auch den Anspruch der Landesorganisation auf fünf Mann [habe] zurückdrängen wollen“. Daß Vogel nicht allzu ernsthaft daran dachte, die Parteivorstandsmitglieder Juchacz und Dietrich in den „Parteivorstand“ zu kooptieren – anders läßt sich das „Hinzunehmen“ nur schwer interpretieren – lehrt die Tatsache, daß er selbst wenig später Bedenken hinsichtlich der Kosten und des Paßproblems (Dietrich hielt sich in der Schweiz auf) äußerte¹⁰⁵. Die Landesgruppe lehnte die Gegenvorschläge als ungenügend ab und die bilateralen Verhandlungen kamen zum Erliegen. Der Sopade-Vorstand hatte erneut einen Angriff aus dem sozialdemokratischen Exil erfolgreich abgeschlagen. „Wir denken nicht daran“, interpretierte Ollenhauer, „uns hier einfach durch einen konzentrierten Angriff über den Haufen rennen zu lassen und durch Konzessionen hinsichtlich der Erweiterung des PV unser Mandat vom April 1933 so zu verwässern, daß am Ende einer solchen ‚Konzentration‘ der letzte Rest von Autorität vor die Hunde gegangen ist.“¹⁰⁶ Mit seiner Strategie, zunächst die Landesgruppe einzugliedern, dann mit der „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“ als selbständiger Partei der SAI auf der Basis der Gleichberechtigung ein Kartell zu bilden, und erst danach von einer gestärkten Position aus mit den kleineren Gruppen zu verhandeln, hatte der Vorstand der Sopade allerdings eine Niederlage erlitten.

Die Auffassungen der Österreicher waren am 10. August erst in Umrissen bekannt. Als sie schließlich ihre Vorstellungen von einer Konzentration veröffentlichten, sah man sich dem Vorschlag konfrontiert, daß die Sopade, die „Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten“, die Landesgruppe Frankreich, „Neu Beginnen“ und die SAP unter Wahrung ihrer organisatorischen Selbständig-

¹⁰⁴ Sie sollten – nach Auffassung der Landesgruppe – an die Stelle von Aufhäuser, Böchel, Dietrich, Juchacz, Sollmann, Stahl treten, die ihr Mandat nicht mehr ausübten. Gegebenenfalls sollten diese fünf PV-Sitze von den Landesgruppen, soweit sie sich bilden, und sonstigen Gruppen, soweit sie sich beteiligen, besetzt werden.

¹⁰⁵ In einer Sitzung zwischen dem 10. und 26. 8. wurde die Frage nochmals besprochen. „Wir vertraten die Auffassung, daß die Erfüllung des Anspruchs aus finanziellen Gründen unmöglich sei, denn es handle sich nicht nur um diese beiden, sondern auch um Emil Stahl“, der sich in Stockholm aufhielt. Gegen die Stimme von P. Hertz sei beschlossen worden, zukünftig nicht in Paris wohnhafte Mitglieder „zu Sitzungen mit Beschlußfassung über Fragen von allgemeiner Bedeutung“ zuzuziehen. Ollenhauer an Wels, 29. 8. 1938, MGD Dok. 41, S. 357 ff.

¹⁰⁶ Ebenda.

keit ein Kartell bilden sollten. Jede der Organisationen sollte zwei Vertreter in einen Kartellausschuß entsenden, in dem Beschlüsse nur einstimmig gefaßt werden dürften. Für das Selbstverständnis der Sopade war ein solches Kartell unannehmbar. In einer Vorstandssitzung am 26. 8. wurde gegen die Stimme von Hertz beschlossen, in eine Sachdebatte erst gar nicht einzutreten, vielmehr den österreichischen Vertretern zu erklären, daß man diesen Kartellvorschlag nicht akzeptiere. Zwei Tage vor dem entscheidenden Gespräch schrieb Ollenhauer an Wels:

„Wir sind bereit, ein Kartell zwischen uns und den Österreichern als zwei bisher selbständigen Parteien der SAI zu bilden, um gewisse politische und praktische Fragen gemeinsam zu beraten und zu beschließen. Unmöglich ist es für uns, einem Kartell beizutreten, in dem der Parteivorstand als eine Gruppe neben Neu Beginnen und Landesorganisation erscheint. Wir sind die Vertretung der Gesamtpartei und die Regelung der innerdeutschen Fragen, wie die Versuche der ‚Konzentration‘ im deutschen Lager, sind eine Angelegenheit, die nur uns angeht, und in der wir uns durch die massive Einmischungspolitik der Österreicher nicht in Zwangslage bringen lassen. Wir werden am Mittwoch hören, ob die Hinzuziehung der deutschen Gruppen eine Bedingung der Österreicher für die lose Zusammenarbeit mit uns ist. Bestehen sie darauf, dann überlassen wir es ihnen, das Kartell ohne uns zu bilden . . . Daß man aber mit dem Kartell die sogenannten linken deutschen Gruppen galvanisieren und ihre Position bei den Verhandlungen über die Konzentration mit uns stärken will, darüber kann kein Zweifel bestehen. Wir werden uns diesem Druck nicht beugen, auch auf die Gefahr hin, daß wir zunächst allein bleiben und als die Saboteure der Konzentration hingestellt werden.“¹⁰⁷

In der Besprechung am 31. 8. beharrten die österreichischen Vertreter auf ihrem Kartellvorschlag und die Sopade kehrte in die Isolation zurück.

Die österreichischen Sozialisten, „Neu Beginnen“ und die SAP schlossen sich am 16. 9. 1938 zu einer „Arbeitsgemeinschaft für Inlandsarbeit“ zusammen, der auch ein Teil der Landesgruppe, die sich über die Frage der Mitarbeit spaltete, beitrug¹⁰⁸. Im folgenden Winter schloß sich der Internationale Sozialistische Kampfbund der Arbeitsgemeinschaft an¹⁰⁹, und wenig später folgten die „Freunde der sozialistischen Einheit Deutschlands“ mit Willi Münzenberg, der in der Phase seiner allmählichen Lösung von der KPD sowohl mit den bürgerlichen Oppositionellen der Deutschen Freiheitspartei zusammenarbeitete als auch eine Gruppe von Sozialisten um „Die Zukunft“ sammelte¹¹⁰. Die Arbeitsgemeinschaft bildete sich im Zuge dieser Erweiterung um und nannte sich „Arbeitsausschuß deutscher Sozialisten und der Revolutionären Sozialisten Österreichs“.

Es ist mit Recht bemerkt worden, daß einem solchen Kartell im Jahre 1934 eine bedeutende Rolle innerhalb des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sowohl im Reich wie im Exil zugefallen wäre. 1938 war die Basis der Kartellgruppen

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Kliem, S. 255.

¹⁰⁹ Link, Geschichte des IJB und des ISK, S. 261.

¹¹⁰ Laut Babette Gross, Münzenberg, S. 324ff. im Mai 1939. Nach Link, ebenda im Winter 1938/39. Zur Freiheitspartei vgl. Gross, S. 308ff. und neuerdings Beatrix Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP), Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus, phil. Diss. Frankfurt 1969.

in der Illegalität weitgehend aufgerieben; dennoch hätte das Kartell auch jetzt noch politisches Gewicht innerhalb des Exils gewinnen und zu einem Kristallisationskern der sozialistischen Bewegung werden können, wenn nicht der Kriegsausbruch die Szene verwandelt hätte. Zuerst reagierte insbesondere Frankreich mit der unsinnigen und in der Form meist unmenschlichen Internierung der geflüchteten Gegner Hitlers, dann zwang der Angriff der deutschen Wehrmacht im Westen zur erneuten Flucht¹¹¹. Am Ende schließlich stand die eine gemeinsame politische Arbeit nahezu ausschließende Zerstreuung der politischen Flüchtlinge über die ganze Welt.

Der Vorstand der Sopade hat eine Relativierung der für sich beanspruchten Rechtstitel zugunsten einer Einigung der Sozialisten im Exil ebenso abgelehnt wie früher zugunsten einer Volksfront. Insbesondere hat er – und hier spielten personelle Probleme hinein – gemäß seiner Interpretation der Treuhänderschaft die freiheitlich-demokratische Tradition gegen den Druck der Sozial-Revolutionäre abgesichert. Der Vorstand der Sopade, aus dem mit Hertz das letzte, sozialrevolutionären Ideen zuneigende Mitglied ausschied, verstand sich zweifellos institutionell und personell als Hort des in der parlamentarischen Demokratie zu verwirklichenden freiheitlich-demokratischen Sozialismus. Im Juli 1933 hatte Friedrich Stampfer an Karl Kautsky geschrieben, daß es ein „weiter, weiter Weg“ sei von „den Machtstellungen, die wir inne hatten, ins Exil . . . Aber wir hoffen, ihn noch einmal in umgekehrter Richtung zurücklegen zu können“¹¹². Hier liegt wohl ein Schlüssel für das Verhalten der Sopade in den ersten Jahren des Exils. Der Wunsch, einmal in die alten Machtstellungen zurückkehren und – vielleicht mehr als zuvor – Einfluß auf die Gestaltung der Gesellschaft in Deutschland nehmen zu können, verknüpfte sich mit der doppelten Überzeugung, einmal von der ausschließlichen Richtigkeit der eignen politischen Ideen und zum anderen davon, daß ihre Realisierung – die Rekonstruktion der parlamentarischen Demokratie – eben vom Ausmaß des eignen Einflusses abhängen. Die Theorie vom Treuhändermandat war Ausfluß dieser Überzeugung und zugleich taktisches Instrument der Durchsetzung, mit dessen Hilfe sich die Sopade ihre formale Anwartschaft auf Einflußpositionen erhielt. Zu fragen bleibt, ob sie nicht dem sozialistischen Exil und auch sich selbst die Chance einer Einflußnahme verdarb, ja letztlich der deutschen Sozialdemokratie schadete. Denn die großen Möglichkeiten des sozialistischen Exils lagen zunächst in der freien politischen Diskussion: frei vom geistigen Druck eines totalen Staates, frei vom Zwang zur direkten Agitation, und frei von dogmatisierten Grundsätzen,

¹¹¹ Zur Internierung und Flucht nach Kriegsausbruch siehe: Verbannung, Aufzeichnungen deutscher Schriftsteller, Hamburg 1964, S. 69 ff.; Deutsche Literatur im Exil, Briefe europäischer Autoren 1935–1949, Hrsg. Hermann Kesten, München 1964, S. 109 ff. Zur Praxis der französischen Regierung gegenüber den deutschen Emigranten, der Lage in den Internierungslagern, der Situation der Internierten während des deutschen Angriffs auf Frankreich vgl. den informationsreichen und eindringlichen Vortrag von Lucien Steinberg, „The scum of the earth“, Ein Beitrag zur Situation der deutschsprachigen Emigration in Frankreich zu Beginn des 2. Weltkrieges, in: Widerstand, Verfolgung und Emigration. Studien und Berichte aus dem Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bad Godesberg (1967), S. 103 ff.

¹¹² 22. 7. 1933, MGD Dok. 6, S. 187 f.

die nur geeignet waren, Diskussionen abzuwürgen. Daß der organisatorische Rahmen dafür nicht in dem Zeitraum geschaffen wurde, da die sozialistischen Flüchtlinge in der Mehrheit in Europa konzentriert waren, ist weitgehend der Intransigenz der Sopade zuzuschreiben. Eine solche Organisation hätte auch die Zerstreuung nach Kriegsausbruch überstehen können. Sicher ist, daß ein Kartell sozialistischer Gruppen mit den in seinem Rahmen geführten politischen Diskussionen nachhaltiger in die neu sich bildende Partei hinein gewirkt hätte, als es die vielen einzelnen Rückkehrer mit ihrer hier und dort geleisteten Parteiarbeit vermochten. In London haben sich schließlich im März 1941 Sopade, „Neu Beginnen“, SAP, ISK und eine Gewerkschaftsgruppe zu einem Kartell, der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ zusammengeschlossen. Zu dieser relativ schnellen Einigung haben personelle Faktoren ebenso beigetragen, wie die Tatsache, daß manche Gegensätze durch die Ereignisse überholt waren; nicht zuletzt aber konnte die Sopade ihre organisatorische Position sichern, denn „Neu Beginnen“ gab seinen früheren Anspruch auf, verstand sich nur noch als „sozialdemokratische Richtung“ innerhalb der Partei¹¹³; und auch die anderen Organisationen stellten das Mandat des Vorstandes nicht in Frage. Doch war dieser „Erfolg“ damit erkauft, daß der Zusammenschluß nur einen bescheidenen Teil des sozialistischen Exils umfaßte. Zwar hat die Position des Londoner Vorstandes durch die Union eine Festigung erfahren, zumal er sich in seiner politischen Zielsetzung, der modifizierten Rekonstruktion der Weimarer Demokratie, nicht nur behaupten konnte, die anderen Unionsgruppen vielmehr zunehmend auf diese Linie einschwenkten. Andererseits scheint man in London die Möglichkeiten, aus dem seit 1933 mit fragwürdigem Recht beanspruchten Mandat – nur gestützt auf die Union – ein Mitspracherecht beim Wiederaufbau der SPD in Deutschland herzu-leiten, gegen Ende des Krieges nicht mehr sehr hoch eingeschätzt zu haben. Mit seiner Bitte an die im Exil lebenden Mitglieder des Parteivorstandes, sich zur Frage einer Rekonstruktion dieser Institution zu äußern, verfolgte Hans Vogel im März 1945 wohl die Absicht, das Mandat durch den Parteivorstand abzustützen. Er scheiterte – wie die gemeinsame ablehnende Antwort von Marie Juchacz, Siegfried Aufhäuser, Georg Dietrich und Paul Hertz deutlich macht – daran, daß die aus organisationspolitischen Rücksichten versäumten politischen Diskussionen durch Organisationspolitik nicht mehr zu ersetzen waren¹¹⁴.

¹¹³ Vgl. zu den folgenden Darlegungen: Werner Röder, Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945, Hannover 1968; zur Gründung der Union siehe S. 93 ff.

Vom Vorstand der Sopade waren Vogel, Ollenhauer und die kooptierten Geyer (seine ex officio-Mitgliedschaft erlosch mit der Einstellung des NV) und Fritz Heine nach London geflüchtet. Wels und Crummenerl waren im September 1939 bzw. Mai 1940 gestorben. Stampfer und Rinner flüchteten in die USA.

Mit Zustimmung Stampfers fungierten die in London ansässigen Mitglieder als Vertretung der Partei, London wurde zum Sitz des Vorstandes erklärt (Röder, S. 29). Sowohl auf seiten des Vorstandes der Sopade wie auf der Seite „Neu Beginnens“ (Knoeringen, Schoettle) waren die konzilianteren Vorstandsmitglieder nach London gekommen.

¹¹⁴ MGD, Dok. 172 u. 175, S. 687 ff. u. 698 ff.

DIETMAR PETZINA

DIE MOBILISIERUNG DEUTSCHER ARBEITSKRÄFTE VOR UND WÄHREND DES ZWEITEN WELTKRIEGES*

Die nachfolgenden Ausführungen behandeln die beiden großen Abschnitte nationalsozialistischer „Arbeitseinsatz“-Politik vor und während des Zweiten Weltkrieges als einheitlichen Entwicklungsprozeß, da sich in Deutschland – anders als bei den späteren alliierten Kriegsgegnern – in Methode und Inhalt der Arbeitskräfte-Mobilisierung keine eindeutige Trennlinie zwischen Kriegs- und Vorkriegszeit ziehen läßt. Inhaltlich beschränken sie sich auf die Skizzierung der einzelnen Etappen im Zusammenhang mit der jeweiligen politisch-wirtschaftlichen Lage und Zielvorstellung, auf einige Hinweise zur quantitativen Entwicklung und rüstungsbedingten Umschichtung des deutschen Arbeitskräftepotentials, auf die Darstellung ausgewählter Institutionen und Methoden, die diesen Prozeß der Mobilisierung im Sinne des Regimes effizient gestalten sollten und schließlich ergänzend auf eines der ungelösten Probleme nationalsozialistischer Arbeitsmarktpolitik, das gleichsam exemplarisch den Konflikt zwischen Ideologie und rüstungspolitischem Zwang dokumentiert: Die Frage des weiblichen Arbeitseinsatzes.

I

In ihren Grundzügen weist Hitlers Politik seit 1933 eine erstaunliche Logik und Folgerichtigkeit auf, in die sich die Politik der Arbeitskräftemobilisierung bruchlos einfügt. Sie läßt sich als Stabilisierung einer scheinbar konfliktfreien „Volksgemeinschaft“ nach innen und Expansion nach außen umschreiben. Der Politik gewaltsamer Disziplinierung und Mobilisierung der deutschen Arbeiterschaft kam dabei eine wesentlich instrumentale Bedeutung zu, da eine desorientierte und disziplinierte Arbeiterschaft eine der entscheidenden Grundlagen für die Stabilität des Regimes wie für die Verwirklichung der Aufrüstungs- und Expansionspolitik bildete.

In den Jahren 1933 bis 1939 sind mehrere Phasen der Lenkung und Mobilisierung der Arbeitskräfte zu unterscheiden: 1. Die Jahre 1933/34, in denen ein neuer organisatorischer Rahmen, das heißt eine neue Arbeitsmarkt-Ordnung entstand, und in denen die Arbeiterpolitik im wesentlichen identisch war mit Arbeitsbeschaffungs-Politik; 2. die Periode 1935/36, in der es in einigen rüstungswirtschaftlich bedeutsamen Wirtschaftszweigen zu gesetzlicher Arbeitslenkung kam, insgesamt aber eine größere Arbeitslosenreserve weitergehende Eingriffe über-

* Leicht veränderte Fassung eines Vortrages, der auf dem 13. Internationalen Historikerkongreß in Moskau im August 1970 gehalten wurde.

flüssig machte; 3. die Phase von Beginn des Vierjahresplans bis zum Sommer 1938, in der der Arbeitseinsatz Teil des Vierjahresplans und Instrument zur Verwirklichung der wehrwirtschaftlichen Planungen wurde, aber trotz indirekter Steuerungs- und Mobilisierungsmethoden formal die Freizügigkeit des Arbeiters erhalten blieb; 4. der Zeitraum ab Juni 1938, der den Übergang zur Zwangsrekrutierung der Arbeiter brachte, charakterisiert durch Einführung der Dienstverpflichtung und der partiellen Liquidierung der Freizügigkeit. Diese Periode endete bruchlos im System der Kriegswirtschaft.

So einig sich die führenden Repräsentanten des Regimes im Frühjahr 1933 in der Zerschlagung der traditionellen Gewerkschaften waren, so unsicher war man zunächst darin, was an die Stelle der früheren Organisationen treten sollte. Diese Unsicherheit folgte nicht zuletzt aus den unterschiedlichen sozialen Strömungen innerhalb der NSDAP, die sich von diffuser Linksorientierung bis hin zu korporativständischen Ideen bewegten. Die verschiedenen, einander neutralisierenden Tendenzen innerhalb der Partei waren die große Chance der Großindustrie, die anders als die organisierte Arbeiterschaft ihre Verbandsstruktur erhalten hatte und gegenüber Hitler selbstbewußt auf ihre Unentbehrlichkeit für die als „Wiederwehrhaftmachung“ umschriebene Aufrüstungspolitik hinweisen konnte. Es wäre allerdings allzu grob vereinfacht, weil das Eigengewicht der spezifisch nationalsozialistischen Ziele ignorierend, wollte man die Aktivitäten des Regimes im sozialen und wirtschaftlichen Bereich nur als Ergebnis großindustriellen Druckes verstehen. Es gab eine verschieden motivierte Koalition parallel laufender Interessen, die im einen Fall – der Industrie – dem Wunsch nach Disziplinierung der Arbeiter wie jenem nach staatlichen Rüstungsaufträgen, im anderen dem Wunsch nach Stabilisierung des neuen Regimes, dem Ausbau der inneren Machtpositionen wie einer möglichst umfassenden Aufrüstungspolitik entsprang.

Die neuen Einrichtungen trugen demgemäß zunächst das Signum des Provisorischen, das eine gewisse Ratlosigkeit über den künftigen Kurs der Politik gegenüber den Arbeitern verriet. Die wichtigste Institution war die einige Tage nach Zerschlagung der Gewerkschaften geschaffene „Deutsche Arbeitsfront“. Selbst manche Arbeiter, die den prinzipiell arbeiterfeindlichen Charakter des neuen Systems nicht durchschauten, gaben sich der Illusion hin, hier entstehe eine nationalsozialistische Einheitsgewerkschaft – eine Ansicht, die nicht zuletzt auch vom überwiegenden Teil des Mittel- und Kleinunternehmertums geteilt wurde, wie die Warnungen der Verbände vor der Aktivität der DAF beweisen. Ihrer Struktur wie ihrem Selbstverständnis und Anspruch nach – Trägerin und Organisatorin einer konfliktfreien Volksgemeinschaft zu sein – repräsentierte die Arbeitsfront jedoch in beinahe klassischer Form jene Ideologie, die man mit allem Vorbehalt als nationalsozialistisch bezeichnen kann. Trotz ihres Charakters als Parteiinstitution zur Disziplinierung und ideologischen Durchdringung der Arbeiterschaft entwickelte die Arbeitsfront in den folgenden Jahren andererseits aber ein von der Industrie wie von der staatlichen Bürokratie nicht erwartetes und häufig unerwünschtes Eigengewicht, das in einzelnen Fragen auch zugunsten der Arbeiter wirken konnte.

Die Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Industriegesellschaft wurde auch von den Nationalsozialisten nicht außer Kraft gesetzt, dann zumal, wenn das Selbstinteresse der Arbeitsfront gelegentlichen Druck auf die Unternehmer erzwang, um die eigene Unentbehrlichkeit – verschleiern als neutrale Schlichterinstanz über den Parteien des Arbeits-„Marktes“ gedeutet – zu erweisen¹.

Der entscheidende mobilisierende Effekt der DAF bestand in der Folgezeit in der psychologischen Integration großer Teile der Arbeiterschaft in den nationalsozialistischen Staat. Das war umso bedeutsamer, als die Arbeiterklasse sich bis 1933 gegenüber faschistischer Phraseologie als relativ immun erwiesen hatte. Auch das Hitler-Regime bedurfte im Interesse seiner inneren und äußeren Ziele eines relativ breiten Konsens, der es ihm ermöglichte, dann umso brutaler Minderheiten verfolgen zu können. Der von Hitler mit Hilfe der DAF angestrebte Integrationsprozeß dürfte in den folgenden Jahren relativ erfolgreich verlaufen sein, wenn auch nach wie vor aktive Minderheiten hartnäckigen Widerstand leisteten. Zu diesem relativen Erfolg des Regimes trugen spektakuläre „Kraft-durch-Freude“-Reisen ebenso bei wie einzelne Maßnahmen zur Verbesserung der äußeren Arbeitsbedingungen, eine scheinbare Gleichbehandlung und Gleichheitsideologie innerhalb des Reichsarbeitsdienstes ebenso wie die ständig wiederholten Propagandaphrasen vom „deutschen Sozialismus“ und den meßbaren und jedermann einleuchtenden Erfolgen der Arbeitsbeschaffungspolitik. Diese Ideologie vorgeblicher Gleichheit, die die tatsächliche Ungleichheit und die vorgegebene Klassenstruktur der Gesellschaft verschleierte und verfestigte, fand ihren institutionellen Ausdruck in der Eingliederung der Arbeitgeberverbände in die DAF, die von ihren zynischen Initiatoren als das „Ende des Klassenkampfes in Deutschland“ gepriesen wurde.

Das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ (20. Januar 1934) bilanzierte die gewaltsame Veränderung der Arbeitsverfassung und bildete in den folgenden Jahren das Grundgesetz der betrieblichen und überbetrieblichen Beziehungen im Dreieck Partei – Unternehmer – Arbeiter. Es stabilisierte den politisch-propagandistischen Einfluß der Deutschen Arbeitsfront, sicherte die ideologische Beeinflussung der Arbeiter, die totalitäre Verplanung der Freizeit-Aktivitäten und erhob sie zur alleinigen Repräsentanz des „schaffenden Volkes“, wie die bombastische Umschreibung von Arbeitern und Unternehmern lautete. Die DAF war damit eine der großen Propagandaeinrichtungen des Regimes geworden, vollständig gleichgeschaltet mit den Zielen der Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen. Andererseits blieb ihr die Kontrolle der Lohn- und Tarifpolitik verschlossen, die die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO) 1933 angestrebt hatte. Das beeinträchtigte zwar nicht ihre politisch-ideologischen Möglichkeiten der permanenten Mobilisierung und totalitären Ausrichtung der Arbeitnehmer – im Gegenteil: hier entwickelte die DAF die typische Dynamik nationalsozialistischer Massenorganisationen mit nicht genau fixiertem Ziel, außer dem, ständig weiter zu expan-

¹ Hierzu Tim Mason, *Labour in the Third Reich 1933–1939*, in: *Past and Present*, April 1966.

dieren –, schaltete sie jedoch von der konkreten Gestaltung der betrieblichen Verhältnisse aus. Gegen etwaige Ansprüche der DAF auf diesem Gebiet setzte sich die Industrie zumeist erfolgreich zur Wehr, hatte sie doch mit den 1933 vom Arbeitsminister ernannten „Reichstreuändern der Arbeit“ ein Organ, das voll und ganz ihre Interessen vertrat. Das bedeutete die Niedrighaltung der Löhne zugunsten hoher Profite und schneller Aufrüstung. Die innerbetrieblichen Beziehungen wurden nach dem patriarchalisch-feudalen Muster frühindustrieller Unternehmen geregelt und als Übertragung des Führerprinzips auf die Wirtschaft gefeiert. Nirgendwo zeigt sich die Entmündigung und Degradierung der Arbeitnehmer deutlicher, klangen die Phrasen von der „Wiederherstellung der Ehre des deutschen Arbeiters“ hohler als auf dem Hintergrund der neuen Betriebsverfassung, die alle mühsam erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert zunichte machte.

Die konkreten Maßnahmen der Arbeitskräfte-Lenkung bis zur Entfesselung des Krieges, so verschieden sie im einzelnen waren, ordneten sich immer den großen Zielen des Regimes, zunächst der eigenen Herrschaftsstabilisierung, dann der kriegswirtschaftlichen Mobilisierung unter. Erste Beschränkungen der Freizügigkeit wurden bereits im Mai 1934 in Form des Zuzugsverbotes in städtische Ballungszentren dekretiert², ihr Hauptzweck war jedoch zunächst noch weniger die Rüstungspolitik als der Schutz der Landwirtschaft und die Arbeitsbeschaffung. Diese Motive standen bei vielen Anordnungen zwischen 1933 und 1935 im Vordergrund. Systematische Eingriffe zur Sicherung rüstungswichtiger Projekte waren demgegenüber unerheblich, da angesichts des Millionenheeres von Arbeitslosen die Verfügbarkeit von Arbeitern kein Problem darstellte. Die ersten bedeutenderen Engpässe zeigten sich im Laufe des Jahres 1936 in der Bau- und Metallindustrie. Sie waren das Signal für weitere, jetzt deutlich rüstungswirtschaftlich orientierte Eingriffe in den Arbeitsmarkt. Das Regime konnte unerwünschte Lohnsteigerungen, wie sie sich 1936 in den expandierenden Branchen der Investitionsindustrie häuften, nicht zur Regel werden lassen, wollte es seine Aufrüstungspolitik – das aber hieß auch Umverteilung zugunsten des Staates – nicht gefährden. Die bislang unsystematisch betriebenen Kontrollen wurden daher systematisiert und verschärft.

Die Einführung des Vierjahresplans stellt folgerichtig eine erste große Zäsur auch im Bereich der Arbeitspolitik dar. Der Arbeitseinsatz, bislang allein dem Arbeitsministerium unterstellt, wurde als eigene Geschäftsgruppe der Vierjahresplan-Organisation zugeordnet. Damit sollte eine straffe Koordinierung gewährleistet und der „Bedarf an Arbeitskräften für die staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Aufgaben“ – so die Umschreibung der Rüstungspolitik – sicher-

² Siehe die einschlägigen Anordnungen des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Regelung des Arbeitseinsatzes in Berlin und im Raum Hamburg vom 17. 5. 1934 und 30. 8. 1934. Sie stützten sich auf das Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. 5. 1934, das der Arbeitsverwaltung weitreichende Vollmachten gab.

gestellt werden. Mit einer Flut von Anordnungen unternahm der Beauftragte für den Vierjahresplan³ ab November 1936 den Versuch, in den strategischen Bereichen der deutschen Volkswirtschaft dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Rüstungs-unwichtige Branchen, darunter fielen vor allem die Verbrauchsgüterindustrien, erhielten Einstellungsverbote, um den allzu knappen Bestand an Arbeitern, insbesondere gelernten Facharbeitern, in wehrwirtschaftlich wichtige Unternehmen umzulenken. Das Ergebnis war eine einschneidende Veränderung der Arbeitskräftestruktur, da bereits 1936 nur noch eine geringe Manövrierreserve an Arbeitslosen vorhanden war. Folgende Fakten bestimmten 1936 die veränderte Politik:

Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich zwischen Januar 1933 und September 1936 von 6 auf 1,1 Millionen verringert, dementsprechend war die Zahl der abhängig Beschäftigten von 12,1 auf 18 Millionen angestiegen. Ab 1937 herrschte nicht zuletzt dank einer expansiven Rüstungskonjunktur Vollbeschäftigung. In der Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren zeigten sich deutliche Disparitäten, die die Prioritäten des Regimes widerspiegelten und nunmehr eine wichtige Quelle der Spannungen am Arbeitsmarkt bildeten. Ein Vergleich der geleisteten Arbeitsstunden in zwei sehr unterschiedlichen Wirtschaftszweigen, dem Maschinenbau und der Textilindustrie, mag das verdeutlichen⁴: Setzt man 1929 = 100, so war die Gesamtarbeitsleistung im Maschinenbau 1932 bei einem Index von 44 auf weniger als die Hälfte abgesunken, um sich dann in den folgenden fünf Jahren bis 1937 (Index 143) mehr als zu verdreifachen. Das Arbeitsvolumen des letzten Jahres vor der Krise wurde um 43 % überschritten. Auf der anderen Seite stieg der Index der geleisteten Arbeitsstunden im Textilsektor zwischen 1932 und 1937 sehr viel bescheidener an: 1929 = 100, 1932 = 70, 1937 = 93. Hier und in vergleichbaren Branchen sah das Regime weiterhin eine potentielle Reserve an Arbeitskräften, die ab 1937 durch gezielte Maßnahmen noch stärker als bis dahin bereits geschehen gemäß den politisch festgelegten Präferenzen aktiviert werden sollte.

Es zeigte sich aber schon 1938, daß die Möglichkeiten indirekter, wenn seit 1936 auch relativ systematischer Steuerung des Arbeitsmarktes unzureichend waren. Der Rüstungs- und Investitionsboom der vorausgegangenen Jahre hatte die Zahl der Arbeitslosen weiter auf einen bis dahin unbekanntem Tiefstand (300 000 bei 20,5 Mill. beschäftigten Arbeitnehmern im Mai 1938) absinken lassen. Allen Schutzmaßnahmen und aller Propaganda zum Trotz waren selbst aus der besonders geförderten Landwirtschaft über 400 000 Arbeitnehmer, das entsprach immerhin 6 % des Standes von 1933, in andere Wirtschaftszweige abgewandert. Diese teils unerwünschte, wie im Fall der Landwirtschaft, teils erwünschte Abwanderung, wie im Fall der Textilindustrie, verlief regional und nach Branchen 1937/38 allzu unterschiedlich, so daß das Regime 1938 den Zeitpunkt direkter Eingriffe gekom-

³ Siehe hierzu den Überblick bei Viktor Grohmann, *Der Arbeitseinsatz nach den arbeits-einsatzpolitischen Maßnahmen des Beauftragten für den Vierjahresplan*, Diss. jur. Leipzig 1939.

⁴ Berechnet nach den Angaben bei Jürgen Kuczynski, *Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus*, Bd. 6, Berlin 1964, S. 154.

men glaubte. Geling es nicht, aus dem vorhandenen Arbeitskräftebestand weitere Reserven zu aktivieren, so wäre eine weitere Arbeitermobilisierung für Zwecke der Rüstung nur noch über eine intensive Einbeziehung von Frauen in die Produktion oder über eine Vergrößerung der Zahl ausländischer Arbeiter denkbar gewesen. Beide Alternativen schieden zunächst aus, da in einem Fall allzuviel ideologische Hemmungen bestanden, und der andere Weg in den dreißiger Jahren angesichts der seit der Krise verstärkten Abschließung der nationalen Volkswirtschaften und der politisch bedingten Isolierung des Reiches nicht gangbar war. Die konkrete Alternative beschränkte sich deshalb auf sehr weitgehende Lohnanreize, um weitere Fachkräfte an die rüstungswirtschaftlichen Nachfragezentren zu lenken oder auf den Weg direkten Zwanges. Das Regime, entschlossen, das Rüstungstempo auch um den Preis innerer Unzufriedenheit weiter zu beschleunigen, entschied sich für den Weg offener Militarisierung der Arbeitsverhältnisse und führte im Juni 1938 anlässlich des Westwallbaues die Teildienstverpflichtung ein. Sie wurde im Februar 1939 zur unbegrenzten und umfassenden Dienstverpflichtung erweitert⁵ und schließlich bei Kriegsbeginn nur noch unwesentlich ergänzt. Die Arbeiter, vor allem die 400 000 zum Westwallbau und für andere Vierjahresplan-Projekte dienstverpflichteten, waren ganz im Sinne der Ideologie totaler Militarisierung zu „Wirtschaftssoldaten“ geworden. Der 1. September 1939 markierte, zumindest von den *Möglichkeiten* der Mobilisierung und Lenkung her gesehen, nur noch den Übergang vom Zustand des „Als-ob-Krieges“ zum tatsächlichen Kriegszustand.

Die Bilanz von sechs Jahren Arbeitskräftemobilisierung wies bei Beginn des Krieges wichtige Guthaben im Sinne des Regimes auf: Millionen von Arbeitslosen waren überraschend schnell in den Arbeitsprozeß eingegliedert worden, gleichzeitig hatte sich ein tiefgreifender Strukturwandel zugunsten der präferierten Industrien vollzogen, mit allen gesellschaftspolitischen Konsequenzen verstärkter Monopolisierung, die mit der Expansion der rüstungswichtigen Industrien verknüpft war. Des weiteren hatte das Regime die gewaltigen Kosten der Aufrüstung – die Schätzung der direkten Rüstungskosten schwankt für 1933–1939 zwischen 45 und 90 Milliarden Mark oder 10–20 % des kumulierten Volkseinkommens – zu Lasten der breiten Schichten der deutschen Bevölkerung verwirklichen können, ohne daß es zu allzu krassen Disparitäten im Lohngefüge, zu offener massenhafter Unzufriedenheit oder gar zu größerem Widerstand gekommen wäre. Die ideologische Manipulierung der Arbeiterschaft durch die Arbeitsfront wie die Einschätzung vieler Arbeiter, daß es im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise kontinuierlich aufwärts gegangen sei – der Vergleich zu 1928/29 wurde nur noch selten gezogen –, schufen jene relativ stabile innenpolitische Grundlage, auf der Hitler seine Politik der außenpolitischen Erpressungen und des Terrors gegenüber Minder-

⁵ Verordnungen zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung vom 22. 6. 1938 u. 13. 2. 1939, Reichsgesetzblatt I 1938, S. 652 u. 1939, S. 206.

heiten gründen konnte. Wie kraß die tatsächliche Ausbeutung jedoch war, beweist die Statistik: Die realen Wochenlöhne stiegen im Jahresdurchschnitt 1933/39 um 2,8 %, gleichzeitig erhöhte sich aber das Volkseinkommen um jährlich 8,2 %, wiesen die Profite der großen Kapitalgesellschaften Wachstumsraten von jährlich 36,5 % auf und sank der Anteil der Löhne am Volkseinkommen von 57 % auf 52 %⁶. Erst 1938 erreichte die Kaufkraft der Arbeitnehmer – bei beträchtlich verlängerter wöchentlicher Arbeitszeit – wieder das Niveau von 1929, wohingegen der Anteil der Rüstungsausgaben von 1 % 1929 auf 16 % des Nationaleinkommens 1936/38 gestiegen war. Der hohe Stand der Aufrüstung verdeckte 1939 jedoch eine entscheidende strukturelle Schwäche des deutschen Potentials: Das Regime konnte im Inland kaum noch zusätzliche Arbeitskraftreserven im Falle kriegerischer Auseinandersetzung mobilisieren, während die möglichen Gegner auf lange Frist ihr Potential beträchtlich erweitern konnten. Nicht zuletzt diese Tatsache sollte den Zweiten Weltkrieg entscheiden.

II

Ähnlich wie in der Vorkriegszeit weist die Politik der Arbeitskräftemobilisierung auch während des Krieges verschiedene Etappen auf. Es läßt sich zumindest eine Periode friedensähnlicher Kriegswirtschaft bis Anfang 1942 von den letzten drei Jahren des Krieges unterscheiden. Das Ende der ersten Periode deckt sich zeitlich etwa mit der Bestellung Speers und Sauckels als Rüstungsminister beziehungsweise Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Im zweiten Abschnitt, zunächst gekennzeichnet durch eine relativ erfolgreiche Mobilisierung der Ressourcen im Inland bei gleichzeitigem Ende der großen militärischen Erfolge im äußeren, läßt sich eine weitere Zäsur im Frühjahr 1943 erkennen. Sie bedeutete jedoch keine der ersten Zäsur vergleichbare Periodisierung, da sich die Methoden der Mobilisierung nach der Schlacht von Stalingrad zwar verschärften, die kriegswirtschaftlichen Probleme des umfassenden Zweifrontenkrieges, wie sie bereits seit 1942 bestanden, grundsätzlich unverändert blieben.

Einen ersten Einblick in die Entwicklung der Arbeitskräftemobilisierung im Gesamtzeitraum gestattet die Statistik des Arbeitseinsatzes, die sich in der folgenden Tabelle allein auf die zeitliche Abfolge der Beschäftigten bezieht, nur differenziert nach In- und Ausländern sowie nach dem Geschlecht⁷:

⁶ Nähere Hinweise und Quellenangaben bei Dieter Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich*, Stuttgart 1968, S. 167 f.

⁷ Nicholas Kaldor, *The German War Economy*, Manchester Statistical Society, May 1946.

Mobilisierung der Arbeitskräfte im Reich* (in Mill.)

Zeitpunkt	Deutsche Arbeitskräfte			Ausländer und Kriegs- gefangene	Alle zivilen Arbeits- kräfte
	Männer	Frauen	Insgesamt		
Mai 1939	24,5	14,6	39,1	0,3	39,4
Mai 1940	20,4	14,4	34,8	1,2	36,0
Mai 1941	19,0	14,1	33,1	3,0	36,1
Mai 1942	16,9	14,4	31,5	4,2	35,5
Mai 1943	15,5	14,8	30,5	6,5	36,6
Mai 1944	14,2	14,8	29,0	7,1	36,1
Sept. 1944	13,5	14,9	28,4	7,5	35,9

* Einschließlich Österreich und Sudetenland.

Bereits diese Aufstellung zeigt einige der wichtigen Probleme, mit denen sich die Verantwortlichen der deutschen Arbeitseinsatzpolitik konfrontiert sahen: Die Zahl der männlichen deutschen Beschäftigten sank ständig ab und betrug 1944 gerade noch 55 % des Standes von 1939. Auf der anderen Seite gelang es nicht, aus Gründen, die später noch zu nennen sind, die Zahl der beschäftigten deutschen Frauen zu erhöhen. Bis 1941 verringerte sie sich sogar, um erst dann zögernd wieder anzusteigen. Die Lösung suchte man in der Eingliederung von Millionen Ausländern in die deutsche Kriegswirtschaft. Diese Gruppe – auf die hier nicht eingegangen werden soll – repräsentierte 1944 immerhin 21 % des Gesamtarbeitspotentials und ihr allein war es zuzuschreiben, daß die Beschäftigtenzahl zwischen 1940 und 1944 konstant gehalten werden konnte, ohne allerdings jemals wieder den Vorkriegsstand zu erreichen. In einem für die Kriegswirtschaft zentralen Bereich erwies sich die Politik der Arbeitskräftemobilisierung als relativ erfolgreich: Die Beschäftigtenzahl in der Industrie war 1944 mit 10,8 Mill. ebenso hoch wie 1939, dem Jahr intensivster Anspannung des Arbeitsmarktes, einige besonders rüstungswichtige Zweige wie z.B. die chemische Industrie (Zuwachs: 30 %), die Kraftstoffindustrie (85 %), die Elektroindustrie (26 %), die optische (41 %) und die Maschinen-, Stahl- und Fahrzeugbau-Industrie (43 %) wiesen zwischen 1939 und 1944 sogar beachtliche Zuwachsraten auf.

Im Ergebnis der während des Weltkrieges betriebenen Umschichtung der Arbeitskräfte änderte sich sowohl die Gesamtstruktur der im Reich Beschäftigten als auch das relative Gewicht innerhalb des industriellen Bereiches⁸: Der Anteil der Industrie stieg in den fünf Kriegsjahren von 27,8 % auf 30,2 %, jener des kriegswichtigen Verkehrssektors von 5,4 % auf 6,5 %, andererseits verringerte sich das Gewicht des Handwerks von 13,5 % auf 9,2 %, des Distributionsbereichs von 11,7 % auf 8 %. Entsprechende kriegsbedingte Verschiebungen bedeuteten in der Industrie, daß die Grundstoffindustrien ihren Beschäftigtenanteil an der Gesamtindustrie von 20 % auf 25 % verstärkten, die Konstruktions-(Investitions-)Industrien von 34 % auf 47 % anstiegen, die Bauwirtschaft sich von 13 % auf 7 % verringerte

⁸ R. Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 1963, S. 139ff.

und die sonstigen Verarbeitungsindustrien (vor allem identisch mit den Verbrauchsgüterindustrien) von 33 % auf 21 % sanken. Die angegebenen Daten nehmen bereits einige wichtige Ergebnisse der Arbeitseinsatz-Politik vorweg, ohne allerdings Näheres zu den dahinter stehenden Mobilisierungsmaßnahmen auszusagen. Im folgenden sollen deshalb in Anlehnung an die genannten Perioden wiederum einige Hinweise zu Einzelmaßnahmen und zur institutionellen Entwicklung gebracht werden, die zumindest einen exemplarischen Einblick in die konkreten Ziele und Methoden nationalsozialistischer Kriegsarbeitspolitik gestatten.

Die beiden ersten Kriegsjahre brachten weder bei den Institutionen des Arbeitseinsatzes noch in der Gesetzgebung größere Veränderungen. Sie waren zunächst auch nicht notwendig, da bereits wichtige Instrumente einer kriegsadäquaten Arbeitskräftesteuerung vorhanden waren, das Arbeitsbuch wie das Institut der Zwangsverpflichtung, eine relativ effiziente und mit dem Vierjahresplan gleichgeschaltete Arbeitsverwaltung ebenso wie eine differenzierte Statistik. Das Bündel kriegswirtschaftlicher Gesetze vom Ende August und Anfang September 1939 brachte zwar Verschärfungen und Konkretisierungen bislang relativ allgemein gehaltener Maßnahmen, nicht aber eine vollständige Veränderung des status quo. Selbst die Verordnung über die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels⁹ bedeutete nur die Abrundung des vollständigen behördlichen Zugriffs auf alle Arbeitsplätze, der dank Dienstverpflichtung und den umfassenden Kontrollmöglichkeiten der Arbeitsverwaltung de facto auch vorher bestanden hatte. Immerhin schaltete sie jedes denkbare Risiko ungeplanter Änderungen der Arbeitskräftestruktur aus und bildete somit eine weitere Voraussetzung für die spätere erwünschte Verlagerung hin zur Rüstungswirtschaft. Zunächst jedoch änderte sich nicht allzuviel – bis Sommer 1940 wurde die überkommene Beschäftigungsstruktur eingefroren, um zunächst den Stoß massenhafter Einziehung von Arbeitskräften zur Wehrmacht aufzufangen. Anders als zu Beginn des Ersten Weltkrieges und auch abweichend von den Erfahrungen anderer kriegsführender Länder ermöglichte es eine umfassende bürokratische Kontrolle, die befürchtete Arbeitslosigkeit in den ersten Kriegsmonaten zu vermeiden.

Ähnlich den Verordnungen über Freizügigkeit wurden auch die Bestimmungen über den formell immer noch gültigen, wenn auch längst vielfach durchlöchernten Lohnstop verschärft. Aber auch hier bestätigt sich die Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Möglichkeiten und der Praxis, das heißt, die Verordnungen übten eine stärker deklaratorische denn praktische Funktion aus. Soweit Umschichtungen hin zur Rüstungsindustrie stattfanden, bewirkten sie im Gegensatz zur offiziell bekundeten Absicht¹⁰ steigende Löhne¹¹. In diesem speziellen Fall wie ganz allge-

⁹ Reichsgesetzblatt I 1939, S. 1685. Hierzu auch den Bericht von Dr. Letsch, Die Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels im Kriege, Reichsarbeitsblatt II 1939, S. 545 ff.

¹⁰ Siehe dazu die Hinweise bei Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. I, Berlin 1969, S. 70 ff.

¹¹ Setzt man den Index der Bruttowocheilöhne im September 1939 = 100, so lag er im März 1941 bei 110,4. Hierzu „Wirtschaft und Statistik“, April 1942.

mein in der Frage der kriegswirtschaftlichen Mobilisierung profitierte das Regime von den in diesem Ausmaß unerwarteten „Blitzsiegen“ des ersten Kriegsjahres, die das deutsche Wehrwirtschafts-Potential sehr viel weniger beanspruchten als ursprünglich befürchtet. In der Fehleinschätzung, der Krieg sei so gut wie gewonnen, drängte Hitler persönlich auf einen relativ geringen Mobilisierungsgrad, da er zumindest in der Frühphase des Krieges bestrebt war, einer drohenden Verschlechterung der „Massenstimmung“ vorzubeugen. So wurden die bei Kriegsbeginn gestrichenen Zuschläge für Nacht- und Feiertagsarbeit ebenso wieder eingeführt (November 1939) wie die Zuschläge für Mehrarbeit¹². Gerade diese Zuschläge waren für die Arbeiter besonders attraktiv, da 1939 die Arbeitszeit verlängert worden war und zumindest in Teilen der Rüstungsindustrie der Zehnstundentag zur Regel wurde, obwohl formell weiterhin der Achtstundentag galt. Selbst das Institut der Dienstverpflichtung blieb unwichtiger als es der Trend zur Militarisierung der Arbeitsbedingungen vor Kriegsbeginn hätte vermuten lassen. Nach einem Höhepunkt um die Jahreswende 1939/40 sank die Zahl der Dienstverpflichteten von 1,4 Millionen (Januar 1940) auf 0,68 Mill. im Oktober 1942 – nicht zuletzt deshalb, weil das System der Arbeitslenkung ausreichende Gewähr für die gewünschte Verteilung der Arbeitskräfte bot.

Ein Ergebnis der ersten, der „Blitzkrieg“-Phase der Arbeitskräftemobilisierung steht damit fest: Der militärische Verlauf veranlaßte die nationalsozialistische Führung, die tatsächliche Belastung, gemessen auch an den Erfahrungen anderer Länder, relativ niedrig zu halten. Die Mobilisierung war in diesem Zeitraum weniger umfassend als in Großbritannien, dessen Arbeitskräfteeinsatz von 1939 bis 1942 ohne die vergleichbare Möglichkeit der Fremdarbeiterrekrutierung um 8% gesteigert wurde¹³. Das andere Ergebnis deutete sich bereits im größeren Zusammenhang der quantitativen Wandlungen der Beschäftigungsstruktur an: Soweit bereits in der „Blitzkrieg“-Phase Umschichtungen erforderlich waren, wurden sie ohne große Schwierigkeiten gemeistert. Dabei gilt es zu bedenken, daß die tatsächlichen Strukturänderungen bis 1941/42 relativ bescheiden waren. Auch dies mag ein Beispiel verdeutlichen: Zwischen 1939 und 1944 stieg die Beschäftigungszahl in den kriegswichtigen Investitionsgüterindustrien insgesamt um 36%, davon bis 1941 gerade um 11%. Der entscheidende Schub erfolgte erst in den folgenden drei Jahren. Das Regime hatte zwar alle legislativen und institutionellen Voraussetzungen für eine größere Mobilisierung der Arbeitskräfte bis Ende 1939 geschaffen, die praktischen Folgen waren jedoch bis 1942 nicht allzu einschneidend, da jahrelang bereits ein relativ hoher Stand der Mobilisierung verwirklicht worden war.

Die zweite Kriegsperiode der Arbeitseinsatzpolitik fällt mit der Umstellung der deutschen Wirtschaft von einem beinahe „friedensähnlichen“ Konzept auf die An-

¹² Verordnung über die Wiedereinführung der Mehrarbeitszuschläge vom 3. 9. 1940, Reichsgesetzblatt I 1940, S. 1205.

¹³ Es sei hier auf die vergleichende Betrachtung von Burton H. Klein, *Germany's preparations for war*, Cambridge/Mass. 1959, vor allem S. 136 ff., hingewiesen.

forderungen eines langfristigen Krieges um die Jahreswende 1941/42 zusammen. Die Einsicht setzte sich zögernd durch, daß der Überfall auf die Sowjetunion nicht nach dem bislang im Sinne des Regimes erfolgreichen Schema des „Blitzkrieges“ – schwerpunktmäßige Konzentration auf jeweils ein Teilgebiet – beendet werden konnte. Institutioneller Ausdruck der neuen Strategie war im Bereich der „Arbeitseinsatz“-Politik die Bestellung des thüringischen Gauleiters Sauckel zum Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz. Mit Verordnung vom 27. März 1942 wurden ihm die bisherigen Aufgaben der aufgelösten Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan, vor allem die Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte gemäß den Anforderungen des Rüstungsministers übertragen. Diese Befugnisse wurden in den folgenden Monaten von Hitler laufend erweitert, so etwa durch Übertragung aller Vollmachten, die dem Reichsarbeitsminister bislang im Rahmen des Vierjahresplans zustanden, des Rechtes, alle Maßnahmen zu ergreifen, die der Forderung nach Maximierung des Arbeitseinsatzes entsprachen, und die Bevollmächtigung, in seinem Geschäftsbereich alleinverantwortlich, d. h. unabhängig vom Arbeitsministerium Personalpolitik zu betreiben¹⁴. Dank dieser Vollmachten wurde Sauckel, gestützt auf die Gauleiter, die er mit seiner ersten Anordnung vom 6. 4. 1942 zu seinen Bevollmächtigten ernannte, die entscheidende Figur im Bereich der Arbeitseinsatzpolitik. Obwohl er seine Aufgabe vor allem in der Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte sah, gelang es ihm durch gleichzeitige Verschärfung der Methoden zur Erfassung deutscher Arbeiter – als Beispiele seien hier sogenannte „Auskämm-Aktionen“ und Einstellungsperren in rüstungsunwichtigen Bereichen erwähnt –, die Zahl der beschäftigten Deutschen in der Rüstungswirtschaft in kurzer Zeit beträchtlich zu steigern, 1942 allein um etwa 1,3 Millionen.

Diese schnelle Mobilisierung warf besondere qualitative Probleme auf, da sich jetzt zwangsläufig die Konkurrenz zwischen Rüstungswirtschaft und Wehrmacht bei Facharbeitern verschärfte. Metall- und Chemiearbeiter, Techniker und Maschinisten wurden z. B. 1942 in höherem Maße zur Wehrmacht eingezogen als Angehörige vom Dienstleistungsberufen¹⁵, mit der Folge, daß die Produktivität in der Rüstungswirtschaft 1942 stark absank, zumal die Arbeitsleistung ausländischer Arbeiter in der Regel niedriger anzusetzen war als jene deutscher Arbeiter¹⁶. Die Arbeitseinsatzbehörden versuchten dem teils durch Lohn- und Prämienanreize, teils durch Ausdehnung der Arbeitszeit zu begegnen. Allzu große Bedeutung dürfte der letzteren Methode jedoch – mit Ausnahme der Fremdarbeiter – nicht zugekommen

¹⁴ VO über die Rechtsetzung durch den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 25. Mai 1942, Reichsgesetzblatt I 1942, S. 347; Erster und Zweiter Erlaß des Führers zur Durchführung des Erlasses über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 30. 9. 1942 und 4. 3. 1943.

¹⁵ Hierzu Vermerk des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 6. 4. 1943, Archiv Inst. f. Zeitgeschichte, Ma-125.

¹⁶ Kuczynski, a.a.O., S. 286, führt eine Statistik Sauckels für das Jahr 1942 an, wonach die Leistung ausländischer Kriegsgefangener bei 40 bis 90 % deutscher Arbeiter lag.

sein, da selbst zwischen 1941 und 1944 die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit deutscher Arbeiter nicht die 50-Stunden-Grenze überschritt.

Der entscheidende Versuch einer umfassenden „totalen Mobilisierung“ der deutschen Bevölkerung während des Krieges wurde zu Beginn des Jahres 1943 unternommen. Angesichts der für das Regime katastrophalen Verschlechterung der militärischen Lage – die Kapitulation von Stalingrad stand unmittelbar bevor – erging am 13. Januar 1943 ein sogenannter „Führererlaß“ über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung mit der Absicht, „alle Männer und Frauen, deren Arbeitskraft nicht oder nicht voll ausgenützt ist, zu erfassen und ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend zum Einsatz zu bringen“¹⁷. Konkret sah der geheime Erlaß vor allem die folgenden Mobilisierungsmaßnahmen vor, die einige Wochen später jeweils in gesonderten Verordnungen veröffentlicht wurden:

1. Meldepflicht aller bislang nicht erfaßten Männer vom 16. bis zum 65. Lebensjahr, aller Frauen von 17 bis 45 Jahren, mit dem Ziel, bislang ungenutzte Reserven dem Kriegeinsatz zuzuführen¹⁸;
2. der Reichswirtschaftsminister und andere oberste Reichsbehörden erhielten die Vollmacht, kriegsunwichtige Betriebe stillzulegen, um die freiwerdenden Arbeitskräfte für Zwecke der Kriegführung einzusetzen¹⁹.

Die Meldepflicht-VO betraf etwa 3 Millionen Frauen und 0,5 Millionen Männer, zielte also eindeutig auf die Frauen, die bis zu diesem Zeitpunkt kaum stärker als vor 1939 in den Produktionsprozeß eingegliedert waren. Frühere Planungen der Militär- und Arbeitsbehörden, bei Kriegsbeginn mit Hilfe allgemeiner weiblicher Arbeitsdienstpflicht zusätzlich 3,5 Millionen Frauen einzugliedern²⁰, waren vollständig gescheitert. Hitler weigerte sich unter Hinweis auf die vorrangigen Frauen- und Mutterpflichten konsequent, derartigen Vorschlägen stattzugeben, und selbst eine Erweiterung der Meldepflicht auf Frauen bis zu 50 Jahren scheiterte zunächst an Hitlers Einspruch und konnte erst von Goebbels im Juli 1944 durchgesetzt werden. Finanzielle Anreize, die eine freiwillige Aktivierung gefördert hätten, existierten nicht. Im Gegenteil: Die Unterstützungssätze für Soldatenfrauen waren relativ reichlich bemessen, infolgedessen die materielle Lage nach Kriegsbeginn häufig sogar besser als zuvor. Die Lohnpolitik diskriminierte zudem bewußt die Frauen, so daß die Betriebe selbst bei gleicher Arbeit niedrigere Löhne zahlten. Dieses Prinzip vertrat Hitler aus ideologischen Motiven auch dann noch, als ihm seine Paladine mit dem Argument des wirtschaftlichen Schadens von einer not-

¹⁷ Erlaß, abgedruckt in Ursula von Gersdorff, *Frauen im Kriegsdienst 1914–1945*, Stuttgart 1969, S. 375 ff.

¹⁸ VO über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung, vom 27. 1. 1943, Reichsgesetzblatt I, S. 67.

¹⁹ VO zur Freimachung von Arbeitskräften für kriegswichtigen Einsatz, vom 29. 1. 1943, Reichsgesetzblatt I, S. 75.

²⁰ 2. Sitzung des Reichsverteidigungsrates am 23. 6. 1939, Nürnberger Dok. 3787-PS, IMT 33, S. 147 ff.

wendigen Revision zu überzeugen versuchten²¹. Die Tatsache, daß die Zahl der hauswirtschaftlich Beschäftigten fünf Jahre nach Kriegsbeginn mit 1,38 Millionen den Stand von 1939 nur geringfügig (um 13 %) unterschritt²², rundet das Bild der gescheiterten Fraueneinsatzpolitik nur noch ab. Zweifellos gelang es Sauckel seit 1943, die Zahl der beschäftigten deutschen Frauen nicht unwesentlich zu steigern – aufgrund der Meldepflicht-VO nahmen nach Sauckels Angaben bis einschließlich Mai 1943 1,1 Mill. Frauen eine Arbeit auf²³ –, doch dürften sich die echten Gewinne auf höchstens eine halbe Million belaufen haben, da aus den verschiedensten Gründen auch beachtliche Rückgänge zu verzeichnen waren. Für die Gesamtwirtschaft ist zwischen Mai 1942 und Mai 1944 ein Frauenzuwachs von 3–4 % zu registrieren, in der Industrie allerdings stieg die Beschäftigtenzahl durch Neuzugänge und Umstrukturierung um 30 % auf 3,4 Millionen. Zumindest im Bereich der engeren Kriegswirtschaft zeigten sich somit in der Phase des totalen Krieges, vor allem im Jahre 1944, das den absoluten Höchststand der industriellen Produktion brachte, gewisse Erfolge. Sie wurden von Goebbels, seit Juli 1944 Bevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz, bis Ende 1944 mit einer letzten Anstrengung fortgeführt. Am Ergebnis des Krieges änderten einige hunderttausend zusätzliche Rüstungsarbeiter jedoch nichts, es sei denn in jenem verhängnisvollen Sinn, daß ihre fehlgeleitete Einsatzbereitschaft den Krieg um einige Monate verlängerte.

Ein zusammenfassendes Fazit *des Verlaufs* nationalsozialistischer Mobilisierungspolitik zu ziehen, wäre angesichts der Verschiedenheit der taktischen Ziele und jeweiligen Methoden und der divergierenden Ergebnisse in den einzelnen Perioden vor und während des Zweiten Weltkrieges nicht sehr sinnvoll. Erwähnt sei abschließend nur ein Aspekt: Die überraschende Diskrepanz zwischen totalitärem Anspruch und relativ geringer Mobilisierung in der ersten Hälfte des Krieges, überraschend auch deshalb, weil es zur Militarisierung der nationalsozialistischen Arbeitsverfassung vor 1939 keine Parallele gab. Die Irrationalität des Systems wandte sich hier gegen seine Urheber, die zwar die millionenfache Versklavung ausländischer Bürger praktizieren konnten, sich aber nicht den Blick für die langfristig wirksamen Machtverhältnisse bewahrten.

Einheitlich war dagegen die *Grundkonzeption* nationalsozialistischer „Arbeitseinsatz“-Politik von ihrem Beginn bis zum Ende: Die Arbeitskraft des Volkes immer nur als Instrument zu nutzen und zu mißbrauchen, um den Herrschaftsanspruch und die Expansionsziele nach innen und außen durchzusetzen.

²¹ Besprechung Hitlers mit Ley, Lammers und Sauckel am 25. 4. 1944, Nürnberger Dok. NG-3163.

²² Wagenführ, a.a.O., S. 139; im gleichen Zeitraum verringerte sich die entsprechende Zahl in England von 1,2 Mill. auf 0,5 Mill.

²³ Sauckel an Hitler am 3. 6. 1943, Nürnberger Dok. 407-PS.

LOTHAR GRUCHMANN

DIE „VERPASSTEN STRATEGISCHEN CHANCEN“
DER ACHSENMÄCHTE IM MITTELMEERRAUM 1940/41

Mit dem Eintritt Italiens in den zweiten Weltkrieg mußte der Mittelmeerraum für alle kriegführenden Mächte eine erhöhte Bedeutung gewinnen. In diesem Raum schnitten sich die kürzeste See- und Landverbindung Großbritanniens zu den Gliedern seines Weltreiches innerhalb der östlichen Hemisphäre – vor allem zum Ölgebiet im Mittleren Osten – mit den Verbindungslinien Italiens zu seinen afrikanischen Besitzungen. Mit den Stützpunkten Gibraltar und Alexandrien kontrollierte Großbritannien den westlichen und den östlichen Zugang zum Mittelmeer, blockierte die Rohstoffzufuhr nach Italien über See und schnitt es von seinen ostafrikanischen Kolonien ab. Von dem zentral gelegenen Malta aus konnte es den Verkehr zwischen dem italienischen Mutterland und Tripolis unterbinden. Andererseits begünstigte die Konzentration eigener Stützpunkte im mittleren Mittelmeerraum die Möglichkeiten Italiens, seine Seeverbindungen nach Libyen zu schützen und den quer dazu verlaufenden britischen Verkehr abzufangen. Außerdem hatten sich durch die technische Entwicklung seit dem ersten Weltkrieg die seestrategischen Bedingungen für eine Erschütterung der britischen Seeherrschaft im Mittelmeer – seit jeher die Grundlage der dortigen britischen Machtstellung – grundlegend gewandelt. Durch die Verwendung von Flugzeugen, U-Booten, Minen und leichten Seekampfmitteln waren Einsatz und Operationsmöglichkeit schwerer Seestreitkräfte weitgehend eingeschränkt worden. Nunmehr war es auch einem an Seemacht unterlegenen Gegner möglich, die britische Machtstellung im Mittelmeerraum aus den Angeln zu heben, – vorausgesetzt, daß er über überlegene Luft- und vor allem Heeresstreitkräfte verfügte, um die britischen Flottenstützpunkte in Besitz zu nehmen. Diese Voraussetzung wurde von den Achsenmächten in den ersten Kriegsjahren erfüllt. Der Kriegseintritt Italiens öffnete daher auch der deutschen Kriegführung einen neuen Operationsraum, in dem Großbritannien selbst bei Fehlen einer deutschen Seemacht angreifbar war und von dem aus wichtige Rohstoffgebiete im Nahen und Mittleren Osten erobert und dem britischen Weltreich weitere Schläge versetzt werden konnten. Bot der italienische Kriegseintritt somit eine Chance, so barg er doch gleichzeitig eine Gefahr: er beseitigte die Deckung, die das neutrale Italien der deutschen Südflanke gewährt hatte, und ermöglichte dem Gegner, bei dem schwächeren Achsenpartner mit der Gegenoffensive anzusetzen. Wenn es den Engländern gelang, die Herrschaft im Mittelmeer zu behaupten und die Achsenmächte aus Nordafrika zu vertreiben, mußte sich für sie die Möglichkeit ergeben, über das Mittelmeer auf den Kontinent zurückzukehren. Weder die Möglichkeiten, noch die Gefahren, die der Mittelmeerraum für die Kriegführung der Achsenmächte barg, wurden von der deutschen Führung

rechtzeitig erkannt. Im Verlauf des Krieges sollte sich für die Achsenmächte zweimal – im Herbst 1940 und im Frühjahr 1941 – die Chance bieten, den Schwerpunkt ihrer Kriegführung mit *Aussicht auf Erfolg* in den Mittelmeerraum zu verlegen. Beide Chancen wurden nicht wahrgenommen.

Zum Zeitpunkt des italienischen Kriegseintritts hätte es allerdings zunächst Aufgabe der Italiener allein sein müssen, zur Verfolgung ihrer Ziele im Mittelmeer offensiv zu werden, da die deutschen Kräfte noch ganz auf die Niederwerfung Frankreichs konzentriert waren, Mussolinis Entschluß zum Kriegseintritt darüber hinaus völlig unabhängig vom deutschen Achsenpartner gefaßt wurde und für diesen Fall auch keinerlei Absprachen über eine operative Zusammenarbeit der Achsenmächte bestanden. Mussolini selbst hatte auf einer Sitzung des Faschistischen Großrats am 4. Februar 1939 die Ziele Italiens in einem von ihm als unvermeidbar angesehenen zukünftigen Krieg folgendermaßen umrissen: Die „Riegel des italienischen Gefängnisses“ Korsika, Tunesien, Malta und Zypern müßten aufgebrochen und anschließend entweder „zum Indischen Ozean durch den Sudan, der Libyen mit Abessinien verbindet, oder zum Atlantischen Ozean durch Französisch-Nordafrika“ marschiert werden. Denn gerade um für diesen beabsichtigten Krieg gegen England und Frankreich auf dem Kontinent Rücken- deckung zu erhalten, war für ihn der Abschluß des italienisch-deutschen Bündnisses „eine grundlegende historische Notwendigkeit“¹. Der italienische Generalstab war schon 1936 zu der Auffassung gelangt, daß als Voraussetzung für einen Erfolg in diesem afrikanischen Krieg gleich zu dessen Beginn *Malta* besetzt werden müsse. In einer Studie des italienischen Admiralstabes Ende 1938 hieß es ausdrücklich, daß „die Einnahme von Malta eine unerläßliche Voraussetzung für jegliche Operation von einiger Bedeutung in Nordafrika zu sein hat, denn der Versuch einer Ausschaltung der Insel allein durch Blockade von See her und durch Luftangriffe würde nicht zum Ziele führen, weil der Gegner seinen Flugzeugbestand dort durch Einfliegen ständig ergänzen könnte“². Eine zielbewußte italienische Kriegführung hätte sich daher darauf konzentrieren müssen, den Krieg – ähnlich wie später Japan mit dem Angriff auf Pearl Harbor – mit einem vom Gros seiner Flotte und Luftwaffe unterstützten überfaschenden Handstreich gegen Malta zu beginnen, zumal die Verteidigungskräfte dieses Stützpunktes im Juni 1940 in höchstem Grade unzureichend waren: Auf der fast völlig von Einfuhren abhängigen Insel standen fünf britische Bataillone und ein einheimisches Territorialregiment, die Luftabwehr bestand aus drei Doppeldecker-Flugzeugen vom Typ „Gladiator“ sowie 34 schweren und 8 leichten (statt der für erforderlich gehaltenen 112 bzw. 60) Flakgeschützen³. Aus diesem Grunde konnte Malta zunächst auch nicht als britischer Flottenstützpunkt verwendet werden; die Briten hatten zu diesem Zeitpunkt

¹ F. W. Deakin, *Die brutale Freundschaft*, Köln-Berlin 1964, S. 23.

² G. Fioravanzo, *Die Kriegführung der Achse im Mittelmeer*, in: *Marine-Rundschau* 55 (1958), S. 19.

³ I. S. O. Playfair, *The Mediterranean and Middle East*, Vol. I, London 1954 (Official History of the Second World War, U. K. Milit. Series), S. 30, 98.

sogar die Absicht einer Verteidigung der Insel im Falle eines Angriffs als undurchführbar aufgegeben⁴. Mit dem Ausfall der Flotte Frankreichs nach dem französischen Waffenstillstand war auch das Stärkeverhältnis zwischen der italienischen Flotte und den Seestreitkräften, die die Engländer im Mittelmeer verfügbar machen konnten, für die Italiener nicht ungünstig⁵. Bei einem Einsatz gegen ein italienisches Malta-Unternehmen mußte sich die britische Mittelmeer-Flotte zudem ohne ausreichenden eigenen Luftschirm in die gefährliche Nähe der starken italienischen Luftstützpunkte wagen. Die italienische Luftüberlegenheit aber war mit 1400 (nach anderen Angaben sogar über 3000) Flugzeugen⁶, denen die Engländer im gesamten Mittelmeerraum einschließlich der Flugzeugträger-Ausrüstung 200 Maschinen entgegenstellen konnten, zumindest zahlenmäßig erdrückend. Außer einer Malta-Operation hätte sich eine Ausnutzung des französischen Zusammenbruchs durch einen Einmarsch in Tunesien von Libyen aus gelohnt, um durch die Beherrschung der Meerenge von Sizilien sowohl einen besser gesicherten Übergang nach Nordafrika wie auch einen wirksamen Sperrriegel gegen die britische Mittelmeerflotte zu gewinnen und damit die strategische Position Italiens im zentralen Mittelmeerraum wesentlich zu verbessern. Durch die Überführung zur Offensive geeigneter Kräfte nach Libyen vor Kriegseintritt hätte die Voraussetzung für einen sofortigen Vorstoß nach Ägypten und dem Suezkanal geschaffen werden können, um dadurch die Verbindung mit dem abgeschnittenen Italienisch-Ostafrika wiederherzustellen und zugleich den Einfluß der Achsenmächte auf die arabischen Staaten und die Türkei zu verstärken. Eine solche Offensive hätte von Ostafrika aus durch einen Stoß in den Sudan in den Rücken der Engländer unterstützt werden können⁷. Immerhin standen in Libyen 215000 Mann und in Ostafrika 250000 Mann italienischer Truppen, während das britische Nahost-Kommando im gesamten Raum von Palästina, wo die Verbände durch drohende Araberaufstände gebunden waren, bis Kenia über knappe 100000 Mann mit ungenügender Ausrüstung verfügte, davon

⁴ A. Hillgruber, *Hitlers Strategie, Politik und Kriegführung 1940–1941*, Frankfurt a.M. 1965, S. 130, Anm. 14.

⁵ Italien: 6 (bis August 1940: 4) Schlachtschiffe, 22 Kreuzer, 55 Zerstörer, 68 Torpedoboote, 111 U-Boote. Britische Alexandria-Flotte: 4 Schlachtschiffe, 1 Träger, 7 Kreuzer, 22 Zerstörer, 12 U-Boote; dazu die Force H. (Gibraltar) mit 3 Schlachtschiffen, 1 Träger, 11 Zerstörern, die jedoch zum Teil durch Aufgaben im Atlantik gebunden war. (Vgl. F. Ruge, *Der Seekrieg 1939–1945*, Stuttgart 1954, S. 108; Playfair, a.a.O., S. 90f.).

⁶ Die Angaben differieren. Hillgruber, a.a.O., S. 129: 1400; Ploetz, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, 2. Teil: *Die Kriegsmittel*, Würzburg 1960, S. 238: 3296 (davon 1284 moderne); R. de Belot, *The Struggle for the Mediterranean 1939–1945*, Princeton 1951, S. 45: 2500–3000; G. Ciano, *Diario 1939–1940*, S. 90, Eintragung v. 29. 4. 1939: 3006 Maschinen kampftüchtig gemeldet, laut Nachrichtendienst der Flotte jedoch nur 982.

⁷ Über die strategischen Möglichkeiten Italiens beim Kriegseintritt vgl. H. v. Buttlar, Gedanken über die italienisch-deutsche Kriegführung im mittleren Mittelmeer 1940/1942 und über einige mit ihr zusammenhängende operative Probleme, in: *Wehrwissenschaftliche Rundschau* 1 (1951), S. 38ff.; R. Bogatsch, Politische und militärische Probleme nach dem Frankreichfeldzug, in: *Vollmacht des Gewissens II*, Frankfurt am Main - Berlin 1965, S. 82ff.; K. v. Tippelskirch, *Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, Bonn, 1956, S. 108f.

nur 36000 ohne schwere Panzer in Ägypten⁸. Aber statt den Versuch zu unternehmen, sich gleich zu Kriegsbeginn in den Besitz einer oder mehrerer Positionen zu setzen, die für die weitere Gesamtkriegführung im Mittelmeer wichtig waren, war ein operativ unnötiger, mit unzureichenden Kräften gegen die vorgeschobenen französischen Stellungen in den Seealpen unternommener Angriff – der vier Tage (21. 6. 1940) nach dem französischen Ersuchen um Waffenstillstand begann – die einzige Offensivhandlung, die den italienischen Kriegseintritt begleitete.

Die Gründe für Mussolinis Handlungsweise waren sowohl militärisch-rüstungsmäßige wie vor allem auch politische. Der Mangel an wehrwirtschaftlichen Rohstoffen (Erdöl, Eisen, Kohle, Gummi), der wegen fehlender Devisen auch nicht durch eine entsprechende Bevorratung hatte ausgeglichen werden können, mahnte die italienische Führung zum Haushalten und sollte in der Tat schon bald die Operationsfreiheit von Flotte und Luftwaffe beeinträchtigen. Gewisse Rüstungsmängel – vor allem die ungenügende Motorisierung und die Ausrüstung des Heeres mit veralteten Panzern und Artillerie – und taktische Schwächen⁹ sowohl innerhalb der drei Wehrmachtsteile wie auch bei deren Zusammenwirken, beeinträchtigten die operative Leistungsfähigkeit der italienischen Wehrmacht stark und mußten sich zwangsläufig hemmend auf die strategischen Überlegungen des Comando Supremo auswirken. Sie werden zweifellos dazu beigetragen haben, daß es die Italiener von vornherein unterließen, bei Kriegseintritt trotz der ausgesprochenen Schwäche der Engländer im Mittelmeerraum an einem oder mehreren entscheidenden Punkten wenigstens eine örtliche Überlegenheit zur Gewinnung strategischer Ausgangspositionen für die weitere Kriegführung im Mittelmeerraum zu schaffen. Aber der eigentliche Grund dafür, daß im Moment des Kriegseintritts nicht ein einziger operativer Plan bestand, ist wohl in der entscheidenden politischen Fehlbeurteilung der Lage durch Mussolini zu suchen, die auch seinem Entschluß zum Kriegseintritt zugrunde lag.

Bereits in der erwähnten Großrats-Sitzung vom Februar 1939 hatte Mussolini ausgeführt, daß Italien frühestens 1941/42 für einen Krieg vorbereitet sein werde, wenn wenigstens ein Teil seiner Autarkiepläne verwirklicht, die Flotte vergrößert und die Armee modernisiert sein würden. Nach dem Abschluß des „Stahlpaktes“ mit Deutschland vom 22. Mai 1939, der eine gegenseitige Beistandsverpflichtung im Kriegsfall vorsah, hatte er Hitler deshalb wiederholt auf die Notwendigkeit einer dreijährigen Friedensperiode für Italien hingewiesen und betont, daß der an sich unvermeidbare Konflikt bis dahin hinausgeschoben werden müsse. Als Hitler, ohne den vertraglich vorgesehenen Konsultationsverpflichtungen gegenüber Italien nachzukommen, im Sommer 1939 den Krieg vorbereitete und schließlich

⁸ Playfair a.a.O., S. 92 ff.: Palästina 2700, Sudan 9000, Kenia 8500, Brit.-Somaliland 1500; Tippelskirch, a.a.O., S. 109.

⁹ Über Rüstung, Organisation und Ausbildung der italienischen Wehrmacht vgl. de Belot, a.a.O., S. 35 ff.; Bogatsch, a.a.O., S. 80 f.; K. Assmann, Deutsche Schicksalsjahre, Wiesbaden 1950, S. 333 f.; G. Fioravanzo, a.a.O., S. 19, 23 f.; P. Handel-Mazzetti in: Marine-Rundschau 52 (1955), S. 9; Hillgruber, a.a.O., S. 128 f.

vom Zaun brach, verharrte Italien deshalb auch im Zustand der „Nichtkriegführung“, da Deutschland den italienischen Mangel an Rohstoffen und Kriegsmaterial durch sofortige Lieferungen nicht ausgleichen konnte. Aber die überraschenden Siege in Dänemark, Norwegen, Holland, Belgien und Nordfrankreich stießen Mussolinis besonnene Haltung um. Am 29. Mai 1940 teilte er seinen führenden Militärs mit, daß der Kriegseintritt Italiens keinen weiteren Aufschub zulasse. Seiner Ansicht nach sei „die Situation der sogenannten Alliierten eindeutig. Wenn wir noch zwei Wochen oder einen Monat warten, verbessern wir die Lage nicht, erwecken aber bei Deutschland den Eindruck, daß wir nach dem *fait accompli* kommen, wenn kaum noch ein Risiko besteht . . . Schließlich kann das alles von Wichtigkeit sein, wenn der Frieden unterzeichnet wird“¹⁰. Obwohl sich also der ungenügende Rüstungsstand, mit dem er selbst bislang Italiens Fernbleiben vom Kriege begründet hatte, kaum gebessert hatte, trat Mussolini nunmehr in den bewaffneten Konflikt ein, und zwar auf Grund der politischen Fehlrechnung, daß der Krieg bereits so gut wie gewonnen sei: er glaubte nunmehr, den größten Gewinn mit dem geringsten Einsatz erzielen zu können, d.h. ohne eine strategische Offensive an einem entscheidenden Punkt unternehmen zu müssen. Auch der militärisch überflüssige, symbolische Angriff an der Westalpengrenze wurde von ihm aus dem politischen Grunde befohlen, um seine Anwesenheit am Konferenztisch mit Frankreich rechtfertigen und dort die kampflose Besetzung strategischer Punkte wie Tunis, Korsika, der Marimestützpunkte Algier, Mers-el-Kébir, Casablanca sowie Französisch-Somalilands (Djibutis) und außerdem Frankreichs bis zur Rhône durchsetzen zu können. Aber auf diesem Wege sollte Mussolini seine Ziele auch nicht erreichen. Auf der Besprechung in München am 18. Juni 1940 gelang es Hitler, Mussolini davon zu überzeugen, daß gegenüber Frankreich milde Bedingungen am Platze seien, um mit der französischen Regierung zu einem Abkommen zu gelangen, dadurch England zu isolieren und zu vermeiden, daß die Franzosen von Nordafrika aus auf englischer Seite weiterkämpften und vor allem die französische Flotte zu den Engländern übertrat. Im französisch-italienischen Waffenstillstand vom 24. Juni 1940 wurde daraufhin auf die Besetzung von Tunis und anderer wichtiger Positionen verzichtet, die Italien für eine weitere, ernsthafte Kriegführung gegen England im Mittelmeerraum gebraucht hätte, und alle Territorialforderungen wurden bis zum Friedensschluß mit England zurückgestellt: Mussolini war der gleichen politischen Fehlbeurteilung wie Hitler zum Opfer gefallen, daß Großbritannien nunmehr den Kampf aufgeben und Frieden schließen werde. Als trotz Sondierungen Berlins über das neutrale Ausland das englische Friedensangebot ausblieb, kamen die beiden Diktatoren zu der Ansicht, daß es „voraussichtlich noch einer Demonstration unserer militärischen Gewalt“¹¹ bedürfe, um die Engländer an den Verhandlungstisch zu bringen. Dabei dachte Hitler neben einem verschärften See- und Luftkrieg zur Abschnürung der Versor-

¹⁰ Deakin, a.a.O., S. 28.

¹¹ Hitlers Auffassung wiedergegeben von Frhr. v. Weizäcker (30. 6. 1940), in: Generaloberst Halder, Kriegstagebuch (künftig zit.: KTB Halder) Bd. I, Stuttgart 1962, S. 375.

gung für die britischen Inseln jedoch nicht an eine Verlagerung des Schwergewichts der Kriegführung ins Mittelmeer, sondern an die Vorbereitung einer Landung in England, – sei es als psychologisches Druckmittel, sei es als ultima ratio. In einer Denkschrift des Chefs des Wehrmachtführungsamts im OKW, Generalmajor Jodl, – einer der führenden militärischen Berater Hitlers – vom 30. Juni 1940 wurde lediglich als zweite Lösung ein mittelbares Vorgehen gegen England „durch die Ausweitung des Krieges an der Peripherie“ unter Mitwirkung von Ländern wie Italien, Spanien, Japan und Rußland vorgeschlagen. An eine Konzentration der deutschen Kriegführung auf den Mittelmeerraum dachte zu diesem Zeitpunkt auch Jodl nicht, lediglich an die punktuelle deutsche Unterstützung – „in beschränktem Maße“ – einer italienischen Offensive gegen den Suezkanal und einer Wegnahme Gibraltars durch die Spanier¹². Diese Auffassung kam in der Lagebeurteilung Jodls vom 13. August 1940 noch klarer zum Ausdruck, die durch den Chef des OKW, Generalfeldmarschall Keitel, Hitler vorgetragen wurde und in der erstmals eine engere militärische Zusammenarbeit der Achsenmächte und eine Zusammenfassung aller ihrer Kräfte „an der entscheidenden Stelle“ gefordert, diese entscheidende Stelle aber im „Luft- und U-Bootskrieg gegen das englische Mutterland“ gesehen wurde. Dafür sollten „alle z. Zt. nicht eingesetzten italienischen Luftstreitkräfte“ und die „Hälfte aller italienischen U-Boote“ an die Kanal- bzw. Atlantikküste verlegt werden¹³. Suez und Gibraltar blieben demgegenüber lediglich unterstützungswürdige Ziele auf einem Nebenkriegsschauplatz. Auch Mussolini schloß sich der Ansicht an, daß die direkte Bedrohung des englischen Mutterlandes der beste Weg sei, England friedensbereit zu machen: er bot 10 Divisionen für die England-Invasion an, sandte ein Fliegerkorps nach Belgien und 27 U-Boote nach Bordeaux, um sich am Kampf gegen England zu beteiligen und damit das Anrecht zu erwerben, auch an den bald zu erwartenden Waffenstillstandsverhandlungen mit Großbritannien teilnehmen zu können. Aus dem gleichen Grunde drängte er gegen den Widerstand des Chefs des Comando Supremo, des Marschalls Badoglio, – der erst nach gelungener deutscher Landung in England angreifen wollte – und des libyschen Oberbefehlshabers Marschall Graziani auf eine Offensive gegen Ägypten. Mangels fehlender Vorbereitung konnte sie jedoch erst drei Monate nach Kriegseintritt beginnen (13. 9. 1940) und wurde nach der Einnahme von Sidi Barrani und einem Geländegewinn von 90 km nach drei Tagen wieder eingestellt, um für die vorgesehene nächste Etappe bis Marsa Matruk den Nachschub zu organisieren. Das deutsche Angebot vom 5. September 1940, die Offensive durch deutsche Panzerkräfte zu unterstützen, war von der italienischen Führung dilatorisch behandelt worden, weil sie befürchtete, daß sich daraus ein deutsches Eingreifen in die Selbständigkeit der italienischen Kriegführung entwickeln könnte¹⁴. Hier wirkte sich Mussolinis Vorstellung vom italienischen „Par-

¹² K. Klee, *Dokumente zum Unternehmen „Seelöwe“*, Göttingen 1959, S. 298 ff.

¹³ a.a.O., S. 354.

¹⁴ H. Greiner, *Die Oberste Wehrmachtführung 1939–1943*, Wiesbaden 1951, S. 177 f.

allelkrieg“ aus, den er im Mittelmeerraum unter ängstlicher Wahrung seiner Selbständigkeit gegenüber dem stärkeren Bündnispartner zu führen gedachte: „Nicht mit Deutschland, nicht für Deutschland, sondern nur für Italien, an der Seite Deutschlands“¹⁵. Diese Absicht traf sich mit Hitlers Konzeption von der „Politik der getrennten Räume“, nach der sich die deutsche Kriegführung gemäß den kontinentalen Hegemonialzielen Hitlers (Niederwerfung Frankreichs und Gewinnung von „Lebensraum“ im europäischen Rußland) auf den Raum nördlich der Alpen beschränkte, während der Raum südlich davon der selbständigen Kriegführung Italiens zur Wiedererrichtung eines „Römischen Mittelmeerreiches“ überlassen bleiben sollte. Diese Grundkonzeption der Achsenpolitik verhinderte schon vor dem Kriege, vor allem in der Zeit nach dem Abschluß des „Stahlpaktes“, jede gemeinsame Zielsetzung, jede gemeinsame strategische Planung für den von beiden Partnern ins Auge gefaßten Krieg, jeden rechtzeitigen Ausgleich der italienischen Rüstungsschwäche an ihren neuralgischen Punkten durch deutsche Hilfe und damit die Beseitigung des etwa daraus resultierenden psychologischen Unterlegenheitsgefühls des italienischen Partners gegenüber den Engländern sowie jede gemeinsame Vorbereitung und Durchführung von Operationen (Malta) im Moment des italienischen Kriegseintritts. Sie verbaute den Achsenpartnern aber nicht nur die Möglichkeit, den Kriegseintritt Italiens für die Kriegführung gegen England wirksam auszunutzen, sondern ließ den „Parallelkrieg“ gegen England durch die unterschiedlichen Zielrichtungen der beiden Diktatoren (Mussolini: Jugoslawien und Griechenland, Hitler: Rußland) schließlich sogar zu einem „divergierenden Krieg“ werden.

Nachdem sich Hitler im Sommer 1940 zunächst für ein unmittelbares Vorgehen gegen das englische Mutterland entschlossen hatte, bot sich die *erste konkrete Chance* für eine intensive Kriegführung der Achsenmächte im Mittelmeerraum – und damit die Gelegenheit, die bisherigen Versäumnisse wettzumachen – erst Mitte September 1940, als der Plan einer Landung auf den britischen Inseln praktisch aufgegeben werden mußte, weil die deutsche Luftüberlegenheit über dem Kanal und Südengland als wichtigste Voraussetzung nicht erlangt werden konnte. Sowohl das OKM wie das OKH legten Hitler, der sich seit Juli mit dem Gedanken eines Feldzuges gegen die Sowjetunion trug und dafür Operationspläne ausarbeiten ließ, ohne bis November 1940 schon zu einem solchen Feldzug entschlossen zu sein, eine Verlegung des Schwerpunktes der Kriegführung in den Mittelmeerraum nahe. Der entschiedenste Verfechter einer Mittelmeerstrategie war dabei der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Großadmiral Raeder. Schon in einem Lagevortrag bei Hitler am 6. September 1940 hatte Raeder auf die Intensivierung der Kriegführung im Mittelmeerraum mit den Zielen Gibraltar und Suezkanal als Alternative für die risikoreiche Landung in England hingewiesen. Die Herrschaft über das Mittelmeer sei für die Stellung der Achsenmächte „in Südosteuropa, Kleinasien, Arabien, Ägypten und im afrikanischen Raum“ von „ausschlaggebender

¹⁵ Ruge, a.a.O., S. 106; italienisch zitiert bei de Belot, a.a.O., S. 50.

Bedeutung“, bewirke eine „Sicherung unbeschränkter Rohstoffquellen“ und würde eine „strategisch günstige Ausgangsbasis für weitere Aktionen gegen das britische Empire“ schaffen. Ein Ausfall von Gibraltar würde für die Engländer ferner eine wesentliche Gefährdung ihres Zufuhrverkehrs aus dem Südatlantik bedeuten. Die Vorbereitungen für eine solche Kriegführung im Mittelmeerraum, „die nicht den Charakter einer ‚Zwischenaktion‘, sondern einer Hauptaktion gegen England trägt, müssen sofort anlaufen, damit sie vor Eingreifen der USA durchgeführt sind“¹⁶. In einer weiteren Lagebesprechung am 26. September 1940 suchte er – nunmehr von den Ostfeldzugsplänen unterrichtet – Hitler unter vier Augen erneut für eine Mittelmeerstrategie zu gewinnen: die Engländer, die das Mittelmeer als das „Zentrum ihrer Gesamtstellung“ betrachteten, hätten in den letzten Monaten trotz der unmittelbaren Bedrohung ihres Mutterlandes Seestreitkräfte und aus entfernten Teilen ihres Reiches Truppen nach dort gebracht. Daher stehe nunmehr „Italien inmitten des englischen Machtzentrums immer stärker als Hauptangriffspunkt . . . Die Italiener sehen die Gefahr noch nicht, wenn sie etwa Hilfe von uns ablehnen.“ Deutschland müsse daher unverzüglich alle Kräfte einsetzen, um die Mittelmeerfrage zu bereinigen, ehe sich die amerikanische Hilfe an England auswirken könne. Gibraltar müsse erobert werden, und die Kanarischen Inseln müßten besetzt werden, da sie sonst von den Engländern eingenommen würden, um die strategischen Auswirkungen eines Verlustes von Gibraltar auszugleichen. Ferner müsse gemeinsam mit Italien der Suezkanal erobert und von dort durch Palästina und Syrien bis an die Grenze der Türkei vorgerückt werden, um damit zugleich die Türkei unter deutschen Einfluß zu bringen. Habe Deutschland einmal eine solche Stellung im Mittelmeer und im Nahen Osten errungen, dann erhalte auch das Problem Rußland „ein anderes Aussehen“: da die Sowjetunion „im Grunde Furcht vor Deutschland“ habe, sei es „fraglich, ob dann noch (ein) Vorgehen gegen Rußland von Norden her nötig sein“ werde. Durch die Offensive gegen den Suezkanal werde ferner Italienisch-Ostafrika gesichert, die Italiener könnten im Indischen Ozean Krieg führen, und es könne sogar ein „Vorgehen gegen Indien . . . fingiert werden“^{16a}. Von „ausschlaggebender Wichtigkeit“ aber sei die Sicherung Nordwestafrikas, da alle Anzeichen darauf hindeuteten, daß England dort mit Hilfe der de-Gaulle-Bewegung und eventuell sogar der Vereinigten Staaten eine „Angriffsbasis gegen Italien“ aufbauen wolle: „Damit kann Italien erledigt werden.“ Daher sei es auch notwendig, mit Frankreich zusammenzuarbeiten, den Franzosen durch Freigabe von Streitkräften die Verteidigung ihrer Besitzungen zu erleichtern und von ihnen dafür die Einrichtung deutscher Luftstützpunkte in Nordwestafrika zu erlangen¹⁷. Die nächste Forderung nach einer deutschen Initiative im Mittelmeer-

¹⁶ Vortrag des Ob.d.M. beim Führer am 6. 9. 1940 nachmittags, Seekriegsleitung – Besprechungen beim Führer 1939–1945 (Mikrofilm MA 10, Archiv d. Inst. f. Zeitgeschichte, Akz. Nr. 1204/53).

^{16a} Gemeint war, daß durch eine militärische Bedrohung Indiens von außen nationalistische Aufstandsbewegungen im Innern gefördert werden könnten.

¹⁷ Vortrag des Ob.d.M. beim Führer am 26. 9. 1940 17 Uhr (ohne Zeugen), a.a.O.

raum, die Raeder nach dem Steckenbleiben der italienischen Griechenland-Offensive und der britischen Besetzung Kretas auf einer Besprechung am 14. November 1940 stellte, verband er mit der Warnung einer bevorstehenden englischen Offensivtätigkeit gegen Libyen und Abessinien. Bei weiterem Zuwarten könne sich die britische Position so festigen, daß die „Vertreibung (der) englische(n) Flotte aus (dem) Mittelmeer nicht mehr erreichbar“ sein werde. Er empfahl daher eine Verschiebung der Auseinandersetzung mit Rußland „auf die Zeit nach dem Siege über England, da (die) deutsche(n) Kräfte zu stark beansprucht werden und (das) Ende der Kriegführung nicht abzusehen“ sei. Die immer enger werdende Zusammenarbeit zwischen England und Amerika erfordere „als oberstes strategisches Ziel deutscher Gesamtkriegführung“ die Gewinnung und Sicherung einer entscheidenden Rohstoff- und Ernährungsbasis in einem „wirtschaftlichen Großraum Europa/Afrika unter deutscher Führung“^{17a}. Eine *Beherrschung des östlichen Mittelmeeres* bedeute die Sicherstellung der Ölzufuhr für Spanien, Italien und Frankreich sowie die notwendige Versorgung Spaniens mit Lebensmitteln, die gegenwärtig nur durch Zufuhren aus Amerika erfolgen könne. Sie bedeute zugleich die Herrschaft der Achsenmächte über den Balkan, Kleinasien, Arabien, Ägypten und den Sudan und die Einbeziehung der Rohstoffquellen dieser Länder in den deutsch-italienisch-spanisch-französischen Wirtschaftsraum sowie ferner die Schaffung einer Ausgangsstellung für den Angriff gegen Britisch-Ostafrika und für eine Bedrohung Indiens. Die *Beherrschung des westlichen Mittelmeeres* sichere die nordafrikanische Versorgungsbasis und ihre Verbindungswege für Spanien, Frankreich und Deutschland, verhindere jegliche Abfallbewegung in Französisch-Nordafrika und schaffe eine Ausgangsstellung für den Angriff gegen die britischen Kolonien in Westafrika. Raeders Grundgedanke war, vor dem erwarteten Eingreifen der Vereinigten Staaten durch die Beherrschung des Mittelmeeres und seines Vorfeldes in Nordwestafrika und im Nahen Osten eine schwer angreifbare und weitgehend autarke Bastion zu schaffen, die die Achsenmächte für die kommende lange Auseinandersetzung mit den anglo-amerikanischen Seemächten wappnen sollte und von der aus sowohl der Seekrieg im Atlantik und im Indischen Ozean intensiviert wie auch weitere Offensivschläge gegen das britische Weltreich geführt werden konnten. Mit einem militärischen Eingreifen der Sowjetunion gegen Deutschland meinte Raeder dabei – und das wohl mit Recht – nicht rechnen zu brauchen. Im Gegenteil glaubte er, eine Fortsetzung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen erreichen zu können. Nochmals am 3. und letztmals am 27. Dezember 1940 forderte Raeder in Besprechungen mit Hitler, alle Energie auf den Handelskrieg gegen das englische Mutterland und die Kriegführung im Mittelmeer zu konzentrieren und dafür alle notwendigen Kampfmittel bereitzustellen, „jedoch alle für die Kampfführung gegen England nicht unbedingt notwendigen Forderungen zurückzu-

^{17a} Besprechung des Ob.d.M. beim Führer am 14. 11. 40, 15 Uhr mit Anlage 3: Beurteilung Mittelmeerlage, a.a.O.

¹⁸ Vortrag des Ob.d.M. beim Führer am 3. 12. 1940, 16.30 Uhr, a.a.O.

halten“¹⁸, und äußerte „schwere Bedenken gegen ‚Barbarossa‘ (d.h. den Angriff gegen die Sowjetunion) vor Niederringung Englands“¹⁹.

Auch das OKH war bei seinen – allerdings zunächst nur internen – Überlegungen zu der Auffassung gelangt, daß der Schwerpunkt der Kriegführung in den Mittelmeerraum verlegt werden sollte. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall v. Brauchitsch, und der Chef des Generalstabes des Heeres, Generaloberst Halder, vertraten in einem Gespräch am 30. Juli 1940 gemeinsam die Überzeugung, „daß man besser mit Rußland Freundschaft hält . . . Die Bestrebungen Rußlands an den Meerengen und in Richtung auf den Persischen Golf stören uns nicht. Am Balkan, der wirtschaftlich in unseren Wirkungsbereich fällt, können wir uns aus dem Wege gehen . . . Unter dieser Voraussetzung könnten wir den Engländer im Mittelmeer entscheidend treffen, von Asien abdrängen, dem Italiener sein Mittelmeerreich aufbauen helfen und uns selbst mit Hilfe Rußlands das in West- und Nord-Europa geschaffene Reich ausbauen. Wir können dann einen jahrelangen Krieg mit England getrost in Kauf nehmen.“²⁰ Als die Absicht der Italiener bekannt wurde, in Nordgriechenland einzufallen, entwickelte der Chef des Wehrmachtsführungsstabes im OKW am 26. Oktober 1940 den Plan, zunächst die italienische Offensive in Ägypten mit deutscher Unterstützung bis zur Einnahme des Stützpunktes Marsa Matruk fortzusetzen, von dort aus mit Flugzeugen und U-Booten das britische Alexandria-Geschwader anzugreifen und zu schwächen und erst dann die Operation gegen Griechenland mit einer gleichzeitigen Besetzung Kretas beginnen zu lassen²¹. Am gleichen Tage schlug Halder v. Brauchitsch vor, diese Offensive in Ägypten und gegen Kreta mit einer deutschen Operation über Bulgarien und die Türkei nach Syrien zu verbinden, um die britische Stellung im Nahen Osten von zwei Seiten her in die Zange zu nehmen. Dazu müsse die Türkei, „nötigenfalls mit Gewalt, zur Freigabe des Weges“ über den Bosphorus veranlaßt werden²². Generalleutnant Paulus, Oberquartiermeister I im Generalstab des Heeres, äußerte am nächsten Tag Halder gegenüber gleichfalls die Ansicht, daß „eine auf lange Sicht wirksame Operation im östlichen Mittelmeerraum für Landkräfte . . . neben der ägyptischen Operation eine solche durch Anatolien und Syrien“ voraussetze²³. Ein solcher Vorstoß, für den das OKH mit einem Kräftebedarf von zwei motorisierten Korps²⁴ und bei türkischem Widerstand mit einem Zeitbedarf von sechs Monaten rechnete²⁵, hätte die englische Versorgungslinie vom Persischen Golf über Irak und Palästina nach Ägypten sowie die an die Ostküste des Mittelmeeres führende Öl-Pipeline bedroht und nach der Beurteilung der Chiefs of Staff „katastrophale Folgen“ für die zu einem Zweifrontenkrieg gezwungene britische

¹⁸ Vortrag des Ob.d.M. beim Führer am 27. 12. 1940, 16 Uhr, a.a.O.

²⁰ KTB Halder, Bd. II, Stuttgart 1965, S. 46.

²¹ Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht/Wehrmachtsführungsstab (künftig zit.: KTB OKW), Bd. I, Frankfurt a.M. 1965, S. 152.

²² KTB Halder, Bd. II, S. 151.

²³ KTB Halder, Bd. II, S. 152.

²⁴ KTB Halder, Bd. II, S. 153.

²⁵ KTB Halder, Bd. II, S. 161.

Ägypten-Armee haben können²⁶. Zu entscheiden blieb jedoch die Kardinalfrage, die sich Halder für seinen Vortrag bei Hitler am 2. November 1940 notierte: ob nun tatsächlich „Vorbereitungen für (eine) Verlegung des Schwerpunktes der Kriegführung nach dem östlichen Mittelmeerraum getroffen werden“ sollten²⁷. Als die Pläne des OKH am 4. November 1940 mit Hitler besprochen wurden, lehnte sie Hitler, der am Vortage bereits eine Überführung deutscher Kräfte nach Nordafrika und damit praktisch den Gedanken eines Vorstoßes gegen den Suezkanal vorerst aufgegeben hatte, mit der Behauptung ab, eine Operation durch die Türkei nach Syrien „rolle das Problem Rußland auf“ und sei daher erst nach der Niederwerfung der Sowjetunion durchführbar: „An die Meerengen können wir erst gehen, wenn Rußland geschlagen ist.“²⁸ Da jedoch eine sowjetische Reaktion in der Form eines militärischen Vorgehens gegen Deutschland zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ernsthaft nicht zu erwarten war, konnte diese Argumentation nur bedeuten, daß er sich durch die vorgeschlagene Operation, die er als „außerordentlich langwierig und mit größten Schwierigkeiten verbunden“ ansah²⁹, die Möglichkeit für einen baldigen Feldzug gegen die Sowjetunion nicht verbauen wollte. Für diesen Feldzug aber war eine gesicherte Südostflanke notwendig, die durch eine Erhaltung der türkischen Neutralität oder ein eventuelles späteres deutsch-türkisches Bündnis leichter und kräftesparender zu erreichen war, als durch ein militärisches Vorgehen gegen die Türkei, dessen Ende zeitlich nicht genau abgesehen werden konnte. Nur unter diesem Gesichtspunkt der Flankensicherung sind daher die gleichfalls am 4. November zur Vorbereitung befohlenen Maßnahmen für eine Besetzung Nordgriechenlands bis zum Ägäischen Meer anzusehen, um von dort aus deutsche Fliegerverbände gegen britische Luftstützpunkte im griechischen Raum einsetzen zu können³⁰. Daß den Spitzen des OKH Hitlers Ablehnung, den Schwerpunkt der Kriegführung in den Mittelmeerraum zu verlegen, und die Rolle, die der Rußlandfeldzug in dessen Überlegungen zur Gesamtkriegführung spielte, im Grunde auch weiterhin unverstänlich blieben, geht aus einer Notiz Halders über ein Gespräch mit v. Brauchitsch am 28. Januar 1941 hervor: „Barbarossa: Sinn nicht klar. Den Engländer treffen wir nicht. Unsere Wirtschaftsbasis wird nicht wesentlich besser. (Das) Risiko im Westen darf nicht unterschätzt werden. Möglich sogar, daß Italien nach Verlust seiner Kolonien zusammenbricht, und wir durch Spanien, Italien und Griechenland eine Südfront bekommen. Wenn wir dann gegen Rußland gebunden sind, wird die Lage weiter erschwert.“³¹ Den

²⁶ Report of November 1, 1940, J. R. M. Butler, *Grand Strategy*, Vol. II, London 1957 (History of the Second World War, U.K. Milit. Series), S. 372f.

²⁷ KTB Halder Bd. II, S. 161.

²⁸ KTB Halder Bd. II, S. 164f. (4. 11. 1940) und S. 191 (24. 11. 1940).

²⁹ Niederschrift über Besprechung Chefs 1. Skl. bei Chef WFSt./ OKW General Jodl am 4. 11. 40. Seekriegsleitung – Besprechungen beim Führer 1939–1945, a.a.O.

³⁰ KTB OKW, Bd. I, S. 150. Die Befehle fanden ihren Niederschlag in der Weisung Nr. 18 vom 12. 11. 40, W. Hubatsch, *Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945*, Frankfurt a.M. 1962, S. 70.

³¹ KTB Halder, Bd. II, S. 261.

noch drängte v. Brauchitsch – im Gegensatz zu Raeder – Hitler nie, der Mittelmeerkriegführung vor dem Ostfeldzug den Vorrang zu geben, da die Spitzen des OKH genauso wie Hitler von der militärischen Schwäche der Sowjetunion überzeugt waren und nur mit einem verhältnismäßig kurzen Zweifrontenkrieg rechneten, nach dessen Beendigung der Krieg im Mittelmeer gegen England wieder intensiv aufgenommen werden würde. Aufgrund dieser Erwartungen regte das OKH Anfang Juni 1941 – also schon vor Beginn des Rußlandfeldzuges – die gedankliche Vorbereitung der künftigen Operationen im Mittelmeerraum an. Diese für den Spätherbst 1941 (!) und Winter 1941/42 vorgesehenen Operationen wurden in dem vom Wehrmachtsführungsstab ausgearbeiteten Entwurf der „Weisung Nr. 32“ vom 11. Juni 1941³² niedergelegt, der den Oberbefehlshabern der drei Wehrmachtteile zur Prüfung zugeleitet wurde. Sein Inhalt sei hier kurz umrissen, da er einen Gesamtüberblick über die strategischen und operativen Möglichkeiten gibt, die die deutsche Wehrmachtführung bei einer auf den Mittelmeerraum konzentrierten Kriegführung sah, und die mit einer Ausnahme auch ab Herbst 1940 hätten wahrgenommen werden können, als die Engländer in diesem Raum militärisch noch wesentlich schwächer waren. Der Weisungsentwurf stellt einleitend fest, daß die vorgesehenen Operationen verhältnismäßig geringe Heereskräfte beanspruchen würden (was in erhöhtem Maße im Winterhalbjahr 1940/41 der Fall gewesen wäre). Die britische Position im östlichen Mittelmeer sollte durch einen „konzentrischen Angriff, der aus Libyen durch Ägypten“ und „aus Bulgarien durch die Türkei“ vorgetragen werden sollte, zerschlagen werden. Ein „unter Umständen auch aus Transkaukasien heraus durch den Iran“ vorgesehener Ergänzungsstoß eines motorisierten Expeditionskorps wäre dabei die einzige Operation gewesen, die eine vorherige Niederwerfung der Sowjetunion vorausgesetzt hätte und daher 1940/41 nicht in Frage gekommen wäre. Für die Ägyptenoffensive sollten die deutschen Kräfte in Nordafrika auf zwei gut ausgerüstete und mit ausreichenden Reserven versehene Panzerdivisionen gebracht werden, während die Überführung „weiterer großer deutscher Verbände“ dorthin nicht für notwendig gehalten wurde. Das Tempo der Transporte nach Nordafrika sollte unter Zuhilfenahme der dortigen französischen Häfen gesteigert und „zur Verbesserung der Ausladeleistung in den nordafrikanischen Häfen . . . der italienischen Kriegsmarine jede Unterstützung“ gewährt werden. Den nötigen Schiffsraum sollte die Kriegsmarine „in Zusammenarbeit mit der italienischen Kriegsmarine . . . unter Charterung französischer und neutraler Schiffe“ bereitstellen. Nach Nordafrika sollten ferner ausreichende Fliegerverbände und Flakartillerie überführt und auch „der italienische Geleitschutz der Seetransporte in der Luft durch Einsatz deutscher Fliegerverbände“ verstärkt werden. Für den Angriff auf den Suezkanal von Osten her waren „so starke Kräfte in Bulgarien zu versammeln, wie nötig sind, die Türkei politisch gefügig zu machen, oder ihren Widerstand mit Waffengewalt zu brechen“. Weiterhin war die „Ausnutzung der arabischen Freiheitsbewegung“ vorgesehen, um die britischen Kräfte

³² Hubatsch, a.a.O., S. 129ff.

im Nahen Osten zusätzlich „durch Unruheherde oder Aufstandsbewegungen zeitgerecht“ zu binden. Zu diesem Zwecke sollte aus Sachkennern und Agenten eine eigene „zentrale Außenstelle, die in allen Planungen und Maßnahmen im arabischen Raum einzuschalten“ war (Sonderstab F), gebildet werden. Der Westeingang des Mittelmeeres sollte durch die Eroberung Gibraltars (Unternehmen „Felix“) – für die schon seit Anfang Dezember 1940 ein fertiger Operationsplan vorlag – geschlossen werden, wobei Spanien kurzerhand „vor die Frage gestellt werden (sollte), ob es bereit ist, an der Vertreibung der Engländer aus Gibraltar mitzuwirken oder nicht“. Es wurde ferner als sicher angenommen, daß dafür „auch das unbesetzte französische Gebiet, wenn nicht für den Durchtransport deutscher Truppen, so doch sicherlich für Versorgungstransporte zur Verfügung steht“. Anschließend sollten Verbände des Heeres, „allerdings nur insoweit, als es die Sicherung der Meerenge erfordert“, nach Spanisch-Marokko übersetzt werden. Dagegen sollte „die Verteidigung der atlantischen Küste von Nord- und Westafrika“ durch eine Zusammenarbeit mit den Franzosen erreicht werden, „denen im Zuge der angebahnten Entwicklung die erforderlichen Verstärkungen bewilligt werden“ sollten. „Die Ausnutzung westafrikanischer Stützpunkte durch Kriegsmarine und Luftwaffe, u.U. auch die Besitznahme atlantischer Inseln“ werde „nach Beherrschung der Meerenge erleichtert sein“^{32a}. Die Weisung schließt mit der Feststellung, daß sich „die stärkste operative Wirkung“ durch einen „möglichst gleichzeitigen Beginn der Angriffe gegen Gibraltar, Ägypten und Palästina ergeben“ würde. Diese Möglichkeit hänge jedoch neben einer Reihe noch nicht abzusehender Faktoren „in erster Linie davon ab, ob die Luftwaffe in der Lage sein wird, die erforderlichen Kräfte zur Unterstützung dieser drei Operationen gleichzeitig einzusetzen“.

Hitler nahm die Chance, eine derartige strategische Konzeption *ab Herbst 1940* zu realisieren, nicht wahr, weil er zu dieser Zeit schon ganz von dem Gedanken eingenommen war, die Entscheidung in einem „Weltblitzkrieg“³³ gegen die Sowjetunion zu suchen: Durch einen raschen Sieg über die Sowjetunion wollte er den letzten Festlanddegen Englands zerschlagen, Deutschland einen autarken kontinentalen Großraum bis zum Ural verschaffen, dadurch den Japanern den Rücken für ein Vorgehen gegen die englischen Besitzungen in Südostasien freimachen und so die Vereinigten Staaten durch eine Konfrontation mit einem „two-ocean-war“ aus dem Kriege heraushalten, – damit gleichzeitig aber auch sein säkulares Ziel der „Gewinnung deutschen Lebensraumes“ im Osten verwirklichen. Nachdem der Feldzug gegen Rußland aus militärtechnischen Gründen jedoch erst im Frühjahr 1941 eröffnet werden konnte, sich aber ein immer stärkeres Engagement der Vereinigten Staaten zugunsten Englands abzeichnete, wollte Hitler eine Kurs-

^{32a} Die Intensivierung des Seekrieges im Atlantik mußte schon deswegen Bestandteil jeder deutschen „Mittelmeerkonzeption“ sein, da die Ölversorgung der britischen Inseln durch einen Verlust der Ölgebiete im Mittleren Osten nicht entscheidend getroffen worden wäre und daher die Zufuhren aus Venezuela und dem Golf von Mexiko unterbunden werden mußten.

³³ Diese treffende Bezeichnung bei Hillgruber, a.a.O., S. 317 ff.

änderung der amerikanischen Politik und die Aufgabe des Kampfes durch England zunächst anders erreichen: als „Zwischenlösung“ von unbestimmter Dauer wollte er einen eurasiatischen „Kontinentalblock“ von Japan bis Spanien schaffen und darin die Sowjetunion als Partner einschließen, – ein Gedanke, den er jedoch spätestens mit dem Ausgang der Gespräche mit Molotow in Berlin (12./13. 11. 1940) wieder aufgab. Auf dem Hintergrund der Konzeptionen einer „Kontinentalblock-Zwischenlösung“ und eines „Weltblitzkrieges“ gegen Rußland muß Hitlers Einstellung zum Mittelmeerraum vom Herbst 1940 bis zum Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 gesehen werden. Sie bedeuteten, daß im Mittelmeerraum von Hitler lediglich eine „Aushilfsstrategie“ unter Einsatz möglichst geringer Kräfte und ohne geschlossene Konzeption betrieben wurde und daß selbst die zur Stützung des italienischen Partners erzwungenen Offensivmaßnahmen strategisch nur defensiven Charakter trugen. Auch die für eine entschlossene Kriegführung im Mittelmeer notwendige aktive oder passive Mitwirkung Frankreichs und Spaniens wurde unter diesen Umständen von Hitler nicht mit der nötigen Energie angestrebt. Für eine militärische Zusammenarbeit mit *Frankreich* hätten zunächst die politischen Voraussetzungen geschaffen werden müssen: Vichy hätten maßvolle Friedensbedingungen und ein Kolonialbesitz garantiert werden müssen, der zumindest der Größe nach seinem bisherigen entsprach. Da die Einräumung strategisch wichtiger Stützpunkte für die Achsenmächte auf französischem Territorium englische Gegenmaßnahmen herausfordern mußte, konnten die Franzosen darauf nur eingehen, wenn ihnen gleichzeitig die Wiederaufrüstung ihrer Streitkräfte in Nord- und Westafrika sowie die Mobilisierung ihrer Flotte zugestanden wurde. Vergebens suchte neben Raeder auch Jodl im Herbst 1940, Hitler „von den weitgehenden Möglichkeiten zu überzeugen, die in der Ausnutzung der gemeinsamen deutschen und französischen Interessen in dem alles beherrschenden Kampf gegen England lägen“, vor allem, um „der Gefahr eines Übergreifens des englischen Einflusses auf Nordafrika begegnen“ zu können³⁴. Die Chancen für ein enges Zusammengehen mit Frankreich boten sich in der Tat mehrmals, und man kann mit ziemlicher Sicherheit behaupten, daß sich Frankreich 1940 bei rechtzeitigen politischen Zusicherungen durch einen Präliminarfrieden und *bei gleichzeitiger Verlegung des Schwergewichts der Kriegführung ins Mittelmeer* einer militärischen Zusammenarbeit kaum hätte entziehen können. Für eine entschlossene Kriegführung in diesem Raum hätte es jedenfalls nur die Alternative gegeben, sich entweder aufrichtig um eine Zusammenarbeit mit Frankreich zu bemühen, oder die Besetzung Nordwestafrikas zu erzwingen. Beide Wege hat Hitler 1940/41 nicht verfolgt, da ihm die Neutralisierung Nordwestafrikas und der französischen Flotte während des geplanten Ostfeldzuges vollauf genügte und er nach der Niederwerfung Rußlands auch den Franzosen einen „Siegfrieden“ diktieren zu können glaubte. Für eine Mitwirkung *Spaniens* spielte zweifellos das Problem der sich überschneidenden französischen, italienischen, spanischen und deutschen Territorialinteressen in Afrika eine Rolle.

³⁴ KTB OKW, Bd. I, S. 89 (Eintragung v. 25. 9. 1940).

Aber Spaniens Kriegseintritt scheiterte nicht primär an einer unbefriedigenden Anerkennung seiner Gebietsansprüche: Hitler, der bereits von Italien eine Zurrückstellung der Territorialforderungen bis zum Sieg über England erreicht hatte, einigte sich in einem in Hendaye aufgesetzten und Anfang November 1940 unterzeichneten Geheimprotokoll mit den Spaniern auf die allgemeine Formel, „daß Spanien in Afrika Gebiete in dem gleichen Maße erhält, in dem Frankreich (aus britischem Territorialbesitz) entschädigt werden kann“³⁵. Franco versagte sich einer Mitwirkung vielmehr deshalb, weil das durch den langen Bürgerkrieg geschwächte Spanien einen englischen Gegenschlag gegen seine Kolonien, die Kanarischen Inseln oder Portugal nicht abwehren und durch eine britische Blockade von seinen lebenswichtigen Zufuhren über den Atlantik abgeschnitten werden konnte. Für die militärische Sicherung der Iberischen Halbinsel und der Kanarischen Inseln im Falle der spanischen Unterstützung eines deutschen Gibraltar-Unternehmens waren jedoch von Hitler Maßnahmen vorgesehen³⁶, die bei einer Verlegung des Schwergewichts ins Mittelmeer noch hätten verstärkt werden können. Eine Invasion auf der Iberischen Halbinsel hätte 1940 die Kräfte Großbritanniens ohnehin überfordert und war höchst unwahrscheinlich. Da nach der Wegnahme Gibaltars deutsche Kräfte nach Spanisch-Marokko überführt werden sollten³⁷, hätte auch dieses Gebiet, bei einer Mitwirkung Frankreichs ferner Spanisch-Westafrika gesichert werden können. Dagegen wären in der Tat sowohl Spanisch-Guinea und Fernando Poo wie auch die portugiesischen Atlantikinseln³⁸ einem Zugriff des Gegners ausgeliefert gewesen. Was die Versorgung Spaniens angeht, hätte die englische Blockade umfangreiche deutsche Hilfe, vor allem Lieferungen von Brotgetreide und Mineralöl, notwendig gemacht. Diese erhebliche wirtschaftliche Belastung Deutschlands hätte nur dann fühlbar erleichtert werden können, wenn die ausfallenden Zufuhren von Westen über den Atlantik durch Lieferungen von Osten über das Mittelmeer hätten ersetzt werden können, wofür wiederum die endgültige Vertreibung der Engländer aus diesem Meer und die Einnahme des Suezkanals Voraussetzung gewesen wären. Hier zeigt sich die Interdependenz aller Probleme im Mittelmeer, die nur durch eine geschlossene Konzeption unter Verlegung des Schwergewichts der Kriegführung in diesen Raum hätten gemeistert werden können. Dagegen sollte die rückläufige Entwicklung, die der Krieg im Mittelmeerraum für die Achsenmächte im Herbst 1940 nahm, die anfangs vor-

³⁵ Akten zur deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945, Serie D: 1937–1945, Bd. XI. 1, Bonn 1964, Dok. Nr. 287, S. 395.

³⁶ Verlegung 1 Panzer- und 2 mot. Divisionen hinter den Angriffstruppen nach Spanien; Bevorratung der Kanarischen Inseln und Verstärkung ihrer Verteidigung durch deutsche Heeresbatterien vor Kriegseintritt, Verlegung von Luftstreitkräften nach dort spätestens mit Kriegsbeginn. KTB OKW, Bd. I, S. 205 (Vortrag des Ob.d.H. und des Chefs des GenStdH. beim Führer am 5. 12. 1940).

³⁷ 1 Panzer- und 1 bis 2 mot. Divisionen, KTB OKW, a.a.O.

³⁸ Auf eine überraschende deutsche Besetzung der Kapverden und der Azoren wurde auf Anraten Raeders wegen der anschließenden schwierigen Versorgung (Treibstoff) und Verteidigung verzichtet. (Vgl. Raeders Vortrag am 14. 11. 1940 oben, Anm. 17a).

handene spanische Bereitschaft zum Kriegseintritt völlig aufheben, so daß Hitler das Gibraltar-Unternehmen am 11. Dezember 1940 absagen mußte, „da die politischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben“ waren³⁹. Einer energischen, von Erfolg begleiteten Achsen-Kriegführung im Mittelmeer aber hätte sich Spanien genauso wenig entziehen können wie Frankreich. Wenn sich aber die militärischen und wirtschaftlichen Besorgnisse Francos lediglich als Vorwände für seine Politik herausgestellt hätten, überhaupt nur im Falle eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs Englands in den Krieg einzutreten, hätte für Hitler auch hier immer noch der Weg der Gewalt offengestanden. Eine Verlegung stärkerer deutscher Kräfte nach Südwestfrankreich – eventuell ergänzt durch entsprechende Maßnahmen in Französisch-Nordafrika – hätte einen genügenden (doppelten) Druck ausgeübt, um von Franco ein Durchmarschrecht zur Eroberung Gibaltars zu erwirken. Aber bei Hitlers Konzeption mußte die Absicht „die spanische Frage mit Härte zur Entscheidung“ zu bringen⁴⁰, nach der endgültigen Absage Francos am 7. Dezember 1940 aus Termingründen bis nach dem Rußlandfeldzug verschoben werden. Im *östlichen Mittelmeer* hätte eine intensive Kriegführung im Herbst 1940 die deutsche Unterstützung der italienischen Ägyptenoffensive und damit die Aufgabe des Prinzips der „getrennten Räume“ erfordert. Eine entsprechende deutsche Einwirkung auf Rom hätte – bei gleichzeitiger Betonung des Desinteresses Deutschlands an diesem Raum in der Nachkriegszeit – im höchsten Falle Verstimmung, kaum aber einen Bruch der Allianz hervorgerufen: Mussolini hatte nur die Wahl, seine Ziele an der Seite Deutschlands oder gar nicht zu verwirklichen. Statt dessen wurde das Phantom vom „Parallelkrieg“ aufrechterhalten, bis es mit dem Hilferuf des Comando Supremo vom 19. Dezember 1940 nach deutschen Panzerkräften für Nordafrika endgültig zusammenbrach. Durch die zehn Tage vorher begonnene englische Offensive, die von den Briten erst mit der Einnahme von El Agheila (8. 2. 1941) eingestellt wurde, weil sie Kräfte nach Griechenland abzweigen mußten, drohte Libyen zunächst ganz verlorenzugehen. Die nun einsetzenden deutschen Stützungsaktionen bewiesen, daß auf dem Mittelmeerkriegsschauplatz beträchtliche Erfolge mit verhältnismäßig geringen Luft- und Landstreitkräften erzielt werden konnten, wenn man vergleichsweise an das Aufgebot von 153 deutschen Divisionen (davon 19 Panzer- und 15 motorisierte Divisionen) und drei Luftflotten mit insgesamt 2740 Flugzeugen denkt, das für die Rußlandoffensive zusammengezogen wurde. Schon die Verlegung des deutschen X. Fliegerkorps mit rund 180 Maschinen nach Süditalien und Sizilien brachte ab Mitte Januar 1941 fühlbare Erleichterung, indem es im Verein mit italienischen Luftstreitkräften den Gegner auf Malta weitgehend niederhielt, dadurch die Seetransporte der Achsenmächte nach Libyen sicherte, den britischen Geleitverkehr durch das Mittelmeer unterband und zum Umweg um Afrika zwang. Die Wende auf dem nordafrikanischen Kriegsschau-

³⁹ Weisung v. 11. 12. 40, Hubatsch, a.a.O., S. 78.

⁴⁰ Nach dem Ostfeldzug „im Herbst“ 1941 (!), so Hitler zu Raeder, Vortrag des Ob.d.M. beim Führer am 18. 3. 1941, 16 Uhr, Seekriegsleitung – Besprechungen beim Führer 1939–1945, a.a.O.

platz trat ein, als die im Februar ursprünglich nur zur Stützung der italienischen Verteidigung nach Libyen gebrachte deutsche leichte Division (der im Mai eine Panzerdivision nachfolgte) am 31. März unter General Rommel zum Angriff überging und bis zum 14. April unter Einschließung Tobruks bis zur ägyptischen Grenze vorstieß. Mit dem gleichfalls im April 1941 erfolgten deutschen Eingreifen auf dem Balkan (Einsatz: 24 deutsche Divisionen, 780 Flugzeuge) und der Besetzung Jugoslawiens und Griechenlands hatte sich die Lage im östlichen Mittelmeer für die Achsenmächte wieder stabilisiert. Allerdings hatte die deutsche „Ausfallsstrategie“ angesichts der guten Ergebnisse der Luftangriffe gegen Malta und der Erfolge Rommels auf eine Besetzung Maltas verzichtet, obwohl sie der Wehrmachtsführungsstab Anfang Februar 1941 für erforderlich hielt, um Italienisch-Nordafrika und – bei einem (zu diesem Zeitpunkt drohenden) Verlust dieses Gebietes – den europäischen Kontinent verteidigen zu können⁴¹. Der Wehrmachtsführungsstab trat gegen Ende des Balkanfeldzuges erneut für eine Malta-Operation ein, als es um die Frage ging, ob der Besetzung Maltas oder Kretas für die weitere Kriegführung der Vorrang gegeben werden sollte. Aber ohne ein Votum abzuwarten, entschied sich der im Mittelmeerraum defensiv denkende Hitler für Kreta, um jede Gefahr englischer Luftangriffe von dort aus auf das rumänische Ölgebiet zu beseitigen⁴². In der folgenden Schlacht um Kreta fügte die deutsche Luftwaffe der britischen Alexandria-Flotte erhebliche Verluste zu und bewies damit erneut, daß die Luft-herrschaft über einen Raum die Seeherrschaft zu erschüttern vermochte.

Mit den deutschen Erfolgen am Nord- und Südufer des östlichen Mittelmeeres und mit der Eroberung Kretas – Operationen, die mehr oder weniger unfreiwillig erfolgt und nur durch die Schwäche Italiens notwendig geworden waren – war Ende Mai 1941 unvorhergesehen eine günstige strategische und operative Ausgangsstellung für den Entscheidungskampf gegen die britische Position in Suez und Nahost entstanden: Das Ionische und Ägäische Meer wurde von den Achsenmächten unbestritten, ein weiter Raum um Kreta dank der Luftwaffe in erheblichem Ausmaß beherrscht. Damit wurden die Haltung der Türkei beeinflusst und die Öl- und Getreidezufuhr aus dem Schwarzen Meer für die Achsenmächte, Frankreich und Spanien auf dem Seewege gesichert. Von Kreta aus konnten Luft- und Seestreitkräfte gegen die britische Alexandria-Flotte und ihre Stützpunkte offensiv werden, den 300 km breiten Seeraum zwischen der Insel und der Cyrenaika-Küste überwachen und so die italienisch-deutschen Afrikatransporte besser gegen Unternehmen der Alexandria-Flotte schützen. Ferner war nunmehr von Griechenland aus über Kreta nach Benghasi und Derna ein zweiter Nachschubweg nach Nordafrika gewonnen. Damit war im Frühjahr 1941 die *zweite und letzte Chance* für die Achsenmächte gegeben, das Schwergewicht ihrer Kriegführung mit Aussicht auf Erfolg in den Mittelmeerraum zu verlegen, wenn sie ihre Ziele wegen des

⁴¹ KTB OKW, Bd. I, S. 312 (8. 2. 1941); W. Warlimont, Die Insel Malta in der Mittelmeer-Strategie des Zweiten Weltkrieges, Wehrwissenschaftliche Rundschau 8 (1958), S. 426 f.

⁴² W. Warlimont, Im Hauptquartier der deutschen Wehrmacht 1939–1945, Frankfurt a.M. 1962, S. 146.

Anlaufens der amerikanischen Materiallieferungen an England auch nicht mehr so leicht hätten erreichen können wie noch ein halbes Jahr vorher. Wieder war es Raeder, der anhand einer Denkschrift der Seekriegsleitung – die er Hitler am 6. Juni 1941 in stark verkürzter Form vortrug⁴³ – mahnte, „die Initiative im östlichen Mittelmeer fest in der Hand zu behalten“. Der Rußlandfeldzug, den Raeder zu diesem Zeitpunkt als unabänderlichen Entschluß Hitlers hinnehmen mußte, dürfe „jetzt nach den großen strategischen Erfolgen im Südost-Raum auf keinen Fall zu einer Aufgabe, Verminderung oder Verzögerung der Kampfführung im östlichen Mittelmeer führen“. Raeder forderte „stärksten Kampfeinsatz der deutschen und italienischen Luftkampfverbände . . . mit dem Ziel einer planmäßigen Vernichtung der Großkampfschiffe und Flugzeugträger“ der Alexandria-Flotte. Von Rhodos und Kreta aus sollten der Suezkanal und die Häfen an der ägyptischen und palästinischen Küste planmäßig vermint werden. Frankreich müsse in die Lage versetzt werden, Syrien gegen ein englisches Vorgehen zu verteidigen und eventuell ein späteres „offensives deutsches Vorgehen gegen die englische Machtposition im Nahen Orient“ zu unterstützen. Ferner sei die Möglichkeit zu prüfen, die Luftwaffe von Syrien aus zu Angriffen und Verminungsaktionen gegen den Suezkanal und die Seeverbindungen im Roten Meer – über die die amerikanischen Lieferungen für die britische Ägyptenfront einliefen – sowie gegen die Versorgung Cyperns einzusetzen. Die in Bordeaux stationierten italienischen U-Boote sollten zur Sicherung der Achsen-Transporte ins Mittelmeer verlegt und ebenso wie die leichten italienischen Seestreitkräfte von Kreta und dem Peloponnes aus zur ständigen Schädigung und Beunruhigung der feindlichen Mittelmeertransporte herangezogen werden. „Die jetzt gewonnene strategische Basis muß in Anbetracht der deutsch-italienischen Luftwaffenstärke und im Hinblick auf die zahlenmäßige Stärke der italienischen Flottenstreitkräfte die Möglichkeit geben . . . ein laufendes englisches Operieren im mittleren Mittelmeer und gegen die deutschen Nachschublinien nach Nordafrika zu verhindern“. Um dieses Ziel zu erreichen und den gegnerischen Nachschub durch das Mittelmeer völlig zu unterbinden, forderte auch Raeder die Einnahme Maltas. Durch die Überführung weiterer Landstreitkräfte sollte baldigst das eingeschlossene Tobruk genommen und zu diesem Zwecke durch die Kreta-Luftwaffe und italienische U-Boote von See her blockiert werden. Die nächste Etappe müsse die Eroberung des Stützpunktes Marsa Matruk sein, um auch von dort aus die Alexandria-Flotte anzugreifen: „Das Endziel der nordafrikanischen Landkriegführung bleibt Alexandrien/Suez.“ Das Memorandum endete mit der Feststellung, die Beherrschung des östlichen Mittelmeerraumes sei mit ihren „beträchtlichen Ausstrahlungen auf den gesamten Nahen Orient und darüber hinaus nach Indien von so ausschlaggebender Bedeutung für die Entwicklung der Gesamtkriegführung“, daß die sich anbietenden Operationsmöglichkeiten trotz der „stärk-

⁴³ Vortrag Ob.d.M. beim Führer am 6.6.1941 auf dem Berghof und Anlage 5: Betrachtung über die strategische Lage im östlichen Mittelmeer nach Balkanfeldzug und Kretabesetzung und die weitere Kampfführung, Seekriegsleitung – Besprechungen beim Führer 1939–1945, a.a.O.

sten Anforderungen“, die der Ostfeldzug an die Wehrmacht stelle, wahrgenommen werden mußten, um die „erzielten großen Erfolge im Mittelmeer noch zu einem Zeitpunkt voll ausschöpfen zu können, zu dem die Hilfe der USA für England noch keinen entscheidenden Umfang angenommen hat“. Welche Erfolge eine intensive Kriegführung im Mittelmeer erringen konnte, zeigte sich in den folgenden Monaten auf dem Gebiet des Seekrieges: nach den Verlusten, die die britische Mittelmeerflotte durch die Aktivität des X. Fliegerkorps im zentralen Mittelmeer sowie in der Schlacht um Kreta hatte hinnehmen müssen, waren bis zum Jahresende 1941 durch Flugzeuge, U-Boote und Kleinkampfmittel (Zweimann-Torpedos und Minen) alle schweren Einheiten einschließlich Flugzeugträger der Alexandria-Flotte versenkt oder für Monate außer Gefecht gesetzt⁴⁴, ohne wegen der Ereignisse in Ostasien zunächst ersetzt werden zu können. Wie Churchill einige Monate später (23. 4. 1942) in einer Geheimsitzung des Unterhauses ausführte, waren damals Libyen, Palästina und Ägypten in äußerstem Maße bedroht, da für ihre Verteidigung zur See lediglich U-Boote, Zerstörer, einige Kreuzer sowie Landflugzeuge zur Verfügung standen⁴⁵. Aber für die deutsche Land- und Luftkriegführung waren auf diesem Kriegsschauplatz wirklich entscheidende Operationen neben dem Rußlandfeldzug nicht mehr durchführbar. Schon der im April 1941 im Irak gegen die Engländer ausbrechende Aufstand konnte von den Achsenmächten nicht mehr genutzt werden: eine beschränkte Lieferung von Waffen auf dem Luftwege über Syrien (das die Vichy-Regierung für Zwischenlandungen zur Verfügung stellte) war die einzige Hilfe, die ermöglicht werden konnte. Da der Vorschlag des Luftwaffenführungsstabes nicht mehr realisiert werden konnte, Cypern durch ein Luftlandeunternehmen von Rhodos aus zu besetzen und anschließend den Franzosen in Syrien die erbetene Unterstützung gegen einen drohenden Angriff der Engländer und gaullistischer Verbände zu gewähren⁴⁶, wurden Syrien und der Libanon bis Juli 1941 vom Gegner besetzt, der damit die Verteidigung des Suezkanals bis an die türkische Grenze vorschob und die Gefahr deutscher Luftangriffe gegen Ägypten und die Ölraffinerien von Abadan bannte. Der Abzug des Gros der deutschen Luftstreitkräfte aus dem Mittelmeerraum ermöglichte den Engländern, Malta durch Flugzeuge, U-Boote und leichte Seestreitkräfte zu verstärken und die Versorgung der Achsenkräfte in Nordafrika ab Frühjahr 1941 wiederum erheblich zu behindern. Mangels Verstärkungen konnte Rommel dort seine Offensive nicht fortsetzen und wurde schließlich gezwungen, vor der im November 1941 beginnenden britischen Offensive die Cyrenaika bis Januar 1942 wieder zu räumen. Alle diese Rückschläge im Mittelmeerraum zeigen, daß mit der Eröffnung des Zweifrontenkrieges die letzte Chance der Achsenmächte für einen erfolgreichen Kampf gegen England endgültig verpaßt war: von nun an

⁴⁴ Zu den britischen Verlusten im Mittelmeer 1941 vgl. Ruge, a.a.O., S. 119, 145, 152, 165, 166, 188f.

⁴⁵ Winston Churchill's Secret Session Speeches, edited by Charles Eade, New York 1946, S. 58f.

⁴⁶ Hillgruber, a.a.O., S. 468.

standen für diesen Nebenkriegsschauplatz nur noch unzureichende Kräfte zur Verfügung, um dem Druck der durch steigende Kriegsproduktion und Amerika-Hilfe ständig erstarkenden englischen Kräfte zu begegnen. Die nochmaligen Erfolge der Achsenmächte in Nordafrika im ersten Halbjahr 1942 sind daher nicht mehr als eine Chance auf diesem Kriegsschauplatz anzusehen, die für die Gesamtkriegsführung von Bedeutung gewesen wäre. Sie beruhten darauf, daß im Winter 1941/42 an der Ostfront *vorübergehend* entbehrliche Luftstreitkräfte erneut zur Niederhaltung Maltas eingesetzt werden konnten und dadurch eine Auffrischung der Verbände Rommels ermöglichten. Als die deutsche Sommeroffensive 1942 in Rußland abermals den Abzug der Luftwaffenverbände erforderte, wurde der auftretende Nachschub- und Treibstoffmangel und die gegnerische Luftüberlegenheit den unzureichenden Kräften Rommels zum Verhängnis. Mit dem Durchbruch der Engländer bei El Alamein und der Landung amerikanisch-englischer Streitkräfte in Marokko und Algerien im November 1942 trat der Umschwung im Mittelmeerkrieg unwiderruflich ein.

Die Frage, ob die Wahrnehmung der strategischen Chancen im Mittelmeer 1940/41 den Ausgang des Krieges zugunsten der Achsenmächte entschieden hätte, muß verneint werden. Gewiß hätten diese Mächte mit der Herrschaft über den Mittelmeerraum, Nordafrika und den Nahen Osten eine schwer angreifbare, wehrwirtschaftlich „autarke“ Bastion besessen, von der aus sie den Engländern im Atlantik, in Afrika wie unter Ausnutzung der arabischen und indischen Unabhängigkeitsbestrebungen auch im Mittleren Osten weitere Schläge hätten versetzen können. Auch läßt sich schwer sagen, wie sich die Ereignisse in Ostasien und die militärische Zusammenarbeit mit Japan entwickelt hätten, wenn die Achsenmächte bereits 1940 am Suezkanal gestanden hätten: immerhin haben die Japaner ihre Vorstöße in den Indischen Ozean auch 1942 bis an die ostafrikanische Küste ausgedehnt. Aber einem „Hitlerfrieden“ hätte sich Großbritannien deswegen noch lange nicht beugen müssen, da sich die Vereinigten Staaten allein schon durch die Festsetzung der Achsenmächte an der westafrikanischen Küste (Dakar) bedroht gefühlt und unter Roosevelt früher oder später aktiv in den Krieg eingegriffen hätten. Dieser Krieg zwischen Kontinenten hätte sich sicher über Jahre hingezogen, da eine Offensive auf das Vorfeld der Achsenmächte für die Alliierten eine weit längere Vorbereitungszeit in Anspruch genommen hätte, als die Landung in Französisch-Nordafrika 1942. Da Hitler auf eine Herrschaft über Europa niemals verzichtet hätte, hätte während dieses „Sitzkrieges im Weltmaßstab“ der europäische Kontinent keine stabile, befriedete Ordnung erfahren und wäre mit den angelsächsischen Mächten kein Ausgleichsfrieden zustande gekommen. Der Konflikt wäre schließlich durch die technisch-industrielle Überlegenheit dieser Mächte entschieden worden, die gemäß ihrer Germany-First-Strategie ab 1945 die Möglichkeit besessen hätten, Atomwaffen gegen Deutschland einzusetzen. Es ist anzunehmen, daß in der letzten Phase der Auseinandersetzung auch die Sowjetunion gegen die Achsenmächte in den Krieg eingetreten wäre.

KARL-DIETER WOLFF †

DAS UNTERNEHMEN „RÖSSELSPRUNG“

Der deutsche Angriff auf Titos Hauptquartier in Drvar im Mai 1944

Der Verfasser des folgenden Aufsatzes war im Institut für Zeitgeschichte mit einem von H. Krausnick geleiteten Publikationsvorhaben über die Einsatzgruppen der SS im Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Er ist am 28. Juli 1970 im Alter von 33 Jahren an einer mit großer Tapferkeit ertragenen Krankheit verstorben. Die hier veröffentlichte Arbeit entstand im Zusammenhang mit einer nicht mehr fertiggestellten Dissertation über die deutsche Besatzungspolitik in Serbien während des Zweiten Weltkriegs. Mit ihrem Abdruck wollen wir das Andenken an einen vielversprechenden jungen Historiker bewahren.

I. Die militärische und politische Entwicklung der Aufstandsbewegungen in Jugoslawien

Als mit dem Belgrader Militärputsch vom 27. März 1941 die gegen den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt opponierenden Kräfte unter General Simović die Regierung übernahmen, entschloß sich Hitler noch am gleichen Tage, „ohne mögliche Loyalitätserklärungen der neuen serbischen Regierung abzuwarten, alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen“¹.

Nach einem knapp zweiwöchigen Blitzkrieg und der bedingungslosen Kapitulation der jugoslawischen Streitkräfte am 17. April 1941 erfolgte die rücksichtslose Zerschlagung der staatlichen Einheit des Landes durch Deutschland und seine Verbündeten. Mit dieser überstürzten Entscheidung kam Hitler auf der einen Seite zwar den revisionistischen Forderungen Ungarns und Bulgariens entgegen und ermöglichte dem italienischen Bundesgenossen die Verwirklichung langgehegter Träume vom ‚mare nostrum‘. Andererseits brachte er aber durch die unüberlegte Aufteilung Jugoslawiens einen Prozeß in Gang, „der weder unter vertretbaren Neuordnungsgesichtspunkten zu rechtfertigen noch in seinen politischen Konsequenzen zu übersehen war“². Die „Neu-Ordnung“ auf dem Balkan hatte vor allem die außerordentlich komplizierten Verhältnisse des Südostraumes mit seinen zum Teil jahrhundertalten Gegensätzen zwischen Bulgaren und Serben, Griechen und Italienern, Serben und Kroaten unberücksichtigt gelassen und damit die Vor-

¹ Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, dt. Ausgabe, Nürnberg 1948 (Zit. IMT), Bd. XXVIII, PS-1746, S. 21 ff.

² L. Hory und M. Broszat, Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945, Stuttgart 1964, S. 41.

aussetzungen für neue Nationalitätenkonflikte geschaffen. Das Fehlen einer überzeugenden Balkankonzeption war einer der wesentlichsten Gründe für das Entstehen einer breiten Aufstandsbewegung in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, die die schwachen deutschen Sicherungskräfte vor fast unlösbare Aufgaben stellte.

Die erste und zunächst auch aktivere Widerstandsgruppe – die nationalen und königstreuen Četniks³ –, die sich aus versprengten Resten der besiegten jugoslawischen Wehrmacht unter Führung des Obersten Draža Mihailović gebildet hatte, zog sich in das Gebirgsmassiv der Ravna Gora zurück und begann von dort einen wirkungsvollen Kleinkrieg gegen die Maßnahmen der deutschen Besatzungsmacht.

Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 trat die straff organisierte, in jahrelanger Illegalität geschulte Kommunistische Partei Jugoslawiens, die sich – angesichts des noch immer gültigen Hitler-Stalin-Paktes von 1939 – seit dem deutschen Aprildfeldzug nur zaghaft zu vereinzelt Sabotageakten bereitgefunden hatte, mit größeren Aktionen und Überfällen an die Öffentlichkeit. Als die entschlossen auftretenden Kommunisten unter Führung ihres Generalsekretärs Tito von vereinzelt Anschlägen und Attentaten auf serbische Gemeindebeamte, Gendarmerieposten und wichtige Bahnlinien sehr bald zum offenen Kampf gegen die deutschen Besatzungstruppen übergingen⁴, reagierten diese darauf mit drakonischen Gegenmaßnahmen⁵. Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, beschränkten sich die Četniks – nachdem der Versuch eines Zusammengehens mit den Partisanen im Oktober 1941 endgültig gescheitert war⁶ – auf einen passiven Widerstand. Einzelne Četnik-Unterführer schlossen sogar mit deutschen militärischen Stellen Verträge ab, die ein Stillhalteabkommen zum Inhalt hatten, oder unterstellten sich, wie z. B. die Gruppen des einflußreichen Vojvoden Kosta Pećanac⁷, den deutschen Truppen und nahmen aktiv am Kampf gegen die kommunistischen Aufständischen teil.

Im November gelang es den inzwischen um einige Divisionen verstärkten deutschen Truppen⁸, die Partisanen aus ihrer kurzlebigen „Volksrepublik Užice“ in

³ Ursprung und Entwicklung der Četnik- und der Partisanenbewegung s. Hory-Broszat, a.a.O., S. 105 ff. und J. Marjanović, Prilozi istoriji sukoba Narodnooslobodilačkog pokreta i četnika Draže Mihailovića u Srbiji 1941 god. in: Istorija XX veka, Zbornik radova I (1959), S. 164 ff.

⁴ Der erste Angriff auf Angehörige der deutschen Wehrmacht erfolgte am 18. 7. 1941 (Fernschreiben des Befehlshabers Serbien an Wehrmachtbefehlshaber Südost v. 2. 8. 1941, Mikrofilm im Institut für Zeitgeschichte, MA 1054, Bl. 15 (künftig zit.: IFZ, MA)).

⁵ Vgl. dazu Befehl d. Bevollm. Kdr. Generals in Serbien v. 10. 10. 1941, abgedr. bei H. Kühnrich, Der Partisanenkrieg in Europa 1939–1945, Berlin 1967².

⁶ S. M. Živanović, General Mihailović i njegovo djelo, Knjiga treća, Chicago o.J., S. 12–50, und Marjanović, a.a.O., S. 193–195 u. 206–209.

⁷ Einzelheiten über die Verhandlung zwischen SS-Sturmbannführer Dr. Kraus (Einsatzgruppe der Sipo und SD Belgrad) und Pećanac in dem Bericht des deutschen Militärverwaltungschefs Dr. Turner an Himmler v. 16. 2. 1942, IFZ, MA 528, Bl. 65 1958–60.

⁸ Kühnrich, a.a.O., S. 150, nennt die neu zugeführten deutschen Einheiten.

Westserbien zu vertreiben, wo Titos Oberster Stab von Oktober bis Ende November 1941 seinen Standort hatte. In verlustreichen Gefechten – in den ersten Monaten fielen mehr als 5000 der insgesamt etwa 8000 Mitglieder der KPJ, darunter allein 20 Mitglieder des ZK⁹ – wurde Tito gezwungen, sich mit einem Teil seiner Truppen über die Drina auf kroatisches Staatsgebiet zurückzuziehen. Hier sammelte er in der Folgezeit seine versprengten Partisanenverbände, gruppierte sie um und baute in den sogenannten „befreiten Gebieten“ eine relativ geordnete – wenn auch nie kontinuierliche – Verwaltung auf.

In einer Reihe großangelegter umfassender militärischer Operationen im bosnischen Raum hatten die deutschen, italienischen und kroatischen Truppen den Aufständischen zwar schwere Verluste zufügen können, es war ihnen jedoch nur einmal – im Verlauf des Unternehmens „Schwarz“ in den Monaten Mai und Juni 1943 – gelungen, die Partisanenverbände Titos an den Rand einer völligen Niederlage zu bringen. So war im Gebiet der Sutjeska, an der Grenze nach Montenegro, nach mehrwöchigen erbitterten Kämpfen die Hauptmacht der Partisanen eingeschlossen und am 10. Juni der Kessel so weit eingeeengt worden, daß man deutscherseits mit einer endgültigen Vernichtung des Gegners rechnen konnte¹⁰. Damit bestanden zum ersten Mal berechnete Aussichten, auch Tito selbst, der am 9. Juni verwundet worden war, in die Hand zu bekommen. Dennoch gelang es den verzweifelt kämpfenden Partisanen, unter großen Verlusten am 10. Juni nach Norden durchzubrechen. Dadurch blieben sie nach wie vor ein wesentlicher Unsicherheitsfaktor für die Achsenmächte.

Angesichts der zunehmenden Bedrohung der Balkanhalbinsel nach dem Verlust des tunesischen Brückenkopfes, der alliierten Landung auf Sizilien und der damit heraufbeschworenen Gefahr des Abfalls Italiens¹¹ ordnete Hitler eine sofortige „durchgreifende Verstärkung der militärischen Kräfte im Südostraum“¹² an. Am 1. August 1943 teilte daraufhin das OKW dem Generalstab des Heeres mit, daß die im Osten stehende 2. Panzerarmee unter General Rendulic möglichst für den

⁹ A. Milanović u. S. Marić, Der nationale und internationale Charakter des Volksbefreiungskrieges in Jugoslawien, Referat auf der Int. Konferenz über die Geschichte der Widerstandsbewegung in Warschau, 15.–19. April 1962 (hekt.), S. 15, zit. bei Kühnrich, a.a.O., S. 130.

¹⁰ So heißt es z.B. in einem Funkpruch des Befehlshabers der deutschen Truppen in Kroatien v. 10. 6. 1943 an die 1. Geb.Div.: „Starker Feind in Sutjeska-Piva auf engstem Raum zusammengedrängt, darunter Tito einwandfrei festgestellt. Letzte Phase des Kampfes, die Stunde der restlosen Vernichtung der Titoarmee damit gekommen.“ Nürnberg. Dok. NOKW-865.

¹¹ Vgl. den am 22. 5. von Hitler abgelehnten Entwurf der Führerweisung Nr. 48b vom 19. 5. 1943 sowie die besonderen Anordnungen Nr. 2 für Weisung Nr. 48 vom 3. 8. 1943 in: W. Hubatsch (Hrsg.), Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945, Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht, Frankfurt/M. 1962, S. 217f. u. 223f. (künftig zit.: Hubatsch, Weisungen).

¹² W. Hubatsch (Hrsg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Bd. III (1. Januar 1943–31. Dezember 1943), 2. Halbbd., Frankfurt/M. 1963, S. 792, Eintr. v. 15. 7. 1943 (künftig zit.: KTB OKW III, 2).

Balkan freigemacht werden sollte¹³. Gleichzeitig wurde der in der Weisung Nr. 48 gegebene Befehl dahingehend ergänzt, daß Generalfeldmarschall Frhr. v. Weichs als Oberbefehlshaber der Heeresgruppe F die Führung im gesamten deutschen Operationsgebiet des Südostraumes übernehmen sollte¹⁴. Durch diese neue Befehlsgliederung stand den straff organisierten und einheitlich geführten Partisanenverbänden nach mehr als zweijähriger deutscher Besatzung zum ersten Mal auch eine entsprechend einheitliche deutsche militärische Führung gegenüber, die in ihren Aktionen nun kaum noch durch staatliche Grenzen oder Demarkationslinien zwischen den einzelnen Besatzungsmächten gehindert wurde. Dies umso weniger, als etwa vierzehn Tage später mit der Kapitulation der Badoglio-Regierung jegliche Rücksichtnahme auf den bisherigen Bundesgenossen wegfiel.

Sofort nach Bekanntwerden der italienischen Kapitulation bemühte sich General Rendulic mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen die zahlenmäßig weit aus stärkeren Italiener¹⁵ in ihren Garnisonen zu entwaffnen, bevor sich die Partisanen in den Besitz der italienischen Waffen- und Munitionslager setzen konnten. Dennoch gelang es diesen trotz deutscher Überraschungserfolge, mehrere Ausrüstungsdepots zu besetzen und sich mit italienischen Beutewaffen auszurüsten. Dabei fielen ihnen erstmals auch größere Mengen an schwerem Kriegsgerät in die Hände, so daß der Abfall Italiens zu einem Wendepunkt in der Geschichte des „Nationalen Befreiungsheeres“ wurde.

II. Die wachsende Bedeutung der Partisanenbewegung unter Tito

Im Herbst 1943 gewannen die Partisaneneinheiten unter Tito endgültig das militärische und zahlenmäßige Übergewicht über die Četnikverbände, die ihre bisherige freigebige Schutzmacht, die Italiener, nunmehr verloren hatten. Durch die beträchtlichen Beutebestände der entwaffneten italienischen Divisionen und umfassende Neuaufstellungen nahmen die Partisanenabteilungen immer mehr den Charakter eines regulären, straff gegliederten Heeres an. Hinzu kam, daß die Westmächte ihre Unterstützung durch Waffen- und Munitionslieferungen an Mihailović allmählich einstellten und, besonders seit Herbst 1943, die Partisanen in zunehmendem Maße auf dem Luftwege mit Waffen, Medikamenten und anderen wichtigen Gütern versorgten. Für sie war Tito durch seinen aktiven Kampf gegen die Besatzungsmächte der weitaus wertvollere Verbündete geworden¹⁶.

Auch die deutsche Führung war schon bald zu der Einsicht gelangt, daß Tito der bei weitem gefährlichere Gegner war¹⁷. Den Četniks war er insofern überlegen,

¹³ KTB OKW III, 2, S. 914, Eintr. v. 7. 8. 1943.

¹⁴ Vgl. Hubatsch, Weisungen, S. 224 (Weisung Nr. 48b).

¹⁵ L. Rendulic, Gekämpft, gesiegt, geschlagen, Wels-Heidelberg 1952, S. 171, spricht von einer 30–40fachen zahlenmäßigen Überlegenheit der italienischen Truppen.

¹⁶ Vgl. F. Maclean, Eastern Approaches, London 1951, S. 403.

¹⁷ Vgl. die Eintragung im KTB OKW III, 2 v. 5. 11. 1943, S. 1253: „Der gefährlichste

als er über die bessere Taktik in der sogenannten „nationalen Frage“ verfügte, indem er immer wieder die übernationalen Ziele seines Kampfes betonte und sich bewußt aus dem Bürgerkrieg zwischen katholischen Kroaten, orthodoxen Serben und den Mohammedanern Bosniens heraushielt. Titos gesamtjugoslawisch-föderalistische Orientierung brachte seinen Partisanenabteilungen den Zulauf viel verschiedenartigerer und breiterer Bevölkerungsschichten, als ihn die großserbisch-zentralistisch ausgerichteten Anhänger General Mihailovićs verzeichnen konnten. Besonders in den Gebieten des „Unabhängigen Staates Kroatien“, die unter dem Terror und den Greuelthaten der Ustaša-Verbände¹⁸ am stärksten gelitten hatten, gewannen die Partisanen auch unter den Kroaten eine große Anhängerschaft.

Nachdem es im August 1942 erstmals zu Kontakten zwischen Abgesandten Titos und dem „Deutschen General in Agram“, Glaise von Horstenau, über Probleme des Gefangenenaustausches gekommen war¹⁹, schienen sich im Jahre 1943 weitere militärische Aktionen gegen Tito vorerst zu erübrigen, da dieser gegenüber deutschen und kroatischen Mittelsmännern hatte durchblicken lassen, daß er „primär an der Niederkämpfung Mihailovićs interessiert und eventuell zum Stillhalten bereit sei, wenn man von ihm ablasse“²⁰. Daraufhin kam es zu erneuten Verhandlungen mit Vertretern der Partisanen, wobei man aufgrund der dürftigen Quellenlage und widersprüchlicher Aussagen lediglich schließen kann, daß es bei diesen Gesprächen nicht ausschließlich um den Austausch von Gefangenen ging²¹. Die Versuche, mit Tito zu einem – wenn auch nur zeitlich begrenzten²² – Stillhalteabkommen zu gelangen, scheiterten vor allem an der ablehnenden Haltung Hitlers,

Gegner ist Tito. Falls es in den nächsten Monaten nicht gelingt, ihn entscheidend zu schwächen, vollzieht sich der Zusammenschluß aller kommunistischen Kräfte und die Verteidigung der Küste wird undurchführbar.“

¹⁸ Die Ustaša, eine von Eugen Krvaternik organisierte Miliz, terrorisierte Juden, Serben und alle innenpolitischen Gegner, Einzelheiten bei Hory-Broszat, a.a.O., S. 85 ff.

¹⁹ Dazu S. Odić, *Neostvareni planovi*, Zagreb 1961, bes. S. 67 ff., S. 84–90. Der einzige Zeuge dieser Verhandlungen, Glaises Ordonanzoffizier Major v. Pott, wurde nach J. Jukić, *Pogledi na prošlost, sadašnjost i budućnost hrvatskog naroda*, London 1965, S. 149, im Jahre 1946 von jugoslawischen Agenten aus Österreich nach Jugoslawien verschleppt.

²⁰ Hory-Broszat, a.a.O., S. 145.

²¹ So heißt es beispielsweise in einem Fernschreiben des deutschen Gesandten in Zagreb, Kasche, an das Auswärtige Amt vom 26. 3. 1943: „Zwei Beauftragte Titos . . . haben hier wegen Auslieferung von Gefangenen mit deutschen, italienischen und kroatischen Militärdienststellen gesprochen. Hierbei haben sie erneut Einstellung des Kampfes gegen Belassung im Raum des Sandzaks angeboten . . . Bei bisherigen Unterhaltungen meines Gewährsmannes ist der Wunsch auf Einstellung des Kampfes immer stärker hervorgetreten.“ IFZ, MA 516, Bl. 1281–82; vgl. auch Hory-Broszat, a.a.O., S. 145 ff.; W. Hagen, *Die geheime Front*, Linz-Wien 1950, S. 265–268; S. Chissold, *Whirlwind*, London 1948, S. 151; P. Leverknehn, *Der geheime Nachrichtendienst der deutschen Wehrmacht im Kriege*, Frankfurt/M.-Bonn 1964, S. 124; Adler-Bresse, *Tito a-t-il négocié avec les Allemands?* in: *Revue d'histoire de la 2me guerre mondiale*, 6 (1956), Nr. 22, S. 107–108.

²² Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß Tito ernsthaft an ein militärisches Zusammengehen mit den Deutschen gedacht hat. Vgl. H. Neubacher, *Sonderauftrag Südost 1940–1945*, Göttingen 1956, S. 180.

der erklärte, mit Rebellen nicht verhandeln zu wollen. Dabei wäre ein derartiges Einvernehmen mit Tito wohl möglich gewesen, „und zwar mit Hilfe des militärischen Geheimdienstes, der für solche Aufgaben besonders geeignet war“²³. Obwohl die Kontakte nie ganz abrisen²⁴, konnte man spätestens im Herbst 1943, als sich die militärische Situation für die Partisanen erheblich gebessert hatte, die Bemühungen beider Seiten als gescheitert betrachten²⁵. Nachdem auch eine Reihe groß angelegter *militärischer* Unternehmungen²⁶ in den Wintermonaten 1943/44 keine entscheidenden Erfolge gegen die Partisanen gebracht hatte, wurde deutscherseits durch den „Sonderbevollmächtigten des Auswärtigen Amtes für den Südosten“, Neubacher, noch einmal der Versuch gemacht, eine Lösung auf *politischem* Wege zu erreichen. Sein Ziel war es, durch Zusammenfassung aller nationalen antikommunistischen Kräfte des Landes unter Einschluß der Mihailović-Četniks eine gemeinsame Front gegen Titos Partisanenverbände zu schaffen. Neubacher erkannte, daß die Verwirklichung eines solchen Zieles nur dann möglich war, wenn es ihm gelang, das überwiegend bäuerliche Serbien zum Zentrum eines antikommunistischen Balkans zu machen²⁷. Den damit verbundenen radikalen Kurswechsel in der deutschen Balkanpolitik, die bisher einseitig Kroatien unterstützt hatte, lehnte Hitler jedoch ab. Damit waren die deutschen Versuche, die Partisanen unter Tito durch politische oder militärische Maßnahmen auszuschalten, vorerst fehlgeschlagen.

Das Jahresende 1943 war für die Entwicklung und Konsolidierung der Partisanenbewegung von entscheidender Bedeutung. Innenpolitisch bedeutete die Zweite Sitzung des „Antifaschistischen Rates der nationalen Befreiung Jugoslawiens (AVNOJ)“ am 29. und 30. November 1943 in Jajce eine wesentliche Stärkung der von Tito propagierten „Befreiungsfront“. Der AVNOJ wurde oberstes gesetzgebendes Organ, und das neu gebildete „Nationalkomitee zur Befreiung Jugoslawiens (NKOJ)“ übernahm die Funktion einer provisorischen Regierung²⁸. Zu diesem Erfolg im Innern kam auf außenpolitischem Gebiet die Verpflichtung der drei alliierten Hauptmächte auf der Gipfelkonferenz in Teheran, die Partisanenbewegung in Jugoslawien in „größtmöglichem Ausmaß“²⁹ mit Kriegsmaterial und

²³ G. Buchheit, *Der deutsche Geheimdienst*, München 1966, S. 555.

²⁴ Nach Angaben Jukićs, a.a.O., S. 152, führte der Tito-Bevollmächtigte Velebit noch Anfang April 1945 Verhandlungen mit Generaloberst Löhr. Vgl. auch E. Schmidt-Richberg, *Der Endkampf auf dem Balkan. Die Operationen der Heeresgruppe E von Griechenland bis zu den Alpen*, Heidelberg 1955, S. 155.

²⁵ So heißt es z.B. in einer Beurteilung zur „Bandenlage“ in Kroatien und Serbien von General Buttler (WFSt) am 17. 10. 1943 u.a.: „Tito stärkster Mann auf dem Balkan. Versuche, ihn an uns heranzuführen, bisher gescheitert.“ IfZ, MA 482, Bl. 7851.

²⁶ Vgl. KTB OKW IV, 1, S. 645f.

²⁷ Neubacher, a.a.O., S. 149, 155ff.

²⁸ Eine umfassende staatsrechtliche Analyse der Zweiten AVNOJ-Tagung gibt Ferdo Čulinović, *Državno-pravni razvitak Jugoslavije*, Zagreb 1963, S. 272–283.

²⁹ W. S. Churchill, *Reden*, Band 5, 1944, *Das Morgengrauen der Befreiung*, Gesammelt von Charles Eade, Zürich 1949, S. 99 (künftig zit.: Churchill, *Reden* V).

durch Kommando-Unternehmen zu unterstützen. Dies kam einer bedingten Anerkennung dieser Einheiten als verbündeter kriegführender Macht gleich. Titos Partisanen waren damit zu einem entscheidenden militärischen Machtfaktor auf dem Balkan geworden.

III. Erste deutsche Pläne zur Beseitigung Titos

Nach dem Scheitern aller bisherigen militärischen und nichtmilitärischen Maßnahmen zur Niederschlagung der kommunistischen Aufstandsbewegung nahm man bereits bestehende Pläne wieder auf, durch eine überraschende, sorgfältig vorbereitete Aktion den Obersten Stab mit Tito an der Spitze auszuschalten, die Partisanen damit ihrer Führung zu berauben und so entscheidend zu schwächen.

Die Vorbereitungen für dieses Unternehmen gehen in das Jahr 1943 zurück. Obwohl noch im Januar des gleichen Jahres die Abwehr gegen den ausdrücklichen Wunsch des Generalstabs ein ähnliches Unternehmen gegen das sowjetische Hauptquartier abgelehnt und der Amtschef „grundsätzlich Abw.II-Angriffe auf einzelne Personen abgewiesen“³⁰ hatte, liefen die Vorbereitungen für eine derartige Aktion gegen Tito bei einigen Spezialeinheiten der Division „Brandenburg“ weiter. So kam es im Spätsommer 1943 zur Bildung der „Einheit Kirchner“³¹, die nach einer kurzen Ausbildungszeit bei Wien in der ersten Oktoberhälfte 1943 im bosnischen Banja Luka (etwa 100 km NO Drvar) eintraf. Diese Einheit war dem Stab der Division „Brandenburg“ unmittelbar unterstellt. Ende November oder Anfang Dezember 1943 wurde eine weitere Gruppe von „Brandenburgern“ aus Griechenland in den Raum um Banja Luka verlegt. Ihr Kommandeur, Hauptmann Boeckl, übernahm das Kommando der „Einheit Kirchner“ und baute sie zu einem Trupp mit zwei Zügen um, von denen er den einen und Leutnant Kirchner den anderen führte.

Bei den Vorbereitungen der Aktion gegen Tito konnte Boeckl auf die Erfahrungen Kirchners zurückgreifen, der in Zusammenarbeit mit den örtlichen Četnik-Führern Drenović und Tesanović bereits wertvolle Vorarbeit geleistet hatte³². Von besonderem Interesse für Kirchner war dabei der Nachrichten- und Aufklärungsdienst der dortigen Četnikverbände gewesen, der sich der antikommunistisch eingestellten Bauern bediente. Diese konnten sich verhältnismäßig frei in dem von Partisanen kontrollierten Gebiet westlich von Banja Luka bewegen und relativ ungehindert Nachforschungen über die Lage des Partisanen-Hauptquartiers und des Aufenthaltsortes Titos anstellen.

³⁰ Kriegstagebuch der Abwehrabteilung II („Lahousen-Tagebuch“), Eintr. v. 2. 2. 1943, Archiv des IfZ (künftig zit.: KTB Abwehr II).

³¹ Odić, a.a.O., S. 204–205. Hier auch weitere Angaben.

³² Einzelheiten darüber enthält der Bericht „Die Četniks im Raum Banjaluka (Bericht des Verbindungsoffiziers der Einheit Boeckl v. 12. 12. 1943)“. Zit. bei Odić, a.a.O., S. 214–219.

Ende 1943 häuften sich die Nachrichten, daß Tito sein Hauptquartier in die Gegend von Jajce verlegt habe³³. Etwa zur gleichen Zeit waren unter der Leitung Kirchners zwei Pläne ausgearbeitet worden, die sich gegen den Obersten Stab richteten. Der erste sah einen nächtlichen Überraschungsangriff auf das Hauptquartier der Partisanen vor. Zum Zeitpunkt des Angriffs sollte sich ein Teil der „Einheit Kirchner“ zusammen mit orts- und sprachkundigen Četniks in Partisanenuniformen bis dicht an die Unterkünfte des Obersten Stabes heranarbeiten, das Überraschungsmoment ausnutzen und Tito entführen oder unschädlich machen³⁴.

Den zweiten, nicht weniger abenteuerlichen Plan erwähnt Slavko Odić: Am 12. November 1943 habe die Division „Brandenburg“ in einem ausführlichen Schreiben den Stab der 2. Panzerarmee über ein von ihr geplantes Unternehmen gegen Tito unterrichtet. Der Plan basierte auf der Anwesenheit einer britischen Militärmission beim Obersten Stab und der Versorgung der Partisanen aus der Luft. Es sei beabsichtigt gewesen, zwei „Sühnegefangene“ zu ermorden, sie in englische Fliegeruniformen und Fallschirmjäger-Ausrüstungen zu stecken und in der Nähe des Partisanen-Hauptquartiers abzuwerfen. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, daß es sich um britische Offiziere handle, deren Fallschirme sich beim Absprung nicht geöffnet hätten. Bei einem der beiden sollte ein an Tito persönlich adressiertes Briefkuvert gefunden werden³⁵, das beim Öffnen explodieren sollte.

Diese Pläne gelangten aber nicht mehr zur Ausführung, da am 9. Januar 1944 das 92. (mot.) Gren.Regiment Jajce eroberte³⁶. Tito und sein Stab hatten jedoch die Stadt, in der seit dem 25. August 1943 ihr Hauptquartier war³⁷, einige Tage vorher verlassen. Für die Deutschen begann damit von neuem die Suche nach Titos Aufenthaltsort. Währenddessen wurde Hauptmann Boeckl strafversetzt und an seine Stelle trat Ende Februar 1944 Major Benesch. Dieser baute in kürzester Zeit die Einheiten Boeckls und Kirchners zu einem Bataillon, bestehend aus fünf Spezialgruppen, aus³⁸. Etwa zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß Tito sein neues Hauptquartier etwa 200 km westlich in das bosnische Städtchen Drvar verlegt hatte, wo von der deutschen Funküberwachung bald darauf auch tatsächlich die Funkstation des Obersten Stabes geortet wurde³⁹.

Eine entscheidende Rolle bei der Suchaktion nach Tito spielte der deutsche Aufklärungs- und Nachrichtendienst. Für die nach Beendigung des Balkanfeldzugs im Jahre 1941 analog zu den Dienststellen im Reich gegliederten Abwehr- und Nebenstellen ergab sich durch das Anwachsen der Aufstandsbewegung schon bald ein ganz neues Betätigungsfeld: Neben der eigentlichen Aufklärungs- und Spionage-

³³ Rendulic, a.a.O., S. 209.

³⁴ S. Sevo, *Vazdušni desant na Drvaru pećinu*, Sarajevo 1963, S. 14.

³⁵ Sevo, a.a.O., S. 13, spricht von einem Paket.

³⁶ Strugar, Vlado, *Rat i revolucija naroda Jugoslavije 1941–1945*, Belgrad 1962, S. 223; vgl. auch Rendulic, a.a.O., S. 209.

³⁷ Lt. *Enciklopedija Jugoslavije IV*, S. 448 (Stichwort: Jajce).

³⁸ Vgl. Sevo, a.a.O., S. 21.

³⁹ Vgl. Rendulic, a.a.O., S. 224f.

abwehrtätigkeit mußten sie auch die Partisanenverbände bekämpfen, deren Aufgabe in der Erkundung der deutschen Truppenbewegungen und in der Durchführung von Sabotageakten bestand⁴⁰.

Gleichzeitig mit der Befehlsneugliederung auf dem Balkan, die durch die allgemeine militärische Lage im August 1943 notwendig geworden war⁴¹, erfolgte auch eine Reorganisierung des deutschen militärischen Nachrichtendienstes in diesem Raum. Um eine möglichst enge und wirkungsvolle Zusammenarbeit mit den einzelnen Stellen des Aufklärungs- und Nachrichtendienstes zu erreichen, war die militärische Führung im Südosten darum bemüht, die Ergebnisse der gesamten nachrichtendienstlichen Tätigkeit auf dem Balkan an *einer* Stelle, nämlich in der Ic-Abteilung des Oberbefehlshabers Südost zu konzentrieren und auszuwerten. Hier liefen in der Folgezeit die Nachrichten der Luftwaffen-Funküberwachung, der Nachrichtenaufklärungsabteilung 4, der Geheimen Feldpolizei, des Befehlshabers der Sicherheitspolizei und des SD sowie der Feld- und Kreiskommandanturen über Stärke und Truppenbewegungen der Aufständischen ein.

Im Zuge der Reorganisierung des Nachrichtenwesens im Südostraum wurden im Sommer 1943 auch die bestehenden Abwehrstellen (Ast) in untereinander unabhängige Abwehrkommandos umgewandelt⁴². Organisatorisch waren sie direkt dem Amt für Auslandsnachrichten/Abwehr im OKW, taktisch dagegen dem Ic/AO⁴³ der Heeresgruppe F (zugleich Oberbefehlshaber Südost) unterstellt⁴⁴.

Analog zur Gliederung an der Spitze wurden bei den niederen Stäben sogenannte Abwehrtrupps (AT) gebildet, die wiederum dem sogenannten Führenden Abwehrtrupp (FAT) 176 – später: Führender Frontaufklärungstrupp 176 – unterstanden. Dieser war taktisch dem Stabe des Panzer AOK 2 bzw. seinem Ic-Offizier, sachlich dagegen dem Frontaufklärungskommando 111 als dem obersten Organ der Abwehr I im Befehlsbereich der Heeresgruppe F unterstellt. Mit der Verlegung des FAT 176 nach Vrnjačka Banja, dem Sitz des Stabes der 2. Panzerarmee unter Rendulic, im Dezember 1943, war der Prozeß der Neugliederung der Abwehr I in diesem Raum abgeschlossen.

Im Gegensatz zur Abwehr I, die seit dem Jahre 1941 über die Abwehrstellen Belgrad und Zagreb ständig Material über die jugoslawische Aufstandsbewegung sammelte, begann Abwehr II ihre Tätigkeit (Gegenspionage und Bekämpfung des feindlichen Nachrichtendienstes) im jugoslawischen Raum erst 1943 mit der Ver-

⁴⁰ Buchheit, a.a.O., S. 269.

⁴¹ Siehe oben, S. 479.

⁴² Da Gliederung und Aufgaben der Abwehrstellen in den besetzten Gebieten die gleichen waren wie bei den Ast im Inland, trugen sie zunächst die entsprechenden Nummern I, II und III. Schon bald wurde jedoch das Abwehrkommando I in 111, II in 201 und III in 310 umbenannt und bald darauf auch die Bezeichnung Abwehrkommando in Frontaufklärungskommando (FAK) geändert. Analog dazu erhielten die ihnen unterstellten Abwehrtrupps nun die Bezeichnung Frontaufklärungstrupps (FAT).

⁴³ Der dem Ic unterstellte Abwehroffizier (AO) bearbeitete den Abwehrdienst im Bereich von Heeresgruppen und Armeen.

⁴⁴ Vgl. Odić, a.a.O., S. 150. Dort auch weitere Einzelheiten.

legung des Abwehrkommandos bzw. Frontaufklärungskommandos 201 von der Ostfront nach Serbien⁴⁵.

Der deutsche Funkhorchdienst war nach Beendigung des Balkanfeldzuges 1941 zunächst gegen die Aufklärungs- und Spionagetätigkeit der UdSSR und der Westalliierten auf dem Balkan gerichtet. Erst im Jahre 1942 begann man sich deutscherseits stärker für die Funkanlagen zu interessieren, mit denen der britische Geheimdienst die Stäbe der Mihailović-Četniks ausgerüstet hatte, um auf diesem Wege die Luftwaffe der Alliierten über deutsche Truppenbewegungen zu informieren.

Um nun den feindlichen Funkverkehr im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien möglichst wirkungsvoll kontrollieren und stören zu können, hatte der Oberbefehlshaber Südost zu Beginn des Jahres 1942 dem Kommandierenden General und Befehlshaber Serbien eine Spezialeinheit für Funküberwachung und Dechiffrierung unter Hauptmann Wollny zugeteilt⁴⁶. Der Zug Wollny gehörte bisher der Nachrichtenaufklärungsabteilung 4 (Na 4) in Saloniki an und wurde ihr wieder eingegliedert, als mit der bereits erwähnten Reorganisierung des gesamten deutschen Nachrichtendienstes im Sommer 1943 auch diese Abteilung nach Belgrad verlegt wurde. Erst zu dieser Zeit begann Wollny mit der Überwachung und Dechiffrierung des Funkverkehrs der Partisanen und kontrollierte bereits nach wenigen Monaten einen Großteil des Funknetzes des Obersten Stabes. Die Hauptschwierigkeit bei der Peilung des Standortes der Partisanen-Funkstationen lag in der außerordentlichen Beweglichkeit ihrer Verbände⁴⁷ und in der Tatsache, daß erdmagnetische Störungen eine Ortung häufig erschwerten. Die Entzifferung der verschlüsselten Funkprüche dagegen bereitete dem deutschen Funkhorchdienst kaum Schwierigkeiten⁴⁸.

Nachdem man auf deutscher Seite mit Hilfe der Funküberwachung, der Luftaufklärung und anderer Spezialeinheiten den neuen Standort des Partisanen-Hauptquartiers ausgemacht hatte, wurden die weiteren Operationen festgelegt. Den Aufständischen war es bisher immer wieder gelungen, durch ihren Nachrichtendienst von den Absichten der Deutschen Kenntnis zu erhalten und sich meist rechtzeitig ihrem Zugriff zu entziehen. Die deutsche militärische Führung im Südosten beschloß daher, anstelle großräumiger Umfassungsaktionen oder isolierter Sabotageunternehmen durch eine Kombination von Umfassungsangriff und gleichzeitig erfolgreichem Fallschirmjagereinsatz den Obersten Stab auszuschalten. Für den Fall, daß es dabei gelingen sollte, Tito selbst gefangen zu nehmen, hatte Hitler angeordnet, nichts über dessen Festnahme an die Öffentlichkeit dringen zu lassen, um zu verhindern, daß die Engländer sich wieder Mihailović zuwandten⁴⁹.

Die militärische Gesamtsituation im Frühjahr 1944 erforderte gerade auch auf dem Balkan eine entscheidende militärische Aktion gegen die kommunistischen Aufständischen, um die Ausweitung des Südostens zu einem regulären Kriegs-

⁴⁵ Vgl. Odić, a.a.O., S. 156.

⁴⁶ Ebenda, S. 159.

⁴⁷ Vgl. Rendulic, a.a.O., S. 208.

⁴⁸ Ebenda, S. 196; vgl. auch Hagen, a.a.O., S. 265.

⁴⁹ Vgl. KTB OKW, IV, 1, S. 661 f.

schauplatz zu verhindern. Es war notwendig, diese Aktion möglichst schnell durchzuführen, da eine durch einen derartigen militärischen Erfolg gestärkte deutsche Position in Südosteuropa Voraussetzung für die Bündnistreue Rumäniens und Bulgariens⁵⁰ wie auch für die weitere neutrale Haltung der Türkei war. Andererseits galt es, die für die deutsche Kriegführung geradezu unentbehrlich gewordenen Rohstoffvorkommen des Balkans vor dem Zugriff der Partisanen zu schützen, besonders nach dem Verlust der Nachschubquellen im Osten und der Einstellung der türkischen Chromlieferungen⁵¹. Schließlich sollte die möglichst frühe Durchführung einer derartigen deutschen Offensive die ständig wachsende Gefahr eines späteren Zusammengehens der Kommunisten mit den von Rumänien her vorrückenden sowjetischen Divisionen ebenso verhindern wie eine eventuelle Unterstützung der Westalliierten durch die Partisanen im Falle einer Landung an der Adriaküste⁵².

IV. Die Vorbereitung des Unternehmens „Rösselsprung“

Von welcher Seite die Anregung zu dem Angriffsplan kam, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Eine Bestätigung der von mehreren jugoslawischen Historikern⁵³ aufgestellten Behauptung, Hitler selbst habe befohlen, Tito und die oberste Führung durch einen kühnen und überraschend geführten Handstreich zu liquidieren, konnte nicht gefunden werden. Auch der Verfasser der Studie zum Unternehmen „Rösselsprung“, Frhr. von Varnbüler, glaubt nicht an einen derartigen Befehl Hitlers⁵⁴. Am wahrscheinlichsten dürfte die Version sein, daß dieser Vorschlag vom Oberbefehlshaber Südost, Freiherrn von Weichs, stammte, der etwa Ende April/Anfang Mai 1944 der 2. Panzerarmee unter Rendulic eine entsprechende Weisung erteilte⁵⁵.

Die am 21. Mai 1944 dem Wehrmachtführungsstab übermittelte endgültige Fassung des Angriffsplanes sah die Landung von Luftlande- und Fallschirmtruppen in den frühen Morgenstunden des 25. Mai im Gebiet von Drvar vor, mit dem Ziel, das Hauptquartier der Partisanen zu besetzen. Gleichzeitig sollten starke motorisierte Kampfgruppen aus dem Raum Bihać, Bosan, Krupa, Knin, Livno, Jajce und südl. Kulen-Vakuf konzentrisch gegen Drvar vorgehen⁵⁶. Diese Umfassungsaktion verfolgte einerseits das Ziel, die in der Umgebung des Ortes liegenden Partisanen-

⁵⁰ Besonders nach dem Abfall Italiens und dem Tode des Zaren Boris III.

⁵¹ Am 20. 4. 1944 entschloß sich die Türkei auf amerikanischen und britischen Druck, die Chromlieferungen nach Deutschland ab 1. 5. 1944 einzustellen.

⁵² Vgl. KTB OKW IV, 1, S. 81, Rendulic, a.a.O., S. 213.

⁵³ Vgl. Sevo, a.a.O., S. 15 und Odić, Drvarska operacija, eine Artikelserie in: BORBA vom 19. 7.–13. 9. 1955 (künftig zit.: Odić, in: Borba).

⁵⁴ Mündliche Auskunft Frhr. von Varnbülers im Mai 1968.

⁵⁵ Rendulic behauptet dagegen in seinem 1965 erschienenen Buch „Soldat in stürzenden Reichen“, S. 339: „Ich beschloß, im Mai ein Unternehmen gegen Tito durchzuführen . . .“

⁵⁶ KTB OKW, IV, 1, S. 663.

verbände in Abwehrkämpfe zu verwickeln und sie so daran zu hindern, dem bedrohten Obersten Stab zur Hilfe zu kommen⁵⁷. Andererseits sollten diese beweglichen motorisierten Truppen möglichst früh in Drvar eintreffen, um die am Morgen des 25. Mai gelandeten Fallschirm- und Luftlandetruppen zu entsetzen. Einzelheiten über den Einsatz des verstärkten SS-Fallschirmjäger-Bataillons, der in zwei Wellen erfolgen sollte, enthält die von Frhr. von Varnbüler unterzeichnete Studie vom 24. 5. 1944. Danach⁵⁸ bestand die erste Welle aus insgesamt 654 Offizieren und Mannschaften⁵⁹, von denen 340 durch Lastensegler gelandet werden sollten, während die restlichen 314 mit dem Fallschirm abzuspringen hatten.

Die Studie sah eine Gliederung der ersten Gruppe in sechs verschieden starke Abteilungen vor, wobei der 110 Mann umfassenden Kampfgruppe „Panther“ die schwierige Aufgabe zufiel, die sogenannte ‚Zitadelle‘ zu nehmen, wo sich – wie man annahm – Tito und die Mitglieder des Obersten Stabes aufhielten. Die Gruppe „Greifer“ (40 Mann) sollte die Mitglieder der britischen, „Stürmer“ (50 Mann) die der sowjetischen und „Brecher“ (ebenfalls 50 Mann) die der amerikanischen Militärmission gefangennehmen und jeweils die Verbindung zu den nächstgelegenen Gruppen aufnehmen. Das Ziel der Kampfgruppe „Draufgänger“ war die Besetzung des sogenannten „Westkreuzes“, wo die deutsche Aufklärung die Funkstation der Partisanen vermutete, während die mit 20 Mann zahlenmäßig kleinste Gruppe „Beißer“ nach der Eroberung eines strategisch wichtigen Außenpostens den Kontakt zur Gruppe „Greifer“ herstellen und mit ihr zusammen gegen die britische Militärmission vorgehen sollte.

Die 314 Mann starke Truppe der Fallschirmjäger – in die Kampfgruppen „Blau“ (100 Mann), „Grün“ (95 Mann) und „Rot“ (85 Mann) aufgeteilt – hatte die Aufgabe, den Ort Drvar zu nehmen und gemeinsam mit Teilen der übrigen Gruppen eventuelle Ausbruchversuche des Gegners abzuwehren. Um jedes Risiko im Verlauf der Operation zu vermeiden, sollte eine zweite Welle von Fallschirmjägern zu einem möglichst frühen Zeitpunkt abspringen bzw. mit Lastenseglern südlich des Ortes landen.

Die Führung der gesamten Fallschirm- und Luftlandetruppen hatte der Kom-

⁵⁷ Odić, in: *Borba* v. 28. 7. 1955, S. 8.

⁵⁸ Das Dokument (Pz. AOK 2, Abt. Ia, Nr. 65/44 g. Kdos. Chefs.) ist in serbokroatischer Sprache abgedruckt in: *Zbornik dokumenata i podataka o narodnooslobodilačkom ratu jugoslovenskih naroda*, Belgrad 1949 ff., Band IV, 25. Buch (Borbe u Bosni i Hercegovini), S. 717–725, (künftig zit.: *Zbornik IV*, 25). Die deutschen Dokumente, die in diesem vom Kriegsgeschichtlichen Institut in Belgrad veröffentlichten Sammelwerk enthalten sind, sind – von wenigen Faksimiles abgesehen – ins Serbokroatische übersetzt worden. Sie wurden vom Verfasser möglichst wortgetreu rückübersetzt und zitiert.

⁵⁹ Die in dem offiziellen jugoslawischen Werk über den Partisanenkrieg: *Oslobodilački rat naroda Jugoslavije 1941–1945*, Bd. 2, Belgrad 1965, S. 95 (künftig zit.: *Oslob. rat II*) genannte Zahl von 620 dürfte zu niedrig liegen. Nach Angaben von Odić (*Borba* v. 2. 8. 1955, S. 8) ist aber auch die von Varnbüler genannte Gesamtzahl von 654 noch unvollständig, da er mehrere Sondereinheiten und Stäbe nicht berücksichtigte. Odić errechnete als wahrscheinlich richtige Zahl für die erste Welle 729 Offiziere und Mannschaften, für die zweite 171.

mandeur des Fallschirmjäger-Bataillons, SS-Hauptsturmführer Rybka, der sich zunächst mit seinem Stab der Gruppe „Rot“ anschließen und dann den Angriff auf die „Zitadelle“ leiten sollte. Für den Fall, daß dieser Angriff nicht sofort erfolgreich abgeschlossen werden könne, sollten laut Varnbüler-Studie auf ein bestimmtes Leuchtsignal hin die Kampfgruppen „Rot“, „Grün“ und „Stürmer“ ohne Rücksicht auf ihre ursprünglichen Kampfziele auf kürzestem Wege gegen die „Zitadelle“ vorgehen und sie nehmen. Die Kampfgruppe „Panther“ und das Bataillon sollten sofort nach der Besetzung der „Zitadelle“ die eigene Luftaufklärung durch ein Erkennungszeichen in Form eines Hakenkreuzes von dem erfolgreichen Angriff auf das Hauptquartier in Kenntnis setzen und diese Nachricht auch auf dem Funkwege durchgeben.

Ein in der Nacht zum 24. Mai ausgestellter Befehl Rybkas für das Fallschirmjäger-Bataillon rundet das Bild ab. Unter Punkt 4 heißt es dort:

„Schwerpunkt des Handelns für alle Teile des Bataillons ist der Oberste Stab Titos. Sobald genau bekannt ist, wo sich der Stab befindet, haben alle Teile des Bataillons, die in der Nähe dieses Hauptzieles gelandet sind, unaufschiebbar und rücksichtslos vor allem den Obersten Stab Titos auszuschalten. Wichtige Persönlichkeiten sollen nach Möglichkeit lebend in unsere Hand fallen. Schriftliches Material von Wert ist aufzubewahren. In den Gebäuden des Stabes sind unbedingt Brände . . . zu vermeiden, damit die Männer des Nachrichtendienstes in den Besitz wertvollen Materials gelangen können.“

Für den Fall schließlich, daß „wider Erwarten Tito selbst gefangen genommen werden sollte“⁶⁰, wurde strengste Geheimhaltung befohlen, wie überhaupt auf deutscher Seite der Versuch gemacht wurde, die Kenntnis der Vorbereitungen für dieses Unternehmen auf einen möglichst kleinen Kreis zu beschränken.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des deutschen Planes war – wie bereits erwähnt – die Wahrung des Überraschungsmoments. Diesem Vorhaben stand jedoch eine Reihe von Faktoren entgegen, die eine absolute Geheimhaltung von vornherein erschwerten.

So war es z. B. nicht möglich, die Luftaufklärung, die für die Vorbereitung des Unternehmens „Rösselsprung“ wesentlich war, dem Feind gegenüber geheimzuhalten. Außerdem war es unvermeidlich, daß durch Kontakte zwischen Besatzungstruppe und Zivilbevölkerung gewisse Einzelheiten bekanntwurden. Ein Großteil der in Jugoslawien lebenden Volksdeutschen war zur 1942 neu aufgestellten 7. SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“ einberufen worden⁶¹; die zwischen ihnen, den Serben und Kroaten bestehenden Kontakte sind trotz strenger Geheimhaltungsvorschriften nie ganz abgerissen.

Außerdem bewirkte die psychologisch unkluge deutsche Besatzungspolitik mit ihren harten Vergeltungsmaßnahmen, daß sich viele ursprünglich nicht deutschfeindlich eingestellte Jugoslawen zu den Aufständischen schlugen. Es war daher für

⁶⁰ Der Befehl ist im Zbornik IV, 25, S. 712ff. in serbokroatischer Sprache abgedruckt.

⁶¹ Teile dieser Division kamen beim Unternehmen „Rösselsprung“ zum Einsatz.

die Partisanen nicht schwer, die Bevölkerung in fast allen Teilen des Landes gegen die deutsche Besatzungsmacht aufzuwiegeln und Agenten für sich zu gewinnen. Hinzu kam, daß gewisse Bevölkerungskreise durch ihren Beruf zur Zusammenarbeit mit den Deutschen gezwungen waren.

Obwohl dem recht guten gegnerischen Aufklärungs- und Nachrichtendienst die Vorbereitungen für „Rösselsprung“ nicht entgangen waren, wurden doch die sich häufenden Aufklärungsflüge deutscher Maschinen über Drvar von der Gegenseite falsch interpretiert. Die Jugoslawen vermuteten, daß diese Flüge Ziele für spätere Bombardierungen ausmachen sollten. Trotz diesem Fehlschluß sahen sie sich zu verstärkten Sicherungs- und Verteidigungsmaßnahmen veranlaßt.

Da also die deutschen militärischen Stellen kaum noch damit rechnen konnten, die Partisanen operativ zu überraschen, liefen die Bemühungen im Stabe der 2. Panzerarmee nun darauf hinaus, durch weitgehende Geheimhaltung, Feindtäuschung und Tarnung wenigstens auf taktischem Gebiet – nämlich durch die Art des Angriffs und die Wahl des Zeitpunktes – den Gegner zu überrumpeln. Es wurden Befehle über Geheimhaltung und Schweigepflicht erlassen, die weit strenger waren, als die bisher bei ähnlichen Operationen gegen die Partisanen üblichen Vorschriften.

So wurde beispielsweise bei den zum Einsatz vorgesehenen Truppen auf die Bereitstellung nichtdeutscher Formationen fast ganz verzichtet, um dadurch die Möglichkeit eines Verrats weitgehend einzuschränken. Lediglich den von Westen her auf Drvar vorstoßenden Teilen der 373. Legions-Division⁶² gehörten geschlossene kroatische Verbände an. Allerdings war hier nur das deutsche Führungspersonal über den vorgesehenen Einsatz informiert worden, da man befürchtete, daß mit den übergelaufenen Partisanen auch Spitzel in die eigenen Reihen eingeschmuggelt worden seien⁶³. Auch der etwa 40 Mann starken „Einheit Benesch“ gehörten mehrere Četniks an⁶⁴, auf die man wegen ihrer Ortskenntnis nicht verzichten wollte. Um auch hier jeden Verrat auszuschließen, wurde den Angehörigen dieser Gruppe das Einsatzziel erst am Morgen des 25. Mai bekanntgegeben, als sie sich bereits mit den Lastenseglern auf dem Flug nach Drvar befanden⁶⁵.

Die sorgfältige Abschirmung der für das Unternehmen „Rösselsprung“ bereitgestellten Einheiten kommt auch in der völligen Isolierung der Luftlandetruppen⁶⁶

⁶² Stab, II und III. Bataillon des 384. I.R. sowie Aufklärungsabteilung 373; F. Schraml, Kriegsschauplatz Kroatien, Die deutsch-kroatischen Legions-Divisionen – 369., 375., 392. Inf.-Div. (kroat.) – ihre Ausbildungs- und Ersatzformationen, Neckargmünd 1962, S. 190.

⁶³ Ebenda, S. 197.

⁶⁴ Vgl. P. Visnjić, Desant na Drvar, in: Godišnjak istrijskog Društva Bosne i Hercegovine, 1954, S. 103–141, S. 106 (künftig zit.: Visnjić, Desant na Drvar, in: Godišnjak . . .).

⁶⁵ Odić, in: Borba v. 3. 8. 1955, S. 8.

⁶⁶ Dabei handelte es sich um Teile des 1. Luftlande-Rgts. der 1. Luftlande-Div. General Students. Die Teilnahme von Truppen General Students dürfte nach Meinung Odićs (Borba v. 25. 7. 1955) der Grund für Gerüchte unter den Partisanen gewesen sein, daß Mussolini-Befreier Skorzeny auch den Angriff auf Drvar organisiert habe. Aus Skorzenys Memoiren („Geheimkommando Skorzeny“, Hamburg 1950, S. 201 ff.) geht nur soviel hervor, daß er

zum Ausdruck, die bereits Anfang März 1944 aus Südfrankreich nach Jugoslawien verlegt worden waren⁶⁷. Auf die abgelegenen Feldflugplätze Lučko (bei Zagreb) und das nur 20 km entfernte Cerklje eingewiesen, blieben sie 2 $\frac{1}{2}$ Monate lang bis zum Abflug am 25. Mai 1944 streng abgesondert⁶⁸.

Auch die übrigen Truppen blieben über Ziel und Zeitpunkt ihres Einsatzes bis zuletzt völlig im unklaren. Im „Vorbefehl zur Verlegung des 500. SS-Fallschirmjägerbataillons“ vom 20. Mai 1944 5 Uhr 45⁶⁹ ist z. B. lediglich von den Ausgangsflughäfen Groß-Betschkerek, Zagreb und Banja Luka, nicht aber vom Einsatzziel die Rede. Es wird darauf verwiesen, daß die Führer der drei Gruppen an den genannten Orten weitere Anweisungen erhalten würden. Wörtlich heißt es in diesem Befehl:

„Die (einzelnen) Kolonnen werden bis zum Erhalt weiterer Weisungen in den Ausgangsflughäfen bleiben. Den Befehl wird dann voraussichtlich der Stab der 2. Panzerarmee geben. Für den Fall, daß bis zum zweiten Tag nach der Verlegung der Truppen noch keine Anordnung eingetroffen ist, soll telefonisch oder telegrafisch beim Stab der 2. Panzerarmee mit der Bitte um Weisung nachgefragt werden.“

Ein ergänzender Befehl des Bataillonskommandeurs Rybka vom gleichen Tage 24 Uhr nachts⁷⁰ enthält schon weitere Einzelheiten, nennt aber das Ziel des Einsatzes ebenfalls noch nicht. So blieb die Kenntnis des Gesamtplanes mit allen seinen Details auf einen kleinen Kreis beschränkt, für das Fallschirmjäger-Bataillon z. B. auf die Abteilungen Ia, Ib, IVa und V des Bataillonsstabes⁷¹. In den Divisions- bzw. Bataillonsbefehlen, die in der Nacht vom 23. auf den 24. Mai ausgegeben wurden, taucht erstmals der Name Drvar auf. Nach einem Hinweis auf Drvar als dem „wichtigsten Organisations- und Versorgungszentrum der Banden“ gab Kommandeur Rybka der Truppe jetzt auch das eigentliche Ziel der Aktion bekannt: „Das Zentrum der roten Führung muß durch das Unternehmen ‚Rösselsprung‘ ausgeschaltet werden.“

Um den Gegner über den Beginn der militärischen Aktion möglichst lange im unklaren zu lassen, wurden die für die Luftlandung benötigten Lastensegler erst am Tage vor dem Abflug in unmittelbare Nähe der Ausgangsflughäfen verlegt. Auch die Luftlande- und Fallschirmtruppen wurden nicht vor dem 24. Mai in der

angeblich mit eigenen Agenten selbständig Nachforschungen über den Verbleib Titos anstellte, der „zuständige Korpskommandant“ aber jede weitere Zusammenarbeit mit ihm ablehnte; vgl. auch M. Zöllner, Der gescheiterte Rösselsprung, in: Neues Deutschland v. 25. 5. 1965, S. 7.

⁶⁷ Diese Truppenverlegungen dürften mit einem Führerbefehl vom Juni 1943 in Zusammenhang stehen, der den Einsatz von Fallschirmtruppen zur Bandenbekämpfung in Kroatien vorsah. Vgl. Eintr. v. 12. 7. 1943 im KTB OKW III, 2, S. 774.

⁶⁸ Vgl. Sevo, a.a.O., S. 21.

⁶⁹ In serbokroatischer Sprache abgedruckt in Zbornik IV, 25, S. 690ff. (1. Seite im Faksimile).

⁷⁰ Ebenda, S. 697–698.

⁷¹ Vgl. Odić, in: Borba v. 3. 8. 1955, S. 8.

Nähe der Flugplätze zusammengezogen und rückten erst in der Nacht zum 25. Mai bzw. im Morgenrauen in ihre Ausgangspositionen ein. Eine frühere Ankunft war „nicht erwünscht“⁷². Man rechnete auf deutscher Seite mit der Möglichkeit, daß der feindliche Aufklärungsdienst die Bereitstellung der Truppen und Transportflugzeuge zwar rechtzeitig bemerken könnte, hoffte aber, daß in der bis zum Start des Unternehmens verbleibenden kurzen Zeit diese Beobachtungen vom Gegner nicht mehr auf ihre Richtigkeit hin überprüft und ausgewertet werden könnten.

Auch das Einrücken der für den konzentrischen Angriff auf Drvar vorgesehenen Bodentruppen in ihre Ausgangsstellungen wurde nach Angaben General Rendulics „mit größter Genauigkeit verschleiert“. Die motorisierten Verbände erreichten ihre Bereitstellungsräume „erst im letzten Augenblick“⁷³.

Parallel zu dem Versuch, die letzten Vorbereitungen für „Rösselsprung“ durch möglichst umfassende Geheimhaltung zu verschleiern, versuchte man im Stabe der 2. Panzerarmee, die Partisanen durch eine Reihe von Täuschungsmanövern zu falschen Schlüssen zu veranlassen. Dies galt in erster Linie für militärische Operationen kleineren Ausmaßes, die sich kurz vor dem deutschen Angriff auf Drvar gegen die Verbindungswege Bihac–Vrhovine richteten und den Obersten Stab über die wahren Absichten der deutschen Seite täuschen sollten⁷⁴. Das gelang jedoch nur zum Teil. Die Partisanen warfen zwar einige kleinere Einheiten an die bedrohte Westseite, ohne dabei aber größere Umgruppierungen ihrer in der Nähe von Drvar konzentrierten 6 Divisionen⁷⁵ vorzunehmen.

Auch das Verbot für die Angehörigen des SS-Fallschirmjäger-Bataillons, ihre Fallschirmausrüstungen zu zeigen, gehört in die Reihe deutscher Täuschungsmanöver. Im bereits erwähnten Vorbefehl vom 20. Mai 1944 heißt es dazu:

„... Für die Zeit des Transportes, besonders auf der Eisenbahn, nach Möglichkeit nicht die Fallschirm-Helme und -kombinationen zeigen, damit man nicht sieht, daß sich bei diesem Transport Fallschirmjäger befinden.“⁷⁶

Bei dem Versuch, einen Überblick über die letzten Vorbereitungen für das Unternehmen „Rösselsprung“ zu geben, soll hier lediglich das Einrücken der an der *Lufilandung* beteiligten Verbände in ihre Ausgangsstellungen geschildert werden⁷⁷.

⁷² Ergänzungsbefehl des SS-Fallschirmjäger-Batls. an die Gruppe Obermeier, zit. bei Odić, in: Borba v. 3. 8. 1955, S. 8.

⁷³ Rendulic, a.a.O., S. 226.

⁷⁴ Vgl. Oslöb, rat. II, S. 94; vgl. auch V. Strugar, Rat i revolucija naroda Jugoslavije 1941–1945, Belgrad 1962, S. 232.

⁷⁵ Es handelte sich dabei um die 1. und 6. Proletarische Div. des 1. Proletarischen Korps, die 4., 10. und 39. Div. des 5. und die 9. Div. des 8. Korps des sogenannten Nationalen Befreiungsheeres; Zbornik IV, 25, S. 713. – Genauere Angaben in: Enciklopedija Jugoslavije, Bd. III, S. 105 (Stichwort: Drvarska operacija).

⁷⁶ Zbornik IV, 25, S. 695.

⁷⁷ Für diese Beschränkung ist allein die wesentlich günstigere Quellenlage ausschlaggebend. – Über derartige Vorbereitungen bei den mot. Verbänden s. Zbornik IV, 25, S. 703–711 bzw. 726–727 (Befehle für Einheiten der 7. SS-Div. „Prinz Eugen“ v. 23. bzw. 24. 5. 1944).

Die deutschen Truppen, die in zwei Wellen über Drvar landen sollten, bestanden aus dem 500. SS-Fallschirmjäger-Bataillon, verstärkt durch Teile des 1. Luftlande-Regiments, einer Gruppe der „Einheit Benesch“ und dem Trupp Savadil⁷⁸. Letzterer hatte am 24. Mai 1944 Sisak verlassen, war mit einem LKW nach Zagreb gefahren und wurde – nachdem er sich der Gruppe Witzemann angeschlossen hatte – in den frühen Morgenstunden des 25. Mai auf den Flugplatz Lučko bei Zagreb verlegt⁷⁹.

Der Abtransport der einzelnen Kampfgruppen aus Kraljevo vollzog sich nach einem vorgeschriebenen Zeitplan, den Rybka noch in der Nacht zum 21. Mai in einem ergänzenden Befehl bekanntgegeben hatte⁸⁰. Die erste Gruppe unter SS-Untersturmführer Haselwanter hatte mit eigenen Fahrzeugen – als gewöhnliche infanteristische Einheit getarnt – am 22. Mai um 12 Uhr mittags Belgrad erreicht und wurde von dort mit der Bahn in Richtung Groß-Betschkerek befördert. Acht Kilometer von dem Ort entfernt blieb die Gruppe bis in die frühen Morgenstunden des 25. Mai.

Die Gruppen 2 und 3 unter SS-Untersturmführer Witzemann bzw. SS-Hauptsturmführer Obermeier hatten, wie vorgesehen, Kraljevo am 21. Mai um 14 Uhr 02 mit einem Eisenbahntransport verlassen. In Nova Gradiška, dem Ausladebahnhof für die Kampfgruppe Obermeier, wurden die Lastkraftwagen dieser Gruppe sowie Verpflegung, Waffen und Munition für alle drei Gruppen ausgeladen. Hauptsturmführer Obermeier brachte seine Leute in der Umgebung des Ortes unter und verlegte sie im Laufe des 24. Mai in unmittelbare Nähe des Flugplatzes von Banja Luka, Zaluzani. Von hier aus meldete er dem inzwischen in Groß-Betschkerek eingetroffenen Kommandeur Rybka um 17 Uhr in einem verschlüsselten Funkspruch die Einsatzbereitschaft seiner Truppe⁸¹.

Die Gruppe Witzemann hatte die Fahrt befehlsgemäß bis zu ihrem Zagreber Zielbahnhof allein fortgesetzt. Hier nahm Witzemann mit den beiden Flugplätzen Zagreb-Lučko und Cerklje Verbindung auf und besprach mit dem Kommandeur der Lastensegler-Einheiten die genaue Einteilung in Kampfgruppen, wie sie in der Varnbüler-Studie festgelegt worden war.

In der Nähe des Flughafens Cerklje waren im Laufe des 24. Mai auch die für den Einsatz in Drvar vorgesehenen Angehörigen der „Einheit Benesch“ unter Führung von Leutnant Dowe eingetroffen⁸². Nachdem sich die Mitglieder des Trupps Savadil den Männern um Untersturmführer Witzemann angeschlossen hatten, war auch hier alles zum Abflug bereit. In der Nacht vom 24. auf den 25. Mai wurden bei allen drei Gruppen die letzten Vorbereitungen getroffen. Im Stabs-

⁷⁸ Dieser sechs Mann starke Trupp unter Leutnant Savadil wurde aus Angehörigen des FAT 216 in Sisak gebildet und hatte die Aufgabe, wichtiges Dokumentenmaterial der Partisanen sicherzustellen. S. Visnjić, a.a.O., S. 109, Anm. 9.

⁷⁹ Vgl. Odić, in: *Borba* v. 4. 8. 1955, S. 8.

⁸⁰ *Zbornik IV*, 25, S. 697f.

⁸¹ Im Faksimile bei Odić, in: *Borba* v. 4. 8. 1955, S. 8.

⁸² Ebenda; vgl. auch Sevo, a.a.O., S. 40.

quartier des Bataillons in Groß-Betschkerek war inzwischen auch von den Gruppen 2 und 3 per Funkspruch die Meldung eingetroffen, daß sie sich in unmittelbarer Nähe der Ausgangsflughäfen befänden und einsatzbereit seien.

Die am Unternehmen beteiligten Bodentruppen waren ebenfalls im Laufe des 24. Mai in ihre Ausgangsstellungen eingerückt und warteten in den frühen Morgenstunden des X-Tages auf das verabredete Signal zum Aufbruch. Bei den für diesen Einsatz vorgesehenen Kräften der 7. SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“ waren die letzten Vorbereitungen erst um 4 Uhr früh am 25. Mai abgeschlossen⁸³.

V. Sicherungsmaßnahmen auf jugoslawischer Seite

Nachdem sich die Partisanen Anfang Januar 1944 gezwungen sahen, ihr bisheriges Hauptquartier von Jajce nach Drvar zu verlegen, richteten sich Tito und der Oberste Stab zunächst notdürftig in einem Haus in Drvar ein. Aus Furcht vor den deutschen Luftangriffen übersiedelte der Marschall bald darauf in eine Höhle, die sich im Innern des Höhenzuges befand, der den Ort Drvar von allen Seiten umgibt. Die erst im März 1944 gegründete Ingenieurs-Brigade des Obersten Stabes⁸⁴ hatte die Höhle ausgebaut und eine Holzbaracke direkt vor dem Höhleneingang errichtet. Hier lebte und arbeitete Tito während seines Aufenthaltes in Drvar.

Als im Frühjahr 1944 die Bombardierung des Ortes und der umliegenden Dörfer zunahm und den Jugoslawen erste Anzeichen für einen möglichen deutschen Angriff auf den Obersten Stab vorlagen, übersiedelte Tito in eine zweite Höhle in das 6 km entfernte Bastasi⁸⁵, wo er sich meist tagsüber aufhielt. Abends kam er oft mit seinem Jeep nach Drvar, wo die übrigen Mitglieder des Obersten Stabes nach wie vor ihren Sitz hatten.

Die Höhle in Drvar und ihre unmittelbare Umgebung wurde durch fünf mit Maschinenpistolen bewaffnete Wachtposten gesichert, von denen sich drei direkt vor der Höhle befanden, während die beiden anderen vor den Gebäuden, in den die Mitglieder des Begleitbataillons schliefen, Posten bezogen hatten⁸⁶. An Truppen befanden sich in Drvar neben der Ingenieurs-Brigade und mehr als hundert Offiziersschülern Einheiten des Begleitbataillons des Obersten Stabes, die sowohl die täglich anfallenden Arbeiten als auch Verteidigungsaufgaben übernehmen mußten. Außerdem hatten in dem Städtchen mehrere politische Organisationen ihren Sitz, deren Mitglieder zwar im Falle eines überraschenden Angriffs zur Verteidigung

⁸³ Vgl. Odić, in: *Borba* v. 29. 8. 1955, S. 8. Lediglich die Aufklärungsabteilung der 373. Legions-Division war „noch ohne Kenntnis ihres Auftrages, von Bihać auf der Straße nach Knin in Marsch gesetzt worden. Erst am 25. 5. . . . traf durch Funk der Befehl ein, mit zwei Schwadronen auf Drvar vorzugehen und dort Verbindung mit Fallschirmjägern aufzunehmen . . .“, Schraml, a.a.O., S. 191.

⁸⁴ *Oslob. rat.* II, S. 98.

⁸⁵ *Seco*, a.a.O., S. 32.

⁸⁶ Vgl. Odić, in: *Borba* v. 26. 7. 1955.

herangezogen werden konnten; die meisten waren jedoch militärisch nicht ausgebildet.

Die Maßnahmen zum Schutz des Obersten Stabes blieben aber nicht nur auf den militärischen Sektor beschränkt. Der Nachrichten- und Aufklärungsdienst der Partisanen sollte Einzelheiten über einen eventuellen deutschen Angriff auf das Hauptquartier erkunden, damit entsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden konnten. Ob und inwieweit die Nachrichtenabteilungen der kommunistischen Aufständischen in ihrer Organisation und den ihnen zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten dazu überhaupt in der Lage waren, soll eine kurze Übersicht über ihre Entwicklung zeigen.

In den ersten Monaten des Widerstandes wurde die Verbindung der einzelnen Einheiten untereinander fast ausschließlich durch Kuriere aufrechterhalten. So berichtete z.B. die Abteilung Ic im Stabe des Bevollmächtigten Kommandierenden Generals in Serbien im November 1941 über die Nachrichtenverbindung der Partisanen:

„Für die Nachrichten- und Befehlsübermittlung werden meist Meldegänger eingesetzt.

Von einer kommunistischen Abt. wurde folgende Art der Nachrichtengewinnung und Nachrichtenübermittlung bekannt:

In einem bodenständigen Nachrichtennetz werden die Nachrichten durch Partiegänger an Nachrichtenzentren in größeren Orten gebracht, die gleichzeitig Auswertestellen sind. Von dort laufen sie zu häufig wechselnden Sammelpunkten im Gelände zusammen. Von den Sammelpunkten holen die Banden die Nachrichten ab. Dieser Weg dient auch für die Befehlsübermittlung. . . .“⁸⁷

Nachdem im Februar 1942 die erste Funkverbindung innerhalb der Partisanenabteilungen zustande gekommen war⁸⁸, machte der weitere Ausbau des Funk- und Fernsprechnetzes so rasche Fortschritte, daß schon im Sommer des folgenden Jahres zwischen dem Obersten Stab und den Stäben der einzelnen Korps sowie zwischen diesen und den Stäben der ihnen unterstellten Divisionen regelmäßige Funkverbindungen bestanden. Diese Entwicklung hatte in der zweiten Hälfte des Jahres 1943 dazu geführt, daß bereits die Mehrzahl aller Brigaden über Funkgeräte verfügte und einen ständigen Funkverkehr mit den übergeordneten Verbänden aufrechterhielt⁸⁹. Die wachsende Anzahl der 1943 von Italienern erbeuteten oder von den Alliierten abgeworfenen Funkgeräte⁹⁰ erleichterte auf der einen Seite zwar der obersten Partisanenführung die Lenkung einzelner Aktionen und ermöglichte wirkungsvolle Überraschungsangriffe, andererseits versetzte sie den zur Nachrich-

⁸⁷ Rundschreiben des Bevollm. Kdr. Generals in Serbien/Ia/Ic Nr. 3355/41 geh. v. 1. 11. 1941; IFZ, MA 1054, Bl. 625.

⁸⁸ V. Dedijer, Dnevnik, Treći deo (od 10 novembra 1943 do 7 novembra 1944), Belgrad 1950, S. 232 (künftig zit.: Dedijer, Dnevnik III).

⁸⁹ Vgl. Odić, a.a.O., S. 164.

⁹⁰ J. Matl, Jugoslawien im Zweiten Weltkriege (Osteuropahandbuch, Bd. Jugoslawien), Köln-Graz 1954, S. 117, nennt für 1944 die Zahl von 700.

tenaufklärungsabteilung 4 in Belgrad gehörenden Zug Wollny⁹¹ in die Lage, die verschlüsselten Funksprüche der Partisanen schneller zu dechiffrieren. Bereits Ende 1943 war es Wollny und dessen Mitarbeitern gelungen,

„durch ständige Überwachung des Funkverkehrs und mit Hilfe der Funkpeilung das Funksystem des Nationalen Befreiungsheeres ... auf dem Gebiet Bosniens, der Herzegowina und Kroatiens zu rekonstruieren“⁹².

Allerdings konnte ein Großteil der so gewonnenen Ergebnisse wegen der beweglichen Kampfführung der Partisanen operativ nicht genutzt werden.

Gerade die außerordentliche Beweglichkeit ihrer Truppen erforderte von den Partisanen ein weitverzweigtes und doch engmaschiges Netz von Aufklärungsabteilungen, die nicht nur auf die einzelnen Partisanenverbände beschränkt blieben, sondern auch unter der Bevölkerung der Tito nicht kontrollierten Gebiete aufgebaut wurden. In einer Weisung des Obersten Stabes vom Mai 1942 wurde die Errichtung von Nachrichten- und Aufklärungsabteilungen für alle Partisaneneinheiten verbindlich angeordnet. Mit der allmählichen Gliederung dieser Verbände in Divisionen und Korps⁹³ wurde die Einrichtung derartiger Aufklärungsabteilungen auch auf diese neuen Formationen ausgedehnt.

Um eine einheitliche Auswertung der so gewonnenen Ergebnisse zu ermöglichen, kam es im September 1943 zur Bildung einer „Abteilung zum Schutze des Volkes beim Obersten Stab“. Am 13. Mai 1944 wurde schließlich in der Kommission für Volksverteidigung im Nationalen Komitee eine entsprechende Sektion geschaffen (Odeljenje za zaštitu naroda = OZNA)⁹⁴, hinter deren Namen sich die Zentrale aller Aufklärungsabteilungen des Volksbefreiungsheeres verbarg.

Die hier an einer Stelle zusammenlaufenden Angaben über Stärke, Unterkünfte und militärische Absichten der Besatzungstruppen ermöglichten es der obersten Partisanenführung, ein im wesentlichen zuverlässiges Feindbild zu rekonstruieren. Wenn auch der Aufklärungsdienst der Partisanen im Falle „Rösselsprung“ zu falschen Teilergebnissen kam, so muß doch erwähnt werden, daß im allgemeinen die Leistungen des Gegners auf nachrichtendienstlichem Gebiet auch von deutscher Seite voll anerkannt wurden⁹⁵.

Besonderes Interesse verdient die Frage, wie weit dem Obersten Stab die deutschen Pläne bekannt waren, wann und durch wen er davon erfuhr und welche Gegenmaßnahmen man aufgrund der veränderten Situation ergriff. Denn zweifel-

⁹¹ Siehe oben, S. 485.

⁹² Odić, a.a.O., S. 164.

⁹³ Strugar, a.a.O., gibt auf den Seiten 400–408 die Aufstellungsdaten sämtlicher Divisionen und Korps an.

⁹⁴ Vgl. Vojna enciklopedija, Bd. IV, S. 648 (Stichwort: Kontraobaveštajna služba); vgl. auch B. Mlinarić, Tito der rote Rebell, Zürich 1948, S. 173 f.

⁹⁵ So z.B. Rendulic, a.a.O., S. 208; Schraml, a.a.O., S. 188; oder ein Schreiben des deutschen Polizei-Attachés in Zagreb, Helm, an Glaise v. Horstenau v. 14. 1. 1953 (Text bei Odić, a.a.O., S. 281).

los gab es eine Reihe von Anzeichen, aus denen die Partisanen mit Recht schließen konnten, daß auf deutscher Seite Vorbereitungen für einen Angriff auf die oberste Führung und Tito im Gange waren.

Im Hauptquartier in Drvar hielt man einen deutschen Angriff aus der Luft zwar für möglich – und in einigen nach dem Kriege veröffentlichten privaten Tagebüchern wird das auch zugegeben⁹⁶ – aber doch nicht für wahrscheinlich oder gar unmittelbar bevorstehend. Hinzu kam, daß auf dem Balkan Fallschirmtruppen und Lastensegler bisher noch nie gegen Aufständische eingesetzt worden waren und daß schon deshalb mit einem überraschenden Fallschirmjägerangriff im Obersten Stab nicht ernsthaft gerechnet wurde⁹⁷.

Die Zeit der Ungewißheit war für die Mitglieder des Obersten Stabes am 27. März 1944 beendet. An diesem Tage verhörten jugoslawische Stellen den kurz zuvor gefangengenommenen Tetarić, der zu den Deutschen übergelaufen war. Bis zu seiner Desertion hatte er dem 1. Proletarischen Korps angehört, das sich in der weiteren Umgebung von Drvar befand und dort in der Intendantur gearbeitet. Tetarić hatte den Deutschen noch Mitte März genaue Angaben über Tito, das Begleitbataillon, die Stärke der Wachen und der Partisaneneinheiten in und um Drvar gemacht⁹⁸.

Die Vermutung, daß die Vorbereitungen auf deutscher Seite bereits auf vollen Touren liefen, bestätigte sich einige Wochen später. Am 4. Mai erbeutete die der 4. Division angehörende 11. Kozara-Brigade bei einem Sabotageunternehmen gegen einen Zug mit deutschen Wehrmachtangehörigen ein Dokument, dem eine Skizze von Drvar beigelegt war. Beide enthielten detaillierte Angaben über die genaue Lage aller militärischen und zivilen Organisationen in diesem Ort sowie Einzelheiten über die Militärmissionen der Alliierten, die Sicherungsvorkehrungen des Obersten Stabes und schließlich Hinweise auf eine möglichst wirkungsvolle Bombardierung des Hauptquartiers⁹⁹. Im Nachrichtenzentrum (obaveštajni centar) des Stabes des für Drvar zuständigen 5. Korps, wohin man die Dokumente geschickt hatte, bestand nun kein Zweifel mehr daran, daß die Deutschen über genügend Details verfügten, um jederzeit losschlagen zu können.

Inzwischen war auf Befehl des Obersten Stabes zum Schutz der politischen und

⁹⁶ So heißt es z. B. bei R. Čolaković, *Zapisi iz Oslobođilačkog rata. Knjiga peta*, Zagreb 1956, Bd. 5, S. 249 beim Anblick der landenden Fallschirmjäger: „Was nun? dachte ich. War dies nicht in der Tat jener Fallschirmjägerangriff, von dem man uns als von einer eventuellen Möglichkeit erzählte, an die aber niemand ernsthaft geglaubt hatte?“

⁹⁷ In der serbokroatischen Ausgabe von V. Dedijer, *Josip Broz Tito, Prilozi za biografiju*, Belgrad 1953, S. 368 heißt es z. B., daß Tito selbst mit der Möglichkeit eines Luftlandeunternehmens rechnete, beim Chef des Generalstabes, Jovanović, aber auf Unverständnis stieß. Inwieweit es sich hier bei Dedijer um eine objektive Darstellung der Ereignisse handelt und in welchem Maße Ressentiments gegenüber dem stalinistischen Generalstabschef eine Rolle spielen, dürfte schwer festzustellen sein.

⁹⁸ Vgl. Sevo, a. a. O., S. 146 f.

⁹⁹ Vgl. *Oslob.rat. II*, S. 98, Anm. 127; ausführlicher bei Odić, in: *Borba* v. 27. 7. 1955.

militärischen Führung eine Brigade nach Drvar abkommandiert worden. Während sich die Verantwortlichen im Obersten Stab noch Gedanken machten, wie ein deutscher Angriff abzuwehren sei, traf in der ersten Maihälfte von Angehörigen einer Aufklärungsgruppe der Partisanen aus Zagreb die Nachricht ein, daß die alliierte Luftwaffe die auf einem Flugplatz bei Zagreb stationierten deutschen Segelflugzeuge zerstört habe¹⁰⁰. Damit schien eine unmittelbare deutsche Bedrohung wegzufallen. Der Oberste Stab entschloß sich daher am 15. Mai, als im Gebiet von Srb und Lapac (etwa 20 km westlich von Drvar) die militärische Situation für die Partisanen durch nachdrängende deutsche Einheiten immer kritischer wurde, die Brigade aus Drvar abzuziehen und als operative Reserve an die bedrohte Westseite zu verlegen¹⁰¹. Mittlerweile meldete eine weitere Aufklärungsgruppe aus dem Gebiet um Banja Luka dem zuständigen 5. Korps, daß die Deutschen ihre Vorbereitungen für einen Angriff auf Drvar eingestellt hätten. Sie bestärkte damit die Führung der Partisanen in dem Glauben, daß ein deutscher Luftangriff vorerst nicht zu erwarten sei. Diese Meldungen dürften jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit nicht den Tatsachen entsprochen haben, da zumindest das für diese Arbeit benutzte Material keinerlei Hinweis auf die Zerstörung einer größeren Zahl deutscher Lastensegler auf einem der kroatischen Flugplätze durch die anglo-amerikanische Luftwaffe enthält.

Nachdem so die Gefahr einer Luftlandung über Drvar zunächst ausgeschaltet schien, wandte sich das Interesse des Obersten Stabes nun wieder verstärkt den infanteristischen und motorisierten deutschen Verbänden in den nahegelegenen Garnisonsstädten Bihać, Knin, Livno, Jajce und Banja Luka zu. Truppenverlegungen und -verstärkungen auf deutscher Seite wurden mit großer Aufmerksamkeit registriert. Daher konnten dem Aufklärungsdienst der Partisanen größere deutsche Truppenbewegungen in Richtung auf Drvar – besonders in den letzten Tagen vor dem 25. Mai – natürlich nicht verborgen bleiben. Da jedoch Verlegungen kleinerer deutscher Einheiten und auch Gefechte um die Freihaltung wichtiger Verkehrsverbindungen in diesem Raum an der Tagesordnung waren, maß man auf jugoslawischer Seite diesen Truppenverschiebungen erst in dem Augenblick größere Bedeutung zu, als sich eine immer stärkere Massierung deutscher Verbände im Raum Drvar abzeichnete.

So berichtete bereits am 18. Mai der Stab des 5. Korps der XXXIX. Division über starke Bewegungen deutscher Truppen von Bihać in die Nähe von Drvar, wobei man fälschlicherweise annahm, das Ziel dieser deutschen Aktion sei die Besetzung eines von Partisanen gehaltenen Flugplatzes bei Bosan, Petrovac, der für den Abtransport von Verwundeten und für Materialnachschub von großer Bedeutung war¹⁰². In Wirklichkeit handelte es sich hier bereits um erste Vorbereitungen der deutschen Seite für das Unternehmen „Rösselsprung“.

¹⁰⁰ Sevo, a.a.O., S. 29.

¹⁰¹ Ebenda und Oslob. rat. II, S. 97, Anm. 126.

¹⁰² Zbornik IV, 25, S. 288 f. (Dok. Nr. 84).

Drei Tage später, am 21. Mai, meldete der Stab der zum 5. Korps gehörenden 4. Division den unterstellten Brigaden,

„daß der Feind die Absicht hat, von Knin und Bihac aus in Richtung Drvar und Petrovac vorzugehen (napasti). Seid wachsam und errichtet Hinterhalte auf Haupt- und Nebenstraßen.“¹⁰³

Durch die sich häufenden Meldungen über stärkere deutsche Truppenbewegungen¹⁰⁴ war man im Obersten Stab zwar beunruhigt, rechnete aber noch immer nicht mit einer größeren konzentrisch gegen das Hauptquartier geführten deutschen Angriffsaktion.

Während im Laufe des 24. Mai sowohl die deutschen Bodentruppen als auch die in mehreren Kampfgruppen gestarteten Fallschirmjäger in ihre Ausgangsstellungen bzw. Ausgangsflughäfen einrückten, ahnte man in Drvar nichts von dem unmittelbar bevorstehenden Großangriff. Hier hatten sich – wie stets – die Straßen erst mit Anbruch der Dunkelheit belebt, da man tagsüber häufig deutschen Luftangriffen ausgesetzt war. Es wurden die letzten Vorbereitungen für die Feiern zum 52. Geburtstag Titos am 25. Mai getroffen¹⁰⁵. Tito war aus diesem Grunde von Bastasi nach Drvar gekommen und gab am Vorabend seines Geburtstages einen Empfang für seine engsten Mitarbeiter und die Vertreter der drei Militärmissionen.

Etwa zur gleichen Zeit erreichte den diensthabenden Offizier in Drvar ein Anruf der 6. Brigade mit dem Inhalt, daß auf einem Hilfsflugplatz bei Bihac eine größere Zahl deutscher Flugzeuge gelandet sei¹⁰⁶. Dem Offizier wurde aufgetragen, alle Dienststellen in Drvar davon zu verständigen, daß man aus diesem Grunde für morgen mit einer stärkeren Bombardierung des Ortes rechnen müsse. Die Bevölkerung sollte veranlaßt werden, Drvar noch vor Tagesanbruch zu verlassen und die Unterstände aufzusuchen, die sich in unmittelbarer Umgebung des Ortes befanden.

Inwieweit der diensttuende Offizier diesen Auftrag weitergegeben hat, läßt sich aus dem zur Verfügung stehenden Material nicht mit Sicherheit feststellen. Anscheinend sind einige Warnungen erfolgt¹⁰⁷, aber eine umfassende Benachrichtigung aller wichtigen Dienststellen ist unterblieben. Fest steht, daß man in Drvar

¹⁰³ Ebenda, S. 316.

¹⁰⁴ Vgl. beispielsweise die beim Stab des 1. Proletar. Korps (unter Koca Popović mit dem Sitz im nur 6 km entfernten Mokronoge) zwischen dem 21. und dem 25. Mai 1944 ein- und ausgehenden Depeschen; Zbornik IV, 25, S. 606–625.

¹⁰⁵ Dedijer behauptet in seinem Tagebuch (Dnevnik III, S. 225), die Deutschen hätten Titos Geburtstag als X-Tag für das Unternehmen „Rösselsprung“ festgelegt, um die Jugoslawen dadurch unvorbereitet zu finden. Dies dürfte falsch sein, da auf deutscher Seite m.W. sein Geburtsdatum nicht bekannt war. Es existierte lediglich bei der Zagreber Polizei eine Kennkarte, wonach Tito am 12. 3. 1892 geboren war, während italienische Quellen (Innenmin.) bisher vom 7. Mai als dem Geburtsdatum Titos gesprochen hatten; vgl. auch Zöllner, a.a.O., der ebenfalls dieses falsche Argument bringt.

¹⁰⁶ Odić, in: Borba v. 6. 8. 1955, S. 8.

¹⁰⁷ Sevo – der übrigens an Ort und Stelle Nachforschungen anstellte – behauptet demgegenüber (a.a.O., S. 41), der zuständige Gebietskommandant Tomić hätte überhaupt keine Warnung weitergegeben, da er nicht mit einer schwereren Bombardierung Drvars rechnete.

zwar für den kommenden Tag mit einem der häufigen Bombardements, nicht aber mit einem deutschen Luftlandeunternehmen rechnete und daher besondere Sicherheitsvorkehrungen nicht für erforderlich hielt.

Sicherungs- und Verteidigungsmaßnahmen allgemeinerer Art waren aufgrund der sich häufenden Anzeichen für einen deutschen Angriff schon in den Monaten März und April in verstärktem Maße getroffen worden. Diese Vorkehrungen zum Schutze des Obersten Stabes wurden jedoch nicht speziell im Hinblick auf die Abwehr eines deutschen Fallschirmjägerangriffs getroffen, da die jugoslawische Seite durch gewisse Fehlinterpretationen zu einem unzutreffenden Feindbild kam.

Als erste Gegenmaßnahmen gegen erwartete deutsche Angriffsaktionen wurde etwa Ende Februar/Anfang März 1944 vom Obersten Stab eine Brigade der 6. Proletarischen Division „Nikola Tesla“ zum Schutz der militärischen und zivilen Stellen in Drvar angefordert. Der Stab dieser Division stellte daraufhin die 2. Brigade nach Drvar ab, wo sie bis Ende April blieb¹⁰⁸. Damit wurde – wenn man vom Begleitbataillon des Obersten Stabes einmal absieht – erstmals eine voll ausgebildete militärische Einheit nach Drvar verlegt. In diesen Zeitraum fiel auch der – soweit ich sehe – einzige ernsthafte Versuch von jugoslawischer Seite, die Truppe für einen möglichen Abwehrkampf mit deutschen Fallschirmjägern auszubilden¹⁰⁹. Ein Versuch, der keinerlei Auswirkungen haben sollte, da diese Einheit am 28. 4. 1944 wieder aus Drvar abgezogen und durch die 3. Brigade ersetzt wurde. Gleichzeitig erfolgte eine Umgruppierung des Begleitbataillons.

Im Rahmen der Abwehrvorbereitungen für den Fall eines deutschen Überfalls ging man vor allem an den beschleunigten Ausbau der Verteidigungsanlagen, besonders in unmittelbarer Nähe des Hauptquartiers. Es wurden Gräben ausgehoben und mehrere getarnte MG-Nester eingerichtet. Die Zahl der Wachen, insbesondere zur Nachtzeit, wurde verstärkt und ihre Bewaffnung verbessert. Besonders die Angehörigen des Begleitbataillons wurden zu erhöhter Kampfbereitschaft und ständiger Einsatzbereitschaft aufgefordert. So mußte jeweils ein Zug in voller Bewaffnung und Ausrüstung schlafen, um jederzeit kampfbereit zu sein. Alle in Drvar stationierten militärischen Einheiten und alle Angehörigen politischer Organisationen wurden regelmäßig um fünf Uhr früh geweckt, damit die einzelnen Verbände bis zum Beginn etwaiger deutscher Luftangriffe ihre Stellungen innerhalb des Ortes bzw. an der Peripherie erreichen konnten. Veranlaßt wurde diese erhöhte Alarmbereitschaft vor allem durch die intensive deutsche Luftaufklärung über dem Gebiet der Bosanska Krajina, zu dem auch Drvar gehörte. Vor allem die auf dem Flugplatz Zaluzani bei Banja Luka stationierten Maschinen der ‚Abteilung für Nahaufklärung‘ überflogen fast täglich westbosnisches Gebiet mit dem Ziel, feindliche Truppenkonzentrationen auszumachen, Einzelheiten über Stärke und Verteilung der Partisanen zu erkunden und Luftaufnahmen vom Hauptquartier des Obersten Stabes zu machen.

¹⁰⁸ Sevo, a.a.O., S. 28.

¹⁰⁹ Vgl. Vojna enciklopedija Bd. VII, S. 540 (Stichwort: Protivdesantna odbrana).

Die oberste Führung befahl deshalb, im Rahmen des Begleitbataillons zwei mit je drei Fla-MG's ausgerüstete Gruppen zum Schutz vor Luftangriffen (*četa protivavionske zaštite*) zu bilden. Die Mannschaften wurden aus Angehörigen der zu jenem Zeitpunkt in Drvar stationierten Brigade zusammengestellt. Da sich bei der Bildung dieser Spezialeinheiten ein empfindlicher Mangel an schwerem Gerät, besonders aber das Fehlen jeglicher Flugabwehrartillerie unangenehm bemerkbar machte, mußte man sich bei den Vorbereitungen und Planungen auf die Verteidigung der Höhle und ihrer unmittelbaren Umgebung beschränken. Hinzu kam, daß die insgesamt sechs Fla-MG's häufig Ladehemmungen hatten, meist nicht einmal Zieleinrichtungen besaßen und in ihrer Reichweite sehr beschränkt waren¹¹⁰. So hatten diese zwei Einheiten natürlich nur eine recht begrenzte Effektivität. Immerhin hoffte man im Obersten Stab, durch sie verhindern zu können, daß die deutsche Luftwaffe ungestört wichtige Ziele anfliegen konnte.

Auch die Maßnahmen zum Schutz der in unmittelbarer Nähe der Stadt und in Einzelgehöften im Talkessel von Drvar untergebrachten alliierten Militärmissionen wurden verstärkt. Die dritte der insgesamt vier Gruppen des Begleitbataillons wurde mit dieser Aufgabe betraut und dorthin verlegt. Als in den letzten Tagen vor dem deutschen Angriff die Luftaufklärung über Drvar zunahm, bat der stellvertretende Leiter des britischen Verbindungsstabes bei den Partisanen, Vivian Street¹¹¹, Tito am 22. Mai, die Übersiedlung der westlichen Militärmissionen in umliegende Dörfer zu gestatten¹¹². Nachdem Tito zugestimmt hatte, wurde die britische und amerikanische Mission noch am gleichen Tage evakuiert. Lediglich vier Berichtersteller großer amerikanischer und englischer Zeitungen, darunter der Reuter-Korrespondent Talbot und der Vertreter von „Life“, Stojan Pribičević, blieben in der Nähe des Hauptquartiers zurück und fielen am 25. Mai in deutsche Gefangenschaft¹¹³. Randolph Churchill, der zusammen mit Tito Anfang Mai die Delegierten des in Drvar tagenden Zweiten Jugendkongresses begrüßt hatte¹¹⁴, befand sich – entgegen der Aussage Rendulics – nicht unmittelbar in Gefahr. Er hatte mit einer der jugoslawischen Einheiten vorsichtshalber schon früher Drvar verlassen¹¹⁵.

Neben der Evakuierung der alliierten Militärmissionen wurde im Zusammenhang mit den allgemeinen Sicherungsvorkehrungen auch eine Auflockerung verschiedener Dienststellen des Obersten Stabes durchgeführt und ein Teil von ihnen in umliegende Ortschaften verlegt. Es wurden ferner in der Umgebung von Drvar besondere Beobachtungsstellen geschaffen, die ständig besetzt waren und die Aufgabe

¹¹⁰ Odić, in: *Borba* v. 26. 7. 1955.

¹¹¹ Maclean, der Chef des Verbindungsstabes, hielt sich zu dieser Zeit gerade in Großbritannien auf.

¹¹² Vgl. Odić, in: *Borba* v. 27. 7. 1955; vgl. auch Maclean, a.a.O., S. 348f.

¹¹³ Vgl. Odić, in: *Borba* v. 27. 7. 1955; V. Dedijer, Tito, Berlin 1953, S. 208 (künftig zit.: Dedijer, Tito (dt.)) und Rendulic, a.a.O., S. 226.

¹¹⁴ Dedijer, *Dnevnik III*, S. 160.

¹¹⁵ Dedijer, Tito (dt.), S. 208.

hatten, den Einwohnern den Anflug feindlicher Maschinen zu melden. Um die Bewohner des Ortes und die in den nahen Dörfern und Einzelgehöften untergebrachten Einheiten im Falle eines Luftangriffes rechtzeitig warnen zu können, wurde auf Befehl des Gebietskommandanten Tomić an einem der gegen Drvar hin abfallenden Berghänge ein Gerüst mit einer Kirchenglocke befestigt, mit der man beim Nahen feindlicher Flugzeuge läutete¹¹⁶.

Die einzige in Drvar stationierte größere militärische Einheit, die 3. Brigade der 6. Proletarischen Division, wurde am 15. Mai, also zehn Tage vor dem Angriff, aufgrund einer Falschmeldung des Partisanen-Aufklärungsdienstes aus der Stadt herausgezogen und als Divisionsreserve in das westlich von Drvar gelegene Gebiet um Trubar verlegt. So trug das 350 Mann starke Begleitbataillon¹¹⁷ des Obersten Stabes für den Fall eines Angriffs die Hauptlast der Verteidigung. Es bestand aus insgesamt vier Zügen, von denen drei mit Infanteriewaffen ausgerüstet waren, während der vierte – wie oben erwähnt – über einige Fla-MG's verfügte¹¹⁸. Zum Begleitbataillon gehörte schließlich noch ein aus drei Panzern bestehender Panzerzug¹¹⁹.

Daneben gab es im Gebiet von Drvar noch 137 Angehörige der Offiziersschule des Obersten Stabes¹²⁰, die – erst im November 1943 in Jajce gegründet – wegen der starken Verluste in den Kämpfen um das Hauptquartier ihre Tätigkeit bis Oktober 1944 einstellen mußte¹²¹. Die aus zwei Bataillonen bestehende Ingenieurs-Brigade war wegen ihrer ungenügenden Bewaffnung im Ernstfall ebensowenig voll einsatzfähig wie die übrigen in und um Drvar befindlichen militärischen oder zivilen Stellen: das ZK des Kommunistischen Jugendverbandes (in Drvar selo), das Gebietskommando der Kommunistischen Partei, das Nationalkomitee, die Mitglieder der drei alliierten Militärmissionen und des Obersten Stabes sowie ein Teil der insgesamt 816 Delegierten des bereits erwähnten Zweiten Kongresses des Bundes der Vereinigten Antifaschistischen Jugend Jugoslawiens (USAOJ), die noch nicht in ihre Heimatorte zurückgekehrt waren.

Die nach Bekanntwerden des deutschen Planes von den Partisanen getroffenen Gegenmaßnahmen blieben aber – gemessen an den bis ins kleinste gehenden Vorbereitungen auf deutscher Seite – unzureichend.

Der Oberste Stab hatte – wie gesagt – zwar mehrere Anhaltspunkte dafür, daß die Deutschen einen Angriff auf das Hauptquartier planten, aber das waren nicht

¹¹⁶ Sevo, a.a.O., S. 44; vgl. auch „Der Freiwillige“, Kameradschaftsblatt der HIAG, 3. Jg., Juli 1958, S. 13.

¹¹⁷ Vojna enciklopedija Bd. VII, S. 540 (Stichwort: Protivdesantna odbrana).

¹¹⁸ Sevo, a.a.O., S. 54.

¹¹⁹ Das offizielle Standardwerk über den Partisanenkrieg (Oslob. rat. II, S. 98) spricht von nur zwei Panzern, wobei es sich aber um einen Irrtum handeln muß. Vgl. Funkspruch v. 25. 5. (Zbornik IV, 25, S. 610), in dem ausdrücklich von drei Panzern die Rede ist („Einer unserer Panzer beschädigt. Die zwei anderen griffen nicht in die Kämpfe ein.“).

¹²⁰ Vgl. Vojna enciklopedija Bd. VII, S. 540.

¹²¹ Strugar, a.a.O., S. 413.

immer zuverlässige, ja teilweise sogar widersprechende Angaben. Da die Führung der Partisanen nie ernsthaft mit einem deutschen Luftlandeunternehmen rechnete, verzichtete man auf spezielle militärische Übungen zur Abwehr eines feindlichen Angriffs aus der Luft; dazu kam der eklatante Mangel an Flugabwehrwaffen.

Der Ausbau tief gestaffelter Verteidigungslinien, die die gelandeten feindlichen Truppen bis zum Eintreffen eigener Verstärkungen an der Eroberung des Hauptquartiers hätten hindern können, war bis auf unwesentliche Schanzarbeiten unterblieben. Die taktisch unkluge Anordnung der Truppen um Drvar war ebenso schwerwiegend wie das Fehlen jeglicher operativer Reserven in unmittelbarer Nähe der Höhle und der Unterkünfte des Obersten Stabes. Die im Augenblick der Landung für die Verteidigung des Hauptquartiers verfügbaren Truppen waren völlig unzureichend. Hinzu kam, daß dem Aufklärungsdienst der Partisanen weder Zeitpunkt noch Art des deutschen Angriffs bekannt war, was sich negativ auf die eigenen Gegenmaßnahmen auswirkte. Dabei wäre der deutschen Seite die Wahrung des Überraschungsmoments kaum geglückt, wenn der diensthabende Offizier in Drvar die Meldung über die Landung deutscher Flugzeuge im nahegelegenen Bihać an den Obersten Stab weitergegeben hätte. Die offizielle jugoslawische Geschichtsschreibung entschuldigt die unzulänglichen Gegenmaßnahmen der Partisanen nur unzureichend mit der Erklärung, daß „wegen der begrenzten Möglichkeiten und wegen des Charakters der erhaltenen Angaben“ die getroffenen Abwehrvorbereitungen „nicht ausreichten, um ... eine Überraschung durch den Gegner auszuschließen“¹²².

VI. Der Verlauf des Unternehmens „Rösselsprung“

Bei dem Versuch, die Ereignisse in und um Drvar am 25. Mai zu schildern, ergeben sich eine Reihe von Schwierigkeiten. Abgesehen von den ohnehin nur spärlichen Berichten wird eine einigermaßen zuverlässige Darstellung dieser Kämpfe durch unterschiedliche Angaben über den Zeitpunkt des Unternehmens¹²³,

¹²² Oslob. rat. II, S. 99. Über ähnlich schwerwiegende Fehler und Unterlassungen seitens der Partisanen während der Kämpfe 1941 bis 1945 erfahren wir in den offiziellen jugoslawischen Geschichtswerken bezeichnenderweise so gut wie nichts. Dagegen bringen die zahlreichen historischen Fachzeitschriften der einzelnen Republiken vielfach auch kritischere und – besonders in den letzten Jahren – ziemlich objektive Arbeiten über den Partisanenkrieg, die jedoch schon wegen der sprachlichen Barriere im Ausland, zumal im Westen, kaum ausgewertet werden.

¹²³ Die Daten über den X-Tag schwanken zwischen 16. 4. 1944 (W. Brockdorff, Geheimkommandos des Zweiten Weltkrieges, München-Wels 1967, S. 305ff.) und 29. 5. 1944 (Lazitch, Tito et la révolution yougoslave 1937–1956, Paris 1957, S. 120). Skorzeny, a.a.O., S. 203 nennt sogar den 2. Juni 1944 als X-Tag. H. Kriegsheim, Getarnt, getäuscht und doch getreu, Die geheimnisvollen „Brandenburger“, Berlin 1958, S. 264, spricht, ohne Datum zu nennen, vom Unternehmen „Wildschütz“ gegen Titos Hauptquartier in Drvar.

die Stärke der auf beiden Seiten eingesetzten Truppen¹²⁴ und ihre Verlustzahlen erheblich erschwert. Während die unmittelbaren Vorbereitungen für das Unternehmen durch eine Reihe der Forschung zugänglicher Quellen mit einiger Genauigkeit nachgezeichnet werden konnten, muß sich die Darstellung der Kämpfe um das Hauptquartier der Partisanen vorwiegend auf Memoirenliteratur stützen. Das erklärt auch das Auftauchen gewisser Widersprüche und strittiger Fragen bei der Schilderung des nun folgenden Ablaufs der Operationen von „Rösselsprung“¹²⁵.

Der deutsche Angriff auf Drvar setzte in den frühen Morgenstunden¹²⁶ des 25. Mai mit einem längeren heftigen Bombardement ein, bei dem die Funkstation des Obersten Stabes zerstört und die Telefonverbindungen mit Ausnahme derjenigen zum 5. Korps und zur 1. Proletarischen Division unterbrochen wurden¹²⁷. Zwar war der Anflug der Bomber vom Warn- und Beobachtungsdienst, den die Partisanen rund um Drvar eingerichtet hatten, dem Obersten Stab und den Einwohnern des Ortes rechtzeitig angekündigt worden; die für die Abwehr feindlicher Fallschirmtruppen vorgesehenen Einheiten konnten den massierten Angriffen jedoch keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzen, da schon bald vier der sechs Fla-MG's ausgefallen waren¹²⁸.

Als gegen 7 Uhr die erste Welle der Fallschirmjäger im Tal von Drvar niederging und die Lastensegler mit den Luftlandetruppen über dem Ort ausklinkten, war das von den Deutschen beabsichtigte Überraschungsmoment voll geglückt¹²⁹. Die Partisanen waren zunächst wie gelähmt. Für alle war es ihr erster Einsatz gegen Fallschirmtruppen, und die meisten von ihnen hatten noch nie Lastensegler gesehen. Der jugoslawische Historiker Sevo berichtet, daß Partisanen regelrechte Freudentänze aufführten, weil sie glaubten, die steil über Drvar niedergehenden Lastensegler seien von den beiden noch intakten MG's der Fliegerabwehr abgeschossen worden¹³⁰. Es erwies sich als schwerwiegender Fehler, daß die meisten in Drvar stationierten kleineren bewaffneten Verbände aus Furcht vor Luftangriffen auf die umliegenden Höhenzüge verlegt worden waren. Zum Zeitpunkt der Landung befand sich daher keine geschlossene Einheit in unmittelbarer Nähe des

¹²⁴ Eine Übersicht über die auf deutscher Seite an dem Unternehmen „Rösselsprung“ beteiligten Verbände gibt Strugar, a.a.O., S. 252; vgl. auch die leicht abweichenden Angaben in der Enciklopedija Jugoslavije Bd. III, S. 105 und in Oslob. rat. II, S. 94. Hier meist auch Zahlen über die eingesetzten Einheiten der Partisanen.

¹²⁵ So überraschen gelegentliche falsche Angaben in den Erinnerungen Rendulics, die dieser auch in seinem 1965 erschienenen Buch „Soldat in stürzenden Reichen“ zum Teil unverändert übernimmt.

¹²⁶ Die Angaben schwanken zwischen „kurz nach fünf Uhr früh“ (Enciklopedija Jug. Bd. III, S. 105) und 6 Uhr 35 (Strugar, a.a.O., S. 252 und Zöllner, a.a.O., S. 7).

¹²⁷ Vgl. Enciklopedija Jug. Bd. III, S. 105 (Stichwort: Drvarska operacija).

¹²⁸ Dedijer, Dnevnik III, S. 226.

¹²⁹ Vgl. z.B. Clissold, a.a.O., S. 184; Sevo, a.a.O., S. 149; Čolaković, a.a.O., S. 249 f. und Dedijer, Dnevnik III, S. 226.

¹³⁰ Sevo, a.a.O., S. 55.

Eingangs zur Höhle, in die sich Tito und die übrigen Mitglieder des Obersten Stabes¹³¹ zu Beginn des Bombardements zurückgezogen hatten.

Nachdem Absprung und Landung der Deutschen unter Führung des Bataillonskommandeurs Rybka mit wenigen Ausnahmen¹³² geglückt waren, gingen die einzelnen Kampfgruppen weisungsgemäß vor. Dabei wurde die Gruppe „Greifer“, die gegen die „Zitadelle“ – das vermeintliche Hauptquartier der Partisanen – vorstieß, in erbitterte Abwehrkämpfe mit dem Gegner verwickelt. Bei dem Versuch, den Höhleneingang zu nehmen, trafen die Deutschen auf den Widerstand von etwa 100 Angehörigen des Begleitbataillons. Diese hatten nach der ersten Überraschung unter Führung des Obersten Stabes die Verteidigung der Höhle organisiert und durch Kurier die Offizierschüler benachrichtigt, die etwa 1½ km von Drvar entfernt Übungen abhielten. Während die Deutschen ihre Angriffe mehr und mehr auf die Höhle konzentrierten – ein Großteil der Stadt war bereits in ihrer Hand –, griffen gegen 8 Uhr mehr als 100 Offizierschüler von Südwesten her in die Kämpfe ein und verhinderten so einen deutschen Flankenangriff auf das Hauptquartier. Von dort waren inzwischen über Telefon dringende Befehle an das 5. Korps und die 1. Division ergangen, die von Jajce und Bihać gegen Drvar vorrückenden deutschen Truppen um jeden Preis anzuhalten.

Am späten Vormittag – der Höhleneingang lag ständig unter Feuer – wurde die Lage für die Verteidiger noch einmal kritisch. Die zweite Welle unter Führung von SS-Hauptsturmführer Obermeier, die laut Bataillonsbefehl vom 23. Mai¹³³ 3½–4 Stunden nach der ersten Welle springen sollte, war gelandet¹³⁴. Inzwischen trafen aus der weiteren Umgebung von Drvar die ersten Einheiten der Partisanen ein, Angehörige der 3. Lika-Brigade. Sie versuchten mit Erfolg, die Angreifer von der Höhle abzudrängen. Zu diesem Zeitpunkt war es Tito, Kardelj und den übrigen Mitgliedern des Obersten Stabes gelungen, sich zu einer oberhalb der Höhle kämpfenden Partisanengruppe unter Führung Rankovićs durchzuschlagen¹³⁵. Damit war das Hauptziel des Unternehmens, die Führungsspitze der Partisanen in die Hand zu bekommen, vorerst gescheitert. Bataillonskommandant Rybka war bei den Kämpfen verwundet worden. Er wurde in dem Fieseler Storch abtransportiert, der eigentlich für Tito vorgesehen war¹³⁶. Die Fallschirmjäger – nunmehr unter Führung von Hauptmann Bentrup – mußten sich, nachdem gegen 15 Uhr zwei weitere Bataillone der 3. Lika-Brigade in Drvar eingetroffen waren¹³⁷, auf der nahen Fried-

¹³¹ Darunter Kardelj und Milutinović, siehe Čolaković, a.a.O., S. 255.

¹³² Der Lastensegler mit dem Kommandeur der Gruppe „Greifer“, Bredenbeck, wurde unterwegs beschossen und mußte 9 km vor Drvar landen. Bredenbeck fand dabei den Tod. Odić, in: Borba v. 13. 8. 1955, S. 8.

¹³³ Punkt 12 des Bataillonsbefehls, Zbornik IV, 25, S. 714.

¹³⁴ Ein Funkspruch des 1. Prol. Korps vom 25. 5. 12 Uhr 30 spricht von 20 Flugzeugen und etwa 200 Fallschirmspringern (Zbornik IV, 25, S. 614).

¹³⁵ Einzelheiten über die Flucht Titos bei Dedijer, Tito (dt.), S. 207.

¹³⁶ Sevo, a.a.O., S. 105f.

¹³⁷ Vgl. den Bericht des Stabes der 6. Proletar. Div. v. 28. 5. 1944 an den Stab des 1. Proletar. Korps über die Kämpfe in Drvar, Zbornik IV, 25, S. 491–497.

hofshöhe einigeln. Die ganze Nacht rannten die Partisanen – inzwischen durch das 1. Bataillon der 1. Brigade weiter verstärkt – gegen die Stellungen der Fallschirmjäger an und fügten ihnen schwere Verluste zu¹³⁸.

Am nächsten Morgen brachten deutsche Flugzeuge durch erneute Angriffe gegen die Partisanen spürbare Entlastung. In den Vormittagsstunden des 26. Mai wurden die überlebenden Fallschirmjäger durch die ersten in Drvar eintreffenden deutschen Verbände – Angehörige der Aufklärungsabteilung 373 – entsetzt. Mit dem Eintreffen weiterer deutscher Einheiten im Laufe des 26. Mai zogen sich die Partisanenabteilungen aus Drvar zurück.

Trotz der „reichen Beute an Nachrichtengerät“¹³⁹ und „umfangreichem Schriftmaterial“¹⁴⁰, das die Deutschen im eroberten feindlichen Hauptquartier vorfanden, dürfte es den Partisanen gelungen sein, Dokumente von entscheidender Bedeutung rechtzeitig zu vernichten bzw. vor dem deutschen Zugriff zu retten¹⁴¹. Dagegen wurde die neueste Marschalls-Uniform des Partisanenführers erbeutet und später in Wien ausgestellt. Tito selbst gelang es, zusammen mit einem Teil der Mitglieder des Obersten Stabes und des Begleitbataillons, sich im Laufe der nächsten Tage in den östlich von Drvar gelegenen Ort Potoci abzusetzen, „wohin ihm der OB Südost die Kampfgruppen ohne Rücksicht auf Flankenschutz folgen ließ“¹⁴². Dort befanden sich bereits die Offiziere der alliierten Militärmissionen, das Nationalkomitee und versprengte Angehörige des Obersten Stabes und des Begleitbataillons. In schweren Kämpfen gegen nachdrängende Einheiten der 7. SS-Freiwilligen-Division „Prinz Eugen“ gelang es dieser Gruppe unter dem Schutz der 3. Proletarischen Brigade und einiger weiterer Verbände, am 3. Juni Kupreško polje zu erreichen¹⁴³.

Der Leiter des britischen Verbindungsstabes bei den Partisanen, Maclean, beschreibt ausführlich, wie Tito sich schließlich auf Drängen des Leiters der sowjetischen Militärmission, General Kornejev, dazu entschloß, die britische Mission um Hilfe bei der Evakuierung seines Stabes zu bitten¹⁴⁴. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni landete daraufhin der in Bari stationierte sowjetische Pilot Sornikov mit einer ‚Dakota‘ auf dem Partisanenflugfeld bei Kupreško polje, nahm einige Angehörige des Obersten Stabes, der sowjetischen und britischen Militärmission und Tito an Bord und landete wenig später in Bari. Schon in einer der nächsten Nächte

¹³⁸ Rendulic (a.a.O., S. 226) dagegen bestreitet, daß ein Angriff auf das Bataillon stattgefunden habe.

¹³⁹ Schraml, a.a.O., S. 191.

¹⁴⁰ Rendulic, a.a.O., S. 226.

¹⁴¹ Vgl. dazu die unwahrscheinlich klingende Behauptung Sevos, a.a.O., S. 125, der berichtet, daß nach der geglückten Flucht Titos noch am gleichen Tage zwei Mitglieder des Begleitbataillons sich erneut über ein Seil in die Höhle herabließen und Dokumente sowie Privatgegenstände Titos bergen konnten.

¹⁴² KTB OKW IV, 1, S. 665.

¹⁴³ Einzelheiten über die Flucht Titos aus Drvar s. Zbornik IV, 25, S. 383, Anm. 3 und Vojna enciklopedija Bd. II, S. 633.

¹⁴⁴ F. Maclean, *Disputed Barricade*, London 1957, S. 260f., vgl. auch Clissold, a.a.O., S. 184f.

brachte der britische Zerstörer ‚Blackmore‘ Tito auf die stark befestigte¹⁴⁵ und von alliierten Truppen besetzte jugoslawische Adriainsel Vis (Lissa), wo für die nächsten Monate der Oberste Stab sein neues Hauptquartier aufschlug.

Betrachtet man das Ergebnis des Unternehmens „Rösselsprung“, so kommt man zu der bemerkenswerten Feststellung, daß es den Deutschen zwar gelungen war, die Partisanen – was Zeitpunkt und Art des Angriffs anging – zu überraschen, daß dieses Luftlandeunternehmen aber dennoch der einzige erfolglose Einsatz deutscher Fallschirmjäger im Zweiten Weltkrieg geblieben ist¹⁴⁶. Diese Tatsache wiegt umso schwerer, wenn man bedenkt, daß die waffen- und zahlenmäßig unterlegene Gegenseite zudem noch eine Reihe schwerwiegender taktischer Fehler und Unterlassungen beging. Wenn trotz günstiger Voraussetzungen das Unternehmen „Rösselsprung“ schließlich im wesentlichen scheiterte, so gibt es eine Anzahl von Faktoren, die diesen Mißerfolg erklären.

Zu den wohl folgenschwersten Fehlern auf deutscher Seite gehörten die ungenauen Angaben über den Aufenthaltsort Titos bzw. des Obersten Stabes in Drvar. Nachrichten, die besagten, daß der Marschall sich nahe der „Zitadelle“ in einer Berghöhle aufhalten sollte, schenkte man angeblich keinen Glauben¹⁴⁷. Inwieweit diese von jugoslawischer Seite aufgestellte Behauptung zutrifft, dürfte schwerlich zu beweisen sein. Immerhin ist unbestritten, daß nach dem Angriffsplan nur *eine* der insgesamt sechs Kampfgruppen gegen das wirkliche Hauptquartier vorging und nicht – wie Rendulic behauptet – das ganze Bataillon¹⁴⁸. Es scheint durchaus möglich, daß man erst aufgrund der massierten Verteidigung des Höhleneingangs durch die Partisanen erkannte, daß hier das gesuchte Hauptquartier liegen mußte. Hätte die deutsche Aufklärung die Lokalisierung von Titos Aufenthaltsort mit größerer Genauigkeit durchgeführt und die militärischen Stellen veranlaßt, auch auf dem Bergplateau oberhalb der Höhle einige Fallschirmjäger abzusetzen, dann wäre dem Obersten Stab dadurch der Fluchtweg abgeschnitten worden und Tito hätte einer Gefangennahme kaum entgehen können¹⁴⁹.

Nachteilig für den Verlauf des Unternehmens wirkte sich ferner die Tatsache aus, daß man während der Vorbereitungen auf deutscher Seite die Kampfkraft des Gegners beträchtlich unterschätzt hatte¹⁵⁰. Obwohl man im Stabe der 2. Panzerarmee die Zahl der im Raum Drvar liegenden feindlichen Divisionen richtig erkannt hatte und *nach* der Landung der Fallschirmjäger mit Feindverstärkungen

¹⁴⁵ Vgl. KTB OKW, IV, 1, S. 655–657.

¹⁴⁶ Vgl. Vojna enciklopedija Bd. VII, S. 540 (Stichwort: Protivdesantna odbrana).

¹⁴⁷ Odić, in: Borba v. 28. 7. 1955. Vgl. in diesem Zusammenhang auch den bereits erwähnten (s. oben, S. 488) Divisionsbefehl Rybkaš vom 24. Mai („Sobald genau bekannt ist, wo sich der Stab befindet . . .“).

¹⁴⁸ Rendulic, a.a.O., S. 226.

¹⁴⁹ So Dedijer, Tito (dt.), S. 207.

¹⁵⁰ Im Divisionsbefehl der Div. „Prinz Eugen“ für das Unternehmen „Rösselsprung“ hieß es beispielsweise unter Punkt 1: „Kampfwert der roten Verbände gering.“ Zbornik IV, 25, S. 703.

aus den nahegelegenen Dörfern rechnen mußte, wurde der Absprung für die Angehörigen der zweiten Welle von vornherein auf einen Zeitpunkt festgelegt, der $3\frac{1}{2}$ bis 4 Stunden nach Beginn des Luftlandeunternehmens lag. Erschwert wurden die deutschen Aktionen außerdem durch den Einsatz der alliierten Luftwaffe über Drvar, um den Koca Popović, der Kommandant des 1. Proletarischen Korps, noch am Abend des 25. Mai dringend nachgesucht hatte¹⁵¹. So konnten die deutschen Bodentruppen tagsüber keine militärischen Operationen größeren Ausmaßes gegen die Partisanen ausführen, „da die anglo-amerikanische Luftwaffe in einem bisher noch nie gekannten Ausmaß in die Kämpfe eingegriffen hatte“¹⁵². Aus diesem Grunde erreichten die motorisierten Verbände, die zudem durch starken Feindwiderstand und Straßensperren aufgehalten wurden, ihr Ziel mit zum Teil erheblicher Verspätung erst im Laufe des 26. und 27. Mai.

Die Tatsache schließlich, daß sich Titos Hauptquartier bereits mehr als fünf Monate in Drvar befand, war für die Partisanen insofern von Vorteil, als sie über eine ausgezeichnete Kenntnis des Geländes verfügten und diese im Verlauf der Kämpfe auch auszunutzen wußten. Hinzu kam, daß die Bevölkerung des Ortes – von jeher den kommunistischen Aufständischen wohlgesonnen¹⁵³ – geschlossen hinter ihnen stand, daß niemand den Deutschen Titos Aufenthaltsort verriet und daß man die Partisanen bei der Verteidigung des Hauptquartiers in jeder nur möglichen Weise unterstützte. Die Beteiligung der Einwohnerschaft an den Kämpfen mag zum Teil wohl die Verbissenheit, ja Grausamkeit erklären, mit der von beiden Seiten der Kampf um Drvar und die Höhle geführt wurde¹⁵⁴; ein Kampf, der sowohl den Deutschen als auch den Jugoslawen unverhältnismäßig hohe Verluste brachte.

Nach Abschluß der Kämpfe erklärte sich der Oberbefehlshaber Südost mit dem Ergebnis im ganzen zufrieden, „wenn es auch nicht voll den Erwartungen entsprach“¹⁵⁵. Die oberste Führung dagegen teilte diese Auffassung nicht. Hitler war der Meinung, daß Tito von kroatischer Seite in Agram gewarnt worden sei und forderte, bei künftigen Unternehmungen dieser Art kroatische Verbände nicht mehr zu beteiligen¹⁵⁶.

Zu einer kritischen Einschätzung kam auch das der 2. Panzerarmee unterstellte

¹⁵¹ Ebenda, S. 429 (Bericht Koca Popovićs an Aleksander Ranković über die Kämpfe in Drvar v. 26. 5. 1944).

¹⁵² KTB OKW IV, 1, S. 664.

¹⁵³ Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Fernschreiben des Deutschen Generals in Agram, Glaise von Horstenau, an den Wehrmachtführungsstab v. 9. 8. 1941, in dem es u. a. über das Holzindustriegebiet von Drvar heißt, daß „pravoslavische Arbeiterfamilien wegen Drangsalierung durch Ustaša wochenlang nicht mehr wagten, in Doerfern zu naechtigen. Taeglich abends Auszug in die Waelder. Damit ausgezeichnete Boden fuer Aufwiegler geschaffen.“ IFZ, MA 515, Bl. 1133.

¹⁵⁴ Über die oft grausame Kampfweise auf beiden Seiten vgl. Schraml, a.a.O., S. 192f.; Clissold, a.a.O., S. 184, und Kühnrich, a.a.O., S. 281 ff.

¹⁵⁵ KTB OKW IV, 1, S. 663.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 664.

XV. Geb.Korps in einem Tätigkeitsbericht für die Zeit vom Sommer 1943 bis Mai 1945. Darin heißt es u. a., daß die gesteckten Ziele wegen der Flucht Titos und des Obersten Stabes nicht erreicht worden seien. Die Verluste auf deutscher Seite seien außerordentlich hoch gewesen; so habe allein das Fallschirmjäger-Bataillon mehr als die Hälfte seines Mannschaftsbestandes verloren¹⁵⁷. Die Angaben über die Verlustzahlen weichen in den deutschen und jugoslawischen Quellen erheblich voneinander ab¹⁵⁸.

Die Bilanz auf deutscher Seite war erschreckend: eine Elite-Einheit wie das SS-Fallschirmjäger-Bataillon hatte so hohe Verluste, daß sie umgruppiert und aufgefrischt werden mußte¹⁵⁹; außerdem waren fast die gesamten Lastensegler¹⁶⁰ und ein Großteil der Fahrzeuge vernichtet worden¹⁶¹. Obwohl die Deutschen ihr Ziel nicht erreicht hatten, brachte ihnen das Unternehmen „Rösselsprung“ doch eine gewisse Atempause bei der Bekämpfung der kommunistischen Aufständischen. In den folgenden Wochen trat eine längere Pause ein, während der größere militärische Aktionen von seiten der Partisanen unterblieben. Der Oberste Stab war nach seiner überstürzten Flucht auf die zwar sichere, aber doch entfernt gelegene Adriaininsel Vis (Lissa) ausgewichen und hatte Schwierigkeiten, den Kontakt zu den im bosnischen Raum operierenden Partisanenverbänden wiederherzustellen¹⁶².

¹⁵⁷ „Tätigkeit des XV. A.K. ab Sommer 43 bis 9. 5. 45“ (Archiv des Kriegsgeschichtlichen Instituts, Belgrad, Nr. 5/1 K 71) zit. bei Višnjić, a.a.O., S. 140.

¹⁵⁸ Die im deutschen Wehrmachtsbericht vom 6. Juni 1944 genannte Verlustzahl von 6240 für die Partisanen dürfte zu hoch gegriffen sein. Andererseits sind aber auch die eigenen Verluste mit Sicherheit größer gewesen, als verschiedene deutsche Quellen sie angeben. So berichtet Sevo, a.a.O., S. 148 z.B. von einer an die 2. Panzerarmee gerichteten Depesche einer Einheit, die an den Kämpfen teilnahm. Darin ist die Rede von 213 Gefallenen, 881 Verwundeten und 57 Vermissten. Die Feindverluste werden mit 1916 gezählten und über 1400 geschätzten Toten angegeben. Der Kommandant der Einheit bittet in diesem Funkspruch um Aufklärung, wie im Wehrmachtsbericht die Zahl von 6240 Feindtoten zustande gekommen sei. – Wenn wir den Angaben des oben erwähnten (Anm. 157) Tätigkeitsberichtes Glauben schenken können – und bei dem Mißerfolg von „Rösselsprung“ wird man nicht auch noch die eigenen Verluste überhöht angegeben haben –, dann hätte allein das Fallschirmjäger-Bataillon mehr als 400 Tote zu beklagen gehabt. Überhaupt sind die Angaben auf deutscher und jugoslawischer Seite über eigene und Feindverluste derart widersprüchlich, daß es nicht einmal möglich war, einigermaßen zuverlässige Annäherungswerte zu geben. Unterschiedliche Zahlen bei Sevo, a.a.O., S. 146; Višnjić, a.a.O., S. 114, Anm. 12; Enc. Jug. Bd. III, S. 108; Marjanović, Narodnooslobodilački rat. Narodna revolucija u Jugoslaviji 1941–1945, Belgrad, 7. Aufl. 1961, S. 118; Schraml, a.a.O., S. 195.

¹⁵⁹ „Der deutsche Fallschirmjäger“, H. 12 1964, S. 12. Hier auch Einzelheiten über die Zusammensetzung dieses Bataillons.

¹⁶⁰ Aussage eines Angehörigen der 375. Legionsdiv. v. 6. 10. 1948 in jug. Kriegsgefangenschaft, zit. nach Višnjić, a.a.O., S. 114, Anm. 12.

¹⁶¹ Vgl. KTB OKW IV, 1, S. 664.

¹⁶² Dies umso mehr, als die Deutschen bei der Besetzung des Hauptquartiers in Drvar die dortige Funkstation zerstört hatten, Rendulic, a.a.O., S. 226. Außerdem waren mehrere führende Männer des Partisanen-Funkdienstes während der Kämpfe in Drvar gefallen, vgl. Dedijer, Dnevnik III, S. 231 f.

Eine entscheidende Schwächung der kommunistischen Aufstandsbewegung war durch dieses Unternehmen allerdings nicht erreicht worden. Vielmehr wurden die Partisanen, die die Mißerfolge dieses letzten deutschen Offensivunternehmens in einen moralisch und psychologisch wirksamen Sieg ihrer eigenen Streitkräfte umzumünzen verstanden, 1944 in noch größerem Ausmaße als bisher von den Alliierten mit Waffen, Munition, Bekleidung und Medikamenten versorgt¹⁶³.

Die Tatsache, daß der so sorgfältig vorbereitete „Rösselsprung“ letztlich doch scheiterte, führte dazu, daß die vorübergehend erschütterte Position Titos sich in den folgenden Monaten wieder festigte, daß sein schon legendärer Ruhm als Partisanenführer durch die geglückte Flucht aus dem Talkessel von Drvar noch wuchs und der Partisanenbewegung – nicht zuletzt auf Drängen Churchills – auch *politische* Vorteile einbrachte¹⁶⁴. Auf *militärischem* Gebiet folgte im September 1944 der dritte – und diesmal erfolgreiche – Versuch Titos, nach Serbien einzufallen. Im Zusammengehen mit sowjetischen und bulgarischen Einheiten wurden im Herbst 1944 große Teile Serbiens erobert und am 20. Oktober Belgrad besetzt. Das Unternehmen „Rösselsprung“ hatte diesen Siegeszug der Partisanen nur um einige Wochen hinausschieben können.

¹⁶³ Genaue Angaben über das von sowjetischer Seite Anfang 1945 gelieferte Kriegsmaterial bei Kühnrich, a.a.O., S. 495, Anm. 85 (wobei es sich bei der letzten Zahlenangabe um Funkstationen und nicht um Kraftwagen handelt!). Die entsprechenden Zahlen der Westalliierten für das Jahr 1944 bei Matl, a.a.O., S. 117.

¹⁶⁴ Beispielsweise das Tito-Šubašić-Abkommen vom 16. Juni 1944, vgl. Dedijer, Tito (dt.), S. 211 ff. Die wachsende Stärke der Partisanenbewegung und der Einfluß Titos zeigt z.B. auch die vertragliche Festlegung des bevorstehenden Einmarsches der Roten Armee in Jugoslawien anlässlich des Besuchs Titos in Moskau im September 1944, vgl. Dedijer, Tito (dt.), S. 220.

THILO VOGELSANG

DIE BEMÜHUNGEN
UM EINE DEUTSCHE ZENTRALVERWALTUNG 1945/46

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 galt die politische Einheit Deutschlands den Siegermächten keineswegs als ein schwerwiegendes Problem, da eine grundsätzliche Entscheidung darüber entweder aufgeschoben werden sollte oder – mangels Konzept – aufgeschoben werden mußte. Übereinstimmung bestand nur darüber, daß Deutschland trotz der Gliederung in vier Besatzungszonen auf wirtschaftlichem Gebiete als Einheit zu „behandeln“ sei, was sich in Institution und Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates ausdrücken sollte und überdies im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 festgelegt wurde. Als Hilfsinstrumente der wirtschaftlichen Einheit galten die vorgesehenen „zentralen deutschen Verwaltungen“ unter der Leitung von Staatssekretären, deren Arbeit unter der Aufsicht des Kontrollrates zu geschehen hatte.

Diese Staatssekretariate sind bekanntlich nicht zustandegekommen. Das lag hauptsächlich an der Haltung der Franzosen, doch zu einem gewissen Teil auch an den unterschiedlichen Vorstellungen anderer Besatzungsmächte, etwa der Sowjets, über organisatorische und politische Zweckmäßigkeiten. Auf der anderen Seite können wir jetzt aus zugänglich gewordenen Quellen erfahren, daß die amerikanische Militärregierung diese einzigen in Potsdam zugestandenen deutschen Zentralbehörden sehr ernst genommen hat. Sie und General Clay haben sich von Anfang an stark für die Errichtung der „central agencies“ eingesetzt und später, nach den Fehlschlägen, ihre eigenen organisatorischen Aktionen immer wieder auf sie bezogen.

Die in den Jahren 1945 (Länderrat) und 1946 (wirtschaftliche Verschmelzung der britischen und amerikanischen Zone) verwirklichten amerikanischen Initiativen besaßen daher eindeutig eine substitutionelle Funktion „according to Potsdam“. Beide Ersatzlösungen waren und galten als „offen“, d. h. sie boten Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung durch Übernahme (Länderrat) bzw. durch Beitritt (Bizone). Ein Blick auf die spezielle Entwicklung während der ersten beiden Nachkriegsjahre soll diese und die vorangegangenen Feststellungen im folgenden verdeutlichen, angeregt nicht zuletzt durch die jüngste Untersuchung John Gimbels.

I

Der aus Vertretern der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens zusammengesetzten *European Advisory Commission* (EAC) in London war die Aufgabe gestellt worden, die formalen Grundlagen der Kontrolle Deutschlands für die Zeit „unmittelbar nach der Niederlage“ durch verbindliche Abkommen zu erarbeiten.

Hier einigte man sich über den Text der erwähnten Kapitulationsurkunde sowie über Abgrenzung und „Wesen“ der Besatzungszonen (wobei die von britischer Seite vorgeschlagene Mischbesetzung mit gemeinsamer Militärregierung keine Zustimmung fand und statt dessen sich das sowjetische Verlangen nach „integralen“ Zonen durchsetzte) und verhandelte Einzelheiten des Kontrollmechanismus. Am Ende bestand ein Konsensus darüber, daß der Kontrollrat für Deutschland als Ganzes zuständig sein würde und daß er und seine Organe sich bei ihren Entscheidungen *deutscher Zentralverwaltungen* bedienen könnten. Das schließlich fertiggestellte Abkommen über das Kontrollsystem vom 14. November 1944 sah ein ständiges Koordinierungs-Komitee (Coordinating Committee) vor (Art. 4), das – neben anderen – die Aufgabe haben sollte, die Tätigkeit der deutschen Zentralverwaltungen und anderer Dienststellen laufend zu überwachen (Art. 5); ähnliche Funktionen waren den von den Mächten zu bildenden Fachabteilungen zugedacht, genannt in Art. 6, in welchem etwas abweichend sogar von „zentralen deutschen Dienststellen und Ministerien“ die Rede war¹.

Am Text dieses von den Regierungen bald gebilligten Agreements vom 14. November 1944 ist, soweit wir sehen, später nichts mehr geändert worden, wenn man von seiner am 1. Mai 1945 vorgenommenen Ausdehnung auf Frankreich als vierter Kontrollmacht absieht². Das bedeutete zunächst, daß zum Zeitpunkt der Unterzeichnung die Vorstellung bestand, im Augenblick der Kapitulation würden verwendbare deutsche zentrale Stellen noch existieren. Allerdings machten kurz darauf Kriegsminister Stimson und Marineminister Forrestal ihre Zweifel deutlich, ob am Tage der Kapitulation eine funktionierende Zentralverwaltung noch vorhanden sein und – wenn ja – ob es zweckmäßig sein würde, sie in der dann vorgefundenen Form dem Kontrollrat zu unterstellen. Sie empfahlen daher gründliche Beratungen, u. a. auch darüber, wie eventuell eine *neu* einzurichtende „central administration or administrative structures“ auszusehen haben würde³. Diese Vorbehalte waren zwar realistischer als der Text des Agreements und wurden überdies durch die am 8. Mai tatsächlich gegebenen Zustände in Deutschland bestätigt, doch vermochten sie weder bis dahin noch danach die Mächte von der Absicht abzubringen, „German central agencies“ in ihren Dienst zu stellen. Denn als am 5. Juni 1945 die vier Oberbefehlshaber namens ihrer Regierungen die oberste Gewalt in Deutschland übernahmen, wurde in einer der drei „Feststellungen“ der Besatzungs-

¹ Text des Abkommens vom 14. November 1944 (Agreement on Control Machinery in Germany) in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conferences of Malta and Yalta, Washington 1955, S. 124–127.

² Durch ein Protokoll der EAC (zur Vorlage bei den Regierungen) vom 1. Mai 1945, erwähnt in einem Telegramm Winants an Grew vom selben Tage, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1945, Vol. III (European Advisory Commission, Austria, Germany), Washington 1968 (künftig zitiert: Foreign Relations 1945/III, bei weiteren Bänden entsprechend), S. 258.

³ Aufzeichnung vom 27. Dezember 1944, Anlage einer Weisung des amtierenden Außenministers Grew für Winant vom 25. Januar 1945, ebenda, S. 174ff.

mächte vom selben Tage wiederum von den „entsprechenden deutschen Behörden“ gesprochen, als den Empfängern von Kontrollratsbeschlüssen und zu überwachen vom Koordinierungsausschuß⁴.

Die nächste, verbindlichere Stufe in der gemeinsamen Auffassung, mit deutschen zentralen Verwaltungen zu arbeiten, wurde auf der Potsdamer Konferenz erreicht. Der entsprechende Text in dem bekannten Kommuniqué („Abkommen“) vom 2. August 1945 ist dann zum eigentlichen Bezugspunkt der nachfolgenden Diskussionen geworden. In den Abschnitt III des Kommuniqués wurden die „Politischen und wirtschaftlichen Grundsätze, deren man sich bei der Behandlung Deutschlands in der Anfangsphase der Kontrolle bedienen muß“ eingerückt, und unter A (Politische Grundsätze) hieß es in Ziffer 9, Abs. IV:

Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet werden. Jedoch werden einige wichtige zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen errichtet werden, an deren Spitze Staatssekretäre stehen, und zwar auf den Gebieten des Finanzwesens, des Transportwesens, des Verkehrswesens, des Außenhandels und der Industrie. Diese Abteilungen werden unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein⁵.

Mit diesem Wortlaut folgte die Konferenz Empfehlungen, die das State Department Präsident Truman bereits am 14. Juni zur Vorbereitung der Potsdamer Tagesordnung vorgelegt hatte⁶. Nachdem mit der Verhaftung der Regierung Dönitz am 23. Mai auch die letzten Zwergebüros einzelner Reichsministerien aufgelöst worden waren, sprach das Memorandum Grews folgerichtig von der „Wiederherstellung“ (restoration) zentraler Stellen, und genau von dieser Zielsetzung nahmen die nun einsetzenden Schwierigkeiten ihren Ausgang.

II

Obgleich die Teilnahme *Frankreichs* an der Kontrolle Deutschlands faktisch am 5. Juni begonnen hatte, waren dennoch de Gaulle und sein Außenminister Bidault zu ihrer größten Verärgerung nicht nach Potsdam eingeladen worden. Nach der Konferenz erkannte die französische Regierung zwar die dort gefaßten Beschlüsse generell an, machte aber auch sofort Vorbehalte geltend: schon am 7. August

⁴ Ziffer 4 der „Feststellung über das Kontrollverfahren in Deutschland“ der Vier Mächte vom 5. Juni 1945, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Ergänzungsblatt Nr. 1, Berlin 1945; engl. Text in: A Decade of American Foreign Policy 1941-49, Washington 1950, S. 512.

⁵ Die entscheidende Stelle in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference) 1945, Vol. II, Washington 1960 (künftig zitiert: Foreign Relations, Potsdam II, bei Band I entsprechend), S. 1483 (Protocol of Proceedings) und S. 1503 (Communiqué [Report]).

⁶ Ernst Deuerlein, Die amerikanischen Vorformulierungen und Vorentscheidungen für die Konferenz von Potsdam, in: Deutschland-Arch. 3 (1970), S. 341 f., dazu Foreign Relations, Potsdam I, S. 166.

sprach sie sich bei den anderen drei Mächten in einer Note nicht nur gegen die Zulassung von Parteien in ganz Deutschland, sondern auch gegen die Einrichtung zentraler Verwaltungen aus⁷. Damit war ein deutliches Zeichen gesetzt. Denn für die französische Politik stand im Augenblick, sich gründend auf den Erfahrungen zweier Weltkriege im eigenen Lande, das Sicherheitsbedürfnis im Vordergrund, verbunden mit traditionalistischen Denkmodellen einer jahrhundertealten Rhein- und Deutschlandpolitik. Die daraus entstandenen Wünsche hatte Bidault bereits am 19. Mai bei seinem ersten Besuche in Washington im State Department präzisiert⁸. Er operierte mit der Vorstellung von dem permanenten Bedrohtsein durch Deutschland (sobald der Nachbar seine Kräfte wieder zusammenzufassen in der Lage sein würde), trug sie den Verbündeten immer wieder vor und durfte dabei der Zustimmung einer breiten Öffentlichkeit in Frankreich sicher sein⁹.

Bedauern und Enttäuschung über die ablehnende Haltung Frankreichs waren besonders bei den Amerikanern festzustellen, und zunächst dachten sie unbeirrt weiter daran (wie auch die Briten), doch noch zu derartigen „German central agencies“ gelangen zu können. Das amerikanische Oberkommando (USFET) und mit ihm die Kontrollratsgruppe USGCC waren sogar organisatorisch darauf vorbereitet. In einem „Ministerial Collecting Center“ in Fürstentum Kassel befanden sich nicht nur – neben Dokumentarmaterial für Prozeßzwecke – beschlagnahmte Akten als Grundlage für die Tätigkeit der neuen Büros, sondern es stand hier auch qualifiziertes „non-Nazi German Personnel“ bereit, um zusammen mit den Akten nach Berlin verbracht zu werden¹⁰. Daneben war man um die Besetzung der Spitzenpositionen bemüht. In den Erinnerungen Hermann Pünders¹¹ sowie in anderen Quellen privater Herkunft¹² finden sich Hinweise darauf, daß man in der

⁷ Zu den französischen Stellungnahmen zu den Potsdamer Beschlüssen (insgesamt sechs) vgl. Documents français relatifs à l'Allemagne (Août 1945 – Février 1947), Paris 1947, S. 1–11; englische Übersetzung der auf die deutschen Zentralbehörden bezugnehmenden Note Bidault in einem Telegramm Botschafter Cafferys an Byrnes vom 7. August 1945, in: Foreign Relations, Potsdam II, S. 1554f.

⁸ Foreign Relations 1945/III, S. 512–514 (Niederschrift Grews über ein Gespräch mit Bidault und Bonnet in Washington am 19. Mai 1945).

⁹ Hans-Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besetzungsherrschaft 1945–1949, Neuwied und Berlin 1966, S. 179.

¹⁰ Vgl. den Vorschlag des amerikanischen Mitgliedes im Political Directorate des Kontrollrates in der Sitzung am 11. Oktober 1945, Foreign Relations 1945/III, S. 884 mit Anm. 34. Zum „Ministerial Collecting Center“ vgl. die Angaben bei Walter Vogel, Westdeutschland 1945–1950, Der Aufbau von Verfassungs- und Verwaltungseinrichtungen über den Ländern der drei westlichen Besatzungszonen, Teil 2 (Schriften des Bundesarchivs. 12), Boppard 1964, S. 11f.

¹¹ Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa, Lebenserinnerungen, Stuttgart 1968, S. 197f. Auch Adenauer, damals noch Oberbürgermeister in Köln, wurde von amerikanischen Offizieren „um Namen wegen Besetzung leitender Stellen, allerdings in Berlin, gefragt“, vgl. seinen Brief an Pünder vom 5. September 1945, ebenda, S. 198.

¹² Im Kommentar der von ihm herausgegebenen Aufzeichnung von Abraham Frowein („Erinnerungen an seine Tätigkeit im Deutschen Wirtschaftsrat bei der Britischen Kontroll-

amerikanischen wie in der britischen Zone – gewissermaßen unter der Hand – bis in den Spätherbst 1945 hinein nach deutschen unbelasteten Persönlichkeiten suchte, die man dem Kontrollrat als Staatssekretär-Kandidaten (Vier-Zonen-Amtschefs) und für andere hohe Stellungen innerhalb der „agencies“ hätte präsentieren können.

Die Franzosen gaben ihre Begründungen mit Abstufungen. In den *Kollegien* der vier Sieger (so innerhalb des Kontrollrates und auf der Londoner Außenminister-Konferenz), mithin vor sowjetischen Augen und Ohren, hieß es permanent, daß die Errichtung zentraler deutscher Verwaltungsstellen, auch wenn sie unter Aufsicht des Kontrollrates arbeiteten, einem administrativen und politischen Zentralismus Vorschub leisten und bald in einer starken deutschen *Zentralregierung* enden würden, was Frankreich nun einmal nicht wolle. Und dazu dann stets der Hinweis, Frankreich sei in Potsdam nicht zugegen gewesen, habe nichts mitbeschlossen und im übrigen ja schon am 7. August seine Bedenken und Vorbehalte angemeldet.

Auf höherer Ebene – und fast ausschließlich gegenüber der amerikanischen Regierung – wurden die Befürchtungen leidenschaftlich ausgemalt, so von de Gaulle, Bidault, Couve de Murville und René Mayer: das französische Volk habe eine panische Angst vor einer Entwicklung zum Zentralismus; eine aus den Staatssekretariaten sich zwangsläufig entwickelnde deutsche Regierung über alle vier Zonen würde jedoch von den Sowjets beherrscht werden, und man hätte dann die Russen an der französischen Grenze¹³. Oder noch dramatischer: Wer Sachsen und Preußen beherrsche, so sagte de Gaulle am 3. November zu dem amerikanischen Botschafter Caffery, der beherrsche auch Deutschland. Gegen ein wiedererstarktes Deutschland („mit“ oder „wegen“ dessen Zentralregierung) im russischen Einflußbereich könne Frankreich weder allein noch im Bunde mit England und den USA ankämpfen. Frankreich würde unterliegen und ganz Europa russisch werden. Die Frage einer „central administration“ sei daher wegen ihrer Konsequenzen für Frankreich eine Frage der nackten Existenz¹⁴.

In diesen Auseinandersetzungen zeichnete sich außerdem noch eine Variante ab. Frankreich versuchte im Herbst 1945, das Problem der „central agencies“ mit seinen Ansprüchen und Wünschen hinsichtlich Saar, Rheinland und Ruhrgebiet zu verbinden. Die französischen Repräsentanten in Deutschland gaben zu ver-

kommission in Minden“, Boppard 1968) teilt Walter Vogel S. 28 f. (Anm. 15) mit, daß der frühere Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Dr. Elmar Michel von den Engländern „schon im Sommer 1945 für den Posten eines Staatssekretärs für eines der . . . in Berlin geplanten wirtschaftlichen Staatssekretariate vorgesehen“ worden sei. Der amerikanische Oberst von Schulze-Gaevernitz besuchte im Auftrage von Alan Dulles den früheren Landrat von Rendsburg und nunmehrigen Mitbegründer der CDU Theodor Steltzer in Berlin, um ihm das Staatssekretariat für Verkehrswesen anzutragen. Steltzer lehnte jedoch ab und wurde bald darauf in der britischen Zone Oberpräsident von Schleswig-Holstein (Theodor Steltzer, 60 Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 177 f.).

¹³ Telegramm Cafferys an Byrnes vom 27. September 1945, in: *Foreign Relations 1945/III*, S. 878.

¹⁴ Caffery an Byrnes über sein Gespräch mit de Gaulle, Telegramm vom 3. November 1945, *Foreign Relations 1945/III*, S. 890 f.

stehen, daß Paris über die Zentralverwaltungen *vielleicht* zu sprechen geneigt sei, jedoch erst dann – so die Haltung im Oktober –, wenn die Rheinlandfrage zu Frankreichs Gunsten entschieden sein werde¹⁵. Später, im Dezember, moderierten sie ihr Junktum in Richtung auf ein Provisorium: gegebenenfalls *Beteiligung an Verhandlungen* über zentrale Stellen, sofern Saarland, linkes Rheinufer und Ruhrgebiet nicht unter deren Zuständigkeit fallen würden¹⁶.

Die Verärgerung der Amerikaner über das französische Verhalten war deutlich zu spüren. Im Oktober zeigte man sich auf Seiten der USA zu zweierlei entschlossen: Man gedachte (1) auf Frankreich diplomatischen Druck auszuüben, damit Paris den Zentralverwaltungen doch noch zustimme (wenigstens den im Augenblick notwendigsten und wohl auch „harmlosesten“, über die im Kontrollrat immer wieder gesprochen wurde: Verkehr und Post). Und man zeigte sich (2) geneigt, die „agencies“ zu verwirklichen durch ein agreement derjenigen Kontrollratsvertreter, deren Staaten in Potsdam Unterzeichnermächte gewesen waren, also zentrale *Drei-Zonen-Ämter*, zuständig für die britische, sowjetische und amerikanische Zone. Die Anregung dazu war von USGCC gekommen: Generalleutnant Lucius D. Clay, als stellvertretender Militärgouverneur schon damals die stärkste Persönlichkeit der amerikanischen Besatzungspolitik, drängte auf die Funktionsfähigkeit der Kontrollratsorgane¹⁷, die nur durch den „Anbau“ mitwirkender deutscher Zentralverwaltungen ermöglicht werden konnte. Er telegraphierte am 24. September an das War Department und bat um die Erlaubnis, notfalls mit den Vertretern Großbritanniens und der Sowjetunion allein verhandeln zu dürfen, um deutsche Zentralbehörden lediglich für drei Zonen – die französische ausgeschlossen – zu errichten¹⁸. Tatsächlich sind War und State Department auf den Vorschlag eingegangen und haben am 20. Oktober Clay durch den Chef der Civil Administration Division, Generalmajor Hilldring, eine entsprechende Ermächtigung zukommen lassen¹⁹.

Die amerikanischen Quellen beweisen deutlich, daß zum Jahresende 1945 bei der werdenden westlichen Führungsmacht die Einheit Deutschlands eine noch sehr wesentliche Denkkategorie gewesen ist, sie zeigen aber auch, daß die abweichenden

¹⁵ So das französische Mitglied der Berliner Kommandatura, Telegramm Botschafter Murphys an Byrnes vom 12. Oktober 1945 über die Sitzung vom Vortage, Foreign Relations 1945/III, S. 881 f.

¹⁶ Telegramm Murphys an Byrnes vom 16. Dezember 1945, Foreign Relations 1945/III, S. 920 f.

¹⁷ „General Clay made a strong reply to General Koeltz to effect that if Control Commission can not establish central machinery, it cannot govern Germany and had better consider itself as merely a means of negotiations,“ Telegramm Murphys an Byrnes vom 23. September 1945, Foreign Relations 1945/III, S. 872.

¹⁸ Das Telegramm (CC-16567) wird erwähnt in einem Schreiben Clays an Assistant Secretary of War John J. McCloy vom 5. Oktober 1945 (National Archives Washington, WWIIRC, ASW 370.8), fol. 1, ferner im Telegramm Murphys an Byrnes vom 29. September 1945, in: Foreign Relations 1945/III, S. 879.

¹⁹ Telegramm Hilldrings (War-77596) an Clay vom 20. Oktober 1945, Foreign Relations 1945/III, S. 885 f.

Auffassungen der Sowjetunion über die deutsche „Wirtschaftseinheit“ bald den Ärger über die französische Haltung zu verdrängen begannen. Doch vorerst kam es weder zu Drei- noch zu Vier-Zonen-Ämtern, und damit blieben die Arbeit sowie der administrative und politische Wert der Zentralverwaltungen infolge „Nicht-Errichtung“ unerprobt. Spätere Stimmen haben dann geglaubt, einen schlechten Willen hinsichtlich der „agencies“ auch bei den Sowjets konstatieren zu sollen, so etwa der politische Berater Eisenhowers und Clays, Robert Murphy, der fast zwei Jahrzehnte danach in seinen Memoiren schrieb: „Die Russen konnten in aller Ruhe mit ansehen, wie die Franzosen ihnen die Arbeit abnahmen“²⁰, nämlich durch die Verhinderung der Staatssekretariate. Aber auch Clay will damals schon die Bereitschaft der Sowjets, Vier-Zonen-Administrationen zuzulassen, in Zweifel gezogen haben²¹, und von einer hochgestellten französischen Persönlichkeit war sogar zu hören, Moskau habe es mit den Staatssekretariaten von vornherein nicht ehrlich gemeint und der französische Einspruch gegen ihre Errichtung habe Deutschland und den Westen davor bewahrt, „Einrichtungen zu schaffen, die der Ausbreitung des Kommunismus gedient hätten“²², eine Meinung, die seinerzeit auch von Charles Bohlen geteilt worden ist²³.

Es darf angenommen werden, daß diese Skepsis der damaligen Beobachter sich auf eine bestimmte Institution innerhalb der sowjetischen Zone bezogen hat, und zwar auf die mit Befehl vom 27. Juli 1945 errichteten elf zonalen „Deutschen Zentralverwaltungen“ – auch sie mit dem Sitz in Berlin –, die unter deutschen „Präsidenten“ im Laufe des Spätsommers ihre Arbeit unter Aufsicht der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) aufnahmen. Wozu diese Zentralverwaltungen auch ausersehen waren, hat vierzehn Jahre später ein sehr maßgebender Mann der SMAD, Oberst S. I. Tulpanow, im Rückblick festgehalten:

Diese zentralen zonalen Verwaltungen wurden so gebildet, daß sie leicht gesamtdeutsche Organe werden konnten, deren Schaffung in jener Zeit vorgeschlagen wurde. Sie sollten die Herstellung der Wirtschaftseinheit erleichtern und verfolgten im Unterschied zu den deutschen Organen, die in den Westzonen gebildet worden waren, nicht das Ziel der zonalen Abspaltung²⁴.

Das bedeutete aber, daß bei eingehenderen Besprechungen im Herbst 1945 zweifellos diese bereits bestehenden Behörden mit der doppelsinnigen Bezeichnung „Deutsche Zentralverwaltungen“ von den Sowjets in die Verhandlung eingebracht worden wären.

²⁰ Robert D. Murphy, *Diplomat unter Kriegern*, Berlin 1965, S. 370.

²¹ Lucius D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, Frankfurt a.M. 1950, S. 145.

²² Ebenda, S. 55f. Die meisten Zitate zusammengefaßt bei Tilman Fündler, *Das bizonale Interregnum. Die Geschichte des Vereinigten Wirtschaftsgebiets 1946–1949*, Köln u. Berlin 1966, S. 55 mit Anm. 19.

²³ Lucius D. Clay, a.a.O. (vgl. Anm. 21), S. 153.

²⁴ S. I. Tjulpanow, *Die Rolle der Sowjetischen Militäradministration im demokratischen Deutschland*, in: *50 Jahre Triumph des Marxismus-Leninismus*, Berlin 1967, S. 59; Zitat und nähere Ausführungen auch bei Jens Hacker, *Sowjetunion und DDR zum Potsdamer Abkommen*, 2. Aufl., Köln 1969, S. 127.

III

Diese Zentralverwaltungen in der sowjetischen Zone haben auch in den Überlegungen des Generals Clay eine Rolle gespielt. Ende September 1945 hatte er zur Kenntnis nehmen müssen, daß die erste Runde im Kampf um die Staatssekretariate negativ verlaufen und daß damit – wenn schon nicht die endgültige – so doch eine wesentliche Vorentscheidung gefallen war. Die Idee der „three-way-basis“ (die ja wiederum besondere Verhandlungen hätte zur Folge haben müssen) bedeutete für ihn keinesfalls die einzige Lösung der organisatorischen Probleme. Ohne noch die Wirkung seines Telegramms vom 24. September in Washington abzuwarten und beeindruckt vom Vorhandensein der Zentralverwaltungen in der östlichen Zone²⁵ ging er daran, für die amerikanische Zone einen eigenen Weg zu beschreiten. Er hatte zwar den Gedanken an die „central agencies“ noch nicht endgültig aufgegeben, glaubte aber einen Schritt weiterzukommen, wenn die Administration in seiner Zone gestrafft und damit ein neuer Ansatzpunkt für die gesamtdeutsche Politik geschaffen werden würde. Daß es für ihn keinen Ausweg gebe „except to take zonal action“²⁶, hatte er am 23. September General Koeltz zu verstehen gegeben, und den Zwang, bei einer Verzögerung der „central machinery“ eine Ersatzlösung „in the United States Zone alone“ in Gang bringen zu müssen, hat er deutlich empfunden²⁷.

Der General gab daher Ende September eine Stabsstudie in Auftrag, die innerhalb von USFET vorbereitet wurde und zweifellos auch persönliche Anregungen Clays aufgenommen hat. Ihr Text empfahl, die Regierungschefs der drei Länder (Bayern, Württemberg-Baden und Groß-Hessen) zu einem regelmäßig tagenden Gremium zusammenzuschließen mit der Aufgabe, nicht nur Erfahrungen auszutauschen, sondern sich auch verantwortlich mit allen Fragen zu befassen, die sowohl die Länder gemeinsam als auch die Arbeitsgebiete der früheren (interimistisch in die Zuständigkeit der Länder gelangten) „Reichssonderverwaltungen“ betreffen²⁸. Der Stabsstudie folgte eine Direktive, der Direktive die Einladungen, und nach dem „first meeting“ am 17. Oktober wurde auch das Ergebnis sichtbar: die Schaffung des *Länderrates* der amerikanischen Besatzungszone mit dem Sitz in Stuttgart. Er gab zwar unerwartet früh dieser Zone eine deutsche koordinierende Spitze und garantierte damit eine gewisse Einheitlichkeit in Verwaltungsfragen oberhalb der Länder, wurde andererseits aber auch, vom Ansatz her, zunächst als ein Ersatzinstrument für die im Augenblick nicht erreichbaren „central agencies“ in Berlin angesehen. Und dennoch war es kein Vorgriff, denn „zentrale“ Ämter, Fachressorts mit Zuständigkeit für die gesamte amerikanische Zone wurden bei der kollegialen und föderativen Konstruktion des *Länderrates* bewußt vermieden, ein Vorteil für die weitere Deutschlandpolitik der Amerikaner „in the field“.

²⁵ Schreiben Clays an McCloy vom 5. Oktober 1945 (vgl. Anm. 18), fol. 2.

²⁶ So die Formulierung bei John Gimbel, *The American occupation of Germany, Politics and the military 1945–1949*, Stanford 1968, S. 36.

²⁷ Murphy an Byrnes (vgl. Anm. 18), S. 879.

²⁸ John Gimbel, a.a.O. (vgl. Anm. 26), S. 36.

IV

Die Deutschlandpolitik Clays konnte jedoch schon im Frühjahr 1946 angesichts der sich verschärfenden Reibungen mit der Sowjetunion in reparations- und wirtschaftspolitischen Fragen bei der Ersatzlösung „Länderrat“ nicht mehr stehen bleiben. Da sich die Amerikaner auch weiterhin „according to Potsdam“ verhalten wollten, gerieten sie notwendigerweise unter Zugzwang. So entwickelte sich ein neuer Gedanke: „*wirtschaftlicher Zusammenschluß der Zonen*“, zu verwirklichen durch engste Kooperation der einzelnen Militärregierungen, unter Benutzung bereits bestehender zonaler Fachressorts (wie in der britischen und sowjetischen Zone) und – notfalls – durch den Aufbau einer neuen Behördenorganisation. Nicht zu übersehen war aber auch, daß nach Lage der Dinge eine derartige Initiative zweierlei zur Folge haben würde:

1. eine Verlagerung wesentlicher Entscheidungen aus dem Kontrollrat heraus (also ein Emanzipierungsvorgang),
2. in der Praxis ein Zusammenschluß lediglich zweier Zonen, und zwar zweier „westlicher“, nämlich der amerikanischen und der britischen.

Daß dem zweiten Punkt etwas Zwangsläufiges innewohnte, zeigen uns die Erinnerungen Murphys, in denen von dem Wunsch einzelner Persönlichkeiten bei OMGUS gesprochen wird, ein Jahr nach der Auflösung der Eisenhower'schen Kommando-Behörde SHAEF wieder *hinter* den 14. Juni 1945 zurückzugelangen. Eisenhower hatte aus der damaligen Situation heraus einer gemeinsamen westlich-alliierten Militärregierung der drei Mächte das Wort geredet, war aber mit seiner Ansicht bei Truman nicht durchgedrungen. Nun, ein Jahr später, so erinnert sich Murphy, „richteten die Amerikaner in der Militärregierung ihr Augenmerk auf eine frühere Empfehlung Eisenhowers und berieten sie in einer revidierten Fassung . . . Auf eben dieser Linie entstand jetzt der Plan einer wirtschaftlichen Verschmelzung der amerikanischen und der britischen Zone.“²⁹

Im Vorgehen der zuständigen amerikanischen Stellen lassen sich mehrere Phasen deutlich unterscheiden.

1. Die erste begann damit, daß noch einmal versucht wurde – vielleicht aus Gründen eines politischen Alibis –, das alte Programm durchzusetzen. Obgleich er lediglich den britischen Kollegen auf seiner Seite wissen konnte, unternahm Clay im April 1946 zum letzten Male Anstrengungen, um die Franzosen hinsichtlich der Staatssekretariate und die Sowjets bezüglich eines gemeinsamen Import-Export-Programms zum Einlenken zu bewegen. Sie schlugen fehl.
2. Die zweite Phase war bereits durch einen konkreten Vorschlag im Sinne des neuen Gedankens gekennzeichnet: „Zusammenschluß“ oder „Verschmelzung“ der amerikanischen Zone mit einer oder zwei anderen, präzisiert in einem Memorandum General Clays³⁰ vom 26. Mai 1946, mit Wissen und Billigung des Militär-

²⁹ Robert D. Murphy, a.a.O. (vgl. Anm. 20), S. 370f.

³⁰ Telegramm CC-5797 vom 26. Mai 1946 (OMGUS to AGWAR, World War II Records

gouverneurs, General McNarney, an das War Department in Washington gerichtet, jedoch auch als Arbeitspapier für die 2. Außenminister-Konferenz in Paris gedacht, deren zweiter Sitzungsabschnitt am 15. Juni beginnen sollte. In dem Memorandum hieß es deutlich, daß man zwar auch weiterhin an der Idee der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands festzuhalten gedenke, daß aber real wohl nur die Engländer für den Gedanken einer Verschmelzung zu haben sein würden. „Wenn die Briten zum Vollzug dieser Verschmelzung bereit sind, sollten die französischen und die russischen Vertreter darauf hingewiesen werden, daß wir diese Verschmelzung noch vor dem Winter durchzuführen beabsichtigen, obwohl wir es weit lieber sähen, wenn eine Einigung der Alliierten über die Behandlung Deutschlands als Ganzes erreicht werden könnte.“³¹

Damit traten die Dinge aus der internen Berliner Kontrollrats-Atmosphäre heraus und gelangten vor die relative Öffentlichkeit einer internationalen Konferenz.

Die von Byrnes in Paris daraufhin vorsichtig lancierten neuen Gesichtspunkte ergaben aber nur eine rein deklamatorische Übereinstimmung der vier Mächte hinsichtlich der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands, eine Übereinstimmung als Addition der Stellungnahmen, die nichts kostete und zu nichts verpflichtete. Denn Frankreich und die Sowjetunion als die beiden besonders angesprochenen Mächte hielten ihre Vorbehalte bzw. Nebenabsichten aufrecht. Bidault wünschte nun einmal keine zentralen Verwaltungsstellen, und Molotow brachte das Problem sofort wieder mit der alten russischen Forderung nach Reparationen in Höhe von 10 Milliarden Dollar – gewissermaßen als „Vorab“-Leistung – in Verbindung; er betonte außerdem, was besonders die Franzosen verärgerte, daß er die „Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung“ selbstverständlich „als Übergangsmaßnahme zur Bildung einer zukünftigen deutschen Regierung ansehe“³², eine in diesem Kreise neue Nuance sowjetischer Vorstellungen. Doch an dieser Konsequenz konnte wiederum den Amerikanern – wenigstens zum gegenwärtigen Augenblick – nichts liegen, da sie zunächst um ein Einlenken der französischen Regierung bemüht sein mußten (speziell auf die Pläne Byrnes' und Clays), und es war ihnen wohl auch klar, daß sie Paris nunmehr einen Preis anzubieten hatten.

Am Vortage des Konferenzzendes, am 11. Juli 1946, zog Byrnes Bilanz und forderte die anderen drei Mächte auf, ihre Besatzungszonen mit der amerikanischen zusammenzuschließen³³; es sei das im Moment der einzige Weg, den er sehe, verwaltungsmäßig die Wirtschaftseinheit Deutschlands wiederherzustellen und zu gewährleisten. Und an die Adresse Frankreichs fügte er hinzu, Amerika werde künftig gegen eine gesonderte französische Verwaltung des Saarlandes nichts einzuwenden haben, bis eine Entscheidung über die deutschen Westgrenzen end-

Center, 177-3/3, Text „almost in full“ bei Lucius D. Clay, S. 90ff., dazu John Gimbel, a.a.O. (vgl. Anm. 26), S. 56f.

³¹ Lucius D. Clay, a.a.O. (vgl. Anm. 21), S. 95f.

³² Die Weltmächte vor der Deutschen Frage 1945–1946, in: Europa-Archiv, Ausgabe A, Erstes Jahr (Juli 1946–Juni 1947), S. 185.

³³ James F. Byrnes, In aller Offenheit, Frankfurt a.M. 1947, S. 261.

gültig gefallen sei³⁴. Hierauf stimmte Bevin prinzipiell dem Fusionsgedanken zu, Bidault nahm zur Kenntnis und Molotow hielt sich zurück. Jetzt lagen die Karten auf dem Tisch; freilich: so wie die Dinge standen, war zu erwarten, daß lediglich Großbritannien den neuen Weg der amerikanischen Deutschlandpolitik mitgehen würde.

3. Nachdem sich im Anschluß an die Pariser Konferenz sofort auch die Regierungen in Washington und London positiv zum Fusionsplan eingestellt hatten, gelangte die Angelegenheit wieder auf die Ebene des Alliierten Kontrollrates zurück. In der dritten Phase besaßen die beiden Militärgouverneure Vollmachten zu handeln³⁵. Den Vorschlag zur Zonenverschmelzung trug General McNarney am 20. Juli im Kontrollrat seinen drei Kollegen vor, am 30. schon stimmte der englische Militärgouverneur, Luftmarschall Sir Sholto Douglas, grundsätzlich zu; der Franzose, General Koenig, hatte keine Weisung für eine Stellungnahme, und Marschall Sokolowski schließlich zweifelte zunächst an der Klugheit des anglo-amerikanischen Vorgehens. Von einer Polemik gegen die Fusion war zu diesem Zeitpunkt kaum etwas zu spüren.

Im Grunde genommen waren natürlich die Franzosen Gegner des Verschmelzungsplans, und bezeichnenderweise argumentierten die Regierung in Paris und General Koenig, in die Enge getrieben, gewissermaßen im Kreise, wobei es ihnen gelang, die Gründe für ihre Ablehnung in einer weniger verfänglichen Form zu präzisieren. Denn in der Saar-Angelegenheit hätte man gern die Zustimmung der Russen gehabt, die aber nicht zu erlangen war, ärgerlich für Bidault, ärgerlich aber auch für die französische KP, mit der als innenpolitischer Kraft wiederum Bidault zu rechnen hatte. Da man aber das Saargebiet aus dem Bereich des Kontrollrates unbedingt heraushaben wollte, stellte man sich in Paris dem Fusionsplan gegenüber zeitweilig sogar taub, damit keine neuen Gegensätze mit den Sowjets entstünden, und General Koenig ließ am 10. August im Kontrollrat durchblicken, „daß seine Regierung zwar zu Gesprächen bereit sei, jedoch von einem Zusammenschluß, der nicht alle Zonen umfasse, mehr Schwierigkeiten als Vorteile erwarte“³⁶. Das war eine ziemlich waghalsige Argumentation, die sich der Franzose jedoch angesichts der Situation leisten konnte. Bis in den Winter hinein verharrte die offizielle französische Haltung, sofern sie auf die Zonenverschmelzung angesprochen wurde, in betonter Interesselosigkeit. Gesprächsgegenstand für Paris sollte freilich etwas ganz anderes sein. Da Frankreich gegen den Grundsatz der wirtschaftlichen Einheit nach den Erfahrungen in der eigenen Zone nichts Stichthaltiges einzuwenden vermochte, wick es geschickt auf den Vorschlag aus (Memorandum in der 36. Kontrollratssitzung am 10. August 1946), gemeinsame Viermächte-Fachbehörden (d. h. *alliierte* Behörden), dem Kontrollrat nachgeordnet, zu errichten (suggesting establishment of Allied agencies)³⁷, eine Anregung, die auf-

³⁴ Ebenda.

³⁵ Hierzu und zum folgenden vgl. Tilman Pünder, a.a.O. (vgl. Anm. 22), S. 60 ff.

³⁶ Ebenda, S. 63.

³⁷ Telegramm Murphys an Byrnes vom 11. August 1946, Foreign Relations 1946/V, S. 590 ff.

zunehmen jedoch für die USA und Großbritannien wegen ihrer zu erwartenden geringen Effektivität nicht mehr in Frage kam.

4. Damit war bereits die vierte Phase erreicht: seit dem 9. August wurde, vornehmlich in Besprechungen zwischen den stellvertretenden Militärgouverneuren Clay und Robertson unter maßgeblicher Beteiligung deutscher Verwaltungsspitzen die kommende amerikanisch-britische Doppel-Zone (Bi-Zone) vorbereitet und Einzelheiten schriftlich vereinbart³⁸, ein Vorgang, der schon Anfang September mit ersten Ergebnissen abgeschlossen werden konnte. Ein nochmaliges, jetzt schriftliches Angebot an die Franzosen, die USA würden auf einer Friedenskonferenz die Ansprüche Frankreichs auf das Saarland unterstützen³⁹, verfiel in Paris nicht, und zwar wohl deshalb, weil Byrnes seinen Kollegen Bidault gleichzeitig vor einseitigen Aktionen warnte; auch eine englische Unterstützung dieses Byrnes-Briefes vom 25. September wurde nicht honoriert. So wuchs „Bizonia“ in den Vorbereitungen weiter und nahm Gestalt an; an die Seite des Abkommens der beiden Militärregierungen trat noch ein weiteres, geschlossen von den Regierungen am 2. Dezember, vor allem bezüglich der Kostenverpflichtungen für den Unterhalt der Doppelzone und ihrer Verwaltungseinrichtungen. Dieses Abkommen, von Byrnes und Bevin unterzeichnet, trat am 1. Januar 1947 in Kraft.

V

Es muß hier ganz deutlich gesagt werden, daß die von der amerikanischen Besatzungsmacht und ihrem Exponenten Clay ausgegangenen beiden „Ersatzlösungen“ zwischen Herbst 1945 und Sommer 1946 (Länderrat und Doppelzone) ausschließlich der *wirtschaftlichen* Einheit Deutschlands galten und nicht der politischen, denn in dieser Frage sollte nichts vorweggenommen werden. Dennoch haben in diesem Zeitraum auch frühzeitig Überlegungen eingesetzt, wie man mit Hilfe beider Konstruktionen, von denen besonders die erstere ja alles „offengelassen“ hatte, auch die Wiedererlangung der politischen Einheit vorbereiten könne. Hierbei haben, im Verein mit den Amerikanern oder auf Veranlassung hoher Besatzungsoffiziere, auch deutsche Persönlichkeiten mitgewirkt. Ihr gedanklicher Ausgangspunkt war dabei der Länderrat. Denn diese Institution war schnell zu einem Instrument der Orientierung geworden und mehr noch: sie galt als ein „Modell“, mithin übertragbar, nachahmenswert oder zumindest ausbaufähig.

Die Anfänge lagen in einer Zeit, da bei OMGUS der Verschmelzungsgedanke noch längst nicht geboren war und die Meinung vorherrschte, man könne vielleicht durch „agreements“ doch etwas in dieser Frage erreichen. Den Anstoß gab der

³⁸ Telegramm Murphys an Byrnes vom 21. September 1946, Foreign Relations 1946/V, S. 606f.; Lucius D. Clay, a.a.O. (vgl. Anm. 21), S. 194f.

³⁹ Schreiben Byrnes' an Bidault vom 25. September 1946, Foreign Relations 1946/V, S. 610; James F. Byrnes, a.a.O. (vgl. Anm. 33), S. 263.

Direktor des Regional Government Coordinating Office (RGCO) in Stuttgart, Prof. James K. Pollock, als er am 30. Januar 1946 die Länderchefs seiner Zone befragen ließ, welche Vorstellungen sie über die Organisation, die Befugnisse und nicht zuletzt über die „Beziehungen“ der geplanten fünf Zentralverwaltungen zu den Ländern der amerikanischen Zone und zum Länderrat haben würden⁴⁰. Während Bayern bemerkenswert ausweichend reagierte⁴¹ und eine Stellungnahme Württemberg-Badens Mitte März noch nicht vorlag⁴², antwortete Ministerpräsident Geiler (Groß-Hessen) – wahrscheinlich bereits Anfang Februar⁴³ – ohne Verzug und ausführlich. Seine Vorschläge⁴⁴ zielten zunächst darauf ab, Länder- oder Zonenräte (jeweils mit einem Generalsekretariat) auch in den anderen Zonen zu bilden; und wenn anderswo vorerst nicht durchführbar, dann doch wenigstens in der britischen Zone. Die nächste Stufe sei der „Überzonenrat“ mit Sitz in Berlin, zusammzusetzen aus je einem Bevollmächtigten der vier Länder- oder Zonenräte, der dann unter der Voraussetzung der Einstimmigkeit den fünf „Hauptzentralverwaltungen“ Weisungen zu geben habe. Diese Zentralverwaltungen hätten jedoch nur abgeleitete Befugnisse, da sie Organe der „überzonalen Gesamtverwaltung“ seien; auch der Kontrollrat müsse selbstverständlich ihren Maßnahmen stets zustimmen. Geiler schlug ferner vor, beim „Überzonenrat“ ähnliche Ausschlüsse wie bei den Länder- und Zonenräten einzurichten, und vergaß auch nicht den Hinweis, daß die Souveränität der Länder sowie die Stellung des Stuttgarter Länderrates „möglichst gewahrt“ bleiben müsse. Interessant war schließlich noch Geilers Anregung, daß die Leiter der „Hauptzentralverwaltungen“ – die fünf „Staatssekretäre“ – sich kollegial zu einem „Zentralverwaltungsrat“ zusammenschließen sollten (ein Gedanke, der – wenn auch unter anderen Umständen – übrigens im März 1948 in der dritten Phase des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in etwa verwirklicht worden ist).

Das Ganze war ein klares und sauber gegliedertes Memorandum, das Pollock, vermutlich ohne die Antworten aus Stuttgart und München abwarten zu wollen, am 11. Februar, möglicherweise zusammen mit einer eigenen Stellungnahme, an OMGUS sandte⁴⁵, wo es immerhin als Unterlage zur Abfassung von Stabsstudien gedient hat. Freilich, Geiler traf noch nicht ganz die weitergehenden Vorstellungen

⁴⁰ Schreiben Pollocks an den Generalsekretär des Länderrates Roßmann vom 30. Januar 1946, Bundesarchiv Koblenz, Z 1/14, fol. 168f.

⁴¹ Schreiben des bayer. Länderratsbevollmächtigten Seelos an Roßmann vom 20. Februar 1946, ebenda, fol. 161. Bayern wollte seine Stellungnahme erst geben, wenn die „künftige staatsrechtliche Struktur Deutschlands“ feststände, einschließlich des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern.

⁴² Schreiben Roßmanns an Ministerialdirektor Dr. Gögler (Württemberg-Baden) vom 14. März 1946, ebenda, fol. 160.

⁴³ Ministerpräsident Prof. Geiler an Roßmann, 19. März 1946, ebenda, fol. 155.

⁴⁴ „Vorschläge ... über die Einrichtung der Hauptzentralverwaltungen nach den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz“ (undatiert), ebenda, fol. 156–159.

⁴⁵ John Gimbel, a.a.O. (vgl. Anm. 26), S. 75f., mit Hinweis auf den Fundort in den OMGUS-Akten (National Archives, World War II Records Center, 255-2/17). Bei Gimbel auch die weitere Behandlung des Geilerschen Vorschlags durch OMGUS.

des RGCO-Direktors. Denn Pollock hatte bereits in seinem ersten Erfahrungsbericht über den Länderrat vom 10. Dezember 1945 den Vorschlag gemacht (hier in der Wiedergabe durch den Herausgeber der Foreign Relations),

that the U.S.-zone Länderrat meet with German officials of administrative subdivisions in the British zone and also with their counterparts in the French and Russian zones, thus ultimately presenting the four occupying powers with "a national council of states with which they could deal until an elected constitutional assembly existed"⁴⁶.

Ein „council of states“ war natürlich gewichtiger als der aus vier Personen bestehende „Überzonenrat“ Geilers, und es wird zu zeigen sein, daß dieser Gedanke eines mehrere Zonen umgreifenden Länderrates, zu bilden aus den Chefs der Länder und Provinzen, zunächst die dominierende Überlegung auf amerikanischer Seite geblieben ist.

Verständlicherweise standen die Grundgedanken Geilers und Pollocks (und besonders das „Nahziel“ Britische Zone) gewissermaßen im Raum, als der Länderrat am 6. Februar zum ersten Male offiziell zwei Gäste aus Norddeutschland, die Oberpräsidenten Kopf und Dr. Lehr, empfing. Ihre Bewunderung für die Stuttgarter Institution bewirkte, daß sich das Gespräch weitgehend um die „Konsequenzen“ drehte, wobei kritische Worte über den von den Engländern vorbereiteten Zonenbeirat in Hamburg^{46a} fielen und Geiler die Meinung vertrat, „als nächste Stufe“ sei an die Errichtung von „Länderräten in anderen Zonen“ zu denken. Die beiden mitgereisten Vertreter der britischen Militärregierung verhinderten jedoch eine gemeinsame Resolution, so daß lediglich die drei Ministerpräsidenten Geiler, Maier (Württemberg-Baden) und Hoegner (Bayern) in einer Entschließung zum Ausdruck bringen konnten, sie würden es

besonders dankbar begrüßen, wenn die amerikanische Militärregierung ihren Wunsch unterstützen würde, daß insbesondere auch in der englischen Zone lebensfähige Länder und eine Institution, ähnlich der des Länderrates in der amerikanischen Zone, geschaffen würde⁴⁷.

Pollocks Erwartungen an die Zukunft erhielten dadurch einen frühen Dämpfer, und drei Wochen später mußten sie vollends zurückgestellt werden. Auf der von ihm vorbereiteten ersten Konferenz der Verwaltungsspitzen beider Zonen in Bremen (28. Februar/1. März 1946) ging es Pollock um die vorsichtige Lancierung

⁴⁶ Anm. 15 zum Schreiben Murphys an Byrnes vom 18. Januar 1946 (dem der Botschafter als Anlage 4 die Kopie des erwähnten Pollockschen Berichtes vom 10. Dezember 1945 beigefügt hatte), Foreign Relations 1945/III, S. 1052.

^{46a} Dem Zonenbeirat (Zonal Advisory Council), der seine erste Sitzung am 6. März 1946 abhielt, gehörten nicht nur die Chefs der größeren Länder und Provinzen, sondern auch Vertreter der Parteien, der Gewerkschaften und der Verbrauchergenossenschaften an. Als rein beratendes Organ der britischen Militärregierung hatte er weder zu koordinieren, noch zu beschließen, noch auszuführen.

⁴⁷ „Bericht über die Stuttgarter Tagung“ (vom 6. Februar 1946), erstattet von Kopf und Lehr, Bundesarchiv Koblenz, Z 2 Anh./44.

des Gedankens, einen Länderrat der Länder der britischen Zone und danach sogar einen gemeinsamen Länderrat für beide Zonen zu errichten⁴⁸. Doch jetzt stieß er hart an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Er mußte nicht nur enttäuscht registrieren, daß Hoegner auf eine Teilnahme verzichtet und lediglich der Länderratsbevollmächtigte Seelos als bayerischer „Beobachter“ die Reise nach Norden angetreten hatte⁴⁹, sondern auch zur Kenntnis nehmen, daß die anwesenden britischen Offiziere von einem Länderrat für ihre Zone, vertreten von Lehr und Kopf sowie unterstützt von Maier und Geiler⁵⁰, nichts wissen wollten. Auch die Neigung zweier norddeutscher Ländervertreter⁵¹ ging dahin, zunächst einmal den Zusammentritt des Zonenbeirates abzuwarten. Als Maier gar von dem Wunsche sprach, den Stuttgarter Länderrat gewissermaßen in die britische Zone hinein zu „verlängern“, also einem „Zwei-Zonen-Länderrat“ das Wort redete, machte der britische Oberstleutnant Bazier die Bemerkung (laut genug, daß alle Anwesenden es hörten): „These people dream.“⁵²

Trotz allem blieb die Idee, das Stuttgarter Modell auch in der britischen Zone zu verwirklichen, lebendig und tauchte am 3. April wieder auf, als in Stuttgart – abermals auf Betreiben Pollocks – eine gemeinsame Sitzung des Länderrates und des Zonenbeirates abgehalten wurde. Diesmal war die Atmosphäre politischer. Einmal mehr erschien der Länderrat als „Vorbild“⁵³, und Lehr meinte dezidiert: „Es ist unser Wunsch, daß etwas ähnliches auch in Nordwest-Deutschland geschaffen werde.“⁵⁴ In der Schlußresolution wurde das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands ebenso betont wie das Verlangen nach einem „aufeinander abgestimmten Aufbau der Länder und Zentralstellen“⁵⁵. In seinem Bericht an Pollock unterstrich Roßmann:

Die Angleichung der staatsrechtlichen Konstruktionen steht auch deshalb im Vordergrund der Wünsche der Vertreter der englischen Zone, weil in solcher Angleichung die Möglichkeit der Errichtung eines einheitlichen Deutschland gesehen

⁴⁸ Walter Strauß, Die gesamtdeutsche Aufgabe der Ministerpräsidenten während des Interregnums 1945 bis 1949, in: Festschrift zum 70. Geburtstag von Dr. Hans Ehard, hrsg. von Hanns Seidel, München 1957, S. 88.

⁴⁹ Reinhold Maier, Ein Grundstein wird gelegt, Die Jahre 1945–1947, Stuttgart 1964, S. 166f.

⁵⁰ Vgl. den Bericht Pollocks vom 4. März 1946: „Report on the Meeting of the Ministers Presidents and their Plenipotentiaries of the US Zone and Chiefs of the Lander and Provinces of the British Zone in Bremen on 28 February and 1 March 1946“, Ann Arbor, Michigan Historical Collections, James Kerr Pollock Collection, 60/3. Ferner: Kurzprotokoll der Sitzung vom 28. Februar 1946, Bundesarchiv Koblenz, Z 1/230, fol. 296–298, sowie Reinhold Maier, ebenda, S. 216.

⁵¹ Dr. Weißer (Braunschweig), Z 1/230, fol. 297, und Bürgermeister Dr. Petersen (Hamburg), fol. 298.

⁵² Z 1/230, fol. 297. In seinen Erinnerungen (vgl. Anm. 49) hebt Maier S. 216 hervor, er habe den Vorschlag „ohne weiteren Auftrag“ gemacht.

⁵³ Bericht Roßmanns an Pollock vom 6. April 1946, Z 1/1221, fol. 72.

⁵⁴ Protokoll der gemeinsamen Besprechung in Stuttgart am 3. April 1946, ebenda, fol. 40.

⁵⁵ Ebenda, fol. 71.

wird, wie es den Potsdamer Beschlüssen entspricht. Die Erörterung hierüber wurde zum Höhepunkt der Besprechung⁶⁶.

Indessen – die Einigkeit der „officials“ beider Zonen in diesem Punkte blieb Deklamation ohne praktische Folgen; auch Pollocks Aktivitäten ruhten vorerst.

In dieser Situation aber reizte die Frage zum Nachdenken, ob nicht nunmehr den Länderchefs selbst Möglichkeiten der Initiative, sozusagen auf „eigener“ Ebene, würden zufallen können oder müssen. Natürlich ließen sich in den Dienst weitergehender, gesamtdeutscher Vorstellungen im Augenblick nur „kleine Schritte“ stellen, und es war wieder (und allein) Geiler, der sie tat. Zwischen Groß-Hessen und Thüringen waren Besprechungen über wirtschaftlichen Gütertausch in Gang gekommen, gefördert durch gegenseitige Besuche der beiden Länderchefs in Weimar und Wiesbaden Ende Januar bzw. Ende Juni 1946 sowie durch Reisen anderer Regierungsvertreter. Dem Wunsche des thüringischen Landespräsidenten Dr. Paul nach Einladung zu einer Konferenz der Ministerpräsidenten der amerikanischen und britischen Zone konnte insofern entsprochen werden, als dieser am 4. Juni an der 9. Sitzung des Länderrates teilnahm – ein Ereignis, das Anlaß zu einem weiteren Vorstoß bieten mochte. Auf der „internen“ Sitzung desselben Tages warf jedenfalls Geiler, unter indirekter Anspielung auf die vor ihrer zweiten Phase stehenden Pariser Außenministerkonferenz, den Gedanken „einer Zusammenkunft von Vertretern aller vier Zonen“ auf und bemerkte dazu, Paul, den er am Vortage gesprochen habe, „sei dem Gedanken nicht abgeneigt“. Die Einladung hierzu solle, die Genehmigung der Amerikaner vorausgesetzt, zweckmäßigerweise von deutscher Seite ausgehen. Doch der Elan des Frühjahres war dahin; nicht nur Hoegner, sondern auch Maier machten Bedenken geltend, den Vorschlag zur „gegenwärtigen Zeit“ in die Tat umzusetzen⁶⁷.

In den folgenden Wochen setzten die Vorbereitungen zur wirtschaftlichen Zonenverschmelzung ein, und spätestens Anfang August waren die Länderchefs über die britische Zustimmung zur amerikanischen Initiative orientiert⁶⁸. Das damit neu erwachte Interesse auf deutscher Seite bezog sich jedoch nicht allein auf das Zustandekommen von Zwei-Zonen-Fachverwaltungen, sondern – betont – auch auf die Sorge, die gewünschte Doppelzone könne gegenüber dem Problem der deutschen Einheit irreparable Fakten schaffen. So wurden der Norden und der Süden aktiv⁶⁹. Am 11. August beschlossen (außerhalb der Tagesordnung) die Chefs der

⁶⁶ Bericht Roßmanns, ebenda, fol. 73.

⁶⁷ Protokoll der Internen Sitzung des Länderrates vom 4. Juni 1946, Z 1/18, fol. 252.

⁶⁸ Für die amerikanische Zone bestätigte das Walter Strauß, a.a.O. (vgl. Anm. 48), S. 89. Die „offizielle“ Mitteilung vor dem Länderrat erfolgte durch Clay persönlich am 6. August 1946.

⁶⁹ Diese neuen Regungen fielen in eine Zeit bedeutsamer Veränderungen. In der britischen Zone befand man sich mitten im Neugliederungsprozeß: am 18. Juli war das Land Nordrhein-Westfalen aus den Provinzen Nordrhein und Westfalen gebildet worden; die Erhebung der Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein zu „Ländern“ stand unmittelbar bevor. In der amerikanischen Zone folgte in Stuttgart Oberst Dawson als RGCO-Direktor nach; Pollock verabschiedete sich am 13. August vom Länderrat, um wieder sein Lehramt an der Universität in Ann Arbor zu übernehmen.

Länder und Provinzen der britischen Zone in Bremen, eine interzonale Ministerpräsidentenkonferenz mit Vertretern aller vier Besatzungsgebiete anzustreben⁶⁰. Der Bremer Senatspräsident Kaisen wurde beauftragt, Erkundigungen einzuziehen und die Einladungen zu übernehmen; als geeigneter Tagungsort wurde Bremen angesehen. Zur selben Zeit aber vereinbarte Geiler, vom 11. bis 13. August zum zweiten Male in Weimar, mit Paul ebenfalls das Betreiben einer Vierzonenkonferenz, abzuhalten in Frankfurt a.M.⁶¹.

Geiler durfte sich mit vielen seiner Kollegen darin einig wissen, daß man zwar dem Verschmelzungsplan aus Gründen der Zweckmäßigkeit werde zustimmen müssen, sich aber dennoch – gerade jetzt – verstärkt dem Problem der politischen Einheit Gesamtdeutschlands zuzuwenden habe⁶². Hierzu war er überdies gerüstet, denn seit dem 4. August stand ihm eine Denkschrift mit „Vorschlägen für den organisatorischen Aufbau bei einer Vereinheitlichung von Besatzungsgebieten“⁶³ zur Verfügung, verfaßt von dem damaligen großhessischen Sonderbeauftragten für Länderratsangelegenheiten, Staatssekretär Dr. Strauß.

Dieses Papier war zwar spontan und ohne Auftrag Ende Juli erarbeitet worden⁶⁴, paßte jedoch ansatzmäßig durchaus zu jüngeren Überlegungen Clays, die freilich den Deutschen im Augenblick – wenn überhaupt – nur in ganz groben Umrissen bekannt gewesen sein konnten (auch wenn sie sich mit den schon im Winter gezogenen Konsequenzen Pollocks deckten). Denn Clay war im Sommer zu der Erkenntnis gelangt, daß man sich grundsätzlich nicht mehr *nur* für deutsche Zentralverwaltungen, sondern zusätzlich auch für die Anfänge einer gesamtdeutschen Regierung einsetzen sollte, wobei – unter Aufsicht des Kontrollrates – ein „Council of Minister-Presidents“ der Aufgabe eines „provisional government“ (Verantwortung für die Zentralverwaltungen) und der Gewährleistung der Einheit gerecht werden würde⁶⁵. Das Echo in Washington hierauf war indessen nicht so ausgefallen, wie der General es sich erhofft hatte, denn jetzt hatte die wirtschaftliche Fusion im Vordergrund der offiziellen Deutschland-Politik zu stehen

⁶⁰ Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf und Niedersachsen, Hannover 1963, S. 81 (nach Akten der Niedersächsischen Staatskanzlei, Hannover). Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Anregung zu der Konferenz von Kaisen ausgegangen ist.

⁶¹ Offensichtlich mit Wissen des (mitreisenden) OMG-Direktors für Groß-Hessen, Oberst Newman, und des für Thüringen zuständigen sowjetischen Generals Kolesničenko, vgl. Die Neue Zeitung, Nr. 66 vom 19. August 1946.

⁶² Protokoll der Außerordentlichen Sitzung des Länderrates vom 21. August 1946, Z 1/188, fol. 189f.

⁶³ Walter Strauß, a.a.O. (vgl. Anm. 48), S. 89f. Eine Abschrift dieser (hier mit handschriftlich davorgesetztem „Groß-Hessens“) „Vorschläge“ findet sich in den Länderratsakten, Bundesarchiv Koblenz, Z 1/235, fol. 90–96.

⁶⁴ Mitteilung von Staatssekretär a.D. Dr. Walter Strauß an den Verfasser vom 4. August 1970.

⁶⁵ Diese Gedanken, eingebettet in den größeren Zusammenhang der Deutschland-Politik aus der Sicht des Generals, sind in einer Denkschrift Clays für General Echols (War Department) vom 19. Juli 1946 enthalten, wiedergegeben von John Gimbel, a.a.O. (vgl. Anm. 26), S. 76–78 (nach World War II Records Center, 177-1/3).

und vorerst auch zu bleiben. Erst die bekannte Rede des Außenministers Byrnes in Stuttgart am 6. September hat dann die Clayschen Gedankengänge nicht nur publik, sondern auch aktuell gemacht; letzteres freilich nur für die Deutschen, die auf längere Sicht zu denken die Freiheit hatten, nicht aber für Clay und OMGUS, die beide immer noch auf ad-hoc-Weisungen aus Washington angewiesen waren.

Strauß wiederum bezog sich zwar auf die bevorstehende „Verschmelzung“, baute aber seine Gedanken so auf, daß sie sich auch für eine Vereinigung von vier Zonen anwenden ließen. Interessant ist daher die Übereinstimmung im Speziellen: nach den Straußschen Vorschlägen sollten – in starker Anlehnung an das Stuttgarter Modell – „die zu vereinheitlichenden Verwaltungen einem aus den Regierungschefs der deutschen Länder gebildeten ‚Deutschen Länderrat‘ unterstehen. Um möglichst frühzeitig politische Vertretungskörperschaften der beteiligten deutschen Gebiete heranzuziehen, sollte neben dem Länderrat ein ‚Deutscher Volksrat‘ geschaffen werden.“⁶⁶ Byrnes wiederum, in starker Anlehnung an Clays Statement vom 19. Juli, sprach von einem „deutschen Nationalrat“ (Kollegium der Länderchefs) als vorläufiger „Regierung“, mit der Aufgabe, die („Potsdamer“) Zentralstellen zu beaufsichtigen und eine Bundesverfassung vorzubereiten⁶⁷. Und diese Ausführungen wurden verständlicherweise nicht nur von der deutschen Bevölkerung begrüßt, sondern zündeten vor allem – gerade in diesem Punkte – bei den Ministerpräsidenten und beschleunigten somit den Konferenzplan.

Hatten die Süddeutschen das „Frankfurt-Projekt“ trotz werbender Worte Geilers noch Ende August ziemlich vorsichtig behandelt⁶⁸ und am 6. September im Länderrat zunächst generell akzeptiert (mit Rücksicht auf die Franzosen möge ein Ort in der US-Zone gewählt werden, der kein Regierungssitz sei – etwa Bad Kissingen –, doch wolle man andererseits auch „nicht gegen Bremen Stellung nehmen“⁶⁹), so fiel schon am 10. September auch in Stuttgart die Entscheidung für Bremen und eine durchaus politische Tagesordnung⁷⁰. Die norddeutsche und die süddeutsche Initiative hatten somit zusammengefunden, und darüber hinaus konnten auch die Überlegungen der großhessischen Denkschrift vom 4. August fruchtbar gemacht werden. Denn nachdem Kopf am 27. September an Kaisen telegraphisch die Bitte herangetragen hatte, man möge doch als vierten Punkt eine „Aussprache über die nach der Rede des Außenministers Byrnes gegebenen Möglichkeiten zur Bildung einer zentralen deutschen Regierungsgewalt“ auf die Tagesordnung setzen⁷¹, redi-

⁶⁶ Zitiert nach Walter Strauß, a.a.O. (vgl. Anm. 48), S. 89; Z 1/235, fol. 92 und 94–96.

⁶⁷ Die wichtigsten Teile des deutschen Textes der Byrnes-Rede in: Gerhart Binder, Deutschland seit 1945, Eine dokumentierte gesamtdeutsche Geschichte in der Zeit der Teilung, Stuttgart 1969, S. 194–199; Nationalrat: S. 197.

⁶⁸ Protokoll der Außerordentlichen Sitzung des Länderrates vom 21. August 1946, Z 1/188, fol. 190.

⁶⁹ Protokoll der Internen Sitzung des Länderrates vom 6. September 1946, Z 1/18, fol. 198.

⁷⁰ Protokoll der Internen Sitzung des Länderrates vom 10. September 1946, ebenda, fol. 166.

⁷¹ Thilo Vogelsang, Hinrich Wilhelm Kopf, S. 81f. (nach Akten der Niedersächsischen Staatskanzlei).

gierten am Vorabend der Konferenz der in hannoverschen Diensten stehende Gesandtschaftsrat a.D. von Campe und Staatssekretär Strauß den von Kopf vorgesehenen Resolutionsentwurf im Sinne des „alten Papiers“ zu einer EntschlieÙung „über die Bildung eines vorläufigen Deutschen Länderrates und eines vorläufigen Deutschen Volksrates“ nebst Begründung um⁷².

Als die Konferenz am 4. und 5. Oktober 1946 in Bremen unter dem Vorsitz Kaisers tagte, stellte sich freilich heraus, daß sie doch nur wieder die Ministerpräsidenten der britischen und der amerikanischen Zone am Verhandlungstisch vereinigte. Die französischen Militärbehörden hatten ihren Ländern die Teilnahme verweigert; lediglich ein inoffizieller Beobachter hatte heimlich die Reise unternommen. Die Länderchefs der sowjetischen Zone mußten ihr Fernbleiben mit den Vorbereitungen zu den Landtagswahlen begründen; auch die anfängliche Zusage Sachsen-Anhalts⁷³ war daher zurückgenommen worden. So zeigte die Konferenz ein doppeltes Gesicht: soweit bizonale Fragen behandelt wurden, ähnelte sie den Zusammenkünften von Bremen und Stuttgart im Frühjahr; ihr gesamtdeutsches Engagement ließ sie jedoch halbwegs als das erscheinen, als was sie in den Akten geführt wurde, als „Erste Interzonenkonferenz der Länder und Freien Städte“. Aber genau in diesem Selbstverständnis war auch ihr Handicap zu finden. Denn die zu fassenden Beschlüsse in Sachen Einheit waren ja nicht an die „vertrauten“ Gesprächspartner von OMGUS und CCG/BE zu richten, sondern an den Alliierten Kontrollrat in Berlin, dessen Reaktions- und Arbeitsfähigkeit zusätzlich schon durch die Verschmelzungspolitik der Anglo-Amerikaner beschwert war. Dadurch hingen besonders zwei im Interesse der Einheit gefaßte Resolutionen (Befürwortung einer Zonenverbindungsstelle für alle Besatzungszonen sowie Kopfs einstimmig angenommene Empfehlung bezüglich „Länderrat“ und „Volksrat“⁷⁴ von vornherein in der Luft, da der Kontrollrat sich später mit der bloßen Kenntnisnahme begnügt hat, während die amerikanische und britische Militärregierung gehalten waren, sich zunächst – und das eindringlich – mit der Zonenverschmelzung zu beschäftigen.

Mit der „zweiten“ Bremer Konferenz endete die erste Phase der auf die Einheit gerichteten Aktivitäten deutscher Stellen. Die Münchner Konferenz des folgenden Jahres (1947) ist dann wieder ein Neuanfang gewesen, freilich unter inzwischen stark veränderten Umständen, da nun die politischen Parteien zunehmend den Ministerpräsidenten das Recht absprachen, allein gesamtdeutsche Politik zu machen und vor allem allein – über die Länder – die „nationale Repräsentation“ darzustellen.

⁷² Mitteilung von Staatssekretär a.D. Dr. Walter Strauß an den Verfasser vom 4. August 1970.

⁷³ Erwähnt in einem Telegramm Kaisers an Kopf vom 26. September 1946 (Akten der Niedersächsischen Staatskanzlei).

⁷⁴ Walter Strauß, a.a.O. (vgl. Anm. 48), S. 90. Zusammenstellung der sechs in Bremen angenommenen EntschlieÙungen: Ansätze einer deutschen Repräsentation, in: Europa-Archiv 3 (1948), S. 1143f.

HELLMUTH AUERBACH

DIE GRÜNDUNG DES INSTITUTS FÜR ZEITGESCHICHTE

Der 20. Jahrestag der endgültigen Konstituierung des Instituts für Zeitgeschichte gibt Anlaß, sich einmal ausführlicher mit der Gründungsgeschichte des Instituts zu befassen¹. Gerade in dieser sich über mehrere Jahre hinziehenden Geschichte seiner Entstehung spiegelt sich der besondere Charakter dieses Instituts, seine Stellung zwischen Politik und Wissenschaft. Während das Institut sich heute von anderen historischen Instituten in der Bundesrepublik lediglich durch sein der unmittelbaren politischen Gegenwart näherstehendes Forschungsgebiet unterscheidet und sich im übrigen als streng wissenschaftliches Unternehmen versteht, wurde es seinerzeit mit betont politischer Aufgabenstellung gegründet.

Angesichts der schriftlichen Hinterlassenschaften in den nach dem Zusammenbruch noch erhaltenen Amtsräumen nationalsozialistischer Dienststellen und Parteigrößen ist sicherlich mehrfach der Gedanke erwogen worden, dieses Material für die künftige Forschung und Aufklärung des Volkes nutzbar zu machen. So hat der damalige zweite Vorsitzende des „Vorläufigen Kunstausschusses der Landeshauptstadt München“, Dieter Sattler², Ende 1945 der Bayerischen Staatskanzlei vorgeschlagen, die im amerikanischen „Collecting-Point“ für beschlagnahmtes NS-Kulturgut lagernden Parteiakten (darunter die Zentralkartei der NSDAP) zur Grundlage eines Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus zu machen. Da aber die Amerikaner das ganze Material bald darauf aus München abtransportierten, konnte die Anregung nicht verwirklicht werden. Der Gedanke eines Instituts wurde jedoch aufgegriffen.

Eine zweite Anregung, das nationalsozialistische Aktenmaterial für Dokumentationen zur politischen Bildung zu verwenden, gab der Leiter der früheren Landesstelle für Heimatdienst in Württemberg-Baden, Ernst Steinbach, Anfang 1947 dem damaligen Generalsekretär des Süddeutschen Länderrats, Erich Roßmann. Roßmann stellte auf der 23. Tagung des Direktoriums des Länderrats am 13. Februar 1947 einen Antrag, beim Länderrat ein „Amt für Politische Dokumentation“ zu gründen und lieferte gleich einen Satzungsentwurf dazu³. Das Amt sollte von den

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich in erster Linie auf die Unterlagen des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ) selbst. Darüber hinaus konnte der Bestand Z1/888 (Amt für politische Dokumentation [Institut zur Erforschung der NS-Politik]) des Bundesarchivs benutzt werden. Der Verfasser möchte an dieser Stelle Herrn Archivdirektor Dr. Walter Vogel, Bundesarchiv, und Herrn Dr. Christoph Weisz, IfZ, für ihre Unterstützung danken. Außerdem ist er der Bayerischen Staatskanzlei für die Gewährung der Einsicht in ihre Akten zu Dank verpflichtet.

² Dr. Dieter Sattler wurde im Januar 1947 zum Staatssekretär im Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus ernannt und behielt diese Stellung bis Januar 1951.

³ 23. Tagung des Direktoriums des Länderrats, 13. 2. 1947, Nachtragstagesordnung, Punkt 1, in Archiv IfZ, Bestand ED 94, Bd. 13, Bl. 103–106; auch in Bundesarchiv (künftig: BA) Z1/888, Bl. 1–5.

Regierungen der drei Länder der amerikanischen Zone getragen werden und die von den Kontrollmächten überlassenen Dokumente aus dem Nürnberger Prozeß archivarisch bearbeiten, sie für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stellen und sie außerdem „in geeigneter Form“ für die breitere Öffentlichkeit auswerten. Aus Vertretern der Länder und einer Anzahl von Landtagsabgeordneten sollte ein Beirat für das Amt geschaffen werden. In der Begründung Roßmanns heißt es:

„Die Durchleuchtung der Hitlerzeit an Hand ihrer Dokumente und die Verankerung der so gewonnenen Erkenntnisse im allgemeinen Volksbewußtsein ist aus politischen und kulturellen Gründen eine vordringliche Aufgabe der neuen Demokratie. Die staatspolitische Neuerziehung des Volkes muß auf einer gründlichen Kenntnis der Geschichte unserer Zeit beruhen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Darstellung der Hitlerzeit.“

Grundlage dieser Darstellung sollten nicht nur die bei dem Nürnberger „Hauptkriegsverbrecher“-Prozeß 1945/46 und den folgenden Prozessen verwendeten Dokumente sein, sondern alles, was sich bei Behörden, Organisationen und Privatpersonen aus der Zeit befand. Roßmann wies darauf hin, daß der „Ausschuß für staatsbürgerliche Aufklärung“ in der britischen Zone einen ähnlichen Vorschlag gemacht habe, es sei aber anzunehmen, daß die amerikanischen Stellen die Auswertung durch eine Länderratsstelle vorziehen würden. Das Direktorium des Länderrats hielt jedoch eine solche Einrichtung auf Zonenebene noch nicht für spruchreif. Zuerst einmal müsse das entsprechende Dokumentenmaterial in den einzelnen Ländern festgestellt werden und von diesen geeignete Persönlichkeiten für die Durchführung benannt werden. „Nach Austausch der Erfahrungen im Länderrat soll die beschleunigte propagandistische Auswertung in Angriff genommen werden.“⁴ Die wissenschaftliche Erfassung des Materials könne von einem einer Universität oder anderen wissenschaftlichen Stelle angeschlossenen Institut erfolgen, die propagandistische Auswertung zonal vom Länderrat aus oder in den einzelnen Ländern. Es war also offensichtlich daran gedacht, die beiden Aufgaben zu trennen⁵.

Am 14. April 1947 fand eine Vorbesprechung der von den Ländern benannten Personen (auf hessischer und württemberg-badischer Seite Publizisten, von Bayern Staatsbeamte) in der Villa Reitzenstein in Stuttgart statt. Hier standen nun ausgesprochen volksaufklärerische Momente im Vordergrund⁶: die Geschehnisse und Fehlentwicklungen der letzten 13 Jahre müßten klargelegt und die notwendigen Erkenntnisse daraus gezogen werden, nur so sei eine geistige Umerziehung des deutschen Volkes möglich. Andererseits machte auf dieser Sitzung ein Legationsrat Dr. Staudacher, Vertreter Bayerns, den Vorschlag, man sollte die geplanten Arbeiten vor allem außenpolitisch nutzen, zur Darstellung des deutschen Standpunktes in der Schuldfrage; die Geschichte der Widerstandsbewegung wäre eine starke Stütze für außenpolitische Verhandlungen; ebenso sei herauszustellen, „daß die

⁴ Archiv IfZ, ED 94, Bd. 15, Bl. 109.

⁵ Dies geht zumindest aus Roßmanns Anweisung für die Besprechung am 14. 4. 47 hervor, vgl. BA Z1/888, Bl. 202.

⁶ Vgl. BA Z1/888, Bl. 179–181 und Akten der Bayer. Staatskanzlei.

Welt der Weimarer Republik nicht die erforderlichen Chancen gegeben habe“. Staudacher empfahl dazu die Heranziehung ehemaliger deutscher Auslandskorrespondenten (u. a. nannte er Hans Zehrer!)⁷. Der Vertreter des Länderrats, Dr. Preller, trat solchen Vorstellungen jedoch entschieden entgegen: es handle sich vor allen Dingen um eine innenpolitische Aufgabe. Die Vorschläge der anderen Herren zielten auf eine Art Zentrale für politische Bildung, die Aufklärungsmaterial an alle Massenmedien und Organisationen verteilen sollte. Preller selbst ging es mehr um die wissenschaftliche Dokumentation. Er sprach noch im selben Monat mit dem Rektor der Erlanger Universität, Prof. Eduard Brenner, der sich bereit erklärte, Räumlichkeiten und Personal in Erlangen zur Verfügung zu stellen, um die Dokumentation in Angliederung an ein einschlägiges Universitätsinstitut erarbeiten zu lassen. Die publizistische Verbreitung sollten Journalisten übernehmen. Einen entsprechenden Vorschlag machte Preller in seinem Bericht für das Direktorium des Länderrats⁸, der in dessen 52. Sitzung am 22. Mai 1947 auch angenommen wurde. Lediglich der Vertreter Hessens, Staatssekretär Strauß, behielt sich eine Stellungnahme vor, ob nicht doch besser ein selbständiges Institut unter der Obhut der Länder geschaffen werden sollte. Zur Erörterung der einzelnen Aufgaben und der Einrichtung eines solchen Instituts – sei es universitätsgebunden oder nicht – wollte man einen Ausschuß aus Vertretern der Kultusministerien und Staatskanzleien einsetzen⁹.

Dieser Ausschuß trat am 20. Juni 1947 in Stuttgart zusammen. Seine bayerischen Mitglieder, Staatssekretär Sattler und Ministerialdirigent Prof. Glum, schlugen gleich zu Anfang vor, das Institut nicht in Erlangen, sondern in München – in Anlehnung an die dort bestehende Historische Kommission der Akademie der Wissenschaften – zu errichten. Doch darauf wollte sich das Gremium noch nicht festlegen – von hessischer Seite argwöhnte man Absichten der CSU, sich das Institut dienstbar zu machen¹⁰. Dagegen wurde in dieser Sitzung die Grundstruktur eines künftigen „Forschungsinstituts zur Geschichte des Dritten Reiches“ festgelegt, an dem sich auch die Länder der anderen Zonen beteiligen sollten. Ein Verwaltungsrat (zwei Regierungsvertreter je Land) hatte die allgemeinen Arbeitsrichtungen zu geben, ein Vorstand mit vier bis sieben „Personen anerkannter wissenschaftlicher und politischer Prägung“ sollte für die Herausgabe der Schriften verantwortlich sein, evtl. unterstützt durch je eine wissenschaftliche und eine publizistische Kommission. Der Geschäftsführer hatte rein organisatorische Aufgaben.

⁷ Diese Vorschläge Staudachers werden von John Gimbel in seinem Aufsatz *The Origins of the Institut für Zeitgeschichte: Scholarship, Politics, and American Occupation, 1945–1949*, in: *American Historical Review* LXX (1964/65), S. 714–731, als Beispiel apologetischer Tendenzen stark herausgestellt, wobei er übersieht, daß Staudacher mit seiner Meinung isoliert stand und zu weiteren Besprechungen nicht mehr zugezogen wurde.

⁸ Archiv IfZ, ED 94, Bd. 16, Bl. 15–15; BA Z1/888, Bl. 151–153.

⁹ Kurzprotokoll der 32. Tagung des Direktoriums des Länderrats, 22. 5. 1947, in: Archiv IfZ, ED 94, Bd. 16, Bl. 78; vgl. auch Gimbel, a.a.O., S. 717.

¹⁰ So Gimbel, a.a.O., S. 717f., der auch Unterlagen aus der Hessischen Staatskanzlei zur Verfügung hatte.

Die wissenschaftliche Arbeit sollte „dezentralisiert durchgeführt werden“, also anscheinend nicht im Institut selbst. Man wollte auch nicht „erst sämtliches Material sammeln“, sondern umgehend die ersten Publikationen herausbringen¹¹. Das Direktorium des Länderrats besprach diese Vorschläge auf seiner 55. Sitzung am 27. Juni und beschloß, dazu die Stellungnahme der Länderkabinette einzuholen¹².

Als eine solche Stellungnahme seitens des hessischen Kabinetts Anfang Juli eintraf, enthielt sie so schwerwiegende Einwände, daß das Länderrats-Direktorium¹³ ein neues Organisations-Komitee einsetzen mußte, um ein endgültiges Organisationsstatut ausarbeiten zu lassen. Hessen¹⁴ hielt die Ermittlung und Sammlung des urkundlichen Materials für die wichtigste Aufgabe der zu schaffenden Einrichtung; daneben könne eine publizistische Behandlung einzelner Vorgänge für populäre Darstellungen begonnen werden; die eigentliche wissenschaftlich-historische Behandlung von Fragen aus der Zeit des Dritten Reiches wäre aber noch verfrüht und werde erst in einigen Jahren möglich sein, wenn vollständiges Material vorliege und man den notwendigen Abstand gewonnen habe. Deshalb sei ein Vorstand überflüssig, auch wäre eine Zusammensetzung überwiegend aus Wissenschaftlern „nicht angebracht, zumal die im Vordergrund stehenden Aufgaben staatshoheitlicher und/oder politischer Natur sind“. Ein aus Regierungsvertretern bestehender Verwaltungsrat solle die neue Institution leiten. Diese Vorstellungen stießen jedoch bei den bayerischen Vertretern auf starken Widerstand, da sie befürchteten, daß damit eine Art staatlicher Propaganda-Stelle geschaffen würde. Dem Institut müsse unbedingt ein Gremium anerkannter Wissenschaftler vorstehen, die es auch nach außen vertreten könnten; das ganze Unternehmen sollte in erster Linie wissenschaftlichen Charakter haben. Hessen jedoch wollte das Institut auf keinen Fall einer Universität angegliedert sehen.

Das gemeinsame Organisations-Komitee¹⁵ einigte sich am 6. August auf die Errichtung eines selbständigen Instituts durch Staatsvertrag der Länder¹⁶. Als Basis war an eine Stiftung gedacht, in die u. a. das Vermögen der vormaligen Deutschen Akademie in München eingebracht werden sollte, das aber vorerst noch von den Amerikanern beschlagnahmt war. Die vom Komitee entworfene Stiftungsurkunde drückt sich in der Aufgabenstellung des Instituts recht zurückhaltend aus: neben dem Sammeln und Ordnen von Dokumenten, Berichten usw. (Punkt 1) habe es

¹¹ Bericht des Herrn Generalsekretärs an das Direktorium über die politische Dokumentation, Archiv IFZ, ED 94, Bd. 17, Bl. 12; BA Z1/888, Bl. 137.

¹² Kurzprot. der 55. Tagung des Direktoriums, 27. 6. 47, Archiv IFZ, ED 94, Bd. 17, Bl. 32.

¹³ Kurzprot. der 56. Tagung des Direktoriums, 10. 7. 47, Archiv IFZ, ED 94, Bd. 17, Bl. 61.

¹⁴ Der Hessische Länderratsbevollmächtigte an das Sekretariat des Länderrats, 8. 7. 47, BA Z1/888, Bl. 125.

¹⁵ Ihm gehörten u. a. Staatssekr. Sattler und Prof. Glum von bayerischer, Staatssekr. Strauß von hessischer, Reg. Dir. Dr. Klaiber und Ob. Reg. Rat Bott von württemberg-badischer Seite an.

¹⁶ Niederschrift über die Sitzung des vom Direktorium des Länderrats berufenen Organisations-Komitees „Politische Dokumentation“ am 6. 8. 1947 in Stuttgart, BA Z1/888, Bl. 110-117; Archiv IFZ, ED 94, Bd. 18, Bl. 64, und Akten der Bayer. Staatskanzlei.

„2. die Unterrichtung der Öffentlichkeit über diese Zeit zu fördern“ und „3. Vorarbeiten für wissenschaftliche Darstellungen der Geschichte dieser Zeit zu leisten“. Ein Kuratorium aus Regierungsvertretern hatte Richtlinien über Aufbau und Arbeitsweise zu geben. Über die Funktion des ebenfalls vorgesehenen Wissenschaftlichen Rats bestanden unterschiedliche Auffassungen. Während Hessen, unterstützt durch Bremen, ihn nur als beratendes Gremium sehen wollte, sollte es nach bayerischer und württ.-badischer Auffassung die Arbeit des Instituts wesentlich bestimmen und überwachen. Darüber konnte man sich auch im Direktorium des Länderrats¹⁷ nicht einigen. Hessen verlangte zudem, in den Bestimmungen über den Wissenschaftlichen Rat müsse zum Ausdruck kommen, daß diesem nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch und publizistisch bedeutende Personen angehören sollten. Außerdem wünschte es einen zentraler gelegenen Ort als Sitz des Instituts. Man hatte offensichtlich gegen München Bedenken.

So wurde die ganze Frage auf der internen Länderratssitzung am 8./9. September 1947 von den Ministerpräsidenten besprochen¹⁸. Bezüglich der Funktion des Wissenschaftlichen Rats war man sich schnell einig: er sollte die Richtlinien für die Arbeit innerhalb des vom Kuratorium gesetzten Rahmens bestimmen. Über seine Zusammensetzung diskutierte man länger. Bayern wandte sich gegen die Aufnahme von Persönlichkeiten mit ausgesprochen parteipolitischer Bindung, während Hessen von einem Gremium aus Nur-Wissenschaftlern nichts Gutes erwartete. „Die Wissenschaftler haben Deutschland politisch einen schlechten Dienst geleistet“, meinte der hessische Ministerpräsident Stock¹⁹. Die Kompromißformel lautete dann: Dem Rat „sollen bis zu 12 fachlich besonders geeignete Persönlichkeiten von wissenschaftlicher, politischer und publizistischer Bedeutung angehören“. Für die Namensgebung waren außer der Bezeichnung „Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Politik“ auch die Vorschläge „Institut für Politische Dokumentation“ und „Institut zur Erforschung der Politischen Geschichte Deutschlands seit 1918“ gemacht worden. Man entschied sich für die erstere, womit eine gewisse Einschränkung des Arbeitsgebiets gegeben war. Die Frage des Sitzes wurde gar nicht mehr weiter erörtert, es blieb bei München. Am 7. Oktober 1947 wurde die

¹⁷ Kurzprotokoll der 41. Tagung des Direktoriums am 4. 9. 1947, Archiv IfZ, ED 94, Bd. 18, Bl. 74.

¹⁸ Auszugweise Abschrift aus dem Protokoll der internen Länderratssitzung vom 8./9. 9. 1947 in: BA Z1/888, Bl. 51–52; vgl. auch Lia Härtel, Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1951, S. 71.

¹⁹ Zit. auch bei Gimbel, a.a.O., S. 721. Das Mißtrauen gegen die Wissenschaftler kam z.B. auch in den Äußerungen Brills auf der Kuratoriumssitzung am 16. 10. 47 zum Ausdruck: „Das hessische Kabinett lege großen Wert auf die baldige Ingangsetzung des Instituts, es solle der deutschen Wissenschaft Gelegenheit gegeben werden, sich vor dem internationalen Publikum zu rehabilitieren, um die Achtung der Welt wieder zu gewinnen . . . Daher sei auf die wissenschaftliche Qualität der Männer, die diese Arbeit leisten sollen, der größte Wert zu legen . . .“. Und später: „ . . . Der Einfluß der Publizisten solle verstärkt werden. Das abschreckende Beispiel der Akten-Publikation des Auswärtigen Amtes dürfe sich nicht wiederholen . . .“, Archiv IfZ, ED 105, Bd. 2, Bl. 5ff.

Stiftungsurkunde für das Institut von den Ministerpräsidenten von Bayern (Ehard), Hessen (Stock), Württemberg-Baden (Maier) und dem Senatspräsident von Bremen (Kaisen) unterzeichnet²⁰. In ihrem § 7 war festgelegt, daß die Stifter „zur Begründung des Stiftungsvermögens“ einen einmaligen Beitrag von je 20 000.– RM leisten würden. Außerdem sei das Institut berechtigt, „einmalige und laufende Zuwendungen von Personen des privaten und des öffentlichen Rechts entgegenzunehmen“. Das erschien wohl als eine elegante Lösung des Finanzproblems.

Damit war das Institut zumindest auf dem Papier gegründet. Nach den Vorstellungen seiner Gründer – als solche sind wohl in erster Linie Staatssekretär Sattler und Professor Glum²¹ auf bayerischer, die Staatssekretäre Strauß²² und Brill²³ auf hessischer Seite zu bezeichnen – sollte es eine Art Kombination von Archiv, wissenschaftlichem Forschungsinstitut und Zentralstelle für politische Bildungsarbeit werden, wobei zumindest in diesem Jahr 1947 das letztere eindeutig im Vordergrund stand. Seriöse, auf Dokumenten aufgebaute publizistische Aufklärung über die tatsächlichen Geschehnisse und den wirklichen Charakter des nationalsozialistischen Regimes hielt man mit guten Gründen für vordringlich. Die Wirkung der Nürnberger Prozesse im Volk war zwiespältig. Das Gros der Presse brachte eher Sensations- und Hintertreppengeschichten aus dem „Dritten Reich“ als solide Informationen. Sicher war mit der Forderung nach Aufklärung des Volkes die Hoffnung verknüpft, die damit bewirkte Erkenntnis der Fehlentwicklungen und -entscheidungen in der jüngsten deutschen Geschichte werde zu einer Besinnung führen, zu einer Abkehr von Nationalismus und obrigkeitstaatlichem Denken, zu einem „Neu Beginnen“²⁴ in der deutschen Politik. Daß aber eine stärkere Betonung der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts einem solchen deutschen Reeducation-Programm entgegenwirken und zu einer Betonung von Kontinuitäten in der deutschen Geschichte, d. h. zu restaurativen Tendenzen führen mußte²⁵, darf man keinesfalls

²⁰ Stiftungsurkunde für das Institut zur Erforschung der Nationalsozialistischen Politik vom 7. 10. 47, in: BA Z1/888, Bl. 59–40, und Archiv IFZ, ED 105, Bd. 3.

²¹ Prof. Dr. Friedrich Glum war 1946–1948 als Ministerialdirigent in der Bayer. Staatskanzlei tätig.

²² Dr. Walter Strauß, 1945–1948 Staatssekretär im hessischen Staatsministerium, 1948/49 Leiter des Rechtsamts der Zweizonenverwaltung, 1949–1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium, seit 1965 Mitglied des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg, ist heute noch Mitglied des Stiftungsrates des Instituts für Zeitgeschichte.

²³ Prof. Dr. Hermann Brill, 1946–1949 Staatssekretär und Chef der Staatskanzlei des hessischen Staatsministeriums, war von 1950 bis zu seinem Tode 1959 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte.

²⁴ Dies der Name einer sozialistischen Untergrundorganisation 1933–1938 und einer illegalen Schrift Hermann Brills, vgl. Hans-Joachim Reichhardt in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*, hrsg. von Walter Schmitthenner und Hans Buchheim, Köln 1966, S. 200 ff.

²⁵ Diese These vertritt Gimmel, a.a.O., S. 721. Er geht auch entschieden zu weit, wenn er die Geschichte des Instituts in den Jahren 1945–1949, die Verzögerung seines Aufbaus, in Relation zur Geschichte der Besatzungspolitik, insbesondere der Aufgabe des Reeducation-Programms, setzt. Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben sich übrigens beim Aufbau des Instituts nicht nur nicht beteiligt, sondern strikt zurückgehalten, obwohl sie dessen Schaffung sehr begrüßten. Dazu gibt es Unterlagen in den Akten der Bayer. Staatskanzlei.

als selbstverständlich voraussetzen. Schließlich gab es auch bei den Historikern eine Erkenntnis von Fehlentwicklungen in ihrer Wissenschaft und gerade in den ersten Jahren nach 1945 eine starke Bewegung für eine Revision des völkischen und kleindeutsch-nationalistischen Geschichtsbildes, die zu einer Revision traditionalistischer Haltungen in der Politik weiterführen sollte. Für eine möglichst kühl-objektivierte, wissenschaftliche Darstellung der Geschehnisse sprach besonders ein Umstand: das Volk war mißtrauisch geworden gegen alles was nach Propaganda, nach staatlich gelenkter oder geförderter Publizistik roch. Eine dahingehende Aktivität – man sprach in den vorbereitenden Konferenzen von der Herstellung von Broschüren und Plakaten, die in den Massenorganisationen verteilt bzw. in den Bahnhöfen angeschlagen werden sollten – hätte das neugeschaffene Institut bald in Mißkredit gebracht. Wenn die Publikationen anerkannter Wissenschaftler auch weniger schnell herzustellen waren, so konnten sie – auch über die Presse – mehr Resonanz finden und auf die Dauer eine tiefere Wirkung erzielen.

Die ersten Wissenschaftler und Publizisten, die für den Wissenschaftlichen Rat genannt wurden, vertraten fast ausnahmslos die Forderung nach Revision des Geschichtsbildes: Franz Schnabel, Walter Goetz, Gerhard Ritter, Eugen Kogon, Theodor Heuss, Rudolf Pechel und Eduard Brenner. Freilich wurden gegen Ritter im Kuratorium einige Bedenken geäußert. Im übrigen zweifelte man nicht daran, daß trotz der starken Stellung des Kuratoriums das Gesicht des Instituts von seinem Wissenschaftlichen Rat bestimmt werden würde. Das Kuratorium besprach diese Fragen und den Aufbau des Instituts auf seinen ersten Sitzungen am 16./17. Oktober und 25. November 1947²⁶. Es stellte sich dabei schnell heraus, daß die Quellenlage für die Arbeit des Instituts vorerst ziemlich schlecht sein würde: Die Amerikaner hatten das wesentliche Material (vor allem die Regierungs- und Parteiakten) in Händen und behielten sich vor, es selbst zu bearbeiten. Bevor ihre Publikationen erschienen seien, sollte niemand anders herangelassen werden. Man beschloß, trotz dieses mißlichen Umstandes und der noch ungeklärten Finanzierungsfrage (die in der Stiftungsurkunde vorgesehenen Länderbeiträge waren noch nicht gezahlt worden) baldmöglichst anzufangen und vorerst das in Privathand und bei untergeordneten Behörden „herumschwirrende“ dokumentarische Material zu sammeln. Als Geschäftsführer sollte Theodor Eschenburg²⁷ gewonnen werden. Kurz vor Weihnachten ergingen auch noch die Berufungsschreiben an die designierten Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates, der unter dem Ehrenvorsitz von Professor Walter Goetz gleich zu Anfang des neuen Jahres zusammentreten sollte.

Dazu kam es aber nicht, denn vorerst scheiterte jeglicher weitere Schritt an dem ungelösten Finanzproblem. Mit den 60 000.– Reichsmark, die laut Stiftungsurkunde die Länder zu zahlen hatten – und die auch noch nicht eingelaufen waren –,

²⁶ Protokolle dieser Sitzungen in Archiv IFZ, ED 105, Bd. 2, Bl. 3–26.

²⁷ Theodor Eschenburg war damals Ministerialrat im Innenministerium von Württemberg-Hohenzollern und Dozent für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen. 1951 Staatsrat, seit 1952 ordentl. Professor in Tübingen, war er 1951–1961 Mitglied des Kuratoriums des Instituts und gehört seit 1962 dessen Wissenschaftlichem Beirat an.

konnte kaum ein Institut aufgebaut werden, von den Zinsen dieses „Stiftungsvermögens“ noch viel weniger. Die Versuche, aus amerikanischen Fonds Mittel zu bekommen, schlugen fehl. Die Amerikaner hatten selbst das Gefühl, daß durch eine solche Finanzierung das Institut in einen falschen Ruf kommen könnte: Dr. Wells, Cultural Affairs Advisor von General Clay,

„... has reluctantly come to the conclusion that it would be improper for Military Government to finance the institute. Both Col. Textor and Dr. Wells feel that this is a most important undertaking, and for this very reason should not be jeopardized by any subsidy which might leave it open to the charge that it was a part of American propaganda.“²⁸

Durch die Währungsreform wurde die finanzielle Misere noch gesteigert. Hessen hatte kurz vorher seinen Stiftungsbetrag überwiesen, der nun auf 2000.– DM zusammengeschrumpft war. An solchen Unsicherheiten scheiterte auch die Berufung Eschenburgs. Walter Goetz schrieb in einem drängenden Brief an Glum, man solle doch, um anzufangen, einfach ein paar junge Wissenschaftler mit dem wenigen vorhandenen Geld zur Arbeit ansetzen, die Leitung könnten ja die ortsansässigen Beiratsmitglieder übernehmen, indem sie wöchentlich einmal mit den jungen Leuten zusammenkämen – wie das bei den Akademiekommissionen wohl so üblich war. Goetz äußerte auch die Befürchtung, das Unternehmen könnte sonst „in politisch-journalistische Hände fallen und damit des Ernstes wissenschaftlicher Untersuchung entbehren“²⁹. Sein Vorschlag wurde aber nicht aufgegriffen.

Erst als Ende des Jahres Hermann Brill die Initiative übernahm und am 8. Dezember 1948 anlässlich der Sitzungen des Parlamentarischen Rates in Bonn eine Besprechung mit Vertretern der vier Staatskanzleien (darunter Minister Pfeiffer und Staatssekr. Eberhard, als Gäste waren zwei andere Mitglieder des Parlamentarischen Rates dabei: Prof. Ludwig Bergsträsser [SPD] und Dr. Gerhard Kroll [CSU]) zustande brachte, kam es zu einem konkreten Fortschritt³⁰. Pfeiffer versprach, in der Nachbarschaft der Bayerischen Staatskanzlei, in der Reitmorstraße, einige Räume zur Verfügung zu stellen. Dort sollte fürs erste wenigstens eine Materialsammlung eingerichtet werden unter der Leitung eines Beamten der Staatskanzlei und ehemaligen Mitarbeiters des Reichsarchivs in Potsdam, Min. Rat Holzhausen, der auf dieser Sitzung vorgestellt wurde und gleich einen Bericht über das Schicksal der Archive und Ministerialakten gab, soweit er es auskundschaften konnte. Man beschloß außerdem, die Stiftungsländer um neue Beiträge anzugehen und das Institut tunlichst auf eine trizonale Basis zu bringen. Brill wie Pfeiffer stimmten aber darin überein, daß das Unternehmen auf keinen Fall Bundesinstitut werden sollte.

²⁸ James A. Clark, Director ICD (Information Control Division), an StSekt. Sattler, 29. 4. 48, in: Akten der Bayer. Staatskanzlei.

²⁹ Prof. Walter Goetz an Min. Dirig. Prof. Glum, 22. 5. 48, in: Akten Bayer. Staatskanzlei.

³⁰ „Protokoll über eine Zusammenkunft von Mitgliedern des Kuratoriums zur Erforschung der Geschichte der Nationalsozialistischen Politik“ im Gebäude des Parlamentarischen Rates in Bonn, 8. 12. 1948, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 2, Bl. 28–40.

Am 28. Februar 1949 trat schließlich zum erstenmal der Wissenschaftliche Rat zusammen, und zwar zu einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kuratorium in der Bayerischen Staatskanzlei³¹. Anwesend waren die Professoren Walter Goetz, Franz Schnabel, Erich Kaufmann, Ludwig Bergsträsser, Theodor Heuss, Gerhard Ritter und General Hans Speidel. Prof. Brill gab als Vorsitzender des Kuratoriums einen Überblick über die Vorgeschichte des Instituts und meinte, man wolle heute ganz allgemein die Aufgaben des Instituts und der Geschichtsforschung über das „Dritte Reich“ besprechen. Zum Sprecher der Wissenschaftler machte sich Gerhard Ritter. Er hatte noch zu Jahresbeginn in der „Neuen Zeitung“ in bewegten Worten die Schwierigkeiten der „Umerziehung“ des Volkes und die gegenwärtige Misere der Geschichtswissenschaft beklagt – die ohne fremde Hilfe nicht einmal mehr imstande sei, die Geschichte des eigenen Unglücks zu schreiben, da sie nicht an die Akten herangelassen werde –, und bereits die Befürchtung geäußert, das Institut werde überhaupt nie zustande kommen³². Um so mehr begrüße er es nun, daß dem doch nicht so sei. Ritter verglich die gegenwärtige Lage mit der nach dem Ersten Weltkrieg. Damals habe sich die Aufklärungsarbeit in zweierlei Richtung geäußert:

- „1. sei ein Parlamentarischer Untersuchungs-Ausschuß eingesetzt worden. Das ganze gesammelte Material sei aber in den Bibliotheken verstaubt und von der Öffentlichkeit nicht beachtet worden, weil der Untersuchungs-Ausschuß ein politischer war.
2. sei die Vorgeschichte des Weltkrieges an Hand der Akten des Auswärtigen Amtes untersucht und dargestellt worden. Diese wissenschaftliche Arbeit sei ernst genommen worden und habe sich in der ganzen Welt (Widerlegung der Kriegsschuld-These) durchgesetzt.

Daher müsse er betonen, daß die Aufgaben in einer Form durchzuführen seien, die nichts als die unabhängige Erforschung der Wahrheit wolle und nicht unter politischem Druck erscheine.“³³

Nachdem die Finanzfrage kurz erörtert worden war, gab Herr Holzhausen nochmals seinen Bericht über die Archivlage, woran sich eine allgemeine Aussprache anschloß, die Brill dahin zusammenfaßte, „daß sich eine erfreuliche Übereinstimmung zwischen Kuratorium und Wissenschaftlichem Rat hinsichtlich der Ziele und Aufgaben des Instituts gezeigt“ habe. Nun könne man zum praktischen Teil übergehen. Hier hörte aber die Übereinstimmung schnell auf, als das Kuratorium den Wissenschaftlern als künftigen Geschäftsführer des Instituts einen aktiven, parteigebundenen Politiker präsentierte³⁴: Dr. Gerhard Kroll, 1945 Gründungs-

³¹ Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Kuratoriums und des Wissenschaftlichen Rates des Instituts am 28. 2. 49 in der Bayer. Staatskanzlei, ebenda, Bl. 53–60.

³² „Ist das deutsche Volk politisch ‚unreif‘? Ein Schlußwort zu den Klagen des ‚Mannes der Straße‘, von Prof. Gerhard Ritter, Freiburg“, in: Die Neue Zeitung, 5. Jg., Nr. 2 vom 6. 1. 1949, S. 7.

³³ Protokoll der Sitzung vom 28. 2. 49, a. a. O., Bl. 57.

³⁴ Die Beauftragung Krolls mit der Geschäftsführung war in einer Kuratoriumssitzung am Vortage, 27. 2. 49, beschlossen worden. Staatsmin. Anton Pfeiffer hatte seinen Parteifreund vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde auch von dem hessischen Vertreter, Prof. Brill, gebilligt,

mitglied der CSU in Bamberg, 1946 bis 1948 Landrat von Staffelstein/Ofr., seit 1946 Mitglied des Bayerischen Landtags (CSU-Fraktion) und derzeit Mitglied des Parlamentarischen Rates in Bonn³⁵. Kroll hatte in Nationalökonomie promoviert und war am Institut für Konjunkturforschung in Berlin tätig gewesen. 1929 bis 1938 studierte er noch Philosophie; aus politischen Gründen, so hieß es, habe er auf eine Habilitation verzichtet. Zu seiner Qualifikation wurde auf Krolls antinationalsozialistische Haltung im „Dritten Reich“ hingewiesen, außerdem habe er „journalistisches Blut“ und sei historisch sehr interessiert. Die Mitglieder des Kuratoriums hofften wohl, Kroll werde mit seinen organisatorischen Fähigkeiten das Institut schnell auf die Beine stellen, zumal er über einen sehr guten, im wörtlichen Sinne kurz geschlossenen Draht³⁶ zur Bayerischen Staatskanzlei verfügte. Trotzdem äußerten die Professoren starke Bedenken gegen einen solchen Mann. Man suchte sie zu beruhigen, Kroll werde seine politische Tätigkeit beenden und sei außerdem nur als provisorischer Geschäftsführer gedacht. Und obwohl ein endgültiger Beschluß über seine Anstellung auf eine spätere Sitzung vertagt wurde, erhielt Kroll am 18. 3. 49 einen Anstellungsvertrag, ohne daß der Wissenschaftliche Rat noch einmal gefragt wurde. Um ihm wenigstens Historiker an die Seite zu stellen, schlug am 28. Februar Ritter den Hallenser Professor Carl Hinrichs (für den Posten des Archivars), Schnabel den Leipziger Karl Buchheim (für den des Bibliothekars) als weitere Mitarbeiter vor.

Das Institut hatte nun zwar einen Geschäftsführer, aber es war damit noch lange nicht geschäftsfähig. Im Bayerischen Kultusministerium stellte man fest, daß es juristisch noch gar nicht existiere, auch die Finanzfrage war noch immer nicht bereinigt. Auf der Konferenz der Kultus- und Finanzministerien der Westzonen in Königstein (am 15. März 1948) war der bayerische Antrag abgelehnt worden, das Institut in die Liste der von den Ländern gemeinsam finanzierten überregionalen wissenschaftlichen Institute aufzunehmen. Das bayerische Finanzministerium wollte vor einer „konstruktiven Klärung“ der Situation keine Vorschußzahlungen leisten³⁷. Auf Bitten Krolls richtete daher Gerhard Ritter, als 1. Vorsitzender des Deutschen Historikerverbandes³⁸ legitimer Sprecher der Historikerschaft, in einer Denkschrift nochmals einen dringenden Appell an die staatlichen

obwohl sich damit eine früher geäußerte hessische Befürchtung (vgl. oben S. 531) bewahrheitete; Prot. der Kuratoriumssitzung v. 27. 2. 49, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 2, Bl. 41–50.

³⁵ Über Kroll vgl. Walter Berberich, Die historische Entwicklung der Christlich-Sozialen Union in Bayern bis zum Eintritt in die Bundespolitik, Phil. Diss. Würzburg 1965, S. 40, 42, 73; Amtl. Handbuch d. Bayer. Landtags, München 1948, S. 106.

³⁶ Die Institutsräume in der Reitmorstraße waren in der Anfangszeit telefonisch nur über die Staatskanzlei zu erreichen! Leiter der Bayer. Staatskanzlei im Range eines Staatsministers war 1947–1949 Krolls Parteifreund Anton Pfeiffer.

³⁷ Vgl. Aktennotizen und Schreiben Krolls an StSchr. Sattler, 16. 4. 49, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 20–33.

³⁸ Am 12. Oktober 1948 war in München der „Verband der Historiker Deutschlands“ als Nachfolgeorganisation des „Verbandes deutscher Historiker“ gegründet und ein vorläufiger Vorstand mit Ritter als 1. Vorsitzenden gewählt worden; vgl. Hist. Zeitschr. (HZ) 169 (1949), S. 226.

Stellen, der deutschen Geschichtsforschung mittels des geplanten zentralen Instituts endlich die Möglichkeit zu geben, die jüngste deutsche Geschichte selbst zu erforschen³⁹. Mit dieser Denkschrift und einem Memorandum Brills über die bisherige langwierige Gründungsprozedur trat man dann noch einmal vor den Länderrat⁴⁰. Dieser stellte fest, daß die erste Stiftung aus dem Jahre 1947 „grundsätzlich erledigt“ sei, also nicht mehr existiere, und beschloß, die leidige Angelegenheit vor die nächste Ministerpräsidenten-Konferenz zu tragen. Ein guter Vorschlag in der Diskussion, das Institut in die Max-Planck-Gesellschaft einzugliedern, wurde leider nicht aufgegriffen – man kam auch später nie darauf zurück.

So hing das Institut weiterhin in der Luft. Trotzdem begann Anfang Mai 1949 in der Reitmorstraße die praktische Arbeit „als Postsammelstelle und Büro“. Zwei Angestellte und eine studentische Halbtags-Schreibkraft bezahlte Kroll anfangs aus seinen Bonner Diäten. Er selbst, durchaus noch in politischen Geschäften unterwegs oder durch Landtagssitzungen gebunden, war nur selten da. Ritter drängte ihn, sich nicht mehr durch parlamentarische Arbeiten abhalten zu lassen: „Nun ist ja“, so schrieb er Kroll, „endlich die deutsche Bundesverfassung (übrigens gegen Ihre Stimme und die des Ministers Dr. Pfeiffer!) beschlossen worden, so daß wohl zu hoffen steht, daß diese Sache keinen neuen Aufenthalt mehr bringt . . .“. Im gleichen Brief⁴¹ berichtet Ritter, „daß die Archivare nicht ohne Eifersucht auf die Arbeiten unseres Instituts blicken und ihrerseits beanspruchen, die amtlichen Verwalter des Dokumentenmaterials zur Zeitgeschichte zu sein“. Er habe Dr. Vollmer⁴² angeboten, zum Archivtag nach Wiesbaden zu kommen, um dort mit ihm über das Institut und die von Vollmer geplante „Aktensammelstelle“ zu sprechen. Aber er bekam den Bescheid, daß der Archivtag „den Charakter einer ausgesprochenen Berufstagung trage“ und sein Erscheinen dort „nicht erwünscht“ sei!

Die Sammlung oder vielmehr die bloße Feststellung des dokumentarischen und literarischen Materials war dann auch die erste Tätigkeit des neuen Instituts. Dazu richtete man einen Appell an die Öffentlichkeit und verbreitete in möglichst vielen Zeitungen die Nachricht, es sei nun ein Institut für die Erforschung des Nationalsozialismus gegründet worden, das alles erreichbare Material, Dokumente und Bücher vor allem, sammeln wolle und daher um Angebote bitte. Von privater Seite kamen solche bald in Mengen: nicht nur Schriftstücke, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher wurden angeboten, sondern auch Schallplatten, Fotos, Filme,

³⁹ Gerhard Ritter, Über die Notwendigkeit der beschleunigten Errichtung eines zentralen Instituts für die Geschichte der jüngsten Vergangenheit, datiert 18. 4. 1949, Abschrift in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 3. Eine ähnliche Denkschrift, die auch Gedanken seines Aufsatzes in der „Neuen Zeitung“ vom 6. 1. 49 enthält, hatte Ritter schon im Januar für den Historikerverband entworfen, ebenda.

⁴⁰ Auszug aus dem Protokoll der internen Sitzung des Länderrats am 26. 4. 1949, in: BA Z1/888, Bl. 5, und Archiv IfZ, ED 105, Bd. 3.

⁴¹ Prof. Gerhard Ritter an Dr. Gerhard Kroll in Staffelstein, 19. 5. 49, in: Registratur IfZ.

⁴² Staatsarchivdirektor Dr. Bernhard Vollmer war damals Vorsitzender des Deutschen Archivausschusses und Organisator der „Aktensammelstelle“, aus der 1950 das Bundesarchiv hervorging.

Uniformen und andere nationalsozialistische Hinterlassenschaften – oft zu grotesk hohen Preisen, manchmal aber auch kostenlos. Außerdem liefen zahlreiche Bewerbungen um Mitarbeit ein. Die Presse-Aktion war viel zu früh gestartet worden, denn nun mußte fast in jedem Antwortbrief darauf hingewiesen werden, daß noch kein Geld vorhanden sei, da das Institut noch nicht etatrechtlich etabliert sei. Einen ersten großen Fundus an Arbeitsmaterial bekam das Institut indes sehr bald: Mitte Mai schickten die Amerikaner 28 Kisten mit den Protokollen der Nürnberger Prozesse. Als man die Erwerbung Professor Ritter mitteilte, erfuhr dieser – der am selben Tag in der „Neuen Zeitung“⁴³ anlässlich einer Diskussion über neue Dolchstoßlegenden wiederum dringend gefordert hatte, man solle das deutsche Zentralinstitut für Zeitgeschichte endlich schaffen – zu seiner Überraschung, daß es inzwischen schon eingerichtet war und die Arbeit aufgenommen hatte. Ein Beschluß darüber sollte doch erst in der nächsten Sitzung des Wissenschaftlichen Rates gefaßt werden, auf die er immer noch warte, schrieb Ritter zurück.

Vorerst trat aber das Kuratorium noch einmal allein zusammen, sogar mit je einem Delegierten aus der französischen und der britischen Zone⁴⁴. Da in erster Linie juristische, organisatorische und finanzielle Fragen besprochen werden sollten, sei es „nicht geboten gewesen“, den Wissenschaftlichen Rat auch einzuladen. Dabei ging es in der Sitzung um recht gewichtige Dinge: Man war inzwischen zu der Überzeugung gekommen, daß eine Stiftung für das Institut nicht die geeignete Form sei und strebte nun die Schaffung einer Anstalt des öffentlichen Rechts durch ein Staatsabkommen der Länder an. Ein Entwurf für dieses Abkommen, der faktisch eine neue Satzung des Instituts enthielt, wurde auch gleich vorgelegt und durchgesprochen. Das Kuratorium sollte weiterhin die Richtlinien für den Aufbau des Instituts geben und wissenschaftliche und publizistische Aufträge erteilen, der Wissenschaftliche Rat „die Richtlinien für die Arbeitsweise“ bestimmen. Bei einer solch vagen und untergeordneten Aufgabenstellung mußte es fast zwangsläufig zu Kompetenzkonflikten zwischen den Wissenschaftlern und dem Kuratorium kommen. Im übrigen sollte der Jahresetat des Instituts von den beteiligten Ländern nach dem Schlüssel des Königsteiner Abkommens aufgebracht werden. Für die Ersteinrichtung sollte jedes Land einen Beitrag von 20000.– DM leisten.

Diesen neuen Entwurf sandte Kroll nebst einer (rein theoretischen) Organisationsübersicht im Juni an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates zur Kenntnisnahme. Gleichzeitig wurde ihnen mitgeteilt, der Rat wäre zweckmäßigerweise erst nach der erfolgten Konstituierung des Instituts einzuberufen. Ein Protest der Professoren gegen dieses Vorgehen konnte nicht ausbleiben. Gerhard Ritter beschwerte sich sofort darüber, daß nun die Organisation des Instituts „rein innerhalb der Ministerialbürokratie, ohne Mitwirkung des Wissenschaftlichen Rates“ vor sich

⁴³ Gerhard Ritter, Die Flüsterpropaganda vom Endsieg, in: Die Neue Zeitung, 5. Jg., Nr. 59 vom 19. 5. 49, S. 7.

⁴⁴ Protokoll über die 4. Sitzung des Kuratoriums des Instituts am 30. 5. 49 in der Bayer. Staatskanzlei, München, in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 2, Bl. 101–115.

gehe, und kritisierte die Neufassung der Satzung in dem vorgesehenen Staatsabkommen aufs schärfste. Damit sei das Institut als ausgesprochen politische Gründung gekennzeichnet, sein Direktor, in der Person Krolls ja ebenfalls eine politische Besetzung, „mit beinahe absoluten Vollmachten“ ausgestattet und der Wissenschaftliche Rat zu einem nur gelegentlich zugezogenen beratenden Gremium vorwiegend dekorativer Natur degradiert. In einem solchen „Rat“ mitzuarbeiten, müsse er ablehnen. Auf den Vorwurf, er sei bis jetzt ausschließlich politisch hervorgetreten, reagierte Kroll ziemlich spitz mit einem Hinweis auf seine national-ökonomischen Arbeiten und der Bemerkung, er habe ab 1936 nichts mehr publiziert, um sich nicht mit dem Regime einlassen zu müssen – wohingegen Ritter in seinen Publikationen über historische Themen, „auch dort wo es sich um sogenannte Tarnungen handelte, gewissen zweifelhaften Zugeständnissen an die Ideologie des Nazismus nicht entgangen“ sei, „besonders dann nicht, wenn man als Ausgangspunkt den Boden des Macchiavellismus erst einmal akzeptiert hatte“⁴⁵. Kroll schickte seinen Briefwechsel mit Ritter an Brill, der ihm voll beipflichtete. In ihrer Antipathie gegen die „kleindeutsch-friderizianische Geschichtsauffassung“ (so Brill) und ihre vermeintlichen Vertreter waren sich der sozialdemokratische Politiker⁴⁶ und der katholische Verfechter eines föderalistischen Ständestaates⁴⁷ ziemlich einig.

Als Vorsitzender des Kuratoriums vertrat Brill auf der Ministerpräsidenten-Konferenz am 5. August 1949 die Belange des Instituts und den dort vorliegenden Entwurf des Staatsabkommens. Die Ministerpräsidenten traten für die Schaffung des Instituts ein und empfahlen den Ländern den Beitritt zu dem Staatsabkommen. Eine entsprechende Erklärung der Kabinette sollte bis zum 20. September 1949 erfolgen⁴⁸. Bis zu diesem Termin lief jedoch lediglich eine Note des Staatspräsidenten des Landes Baden, Wohleb, ein, in dem dieser erklärte, man wolle von dem Beitritt zu dem Staatsabkommen „vorerst Abstand nehmen“⁴⁹ – der Weg sei zu unständig und durch die Verzögerungen der Länder seien schon zwei kostbare Jahre verlorengegangen. Statt dessen schlug Wohleb die Gründung eines solchen Instituts durch die künftige Bundesregierung vor. Zugleich wies er auf die Bedenken Ritters gegen die geplante Organisation des Instituts hin, fügte dessen Abänderungsvorschläge bei (die wesentliche Kompetenzerweiterungen für den

⁴⁵ Briefwechsel Kroll-Ritter zwischen 1. 6. und 7. 7. 1949 sowie Schreiben Brill an Kroll vom 13. 7. 49, in: IfZ, Registratur.

⁴⁶ Brill war seit 1918 Mitglied der SPD, 1919–1933 Abgeordneter im thüringischen Landtag, 1932 im Reichstag, 1939–1945 wegen illegaler politischer Betätigung im Zuchthaus Brandenburg bzw. KZ Buchenwald; 1949–1953 Mitglied des Deutschen Bundestages.

⁴⁷ Vgl. Krolls Schriften: *Was ist der Staat?*, München 1950, und *Das Manifest der Abendländischen Aktion*, Sonderheft der Zeitschrift *Neues Abendland*, August 1951.

⁴⁸ Beschluß der Konferenz der Ministerpräsidenten am 5. 8. 49 in Wiesbaden, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 3.

⁴⁹ Der Staatspräsident des Landes Baden an das Büro der Ministerpräsidenten in Wiesbaden, 11. 9. 49, mit Anlage „Abänderungsvorschlag für das Staatsabkommen betr. Forschungsinstitut ‚zur Erforschung des Nationalsozialismus‘“, Abschrift in Archiv IfZ, ED 105, Bd. 3.

Wissenschaftlichen Rat und dessen „Präsidenten“ – das sollte wohl Ritter selbst sein – vorsahen) und bemerkte dazu, daß hier ein befriedigender Ausgleich geschaffen werden müsse, wenn man nicht Gefahr laufen wolle, Ritter zu verlieren. „Bei der Stellung, die Prof. Ritter innerhalb der deutschen Historiker einnimmt, würde ein Ausscheiden des Professors Ritter den Arbeiten des geplanten Instituts abträglich sein.“

Fast parallel mit dieser zweifelsohne von Ritter selbst inspirierten staatspräsi- diellen Demarche liefen zwei Aktionen auf seiten der Zunft: Vom 12. bis 15. Sep- tember 1949 fand in München der erste deutsche Historikertag nach dem Kriege statt, auf dem einige Entschlüsse veröffentlicht wurden, die sich mit dem Pro- blem der Quellenlage zur neuesten deutschen Geschichte und dem Archivwesen befaßten⁶⁰. Es wurden die Rückgabe der beschlagnahmten deutschen Archivalien und die Mitarbeit deutscher Historiker an der Edition deutscher politischer Akten gefordert, außerdem für eine Erleichterung des Reiseverkehrs und des wissen- schaftlichen Austausches mit der Ostzone plädiert. Die vierte EntschlieÙung lautete:

„Wir halten die schleunige Errichtung eines gut ausgestatteten deutschen Instituts zur zentralen Organisation zeitgeschichtlicher Forschungen für äußerst vordring- lich. Ihm müÙte vor allem die Gewinnung einer Übersicht über das noch vor- handene Quellenmaterial zur Geschichte der Hitlerzeit zufallen, aber auch dessen Ergänzung durch Befragen noch lebender Zeugen, dazu die Publikation von Quellenreihen und Monographien. Wir beabsichtigen zunächst einen förmlichen Antrag an die neugebildete westdeutsche Bundesregierung zu richten, daß in Verbindung mit dem zu begründenden Bundesarchiv ein solches Institut geschaffen wird, zur wissenschaftlichen Bearbeitung der Quellen zur jüngsten deutschen Ge- schichte, zur Vorbereitung und Durchführung von Quellenpublikationen und zur Sicherung einer wissenschaftlich objektiven und kritischen Auswertung in Dar- stellungen aller Art.“

In dieser EntschlieÙung wird das faktisch schon bestehende Institut in München völlig ignoriert. Die Gründe dafür nannte Gerhard Ritter in seinem programmati- schen Eröffnungsvortrag über „Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deut- scher Geschichtswissenschaft“⁶¹:

„Aber wie sorgsam, wie wohlüberlegt muß ein solches Institut organisiert werden, damit es nicht zur politischen Verleumdungszentrale wird! Ohne die leitende Hand eines erfahrenen Fachhistorikers, der Wesentliches vom Nebensächlichen zu schei- den, alle Kraft auf die zentralen Probleme zu lenken versteht und den ein Kolle- gium ausgesuchter Fachleute unterstützt, geht es nicht. Was bisher von deutschen Länderregierungen zur Gründung eines solchen Forschungsinstituts unternommen wurde (leider ohne Mitwirkung irgendeines Fachhistorikers) blieb finanziell un- gesichert. So bedarf es hier eines völligen Neuanfangs, und hinter diesem Ver- langen steht die ganze deutsche Historikerschaft.“

Im übrigen zeigte sich Ritter in diesem Vortrag nicht blind für die Schwächen seiner Wissenschaft in der Vergangenheit. Gerade er betonte die Gefahren ihres Verhaftetseins in nationalistischer Enge, ihrer Einseitigkeit infolge der Doktrin vom

⁶⁰ Vgl. HZ 169 (1949), S. 668–670.

⁶¹ Abgedruckt in HZ 170 (1950), S. 1–22, das Zitat S. 19.

Primat der Außenpolitik, und forderte eine stärkere Orientierung an den universaleren westeuropäischen Traditionen und Betrachtungsweisen. Das waren Postulate, die auch von seinen Gegnern anerkannt wurden⁵².

Dem Vorstoß der Historikerschaft unter Ritters Führung in Richtung Bundesinstitut folgte wenige Tage später ein direkter scharfer Angriff gegen das Krollsche Unternehmen, diesmal von dem Präsidenten der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie, dem dezidierten Demokraten Geheimrat Walter Goetz. In einer Denkschrift⁵³ stellte Goetz fest, die Gründung des Instituts, von der er durch Zeitungsmeldungen erfahren habe, sei unter Ausschluß der Vertreter der deutschen Geschichtswissenschaft „über Nacht“ erfolgt, an seine Spitze sei ein Nichtfachmann und Parteipolitiker gestellt worden, der mit den wissenschaftlichen Aufgaben des Instituts in keiner Weise vertraut sei. Müßten andere historische Institutionen mit sehr geringen Geldmitteln auskommen, so werde hier ein Jahresetat von mindestens 260 000.– DM verlangt, ohne daß bei einem „so aufgebauchten Etat“ die Voraussetzungen für eine ordentliche Arbeit gegeben wären. Mit einem solchen Unternehmen könne die deutsche historische Wissenschaft „keinerlei Gemeinschaft haben“, ohne ihren guten Ruf aufs Spiel zu setzen. Deshalb spreche sie die Bitte aus, „daß erst dann die nötigen Geldmittel dafür bewilligt werden, wenn eine genaue Überprüfung sowohl der Aufgaben wie des Etats wie des anzustellenden Leiters stattgefunden“ habe. Nach den Vorstellungen der Historischen Kommission, in deren Namen Goetz ja sprach, sollte das Institut ebenfalls eine solche Kommission oder eine Institution wie die *Monumenta Historica Germaniae* werden, mit kleinem, rein wissenschaftlich orientiertem Mitarbeiterkreis. Daß es aus politischen Gründen geboten schien, die Erforschung des Nationalsozialismus schneller und mit einem größeren Arbeitsstab voranzubringen, ließ er unberücksichtigt.

Diese Denkschrift traf die empfindlichste Stelle des neuen Instituts, den – bis jetzt freilich noch gar nicht vorhandenen – Etat. Vorwürfe gegen seine politische Tätigkeit konnten Kroll bei den Länderregierungen wohl kaum schaden⁵⁴, aber Hin-

⁵² Vgl. den sehr positiven Bericht über den Historikertag und Ritters Vortrag von Franz Herre in *Neues Abendland* 4 (1949), S. 305–307, der gegen Ritter allerdings einwandte, daß er „viel zu wenig vom Abendland und von der Notwendigkeit einer Revision der bisherigen Geschichtsbetrachtung aus christlich-abendländischem Verantwortungsbewußtsein gesprochen“ habe. (Herre wurde 1950 von Kroll zur Mitarbeit am Institut herangezogen.) Über Ritters wissenschaftlichen Weg und seine politische Haltung vgl. die Würdigungen von Hans-Günter Zmarzlik, *Lebendige Vergangenheit*, in: *HZ* 207 (1968), S. 55–79, und von Hans Rothfels, in: *Orden pour le mérite für Wissenschaften und Künste, Reden und Gedenkworte*, 9. Band 1968/69, S. 19–27.

⁵³ Denkschrift über die Gründung eines Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus von Prof. Dr. W. Goetz, ohne Datum (wohl am 17./18. 9. 1949 versandt), 3 Seiten, in: *Archiv IFZ*, ED 105, Bd. 3.

⁵⁴ Der damalige Min.Dir. Karl Heinrich Knapstein, neben Brill Vertreter Hessens im Kuratorium des Instituts, schrieb zustimmend zu Krolls Denkschrift u.a.: „... Mir scheint es an der Zeit zu sein, die etwas anmaßende und überdies antiquierte Vorstellung mancher Wissenschaftler zurückzuweisen, als ob ein Politiker, besser gesagt: ein politischer Mensch von vornherein wissenschaftlich inferior und unobjektiv wäre. Wir müssen doch wohl allmäh-

weise, der vorgesehene Etat sei zu hoch, konnten in den Finanzministerien sicher nicht unbeachtet bleiben. So schrieb Kroll denn auch umgehend eine ausführliche Gegendarstellung⁵⁵, wies die Vorwürfe scharf zurück und polemisierte seinerseits noch heftiger gegen Goetz. Er schickte diese Stellungnahme nicht nur an die Mitglieder des Kuratoriums und des Wissenschaftlichen Rats, sondern auch gleich an die Ministerpräsidenten aller Länder, verknüpft mit der Forderung, doch endlich dem Staatsabkommen über das Institut beizutreten. Trotz der Empfehlung der Ministerpräsidenten-Konferenz und einer regelrechten Werbekampagne des Instituts in der Presse⁵⁶ hatte aber bis zu dem vereinbarten Termin nur Berlin seine Bereitschaft zum Beitritt bekundet. Es scheint tatsächlich, daß man mit dem Auslaufen der Entnazifizierung und dem Nachlassen des amerikanischen Reeducation-Programms die Erforschung des Nationalsozialismus nicht mehr für so dringlich hielt wie 1947⁵⁷. Die erste Motivation der Institutsgründung, politische Aufklärungsarbeit zu leisten, trat allmählich in den Hintergrund, einerseits weil sie inzwischen von ministeriellen Institutionen selbst übernommen wurde (Landeszentralen für Heimatdienst bzw. politische Bildung), andererseits weil diese politisch-publizistische Aufgabenstellung des Instituts von den Wissenschaftlern in Frage gestellt wurde. Auch stand das latent überall vorhandene Unbehagen an der Vergangenheit dem Willen nach einer intensiveren Beschäftigung mit dieser vielfach im Wege und trug nicht gerade zu deren Förderung bei. So wurden verzögernde Argumente gerne aufgegriffen, zumal es ja um finanzielle Beiträge ging: die Situation müsse erst geklärt werden, der zeitliche Abstand sei für eine wirkliche Forschung noch nicht gegeben, das Material müsse erst gesammelt werden, auch an den Universitäten könnten entsprechende Arbeiten gemacht werden, andere Länder hätten ähnliche Einrichtungen, die sie auch allein finanzieren müßten⁵⁸. Die Kontroverse zwischen den Politikern im Kuratorium und den Wissenschaftlern im Beirat über die primäre Aufgabenstellung des Instituts verstärkte die Unsicherheit. Die Note des badischen

lich mit den beiden einander entsprechenden landläufigen Vorstellungen brechen, als ob der Wissenschaftler immer ein lebensfremder Spintisierer mit wallendem Bart und der Politiker ein Fanatiker cum ira et studio sei, der für objektive Wahrheiten kein Verständnis habe. Geist und Politik, die leider seit Jahrzehnten getrennte Wege gegangen sind, müssen wieder zusammenkommen . . .“ Kroll machte zu diesem Brief regen Gebrauch.

⁵⁵ Stellungnahme des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus zu einer Denkschrift von Geheimrat Professor Dr. Goetz von Dr. Gerhard Kroll, Geschäftsführender Direktor des Instituts, datiert 20. 9. 1949, 8 Seiten, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 3.

⁵⁶ Kroll verschickte im August 1949 an zahlreiche Zeitungen einen Artikel „Kommt ein neuer Hitlermythos?“, in dem er die Notwendigkeit der Erforschung des Nationalsozialismus zur Abwehr der Legendenbildung betonte.

⁵⁷ So Gimbel, a.a.O., S. 725ff. Wenn er allerdings schreibt (S. 728): „Now, in 1949, the major concern was to counteract the feverish research and publication programs being sponsored by the Soviet Zone Germans and their West German sympathizers“, so überbewertet er ein lediglich von Brill und wohl in erster Linie aus taktischen Gründen vorgebrachtes Argument.

⁵⁸ Alle diese Argumente tauchen beispielsweise in einem Schreiben des Hess. Finanzministers an den Vorsitzenden des Kuratoriums vom 9. 7. 49 auf, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 3.

Staatspräsidenten und die Resolution des Historikertages brachten ein weiteres Motiv für eine abwartende Haltung: ein solch zentrales Institut sollte auf Bundesebene gebracht, ja am besten der Bundesregierung unterstellt werden.

Dieser Gedanke war noch in der Kuratoriumssitzung am 30. Mai 1949 von bayerischer und hessischer Seite eindeutig abgelehnt worden. Das Institut sollte von der Gemeinschaft der Länder getragen werden. Angesichts des Schweigens der Länder ließ sich aber das föderalistische Prinzip nicht mehr halten. Der besondere Charakter dieses Instituts – das eben sehr viel weniger unpolitisch war als andere wissenschaftliche Institutionen – brachte es mit sich, daß seine Gründung erstmals an die Grenzen des föderalistischen Grundsatzes der Kulturhoheit der Länder stieß. Infolge der Beteiligung von elf Regierungen potenzierte sich die Schwerfälligkeit des ministerialbürokratischen Entscheidungsprozesses so sehr, daß sie zu einer völligen Blockierung führte. Für andere Fälle dieser Art hatte man die Automatik des Königsteiner Abkommens geschaffen, zu der dieses Institut aber vorerst nicht zugelassen wurde.

So kam es dazu, daß sich der Erz-Föderalist Kroll, der selbst das Grundgesetz als zu wenig föderalistisch abgelehnt hatte, an den Bund wenden mußte, um sein Institut zu retten. Als Mitglied des Wissenschaftlichen Rates sollte der Bundespräsident Theodor Heuss die Länder nochmals zum Beitritt zu dem konzipierten Staatsabkommen auffordern und eine endgültige Klärung herbeiführen⁵⁹. Kroll dachte offensichtlich auch jetzt noch nicht an eine direkte Beteiligung des Bundes, als aber ein neuerlicher Appell des Bundesinnenministers an die Länder ebenfalls erfolglos blieb⁶⁰, mußte er doch um eine Bundesbeihilfe zur Erhaltung des Instituts bitten, die von Bayern befürwortet wurde. Nach längeren Verhandlungen zwischen den bayerischen und Bonner Ministerien, an denen sich Kroll selbst dank seiner guten Beziehungen zu seinen Parteifreunden im Bundesfinanzministerium (Minister Schäffer), Bundesrat (Minister Pfeiffer) und Bundesinnenminister (Min. Dir. Ritter v. Lex) intensiv beteiligen konnte, wurde eine Übernahme des Instituts durch den Bund vereinbart⁶¹. Bei der Erörterung der Frage, ob das Institut von der Ländergemeinschaft oder aus Bundesmitteln finanziert werden sollte, kam man überein, daß es sich hier, wie bei dem Stuttgarter Büro für Friedensfragen, um eine Bundesangelegenheit handle. Man ging davon aus, „daß das Institut nicht nur wissenschaftliche Forschung zu treiben habe, die unter die Kulturhoheit der Länder fallen

⁵⁹ Schreiben Kroll an Heuss, 23. 9. 49, in IFZ, Registratur. Gleichzeitig bat Kroll seinen „Partei-feind und Herzensfreund“ Thomas Dehler um Unterstützung seines Anliegens bei Heuss und seinen Parteifreund Anton Pfeiffer, Bayerns Vertreter im Bundesrat, um eine Demarche im Bundesrat.

⁶⁰ Schreiben des Bundesinnenministers an alle Ministerpräsidenten der Länder vom 29. 9. 1949 mit der Bitte um Vollzug der Abmachungen vom 5. 8. 49, in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 43–44.

⁶¹ Schriftwechsel Kroll-Pfeiffer vom 4. 10. bis 15. 11. 49, in: IFZ, Registratur; Aktenvermerke Krolls über verschiedene Besprechungen in Bonn im Okt./Nov. 1949, in: IFZ, Registratur und ED 105, Bd. 1; Schreiben des bayer. Ministerpräsidenten an den Bundesminister des Innern vom 28. 10. 49, in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 54–55.

würde, sondern auf Grund der Sammlung des geschichtlichen Materials hauptsächlich in der Öffentlichkeit aufklärend wirken, also eine gesamtdeutsche staatspolitische Aufgabe wahrnehmen soll“⁶². Demzufolge erklärte sich der Bundesminister des Innern, Heinemann, in einem Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Ehard vom 7. Dezember 1949 „grundsätzlich bereit, das Deutsche Institut zur Erforschung des Nationalsozialismus durch den Bund zu übernehmen“. Gleichzeitig bat er, „zu prüfen, ob nicht eine finanzielle Beteiligung des Landes Bayern in Frage käme, die die Möglichkeit bieten würde, dem Lande, in dem das Institut errichtet ist, einen Sitz im Kuratorium des Instituts zu sichern“⁶³.

Daß es zu dieser Lösung kam, ist nicht zuletzt der persönlichen Einflußnahme von Theodor Heuss zu verdanken. Hinzu kam das gewichtige Argument, daß eine Schließung des Instituts aus Geldmangel auf amerikanischer Seite und im übrigen Ausland nicht verstanden und zu Mißdeutungen führen würde. Schließlich hatte Kroll dafür gesorgt, daß die mißliche Lage des Instituts auch in der Presse erörtert wurde. Sogar ein „Streiflicht“-Kommentar der „Süddeutschen Zeitung“ befaßte sich damit und schloß mit den Worten: „Wir können noch keine Außenpolitik im wörtlichen Sinn treiben. Die Verwirklichung des Instituts würde aber beweisen, daß wir erkannt haben, wieviele Möglichkeiten dazu uns dennoch verblieben sind.“⁶⁴

Eine Bedingung für die Weiterführung des Instituts durch den Bund war allerdings eine erhebliche Reduzierung der Etatwünsche seines Direktors. 150 000.– DM im Jahr sollten das Äußerste sein, was man zugestehen wollte. Vorerst mußte man sich aber mit noch viel kleineren Summen begnügen. Bis zum Ende des Haushaltsjahres wollte der Bund nur 6000.– DM monatlich beisteuern, die bayerische Zwischenfinanzierung in den vorausgehenden Monaten war noch bescheidener ausgefallen.

So ist es in erster Linie der Aktivität und organisatorischen Fähigkeit von Gerhard Kroll zu danken, daß das Institut diese Zeit überstand und sogar weiterwuchs. Soweit es die geringen Mittel erlaubten, sammelte man fleißig Bücher, Zeitschriften und dokumentarisches Material. Vor allem ging es aber darum, erst einmal bibliographisch zu ermitteln, was es überhaupt gab. Kaufen konnte man nur das Allerwichtigste. Am notwendigsten, gleichzeitig aber auch am schwierigsten war die Beschaffung und Ermittlung ausländischer Literatur, denn in Deutschland selbst erschienen ja noch nicht viele einschlägige Werke. Die Abgeschlossenheit der deutschen Wissenschaft vom Ausland begann sich im Jahre 1949 gerade erst allmählich zu lichten. Das erste ausländische wissenschaftliche Institut, das mit dem neuen Münchner Institut Verbindung aufnahm, war das Niederländische Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie in Amsterdam (Juni 1949),

⁶² Note des Bayer. Finanzministeriums an das Bayer. Kultusministerium und die Bayer. Staatskanzlei vom 6. 12. 49 betr. Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrats vom 24. 11. 49, in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 58–59.

⁶³ Schreiben des Bundesmin. d. Innern an den bayer. Ministerpräsidenten vom 7. 12. 49, in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 3.

⁶⁴ Süddeutsche Zeitung Nr. 135 vom 15. 10. 49, S. 1.

wobei die Initiative von dessen Direktor Louis de Jong ausging. Im August 1949 konnten erste Kontakte mit der Wiener Library in London geknüpft werden. Man benutzte jede Gelegenheit, ausländische Institute, Verlage und Persönlichkeiten, auch Besatzungsbehörden, um Vermittlung von Nachrichten, Materialien und Buchspenden zu bitten. Um die Jahreswende 1949/50 hatte das Institut einschließlich des Direktors immerhin schon einen Arbeitsstab von sechs Personen⁶⁵, darunter allerdings keinen Spezialisten für die Forschung. Die geringen finanziellen Mittel mußten für die Materialsammlung verwandt werden. Praktische wissenschaftliche Arbeit konnte erst mit dem neuen Haushaltsjahr beginnen, auch an die Vergabe von Honoraraufträgen war vorerst nicht zu denken⁶⁶.

Da nun der Bund das Institut in seine Obhut genommen hatte, lag beim Bundesinnenminister die Initiative zu seiner weiteren Entwicklung. Am 1. März 1950 fand unter dem Vorsitz Heinemanns im Bundesinnenministerium eine Besprechung statt, bei der die künftige Form und Arbeit des Instituts geklärt werden sollten, ohne daß sofort amtliche Beschlüsse gefaßt würden⁶⁷. Nachdem Sattler und Kroll über die bisherige Gründungsgeschichte und innere Entwicklung des Instituts referiert hatten, legten Ritter und Brill ihre unterschiedlichen Auffassungen über die Aufgaben des Instituts dar, zwischen denen Bergsträsser eine vermittelnde Stellung einnahm. In Anlehnung an die Organisation des alten Reichsarchivs wollte Ritter das Institut als eine mit dem Bundesarchiv eng verbundene Forschungsstelle sehen. Brill hielt dem entgegen, die Publikationen des Reichsarchivs seien, ungeachtet ihres wissenschaftlichen Wertes, ohne Einfluß auf die politische Entwicklung geblieben. Das Versagen der wissenschaftlichen Forschung vor 1933 habe den Nazismus mit verschuldet. Er betonte daher nochmals die Notwendigkeit einer publizistischen Breitenwirkung der Forschungsergebnisse und verwies auf entsprechende Aktivitäten in der DDR. Bergsträsser plädierte für eine Dreigliederung des Instituts in Archivabteilung, Forschungsabteilung und Publikationsabteilung. In einer Zusammenfassung der weiteren Diskussion stellte Heinemann fest, daß man sich darüber einig geworden sei, das zentrale große Archiv und das zentrale Institut zu trennen⁶⁸. Für das Institut sei nicht die Materialsammlung entscheidend, sondern die Forschungsarbeit, allerdings müsse es an die Akten, auch der Länder, heran-

⁶⁵ Es waren dies neben Kroll: ein „publizistischer Referent“ (Dr. Alexander Schönwiese), ein Archivar und Bibliothekar (Dr. Anton Hoch), ein Bürovorsteher, eine Sekretärin und eine studentische Hilfskraft (die nachmalige langjährige Mitarbeiterin Frau Dr. Sonja Noller).

⁶⁶ Vgl. den diesbezüglichen abschlägigen Bescheid Krolls vom 19. 12. 49 an Dr. Robert v. Werz, der seine Mitarbeit an einer Darstellung des Widerstands in Bayern angeboten hatte, er war an der „Freiheitsaktion Bayern“ beteiligt gewesen; in: IFZ, Registratur.

⁶⁷ Außer Heinemann nahmen u. a. an der Sitzung teil: Staatssekr. a. D. Wende als Leiter der Abt. III (Kulturelle Angelegenheiten des Bundes) des BdI, Staatssekr. Sattler (Bayer. Kultusmin.), die Professoren Ritter, Kaufmann, Abendroth, Ludwig Bergsträsser und Brill, Dr. Vollmer (Vors. d. Dt. Archivausschusses), Dr. Winkler (Gen. Direktor d. staatl. Archive Bayerns), Dr. Auerbach (Präsident d. Bayer. Landesentschädigungsamtes) und Dr. Kroll. Niederschrift über die Besprechung in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 62–70.

⁶⁸ Noch im selben Monat, am 24. 3. 1950, wurde durch Kabinettsbeschluß das Bundesarchiv gegründet.

kommen können. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde ein neuer, von Kroll ausgearbeiteter und von Sattler vorgelegter Satzungsentwurf besprochen (der vierte seit Januar 1947!). Er sollte als Unterlage für die weiteren Entscheidungen der Ministerien des Bundes und Bayerns dienen.

In den folgenden Monaten wurden die genaue Formulierung dieser Satzung, der Finanzierungsmodus und die Zusammensetzung des neuen wissenschaftlichen Beirats auf schriftlichem und mündlichem Wege zwischen den Staatssekretären Wende (Bundesinnenministerium) und Sattler ausgehandelt⁶⁹. Auf Grund bayerischer Überlegungen kam man überein, der neuen Vereinbarung zwischen Bund und Bayern nicht die Rechtsform eines Abkommens zu geben, da diese Prozedur zu umständlich sei⁷⁰. Die erforderlichen Bindungen könnten durch einen einfachen Schriftwechsel zwischen den Ministerien festgelegt werden. Anstelle einer Stiftung war für das Institut selbst an die Rechtsform einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gedacht, die durch eine einfache Bekanntmachung im Amtsblatt des Bayerischen Kultusministeriums verliehen werden könnte. In den endgültigen Text der Satzung wurde jedoch keine Bestimmung über die Rechtsform aufgenommen⁷¹. Die Finanzierung des Instituts sollte künftig im Verhältnis 4 : 1 von Bund und Bayern bestritten werden. Beim Beitritt weiterer Länder, mit dem aber erst nicht gerechnet wurde, konnten die Anteile im gleichen Verhältnis herabgesetzt werden. Die Aufgaben des Instituts wurden nun folgendermaßen definiert:

- „1. Im Einvernehmen mit dem Bundesarchiv und den Staatsarchiven der Länder Dokumente, Berichte, Aussagen und andere Quellen zur Geschichte und Vorgeschichte des Nationalsozialismus – auch soweit sie sich noch im Ausland befinden – zu sammeln und zugleich als Zentralnachweisstelle tätig zu werden,
2. dieses Material sowohl wissenschaftlich wie allgemeinverständlich auszuwerten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen,
3. wissenschaftliche Darstellungen der Geschichte dieser Zeit vorzubereiten und zu unterstützen.“⁷²

Damit hatte eindeutig die wissenschaftliche Arbeit im Institut den Vorrang erhalten. Der Beirat (wie der Wissenschaftliche Rat nun hieß) sollte aus Persönlichkeiten bestehen, „die nach ihrer politischen Vergangenheit einwandfrei und nach ihren wissenschaftlichen und sonstigen Veröffentlichungen anerkannt sind“. Seine Befugnisse gingen nicht über die bisherigen Bestimmungen hinaus (Richtlinien-

⁶⁹ Von allen wesentlichen Stücken dieses Briefwechsels (einschließlich der ihn selbst betreffenden) erhielt Kroll von Sattler Kopien, sie befinden sich im Archiv IfZ, ED 105, Bd. 1 und 3, und in der Registratur.

⁷⁰ Ein Staatsabkommen hätte vom bayerischen Landtag ratifiziert werden müssen; angesichts des Umstands, daß „das Institut in mehrfacher Beziehung umstritten“ sei, wollte man jedoch eine Parlamentsdebatte vermeiden; Schreiben Sattler an Wende vom 29. 4. 50, in: IfZ, Registratur.

⁷¹ Aus nicht feststellbaren Gründen unterblieb auch eine Bekanntmachung im Amtsblatt des Kultusministeriums, was zur Folge hatte, daß das Institut über Jahre hinaus überhaupt keinen rechtsfähigen Status hatte.

⁷² Wortlaut der am 8. 9. 1950 von Heinemann unterzeichneten Satzung.

festsetzung und Vorschlagsrecht für die wissenschaftliche Arbeit, Anhörung bei personellen Entscheidungen). Die personelle Zusammensetzung des Beirats nahm in den Verhandlungen einen breiten Raum ein; auch Bundespräsident Heuss wurde dabei als Berater zugezogen. Man war sich darüber im klaren, daß das politische Gewicht des Beirats trotz seiner beschränkten Befugnisse groß sein würde: seine „politische Richtung“ würde letztlich den Charakter des Instituts bestimmen. Dementsprechend waren beide Seiten bestrebt, die verschiedenen Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft möglichst paritätisch vertreten zu sehen⁷³.

Mit einem vorher festgelegten Schreiben⁷⁴ des Bundesministers des Innern an den Bayerischen Ministerpräsidenten vom 1. August 1950 wurde die Einrichtung des nunmehrigen „Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ durch den Bund in München offiziell bestätigt und der Text der Satzung übermittelt, die Heinemann nach erfolgter übereinstimmender Erklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten am 8. September unterzeichnete⁷⁵. Am 11. September 1950 konnte dann in Bonn die konstituierende Sitzung des neuen Beirats stattfinden. Damit war das Institut nach dreijähriger Anlaufzeit endgültig begründet. Inzwischen hatte sich jedoch innerhalb des Instituts eine Entwicklung angebahnt, die zwangsläufig zu neuen Konflikten führen mußte.

Seit Beginn des neuen Haushaltjahres am 1. April 1950 verfügte das Institut endlich über einen festen, wenn auch recht bescheidenen Etat (ca. 16000.– DM im Monat). Langsam wuchsen seine Bestände. Die Auslandsverbindungen konnten erweitert werden. Der Mitarbeiterstab zählte im Juli 1950 schon elf Köpfe (einschließlich Schreibkräfte und Chauffeur für den Dienstwagen)⁷⁶. Die theoretisch in mehrere Referate unterteilte Forschungsabteilung war allerdings noch am schwächsten besetzt. Zu dem neben seiner publizistischen und verwaltungstechnischen Tätigkeit mit einer staatsrechtlichen Ausarbeitung beauftragten Dr. Schönwiese trat ein vom Landesamt für Denkmalspflege abgestellter Kunsthistoriker, Dr. Armand Dehlinger, der sich den geistesgeschichtlichen Grundlagen des Nationalsozialismus widmen sollte, aber erst einmal mit einer Studie über dessen Architektur begann. Der

⁷³ So schlug Bayern als Gegengewicht gegen den vom Bund unbedingt gehaltenen Gerhard Ritter und die von Heuss gewünschten Prof. Hartung und Litt neben Schnabel, Dehio, v. Hippel und den Nationalökonom v. Dietze vor; die sozialdemokratische Richtung repräsentierten Bergsträsser und Brill. Der nicht unumstrittene Auerbach wurde als jüdischer Vertreter aufgenommen, nachdem gegen Schoeps von bayer. Seite Bedenken erhoben worden waren. Bei der Konstituierung gehörten dem Beirat schließlich folgende Herren an: Philipp Auerbach, Ludwig Bergsträsser, Hermann Brill, Ludwig Dehio, Constantin v. Dietze, Fritz Hartung, Ernst v. Hippel, Erich Kaufmann, Eugen Kogon, Theodor Litt, Gerhard Ritter, Franz Schnabel, Hans Speidel, Bernhard Vollmer und Wilhelm Winkler. Theodor Heuss und Friedrich Meinecke wurden als Ehrenmitglieder berufen.

⁷⁴ Abschrift in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 106–107.

⁷⁵ Satzung des Instituts für Zeitgeschichte München vom 8. 9. 1950 in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 3 (mit vorausgehenden Entwürfen).

⁷⁶ Vgl. „Geschäftsbericht“ des Instituts vom 24. 6. 50 und Schreiben Buchheim an Fritz T. Epstein vom 8. 7. 50, in: Archiv IFZ, ED 105, Bd. 3 und 6.

einzigste Fachhistoriker, neben dem Archivar Dr. Hoch, war in der Forschungsabteilung ab Mai 1950 der bisherige Leipziger Dozent Dr. Karl Buchheim. Als Leiter des „Historisch-politischen Referates“ hatte er die wichtigste Position im Hause inne.

Karl Buchheim war durch seine geschichtsphilosophischen Arbeiten, die er nach seinem Ausscheiden aus dem Schuldienst, aus politischen Gründen, in den dreißiger Jahren schrieb, als Exponent der katholischen Geschichtsauffassung bekannt geworden. In seiner Ablehnung der kleindeutsch-bismarckischen Richtung der deutschen Geschichtswissenschaft und in seiner politischen Haltung verfolgte er mit Kroll dieselbe Linie und unterstützte diesen in seiner Auseinandersetzung mit Ritter. Im Gegensatz zu Kroll, bei dem starke persönliche Momente mitspielten, ging es Buchheim dabei vor allem um die Sache selbst: Die deutsche Politik war nach seiner Auffassung seit Bismarck und durch diesen in eine Fehlentwicklung geraten und konnte nur geändert werden durch eine Revision des nationalistischen, auf machtstaatlichen und militaristischen Grundsätzen aufgebauten Geschichtsbildes im Sinne einer Rückbesinnung auf christliche Werte und verschüttete demokratische Traditionen westeuropäischer Prägung⁷⁷. Durch Kroll und Buchheim bekam das Institut in den Monaten des „Interregnums“ zwischen Mai 1949 und September 1950, in denen weder Kuratorium noch Beirat tagten, eine deutlich katholisch-konservativ ausgerichtete Tendenz. Das zeigte sich auch bei der Vergabe der ersten Honoraraufträge⁷⁸.

Noch vor der Besprechung bei Heinemann am 1. März 1950 hatte Kroll einige offenherzige Gespräche mit einem Journalisten geführt, die Mitte März in einem Bericht über das Institut in der „Süddeutschen Zeitung“ ihren Niederschlag fanden⁷⁹. Darin wird die Vermutung ausgesprochen, Ritter habe es „auf den Direktorsessel des Instituts abgesehen“. Dazu halte ihn Kroll aber nicht für geeignet, denn er sei ein „Mann engsten Nationalismus‘ großdeutscher Prägung“, glühender Verehrer Bismarcks und Vertreter der Gewaltpolitik. Zur Beweisführung werden einige verfängliche Sätze aus Ritters 1943 erschienenem Buch „Machtstaat und Utopie“ zitiert. Dieser direkte Angriff auf Ritter rief nun den Historikerverband auf den Plan, der sich in einem Beschwerdebrief an den Bundesinnenminister hinter seinen 1. Vorsitzenden stellte und die Wahrung verantwortungsbewußter wissenschaft-

⁷⁷ Vgl. seine Schrift *Leidensgeschichte des zivilen Geistes oder die Demokratie in Deutschland*, München 1951 (2. Auflage unter dem Titel *Militarismus und ziviler Geist*, 1964).

⁷⁸ Kroll vergab diese Aufträge ohne Rücksprache mit dem wissenschaftlichen Beirat. Den ersten Forschungsauftrag erhielt im Juli 1950 die katholische Religionsphilosophin Hedwig Conrad-Martius über „Die Entwicklung des Sozial-Darwinismus in Deutschland und seine Bedeutung für das nationalsozialistische Menschenbild“. Im August wurde eine erste Absprache über eine Darstellung des Hitlerputsches im November 1923 mit dem damaligen Reg.Rat in der Bayer. Staatskanzlei Dr. Ernst Deuerlein getroffen. Kurz vor seinem Ausscheiden schloß Kroll noch einen Honorarvertrag mit dem katholisch-föderalistischen Publizisten Walter Ferber über eine Arbeit zur Geschichte des Nationalsozialismus in Österreich ab (IFZ, ED 105, Bd. 6, und Akten-Registratur).

⁷⁹ Joe J. Heydecker, Forschungsgebiet: Der Nationalsozialismus, in: *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 64, vom 17. 3. 50, S. 3.

licher Arbeit in dem neuen Institut forderte⁸⁰. Kroll ließ sich dadurch aber nicht vom Kampf abhalten, sondern suchte seinen Standpunkt zu untermauern. Im Juni versandte er eine umfangreiche Denkschrift⁸¹, die sich mit den Schriften Gerhard Ritters auseinandersetzte (insbesondere mit einzelnen Abschnitten in „Geschichte als Bildungsmacht“, „Machtstaat und Utopie“ und „Europa und die deutsche Frage“) und in der ihm eine nationalistische Einstellung und machiavellistische Verteidigung des Machtstaates und der preußischen Militärpolitik vorgeworfen und seine These von der „Doppelpoligkeit“ der Politik zwischen Machtballung und Friedensordnung als einem Naturgesetz kontinentalen Staatsdenkens scharf angegriffen wird. In dem Begleitschreiben zu dieser Denkschrift heißt es:

„Wenn führende Vertreter der deutschen Wissenschaft sich mit dem Geschichtsbild von Gerhard Ritter identifizieren und damit verlangen, daß auch die Erforschung des Nationalsozialismus unter eben diese Kategorie gestellt werden soll, dann erscheint es höchste Zeit, dieses Geschichtsbild einer kritischen Würdigung zu unterziehen, ehe eine Festlegung der Forschung im Rahmen des Deutschen Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus in dieser Richtung erfolgt.“

Damit erreichte der Kampf um die Revision des Geschichtsbildes seinen Höhepunkt. Die Denkschrift selbst hat übrigens keineswegs den Charakter einer bissigen Polemik, sondern durchaus den einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf hohem Niveau. Ihr Verfasser war auch nicht Kroll, sondern Buchheim. Seine und Ritters Geschichtsauffassung gehen nun tatsächlich von sehr verschiedenen Axiomen aus, obwohl beide als konservative Denker zu bezeichnen sind und ihre Positionen heute von manchem vielleicht gar nicht mehr so scharf geschieden werden. Auch Ritter forderte im übrigen eine Geschichtsrevision und hat sich gerade in seinem Alterswerk um eine kritische Auseinandersetzung mit der nationalistisch-militaristischen Machtpolitik bemüht. Mit dem Vorwurf einer bewußten Rehabilitierung des deutschen Nationalismus⁸² tat man ihm jedenfalls Unrecht.

Kroll war kein Wissenschaftler wie Buchheim, er führte seinen Kampf wie ein Politiker mit Hilfe der Presse. Kurz bevor in Bonn in einer Kuratoriumssitzung die neue Zusammensetzung des Beirats beraten wurde, erschien in der „Süddeutschen Zeitung“⁸³ ein weiteres Interview mit ihm, das zwar einige Behauptungen abmilderte, andererseits aber die Haupteinwände der Denkschrift gegen Ritter unterstrich – und durch einen kräftigen „Streiflicht“-Kommentar gegen Ritter in

⁸⁰ Verband der Historiker Deutschlands, Vorstand und Ausschuß, an den Bundesminister des Innern, datiert 10. 4. 50; das Schreiben ist unterzeichnet von Aubin, Heimpel, Jos. Vogt, Baethgen, Bonwetsch (Vors. d. Verbandes d. Geschichtslehrer), Braubach, Grundmann, Hartung, Schnabel und Vollmer; in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 81–83.

⁸¹ „Zur Erneuerung des deutschen Geschichtsbildes, Denkschrift des Deutschen Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit zum Schrifttum von Gerhard Ritter“, datiert 20. 6. 50, 17 Seiten, mit einem dreiseitigen Begleitschreiben Krolls, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 5. Kroll hat diese hektographierte Denkschrift offensichtlich an sämtliche ihm erreichbaren Historiker, an viele Politiker und zahlreiche Zeitungsredaktionen versandt.

⁸² So Kroll in seinem Begleitschreiben zur Denkschrift.

⁸³ Süddeutsche Zeitung Nr. 143 vom 24. 6. 1950, S. 1 n. 3

derselben Nummer des Blattes noch verstärkt wurde. Auf diesen neuerlichen Angriff hin erklärte Ritter, er werde an keiner Sitzung des Beirates mehr teilnehmen, an der er Herrn Kroll oder „einen seiner Platzhalter und Vertreter seiner politischen Polemik“ vorfinden würde⁸⁴. Kroll hatte aber schon anlässlich der Versendung der Denkschrift seinen Rücktritt als Leiter des Instituts angeboten. Seine Position schien ihm wohl selbst unhaltbar geworden zu sein, nachdem er die geschlossene Phalanx des Historikerverbandes gegen sich aufgebracht hatte. Die Staatssekretäre einigten sich schnell, seine Demission anzunehmen. Sattler wollte ihm wenigstens eine weitere Mitarbeit im Institut offenhalten⁸⁵.

Diese vorhergegangenen Auseinandersetzungen veranlaßten Sattler, in seinem einleitenden Bericht auf der nächsten Kuratoriums- und Beiratssitzung zu betonen, das Institut müsse eine politisch neutrale Stellung beziehen, „so daß auch verschiedene weltanschauliche Ansichten der Mitarbeiter zum Ausdruck kommen könnten“. Diese konstituierende Sitzung des Instituts fand, wie schon erwähnt, am 11. September 1950 in Anwesenheit des Bundespräsidenten auf Viktorshöhe in Bad Godesberg statt⁸⁶. Neben den Kuratoriumsvertretern, den Staatssekretären Wende und Strauß (für den Bund) sowie Sattler (für Bayern) waren elf der fünfzehn Beiratsmitglieder erschienen. Gerhard Ritter machte, unterstützt von Litt und Hartung, nochmals einen Vorstoß gegen die untergeordnete Stellung des Beirats, bemerkte jedoch dann abschließend, man habe zu dem gegenwärtigen Kuratorium das Vertrauen, daß es die Auslegung der Satzung loyal handhaben würde, was ihm seitens des Kuratoriums natürlich bestätigt wurde. Nach einigen weiteren Interpretationen der Satzung folgte die Konstituierung des Beirats. Für die Bestellung des neuen Generalsekretärs wurden mehrere Kandidaten genannt; man beschloß jedoch, die Stelle öffentlich auszuschreiben und gleichzeitig an einige Herren direkt heranzutreten. Einig war man sich darin, daß der neue Mann ein ausgewiesener Wissenschaftler sein sollte und kein reiner Verwaltungsfachmann. Bis zur Amtseinstellung des neuen Mannes sollte Kroll die Geschäfte weiterführen. Bei der Besprechung des künftigen Arbeitsplanes schlug Heuss zum wiederholten Male die Bearbeitung des Themas „Bayreuth und Hitler“ vor. Die Aufteilung des Instituts in sechs spezielle wissenschaftliche Referate, die auf dieser Sitzung nochmals festgelegt wurde, sollte auf Jahre hinaus Theorie bleiben. Dagegen erwies sich ein anderer Beschluß als zukunftssträchtiger: auf Antrag Krolls durfte das Institut künftig auch den Kurztitel „Institut für Zeitgeschichte“ führen⁸⁷. Zum Abschluß der Sitzung wurde Ludwig Bergsträsser zum Vorsitzenden des Beirats gewählt.

⁸⁴ Der Brief Ritters wird in einem Schreiben Wendes⁵ an Sattler vom 13. 7. 50 zitiert, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 1, Bl. 84–87.

⁸⁵ Schreiben Sattlers an Wende vom 27. 7. 50, ebenda, Bl. 92–95.

⁸⁶ Protokoll der konstituierenden Sitzung des „Deutschen Instituts für Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ am 11. 9. 50, in: Archiv IfZ, ED 105, Bd. 2, Bl. 151–157.

⁸⁷ Diese Bezeichnung wurde einige Jahre später allgemein eingeführt, da sich die Arbeit des Instituts nicht auf die Erforschung des Nationalsozialismus beschränkte, sondern von Anfang an die vorausgehende Zeit der Weimarer Republik und ihrer Vorgeschichte mit ein-

Anfang Januar 1951 konnte die Wahl des neuen Generalsekretärs stattfinden. Nach den Presseberichten standen in der engeren Auswahl die Namen Karl Buchheim, der inzwischen ao. Professor an der TH in München geworden war und als Kandidat Bayerns galt, und Michael Freund, den Gerhard Ritter vorschlug, obwohl gegen ihn politische Einwände vorgebracht wurden⁸⁸. Tatsächlich gewählt wurde ein von Franz Schnabel vorgeschlagener dritter Mann: der frühere Leipziger und nunmehrige Münchner Privatdozent Dr. Hermann Mau. Er übernahm am 1. Februar 1951 die Amtsgeschäfte des Generalsekretärs⁸⁹ und führte das nun endgültig etablierte Institut in ein ruhigeres Fahrwasser gedeihlicher wissenschaftlicher Arbeit⁹⁰.

Die Tätigkeit des Instituts wurde nun von ausschließlich wissenschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Man war sich bewußt geworden, daß gerade die rein wissenschaftliche Behandlung der Zeitgeschichte eine politische Notwendigkeit ist und für die politische Aufklärung und Bildung eine stärkere Wirkung erzielen kann als schnelle „propagandistische“ Publikationen. Wenn die Initiatoren des ursprünglich geplanten „Amtes für politische Dokumentation“ ähnlich wie Goerdeler der Ansicht waren, man brauche nach dem gelungenen Umsturz dem deutschen Volke nur für 48 Stunden die unmittelbare Wahrheit über den Charakter des Nationalsozialismus mitzuteilen, um in der öffentlichen Meinung die nötige Legitimation zu bekommen, und hofften, durch eine Aufklärung über die reinen Fakten

bezog und sich in späteren Jahren zunehmend auch der Behandlung der Folgezeit zuwandte. Die vom Institut seit 1953 herausgegebene Zeitschrift heißt deshalb „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“; vgl. dazu den einleitenden Aufsatz von Hans Rothfels, *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in dieser Zeitschrift 1 (1953), S. 1–8.

⁸⁸ Vgl. die Artikel „Kann ein Parteigenosse die NS-Geschichte erforschen?“ in: *Abendzeitung*, München, Nr. 1 vom 2. 1. 51, und „Nationalsozialismus wird erforscht“ in *Süddeutsche Zeitung*, Nr. 3 vom 4. 1. 51. Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Kuratoriums und des Beirats des Dt. Instituts . . . am 5. 1. 1951 in München, in: *IfZ, Registratur*. Wegen der vorausgegangenen Presseartikel kam es nochmals zu einer Auseinandersetzung zwischen Kroll und Ritter, der eine Ehrenerklärung des Beirats forderte. In das Pressecommuniqué über die Sitzung wurde daraufhin folgender Passus aufgenommen: „Der Beirat beschäftigte sich auch mit den letzten Presseäußerungen über das Institut und stellte dabei fest, daß die führenden Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft in ihm vertreten sind. Die Richtlinien für die Arbeit des Instituts werden in kollegialer Beratung des Beirats festgelegt, so daß kein einzelnes Mitglied einen einseitigen Einfluß ausübt.“ Ritter verteidigte sich gegen die Vorwürfe außerdem in einem Beitrag in der *Frankfurter Allg. Zeitung* vom 2. 2. 1951.

⁸⁹ Gerhard Kroll übernahm ab Januar 1951 die Chefredaktion der konservativen katholischen Zeitschrift „*Neues Abendland*“, zu deren Autorenkreis sich alsbald auch mehrere Namen aus seinem früheren Mitarbeiterstab im Institut gesellten: Armand Dehlinger (1952 im Redaktionskollegium), Karl Buchheim, Hedwig Conrad-Martius, Walter Ferber und Franz Herre.

⁹⁰ Über die weitere Entwicklung des Instituts vgl. Paul Kluge, *Das Institut für Zeitgeschichte in München*, in: *Schweiz. Beiträge zur allg. Geschichte* 12 (1954), S. 238–244; Robert Koehl, *Zeitgeschichte and the New German Conservatism*, in: *Journal of Central European Affairs* 20 (1960), S. 131–157; Helmut Krausnick, *Zur Arbeit des Instituts für Zeitgeschichte*, in: *Gesch. in Wiss. u. Unterr.* 19 (1968), S. 90–96.

der düsteren Jahre eine alsbaldige und direkte Nutzenwendung im Sinne einer freiheitlich-demokratischen Umerziehung der Deutschen zu bewirken, so stellte sich dieser Standpunkt als allzu optimistisch und oberflächlich heraus.

Daß das geplante Institut erst beim dritten Anlauf endgültig zustande kam, lag nun aber weniger an der nur allmählichen Korrektur dieser Vorstellungen oder an den Reaktionen auf die Veränderungen der amerikanischen Besatzungspolitik, wie Gimbel glaubt, sondern in erster Linie an finanziellen und administrativen Hindernissen. Den ersten Anlauf machte die Währungsreform zunichte, der zweite scheiterte an den Rivalitäten und der Schwerfälligkeit der Länderbürokratien. Wenn die Arbeit des Instituts trotz dieser Schwierigkeiten schon vor dem September 1950 anlief, so ist dies das ausschließliche Verdienst Gerhard Krolls, der darin – durchaus im oben angedeuteten Sinne – eine missionarische Aufgabe sah, die er aber als politischer Mensch und durchaus *cum ira et studio* anpackte, so daß er zwangsläufig mit den wissenschaftlichen Prinzipien in Konflikt kommen und scheitern mußte.

Die Aufgabenstellung eines Instituts für Zeitgeschichte bringt es mit sich, daß seine Etablierung in stärkerem Maß mit den politischen Gegebenheiten verknüpft ist als die Gründung anderer wissenschaftlicher Institute. Daß das erste deutsche Institut dieser Art eine solch bewegte und langwierige Gründungsgeschichte aufweist, ergab sich aber vor allem aus den spezifischen Imponderabilien der deutschen politischen Entwicklung in den Nachkriegsjahren. Drei in gewissem Grade typische Aspekte dieser Entwicklung spielten bei der Gründung dieses Instituts eine besondere Rolle und rechtfertigen eine ausführlichere Darstellung: das aus den Erfahrungen der Weimarer Zeit entstandene Spannungsverhältnis zwischen Politik und Wissenschaft, die Problematik der föderalistischen Kulturverwaltung und der Richtungskampf um die Revision des deutschen Geschichtsbildes.